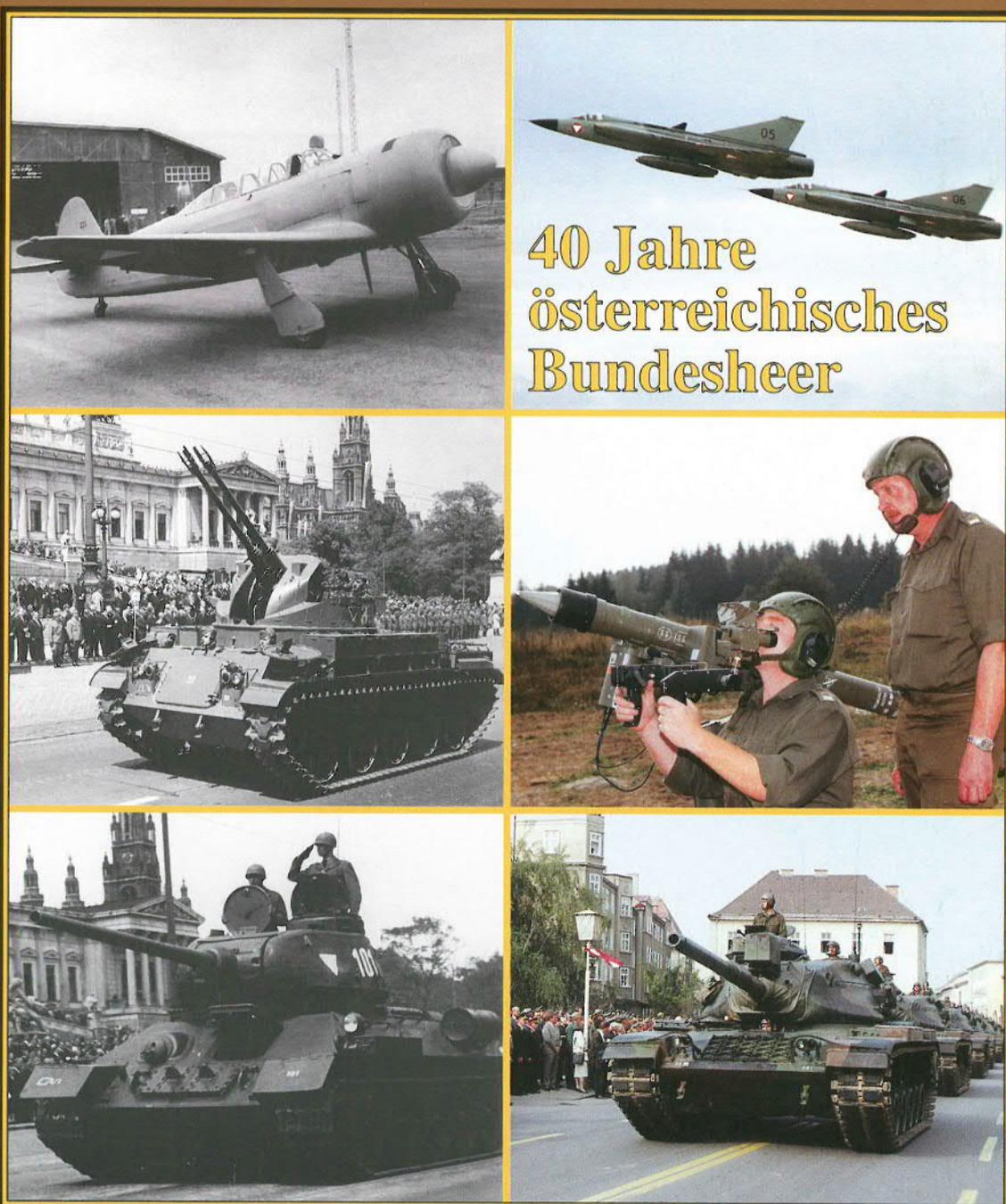




TRUPPENDIENST

Nr. 215

ZEITSCHRIFT FÜR
FÜHRUNG UND AUSBILDUNG
IM ÖSTERREICHISCHEN BUNDESHEER



40 Jahre
österreichisches
Bundesheer

5

1995

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

TRUPPENDIENST - Zeitschrift für Führung und Ausbildung im Bundesheer. Erscheint sechsmal jährlich zum 1. Februar, 1. April, 1. Juni, 1. August, 1. Oktober und 1. Dezember. **Medieninhaber:** Republik Österreich. **Herausgeber:** Bundesministerium für Landesverteidigung/Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST; Vorsitzender: Brigadier Werner Truger, Geschäftsführung: Brigadier Dr. Horst Mäder. Alle 1070 Wien, Stüftgasse 2a. **Redaktion:** Chefredakteur: Brigadier Dr. Horst Mäder/-DM- (Kl. 4134). Leitende Redakteure: Allgemeine Ausbildung, Führung, Wehrtechnik, Archiv: Oberst Werner Matourek/-RK- (Chef vom Dienst) (Kl. 4218); Taktik, Einsatzgrundsätze, Truppenausbildung: Oberstleutnant Josef Vyskocil/-VY- (Kl. 4197); Rundschau – Allgemeine Berichte: Revident Ing. Gerald A. Simperl/-Si- (Kl. 5207); Zeitschriften, Buchbesprechungen, Taschenbücher: Oberrat Dr. Wolfram Prihoda/-PRI- (Kl. 4294); Verwaltung und Vertrieb: Gerda Just (Kl. 4286), Manuela Eder (Kl. 4218) und Manuela Grosinger (Kl. 4145). Alle 1070 Wien, AG STIFTGASSE, Stüftgasse 2a, Tel. (0222) 521 61, Klappen siehe oben; FAX-Klappe 5386. **Hersteller und Verleger:** Herold Druck- und Verlagsges. m.b.H., Wien. **Auslieferung:** Herold Druck- und Verlagsges. m.b.H., 1032 Wien, Faradaygasse 6, Tel. (0222) 795 94-0.

Manuskripteinsendungen und redaktionelle Zuschriften an: Redaktion der Zeitschrift TRUPPENDIENST, A-1070 Wien, AG STIFTGASSE, Stüftgasse 2a.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. **Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben lediglich die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt aber die Meinung des BMLV bzw. der Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST oder der Redaktion wieder.** Bei Veröffentlichung von Leserzuschriften unter der Rubrik **Leserforum** behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor.

Bezugspreise **ab 1. Mai:** Jahresabonnement/Österreich S 250,-, Einzelheft/Österreich S 48,-, inkl. Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement/Ausland DM 35,-, sfr 29,- (öS 250,-), Einzelheft/Ausland DM 7,30, sfr 6,80, zuzüglich Versandkosten. Abonnement- (Einzel-) Bestellung bei allen Buchhandlungen oder direkt beim Verlag. Für bereits **bestehende Abonnements** wird die Erhöhung erst mit **1. Jänner 1996** wirksam.

Das Abonnement verlängert sich selbsttätig, falls es nicht **bis spätestens 30. November** schriftlich abbestellt worden ist.

Nachdruck, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Grundlegende Richtung: TRUPPENDIENST ist die Zeitschrift für Ausbildung – im Sinne des § 48 des Wehrgesetzes, BGBl. 305/1990 – und Führung im Bundesheer. Im TRUPPENDIENST werden vor allem Ausbildungs- und Führungsangelegenheiten aller Waffengattungen des Bundesheeres unter besonderer Betonung des Aufgabenbereiches der unteren Führung behandelt. Hiedurch soll das militärische Allgemeinwissen aller Kaderangehörigen – des Präsenz-, des Miliz- und des Reservestandes – unter Beachtung der Information über die Umwelt unseres Landes vermehrt werden sowie die praktischen und theoretischen Kenntnisse besonders jener Offiziere, Unteroffiziere und Chargen gesteigert werden, welche in der Truppenausbildung tätig sind. TRUPPENDIENST will auch ein Forum zur freien Meinungsäußerung über die Angelegenheiten des Bundesheeres und der Landesverteidigung sein und damit einen Beitrag zur Vertiefung des Zusammengehörigkeitsgefühles aller Soldaten leisten.

Allgemeine Themen

Meine Meinung	391
General iR Siegbert Kreuter	
Das Selbstverständnis des österreichischen Soldaten gestern und heute	392
Aktuelles Weltgeschehen	403
Hofrat Univ.-Doz. Dr. Manfred Rauchensteiner	
Eine Frage der Zeit	404
Brigadier Walter Mayer	
Zur Entwicklung der Gliederung des Bundesheeres	409
General Karl Majcen	
Das Bundesheer nach 40 Jahren	414
Brigadier Rolf M. Urrisk	
Klare Ziele in der Sicherheitspolitik	417
Oberst Ing. Hugo Schuller	
Demokratie in Gefahr?	419
Das Armutszeugnis	426
Achtung: Fotowettbewerb (Ausschreibung)	428
Im Mittelpunkt steht der Mensch	429
Brigadier Mag. Udo Rumerskirch	
Vier Jahrzehnte Heer und Gesellschaft in Österreich	430
General Dr. Peter Corrieri	
Die Rüstung des Kleinstaates Österreich heute und morgen	435
Wilhelm Kuntner, General iR, 80	440
Aus der Truppe	442
Die Waffengattungen des Bundesheeres nach 40 Jahren	443
Oberst Ing. Altmann Linninger	
Die mechanisierten Truppen	443
Oberst Fridolin Gigacher	
Die Jägertruppe	447
Oberst Bernd Knotzer	
Die Artillerietruppe	451
Oberstleutnant dG Franz Reiszner	
Die Pioniertruppe	455
Oberst Walter Gaunerstorfer	
Die Fernmeldetruppe	458
Oberst Franz Foidl	
Die Jagdkommandotruppe	462
Oberst Harald Joham	
Die Fliegertruppe	465
Oberst Josef Randolf	
Die Fliegerabwehrtruppe	469
Oberst Norbert Fürstenhofer	
Die ABC-Abwehrtruppe	474
Assistenzeinsatz zur Grenzüberwachung	478

Rundschau

Leserforum	386	Zusammenfassungen	479
------------------	-----	-------------------------	-----

TRUPPENDIENST

DIE ZEITSCHRIFT FÜR FÜHRUNG UND AUSBILDUNG

Das Selbstverständnis des österreichischen Soldaten gestern und heute

Die Entwicklung des Bundesheeres der Zweiten Republik ist ein wesentlicher Gradmesser für das Selbstverständnis seiner Soldaten. Die Skala reicht dabei von hoch motivierender Aufbruchsstimmung, dem Glauben an Reformen und dem Gefühl, gewollt und gebraucht zu werden, bis hin zu Momenten der Stagnation und Resignation.

Seite 392

Umschlagsfotos: Ausrüstung einst und jetzt © HBF, TherMilAk



Demokratie in Gefahr?

Es ist nicht einzusehen, daß es zu Lasten der Anständigen eine Minderheit immer wieder geschickt versteht, nur zum eigenen Vorteil zu agieren. Letztlich geht es dabei doch um den hohen Wert der Demokratie, der nur allzu leicht verspielt werden kann. Offensichtlich wissen aber nur die den Wert der Demokratie zu schätzen, die sie noch nie erreicht oder bereits wieder verloren haben.

Seite 419

Vier Jahrzehnte Heer und Gesellschaft in Österreich

Seit seiner Gründung im Jahr 1955 kämpft das Bundesheer mit der Diskrepanz zwischen Verteidigungsauftrag und den hierfür nicht ausreichend zur Verfügung gestellten Mitteln.

Seite 430



Die Rüstung des Kleinstaates Österreich heute und morgen

Die Konsolidierung des Gesamtbudgets weiter auf Kosten des Verteidigungsbudgets durchzuführen, hieße, die Verteidigungsfähigkeit noch weiter zu verringern.

Seite 435

Die Waffengattungen des Bundesheeres nach 40 Jahren

- Entwicklung
- Iststand
- Ausblick

Seite 443



Parade am Nationalfeiertag

Die Hörer des 14. Generalstabskurses an der österreichischen Landesverteidigungsakademie richteten sich anlässlich der Diskussion um die Parade am Nationalfeiertag besorgt in einem „Offenen Brief“ an den Bundeskanzler.

Hochgeehrter Herr Bundeskanzler!

Als Berufsoffiziere des österreichischen Bundesheeres und Hörer des an der Landesverteidigungsakademie in Wien stattfindenden 14. Generalstabskurses hat uns die derzeit laufende Diskussion bezüglich der Frage, ob eine Militärparade am Nationalfeiertag abgehalten werden soll oder nicht, und die Art und Weise, wie diese Diskussion geführt wird, bewegt, an Sie in der Form eines „Offenen Briefes“ heranzutreten.

Die Parade, die unter dem Thema „50 Jahre Österreich - 40 Jahre österreichisches Bundesheer“ stattfinden soll, will damit auch an die Leistungen unserer aller Armee für unsere Heimat erinnern. Neben zahlreichen Assistenzeinsätzen waren die Soldaten in den Jahren 1956, 1968 und 1991 aufgrund der sicherheitspolitischen Entwicklung im benachbarten Ausland im Einsatz zum unmittelbaren Schutz unserer Heimat. Das österreichische Bundesheer hat sich dabei immer wieder bewährt und konnte seine Aufgabe erfüllen. Zu dem Zeitpunkt aber, an dem verschiedenste staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen ihre Leistungen seit Kriegsende würdigen, soll es den Soldaten, die auch ihren Teil zur Entwicklung Österreichs beigetragen haben, nicht möglich sein, diesen „runden Geburtstag“ gemeinsam mit der Republik mittels einer Parade zu begehen.

Die österreichische Bundesregierung hat ihr Interesse an einer Beteiligung an der Gemeinsamen Sicherheitspolitik der Europäischen Union bekundet. Man sollte sich einmal bewußt werden, welche Außenwirkung bei unserer Bevölkerung und

Wir freuen uns über jeden Leserbrief, ersuchen aber um Verständnis, daß wir uns unter Umständen Kürzungen vorbehalten müssen. Anonyme Zusendungen finden keine Berücksichtigung. Es ist leider nicht möglich, jedes Schreiben einzeln zu beantworten. Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion, jener der Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST oder der des Bundesministeriums für Landesverteidigung entsprechen.



Parade des österreichischen Bundesheeres auf der Ringstraße im Mai 1960. Fünf Jahre nach dem Staatsvertrag wurden Freiheit und Unabhängigkeit noch mit dem Stolz auf ein eigenes Heer verbunden. Müssen wir heute unser Heer verstecken?

im Ausland diese Diskussion hat: Ein solcher Diskussionsprozeß kann, wie Berichte in diversen ausländischen Medien belegen, zu negativen Auswirkungen für die Glaubwürdigkeit der österreichischen Sicherheitspolitik führen. Weiters entsteht für uns der Eindruck, daß nicht die ganze Regierung hinter einer von ihr verfassungsmäßig eingerichteten Institution steht.

Diese Parade ist, entgegen allen verbreiteten Zahlen, durch den gleichzeitigen Entfall der Ausmusterungsparade von Wr. Neustadt kein „zusätzlicher Budgetbrocken“. Die Abhaltung von Feierlichkeiten zu einem würdigen Anlaß kostet nun einmal Geld, dies gilt aber auch für eine Vielzahl von anderen Veranstaltungen, die der Vermittlung eines Wertebewußtseins dienen.

Zum Vorschlag einer „Parade light“: Gerade in den letzten Tagen hat das traurige Beispiel in Bosnien gezeigt, daß Fußverbände alleine am heutigen Gefechtsfeld nicht ausreichen. Aus diesem Grund empfinden wir es als notwendig, nicht nur Infanterieverbände, sondern einen repräsentativen Querschnitt mit Panzern, Artillerie und Fliegerkräften als wahre Darstellung des militärischen Potentials zu präsentieren.

Es stellt sich natürlich auch die Frage, was diese Parade sonst noch bewirken soll. Das österreichische Bundesheer möchte als ein Träger der Unabhängigkeit unserer Heimat, der Republik Österreich, diese Republikfeiern auch mittragen. Jeder realistisch denkende Mensch ist sich dessen bewußt, daß gerade seit

Ende des Kalten Krieges das sicherheitspolitische Umfeld Österreichs instabiler geworden ist. Gerade diese Parade dient auch der Hebung des Sicherheitsgefühls jedes einzelnen Bürgers im Sinne der geistigen Landesverteidigung. Somit stellt diese Parade eine hervorragende Möglichkeit dar, den Österreicherinnen und Österreichern zu zeigen, was unser Bundesheer an Mitteln zur Verteidigung besitzt und einen Überblick dessen zu bieten, was es zu leisten imstande ist.

Auch die Angehörigen des Bundesheeres selbst dürfen nicht vergessen werden: Eine Parade führt zur Steigerung der Motivation und des Selbstwertgefühls der Soldaten. Die Republik Österreich und deren Vertreter, die Politiker auf verschiedensten Ebenen, können doch als „Arbeitgeber“ dieser Soldaten nur zufrieden sein, wenn die Motivation noch mehr gesteigert wird.

Eine Parade des Bundesheeres in Gegenwart des Herrn Bundespräsidenten und der Bundesregierung stellt ein Bekenntnis der politischen Führung unseres Landes zum Militär, zu seinen Soldaten und zu seiner Sicherheitspolitik dar. Wir sind der Überzeugung, daß anlässlich dieser Feierlichkeiten das Bundesheer nicht in den Kasernen versteckt werden darf.

Wir wollen auch noch zwei Beispiele anführen: Jahr für Jahr findet Ende September in Wr. Neustadt die Ausmusterungsparade der Theresianischen Militärakademie und Ende Oktober in Wien eine große Angelobung der Jungmänner der Garnison Wien auf dem Rathausplatz statt. Diese beiden Veranstaltungen füh-

ren zu einer großen Anteilnahme der Bevölkerung und der politischen Vertreter. Man spürt das ehrliche Interesse für die Anliegen des Bundesheeres und die Identifikation mit den Aufgaben dieser staatlichen Einrichtung. Ganz plötzlich aber soll kein Interesse, keine Akzeptanz und keine Identifikation mit den Soldaten durch die Bevölkerung und durch die Politiker vorhanden sein. Das können wir einfach nicht glauben! Auch die zusätzliche Veranstaltung von z. B. einer Kollekte für wohltätige Zwecke ist eine überlegenswerte Anregung, aber sicherlich keine kausal zusammenhängende Alternative zu den bisher angeführten Zielsetzungen einer solchen Veranstaltung.

Das Ziel aller politischen Kräfte in Österreich muß ein positives Bekenntnis zu unserer Demokratie sein; und dazu gehört auch ein Bekenntnis zu einem seiner Mittel zur Bewahrung dieser unabhängigen Demokratie: dem österreichischen Bundesheer. Wir erlauben uns nochmals zu fragen, wem eigentlich diese Diskussion über die Militärparade dient? Eine Antwort steht jetzt schon fest: der österreichischen Sicherheitspolitik sicher nicht.

Hoch geehrter Herr Bundeskanzler, wir ersuchen Sie, unsere Sicht der Dinge in die Entscheidungsfindung einzubringen und allen mittels dieser Parade das Gefühl zu vermitteln, daß unser Heer ein untrennbarer Bestandteil unserer Republik ist.

Die Hörer des 14. Generalstabskurses
Landesverteidigungsakademie,
1070 Wien

Immer dann, wenn andere nicht mehr können, rufen die Verantwortlichen das Bundesheer.

Immer dann, wenn andere Instrumentarien nicht mehr ausreichen, greift die Bundesregierung auf das Bundesheer zurück, so zum Beispiel bei Elementarereignissen, bei der Sicherung der Staatsgrenzen zum Schutze unserer Unabhängigkeit sowie zur Wahrung der Neutralität und zur Realisierung sicherheitspolitischer Zielsetzungen der Bundesregierung im Rahmen der UNO, der OSZE und der EU.

Man feiert „50 Jahre Zweite Republik“, man feiert 50 Jahre Frieden (auch) in Österreich.

Nicht aber feiert man jene, die seit 40 der gefeierten 50 Jahre treu und verlässlich zur Stelle waren, wenn sie die Bundesregierung gerufen hat - die Soldaten des österreichischen Bundesheeres, von denen über 40 im Dienst sogar ihr Leben verloren!

Im Gegenteil, man reagiert peinlich berührt, wenn die so schmachlich Vergesse-

nen von sich aus an ihre Existenz erinnern und so auf ihre Verdienste um die gefeierte Zeit hinweisen.

Die IGBO hält die vorgesehene Parade am Nationalfeiertag 1995 als Geste der Erinnerung an die Existenz des österreichischen Bundesheeres und an die Verdienste dieses sicherheitspolitischen Instrumentes um die Republik Österreich als demokratiepolitisch legitim, ja sogar unbedingt notwendig!

Die negative Reaktion einzelner Politiker auf dieses ihnen schon lang bekannte Vorhaben aber und die zum Teil unsachlichen Diskussionsbeiträge empfindet die IGBO als Schande.

Die Parade würde ja nicht für einzelne Politiker, sondern für die Österreicherinnen und Österreicher abgehalten. *Und unsere Bevölkerung wird mit Sicherheit die Parade mit größter Aufmerksamkeit verfolgen - im eigenen, richtig empfundenen Interesse.*

Die Offiziere des österreichischen Bundesheeres lernen, verantwortungsvoll zu führen. Sie haben aber auch das Recht zu fordern, ihrerseits verantwortungsvoll geführt zu werden.

Dazu gehört, daß die vom Volk mittels demokratischen Wahlen mit der Führung des Bundesheeres beauftragte Bundesregierung



Foto: SFA/B

Manche Leserbriefschreiber machen sich Hoffnung auf den „Gripen“; aber glauben Sie mir (so der Verfasser dieses Beitrages), es werden wieder nur gebrauchte „Viggen“ werden.

- klare und erfüllbare Aufträge erteilt,
- die zur Auftrags Erfüllung erforderlichen (finanziellen) Mittel bereitstellt,
- die Bildung des notwendigen Personalstandes ermöglicht und
- durch ein klares öffentliches Bekenntnis zum österreichischen Bundesheer dessen Existenz, dessen Einsatz im Bedarfsfall sowie dessen Wichtigkeit für die nationale und internationale Stabilität außer Diskussion stellt!

Über 40 Soldaten des österreichischen Bundesheeres haben bisher bei durch die

Bundesregierung angeordneten Auslandseinsätzen das Leben verloren. Auch bei Einsätzen im Inland sind Soldaten um ihr Leben gekommen.

Durch die Bundesregierung werden österreichische Berufsoffiziere auch in das Kriegsgebiet am Balkan entsendet. Der Einsatz des eigenen Lebens bedarf eines besonderen Vertrauens.

Die in jüngster Zeit auch durch den Herrn Bundeskanzler getätigten Aussagen, vor allem zum Thema „Parade des Bundesheeres am heurigen Nationalfeiertag“, sind aus der Sicht der IGBO nicht geeignet, dieses besondere Vertrauen entstehen zu lassen.

Interessengemeinschaft
der Berufsoffiziere (IGBO)
2700 Wr. Neustadt

Beschaffungsprioritäten - die traurige Wahrheit

(Leserforum, TRUPPENDIENST, Heft 3/1995, Leserbrief von Dr. Siegfert Rietzler)

Als „ziviler“ und begeisterter Leser der Zeitschrift TRUPPENDIENST erschüttert es mich immer mehr, zur Kenntnis nehmen zu müssen, mit welcher Verantwortungslosigkeit österreichische Politi-

ker Fragen der Landesverteidigung und Probleme der finanziellen Ausstattung derselben behandeln, und dies schon seit Jahrzehnten. Welches Geschrei gab es anlässlich der Beschaffung des „Draken“, der ja schon vor Beschaffung der Saab 105 im Gespräch war. Leserbriefschreiber (Dr. Rietzler) machen sich Hoffnung auf den „Gripen“; aber glauben Sie mir, es werden wieder nur gebrauchte „Viggen“ werden. Unsere Politiker subventionieren lieber mit Milliarden die defizitäre ÖBB - deren Mitarbeiter übrigens besonders früh in Pension gehen



Foto: Telefunken

Der Elektronischen Kampfführung kommt eine Schlüsselfunktion zu.

dürfen - und andere marode Staatsbetriebe, als für die Sicherheit Österreichs zu sorgen. Ich anerkenne und freue mich über den Einsatz unserer Soldaten und über die Bemühungen zur Verbesserung der Ausbildung. Das Buch von Dr. Schmidl über den „Anschluß Österreichs“ hat mir die Augen geöffnet. Auch vor 1938 waren Politiker für die mangelhafte Ausrüstung des Bundesheeres und für das Unvermögen eines Widerstandes gegen den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht verantwortlich.

Ihre Berichte über die Schlüsselfunktion der Elektronischen Kampfführung und über neue Waffentechnologien - sprich: Qualität vor Quantität - lassen mich an der Verteidigungsfähigkeit Österreichs zweifeln.

Als Vater dreier Söhne beginne ich langsam darüber nachzusinnen, ob ich nicht mit Reinhard May in das Lied „Meine Söhne kriegt Ihr nicht“ einstimmen soll. Damit meine ich aber nur jene verantwortungslosen Politiker, deren Mehrfachpensionen und Privilegien ich und meine Kinder einmal verteidigen sollen.

Helmut Müller
9624 Egg

Kann eine Frau Soldatin werden? (Im Mittelpunkt steht der Mensch, Brigadier Dr. Ernst Frise, TRUPPENDIENST, Heft 3/1995)

Warum nicht? Eine Frau hat genauso ein Recht auf eine militärische Ausbildung wie der Mann! Und ich bin davon überzeugt, daß eine Frau so ziemlich alle gestellten Aufgaben im österreichischen Heer genauso gut erfüllen könnte, wie es

unsere männlichen Staatsbürger bereits tun.

Außerdem bin ich der Meinung, daß eine militärische Ausbildung für Frauen durchaus ihre Vorteile haben kann. Ich denke da an den militärischen „Gebrauchs-Nahkampf“, den Umgang mit Waffen, das Überlebenstraining etc. Jene Frauen, die nun eine Ausbildung besitzen, werden in einem Verteidigungsfall nicht an der Front eingesetzt, sondern helfen der Bevölkerung bei der Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Wobei man den Objektschutz genauso wenig ausschließen darf, wie die Ausbildung von Zivilisten.

Denn eine alte Weisheit lautet: Gott und den Soldaten betet man an, in Zeiten der Not und Gefahr. Ist beides vorüber, wird beiden gleich gegolten: Gott vergessen, der Soldat gescholten!

Ich will damit nicht sagen, daß es in Österreich eine Wehrpflicht für Frauen geben soll, sondern zumindest ein Wehrrecht, wie es z. B. in Deutschland oder Norwegen der Fall ist. In beiden Ländern funktioniert das System Wehrpflicht für Männer und Wehrrecht für Frauen ohne Probleme.

Wie Brigadier Dr. Frise schon schrieb, ist die Frau in Österreich an ein althergebrachtes Rollenbild gebunden, und will man aus diesem ausbrechen, ist man ein Außenseiter, der nur mit sehr viel Mühe in der Gesellschaft akzeptiert wird.

Nun stellt man sich noch die Frage, wann und wie sich die Politiker entscheiden werden. Sagen sie „Ja“, so ermöglichen sie vielen Frauen eine neue Zukunft im österreichischen Heer als Berufssoldatin. Oder sie sagen „Nein“. Somit wären wir eines der letzten Länder, in denen Frauen kein Recht auf eine militärische Ausbildung und auf eine Laufbahn als Berufssoldatin haben.

Wieder eine Benachteiligung mehr! Wann hören wir endlich auf, an alten Rollenbildern festzuhalten?

Monika Taxer
5612 Hüttschlag

Foto: SMZ



Eine Frau hat genauso ein Recht auf eine militärische Ausbildung wie der Mann. Wann hören wir endlich auf, an alten Rollenbildern festzuhalten?

Vorgesetzter und Unterstellter in einer Person

**(Oberst dhmFD Mag. Udo Rumerskirch,
TRUPPENDIENST, Heft 3/1995)**

Ich gestatte mir, zum genannten Beitrag mitzuteilen, daß die Verbesserung der Führungsinstrumentarien zwar im Rahmen der verwaltungsreformatorischen Bemühungen erörtert wurde, daß jedoch die Entscheidung, das Mitarbeitergespräch und die Teamarbeitsbesprechung in das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 aufzunehmen, ein Anliegen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst war.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst hat die Neuregelung der Leistungsbeurteilung unter dem Blickwinkel des „Wachsens am Arbeitsplatz“ seit dem Herbst 1990 kontinuierlich verhandelt.

Im Zuge der Verhandlungen über das Besoldungsreformgesetz 1994 wurde die Leistungsfeststellung (§§ 81 ff BDG 1979) modifiziert und daneben, als eigenständige und mit der Leistungsfeststellung nicht in Verbindung stehende Einrichtung, das Mitarbeitergespräch eingeführt.

Durch die Abkoppelung von der Leistungsfeststellung hat jeder Beamte ab dem 1. Jänner 1998 alljährlich ein offenes Gespräch mit dem unmittelbaren Fachvorgesetzten über die Ziele seiner Organisationseinheit zu führen.

Es wird ihm dabei ermöglicht, mit seinem Vorgesetzten eine Vereinbarung über die von ihm im Rahmen dieser Ziele zu erfüllenden wesentlichen Aufgaben zu treffen.

Die flächendeckende Einführung des Mitarbeitergespräches und der Teamarbeitsbesprechung erfordert eine entsprechende Vorbereitungszeit und eine eingehende Vorbereitung für die Vorgesetzten und die Mitarbeiter. In der Zeit bis 1998 wird die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung die inhaltliche und die verfahrensrechtliche Konkretisierung der §§ 45a und 45b

BDG 1979, i. d. F. des Besoldungsreformgesetzes 1994, zu bewerkstelligen haben.

Dr. Wilhelm Gloss
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
1010 Wien

Was müssen sich die Soldaten des Zweiten Weltkrieges noch alles gefallen lassen?

(Leserforum, TRUPPENDIENST, Heft 4/1995, S. 292f)

Die Leserbriefe finden meine volle Zustimmung. Zu der auch für Wien vorgesehenen Ausstellung des ehemaligen Lehrers und Kommunisten Heer, bisher in Hamburg, z. Zt. in Potsdam, nächstens in Stuttgart, gibt es ein Begleitbuch, das angeblich außer von Heer von einem Klaus Neumann herausgegeben wird. Letzterer ist nicht identisch mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, sondern ein unbedeutender Journalist, dessen Name zum Zweck der Desinformation und Irreführung der Öffentlichkeit nützlich ist. Der Hamburger Ausstellung ging eine in Wolgograd, Moskau und St. Petersburg gezeigte voraus, die zuvor in Berlin anlässlich des Falles „Barbarossa“ vor 50 Jahren gezeigt worden war. Für alle ist Professor Rürup von der TU Berlin auf Veranlassung und mit Förderung durch den Berliner Senat (!) verantwortlich, wie das Auswärtige Amt, Bonn, bestätigte. Während wir Veteranenverbände der ehemaligen Wehrmacht uns bemühen, bei Kontakten mit den Kriegsveteranenverbänden in der GUS die Brücke zur Versöhnung an der Basis aufzubauen, wird uns von dieser Seite mit öffentlichen Mitteln in den Rücken gefallen und der Öffentlichkeit in jenen Städten vorgeführt, was wir angeblich für Verbrecher gewesen seien. Ein russischer Offizier erklärte dem Ausstellungsleiter in St. Petersburg, es handle sich wohl um eine „deutsche Selbstverprügelung“.

Wir, die Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände, mit Sitz Stuttgart, haben einen Historiker mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens gegen diese Veröffentlichungen (Ausstellungen) beauftragt. Zwei Professoren haben Klage gegen Heer beim Bundesverfassungsgericht erhoben, die Klage ist angenommen worden.

Ich nehme an, daß dies die österreichischen Kameraden interessiert.

Major dR Horst Voigt
D-30173 Hannover,
Deutschland

Besonders verwerflich ist an dem Ganzen, daß man der Deutschen Wehrmacht neuerlich etwas vorwirft, was vom an



Foto Groß

und für sich problematischen Internationalen Militärtribunal in Nürnberg ausdrücklich verneint wurde. Einem einmal von einer Anklage Freigesprochenen dieselbe angebliche Tat vorzuhalten, kommt jedoch einer strafbaren Verleumdung gleich. Dies sollten die Nestbeschmutzer bedenken. So ergibt sich die traurige Tatsache, daß der ehemalige französische Präsident Mitterrand die Ehre der deutschen Wehrmacht Angehörigen verteidigen mußte.

Dipl. Ing. Walter A. Hamburger
1015 Wien

Der Kompaniekommandant ist der Angelpunkt des Systems

Der Offizier soll als hochqualifizierte Führungskraft im Rahmen unseres Gesellschaftssystems aufgrund seiner wissenschaftlich fundierten Berufsausbildung seine Aufgaben im Einsatz, in der Ausbildung und im täglichen Dienstbetrieb durch Vorbild in Humanität und Professionalität erfüllen.

Der Offizier ist Führer, Ausbilder und Erzieher seines Kadern und der ihm anvertrauten Grundwehrdienern.

Diese Beschreibung trifft in erster Linie auf *Einheitskommandanten* zu.

Sie setzen aufgrund ihrer Funktion die erwähnten Anforderungen direkt um, stehen im unmittelbaren Kontakt mit Kader und Grundwehrdienern und sind daher direkt mit Führen, Ausbilden und Erziehen im Einsatz, bei der Ausbildung und im täglichen Dienstbetrieb konfrontiert. Sie sind Personalchef und Gerätehalter eines Organisationselementes, welches die personellen und materiellen Dimensionen eines Mittelbetriebes erreicht.

Sie gewinnen durch ihre Kaderwerbung den Nachwuchs für den „Großbetrieb Bundesheer“.

Sie tragen die direkte Verantwortung für ihre Untergebenen, sind durch die täglichen neuen Anforderungen zum lebenslangen Lernen gezwungen und prägen durch ihre Arbeit das Image der gesamten Armee.

Diese zehn Gebote existierten für deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges:

1. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörung sind seiner unwürdig.
2. Der Kämpfer muß uniformiert oder mit einem besonders eingeführten, weithin sichtbaren Abzeichen versehen sein. Kämpfen in Zivilkleidung ohne ein solches Abzeichen ist verboten.
3. Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt, auch nicht der Freischärler und der Spion. Diese erhalten ihre gerechte Strafe durch die Gerichte.
4. Kriegsgefangene dürfen nicht mißhandelt oder beleidigt werden. Waffen, Pläne und Aufzeichnungen sind abzunehmen. Von ihrer Habe darf sonst nichts weggenommen werden.
5. Dum-Dum-Geschosse sind verboten. Geschosse dürfen auch nicht in solche umgestaltet werden.
6. Das Rote Kreuz ist unverletzlich. Verwundete Gegner sind menschlich zu behandeln. Sanitätspersonal und Feldgeistliche dürfen in ihrer ärztlichen bzw. seelsorgerischen Tätigkeit nicht gehindert werden.
7. Die Zivilbevölkerung ist unverletzlich. Der Soldat darf nicht plündern oder mutwillig zerstören. Geschichtliche Denkmäler und Gebäude, die dem Gottesdienst, der Kunst, Wissenschaft oder der Wohltätigkeit dienen, sind besonders zu achten. Natural- und Dienstleistungen von der Bevölkerung dürfen nur auf Befehl von Vorgesetzten gegen Entschädigung beansprucht werden.
8. Neutrales Gebiet darf weder durch Betreten oder Überfliegen noch durch Beschießen in die Kriegshandlungen einbezogen werden.
9. Gerät ein deutscher Soldat in Gefangenschaft, so muß er auf Befragen seinen Namen und Dienstgrad angeben. Unter keinen Umständen darf er über Zugehörigkeit zu seinem Truppenteil und über militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse auf der deutschen Seite aussagen. Weder durch Versprechungen noch durch Drohungen darf er sich dazu verleiten lassen.
10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Befehle in Dienstsachen sind strafbar. Verstöße des Feindes gegen die unter 1 bis 8 angeführten Grundsätze sind zu melden. Vergeltungsmaßregeln sind nur auf Befehl der höheren Truppenführung zulässig.



Der Offizier ist Führer, Ausbilder und Erzieher seines Kadets und der ihm anvertrauten Grundwehrdiener. Diese Beschreibung trifft in erster Linie auf Einheitskommandanten zu.

Sie tragen die Verantwortung bei risikoreichen Ausbildungsvorhaben, Katastropheneinsätzen und für große materielle Werte.

Sie benötigen für all diese Anforderungen pädagogische, psychologische, soziologische, ja sogar juristische Fähigkeiten. Ihre Funktion wird aufgrund der Vorbildwirkung und der Verantwortung, die sie tragen, immer an erster Stelle genannt, aber an welche Stelle werden sie gereiht, wenn es um die *funktionsbezogene Bezahlung* geht?

Die Einheitskommandanten
des Heeresfernmelderegimentes
5600 St. Johann/Pongau

Dieser Tage kämpft ein österreichischer Handelsriese ums Überleben, die Bilanz ist aus den Fugen geraten. Das Unternehmen hat hierarchische Führungsebenen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten eingerichtet. Gewinn oder Verlust werden jedoch in den Filialen produziert und erst die Summe der Filialen ergibt eine positive oder negative Bilanz.

Ein hohes Maß des Erfolges hängt von der Kreativität, dem Handlungsspielraum und den vorgegebenen Rahmenbedingungen ab, unter denen der Filialleiter zu arbeiten hat!

Dieses Beispiel (Gleichnis) ist auf den Bundesbetrieb (Ges. m. b. H.) „Heer“ mit dem Hauptprodukt „Äußere Sicherheit“ wohl anwendbar.

Die Summe unserer Kompanien ergibt das Heer, insbesondere bei unserem derzeitigen Wehrsystem „Allgemeine Wehrpflicht mit Freiwilligkeitscharakter“ wird das Militär auf dieser Ebene erlebt und gelebt!

An dieser entscheidenden Schnittstelle stehen unsere Kompaniekommandanten, und ein Großteil von ihnen erlebt in dieser Funktion zusammengedrängt auf ei-

nige Jahre das, wofür er diesen Beruf ergriffen hat.

Die relative Jugend und ein Maß an Begeisterung lassen sie die Aufgaben erfüllen und die Bürde von *bis zu vier übergeordneten Hierarchieebenen* mit lachendem Gesicht ertragen.

Führung - Ausbildung - Verwaltung, diese „drei Räder“ greifen auf der Ebene der Kompanie ineinander. Dem Geschick und Können des Kompaniekommandanten obliegt es, ob seine „Filiale“ Gewinn abwirft. Keine andere Führungsebene des Heeres erfordert den engen Kontakt eines einzelnen mit so vielen Menschen wie die Ebene der Kompanie. Hier weicht das Heer auch von den Strukturen des zivilen Bereiches ab, denn es gibt kaum Bereiche, in denen Männer (vielleicht zukünftig auch Frauen) in so jungen Jahren für bis zu 200 Menschen Verantwortung zu tragen haben.

Ohne sich hier mit einer Aufgabenaufzählung zu verbreitern, ist ersichtlich, daß die Funktion des Kompaniekommandanten aus den Funktionen der Gesamthierarchie herausragt und maßgeblichen Einfluß auf diese hat.

An der Schwelle zur Einführung eines funktionsorientierten Besoldungssystems kommt man nicht umhin, die Einstufung des Kompaniekommandanten bzw. den hierfür vorgesehenen Ansatz zu hinterfragen.

Man kann die Pyramide nicht auf den Kopf stellen, sollte aber doch sichtlich (in Zahlen) zum Ausdruck bringen, daß dem Kompaniekommandanten als „Basisfunktion“ für das Heer besondere Bedeutung zukommt. Hier fällt die Entscheidung, ob sich ein junger Mann (Frau) für den Dienst in unserer Gesellschaft als Soldat zur Verfügung stellt.

Man kann nur hoffen, daß die verantwortlichen Militärs im Einklang mit dem

Ressortminister eine entsprechende Weichenstellung gegenüber dem Gesetzgeber unterstützen und der Funktion des Kompaniekommandanten den zustehenden Stellenwert einräumen.

Oberst Klaus Kopetzky
1040 Wien

Groß war die Freude bei allen Soldaten, berechtigt die Hoffnung, beim Übertritt in das neue Schema endlich leistungsbezogen beurteilt zu werden.

Für mich als jungen Offizier war dies ein ungeheurer Motivationsschub, nicht, weil jetzt einfach mehr Geld im Beruf zu holen sein wird, sondern weil jetzt die Möglichkeit besteht, für die Arbeit, die man leistet, für die Verantwortung, die man trägt, für dieses Leben, das man als Soldat lebt, gerecht entlohnt zu werden. In der Erstverwendung zumeist als Zugskommandant eingeteilt, leisten doch die meisten jungen Offiziere bald die Arbeit eines Kompaniekommandanten, verdienen aber weiterhin das in ihrer Gehaltsstufe vorgesehene Salär. Diese Diskrepanz sollte durch das M-Schema beseitigt und gleichzeitig der Stellenwert des Kompaniekommandanten, des Mannes, der die Ausbildung der jungen Österreicher direkt plant und für ihre Einsatztauglichkeit und letztendlich für ihr Leben verantwortlich ist, angehoben werden. Betrachtet man jetzt aber das Produkt, das ausverhandelt vor uns liegt, so stellt sich mir eine Frage: Warum wundert man sich höheren Orts, daß so viele Offiziere abrüsten, daß Leutnante am Montag nach der Ausmusterung ihre Ausrüstung abgeben und in die Privatwirtschaft umsteigen?

Ich hätte mir eine gerechtere Verteilung der Budgetmittel erwartet, gerechter insofern, daß weniger dieser ominöse und vielzitierte „Wasserkopf“ gestützt wird, sondern daß vielmehr die Männer am Nabel der Ausbildung aufgewertet werden.

Da dies leider nicht in befriedigendem Maße vollzogen wurde und auch die Zukunft höchstwahrscheinlich keine Änderung mehr bringen wird, verstehe ich die Frustration vieler junger Kameraden. Was bleibt dem jungen Offizier außer dem Idealismus für seinen Traumberuf und der Genugtuung, gute Arbeit zu leisten?

Unbefriedigend ist aber nicht nur das, was bleibt, viel trauriger stimmt mich das, was verloren geht. Denn daß durch die Unzufriedenheit und, zusätzlich angeregt, durch die Diskussion um die Parade am 26. Oktober das Vertrauen in die politische Führung schwindet, ist nur allzu natürlich.

Leutnant Jörg Krainer
9560 Feldkirchen

Meine Meinung

40 Jahre Bundesheer - ein Blick auf die Wirklichkeit

Es hat alles mit einer sehr großen Begeisterung angefangen: Man hatte eine schreckliche Zeit hinter sich und wollte aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Vorbei waren Krieg, Besatzung und der Zweifel an der Lebensfähigkeit des eigenen Staates. Man wollte souverän und selbständig, mit der Zusage zu einer bewaffneten Neutralität, dieses westlich orientierte Land in Freiheit und Frieden besser gestalten. Ein neugeschaffenes Bundesheer sollte ein geeignetes Sicherheitsinstrument dafür sein. Man war sich immer im klaren, daß man ohne „geistiges Rüstzeug“ sowie ohne ausreichende materielle Mittel und personelle Ressourcen nichts erreichen können werde. Die Politik war gefordert, denn der Primat lag und liegt bei ihr. (In den Jahren von 1955 bis 1970 hatte die ÖVP die Führungsposition in der Bundesregierung inne, in den letzten 25 Jahren ist sie bei der SPÖ gelegen. Das müssen wir uns vor Augen halten.)

Wie der Zustandsbericht zur innenpolitischen Lage des Verteidigungsinstrumentes 1995 lautet hat der Journalist und Sozialdemokrat Dr. Herbert Lackner vor kurzer Zeit in einem Leitartikel eines Wochenmagazins beschrieben: „Das Bundesheer für einen überflüssigen Haufen zu halten, es an ganz kurzer Budgetleine zu führen, sein Gerät zu verspotten, der Wehrpflicht durch das Hintertürl Zivildienst zu entschlüpfen - das alles gilt in Österreich wenn schon nicht als edle Tugend, so doch als anerkanntes und vernünftiges Verhalten, dem der schrille Punk ebenso frönt wie der Hausmeister aus Jedlese. Daran konnten auch alle noch so aufwendigen Werbe- und PR-Aktionen nichts ändern ...“ Der Sozialdemokrat Lackner läßt keinen Zweifel daran, daß er diesen Zustand als „keine Katastrophe“ empfindet. Er ist damit sicher nicht der einzige seiner Gesinnungsgenossen, und das ist auch kennzeichnend für die Geisteshaltung diverser Politiker und Journalisten. Wenn diese Darstellung auch nur für einen Teil der Bevölkerung zutreffend ist, so ist das Faktum als solches dennoch nicht zu leugnen. Daß die Heeresgegner in Österreich, ob rot oder grün, ob pazifistisch, atheistisch oder christlich, diesen Zustand *gezielt* herbeigeführt haben und weiterhin „pflegen“, steht außer Frage. Und alle, die sie gewähren lassen, sind nicht unschuldig am Zustand des Heeres.

Und wie ist es dazu gekommen? Daß die pazifistische Linke in Österreich seit jeher eine negative Einstellung zum Bundesheer hatte, konnte sogar der verstorbene Kanzler Dr. Kreisky nicht leugnen. Vor allem die Jugendorganisationen haben unverändert diese Positionen beibehalten. Heute haben sich noch die „grünen Ideologen der Gewaltfreiheit“ dazugesellt. Daß es in der anderen „Reichshälfte“ nur in Teilen besser gewesen ist, ist ebenso unbestritten. Zwar haben manche Politiker verschiedener Parteien als Ressortchefs des Heeres, als Wehrsprecher oder in sonstiger Funktion mit außerordentlichem Engagement eine ehrliche Arbeit geleistet, aber der feste, große Rückhalt für die Landesverteidigung hat letztlich in beiden Regierungsparteien meistens gefehlt. Es ist nicht zu leugnen, daß ein beachtenswerter Lernprozeß bemerkbar gewesen ist, doch in kritischen Situationen wurden und werden die alten Standpunkte, mit Rücksicht auf die eigene Klientel, eingenommen. Die „Zivildienstdebatte“, die Paradediskussion, die Einstellung zu Beschaffungsvorhaben und Problemen des Heeres - um nur einiges aus jüngster Zeit zu nennen - sind unwiderlegbare Hinweise.

Die „Geistige LV“ - das Instrument zum Vermitteln des geistigen Rüstzeuges - hat es in Österreich bis heute so „weit“ gebracht, daß laut Meinungsumfrage nur noch eine Minderheit bereit wäre, diesen Staat „mit der Waffe in der Hand“ zu verteidigen. Das kennzeichnet ein völliges Versagen der „Politischen Bildung/ Geistige LV“ (kompetenzmäßig trägt das Unterrichtsressort dafür die Verantwortung). Kann das ein Staatsziel sein, wenn unsere Menschen nach 40 Jahren Wohlstand nicht mehr bereit sind, für die „allgemeingültigen Grundwerte“ unserer Gesellschaft - mit allen Mitteln - kämpfen zu wollen? Man möge sich nicht auf das Heer ausreden, daß es „seine schärfsten Kritiker“ unter jenen produziert, „die einige Monate in ihm gedient haben“. Eine Armee, die in diesem geistigen Klima arbeiten muß, kann nicht besser sein, als sie es ist. Sie erhält nicht die unverzichtbaren Voraussetzungen und „wurstelt so von einem faulen Kompromiß zum nächsten weiter“. Das ist schlicht und einfach die logische Folge.

Ein Beispiel für viele andere soll das demonstrieren. Es ist bis jetzt nicht gelungen, generell die „Hilfsausbilder“ von den

auszubildenden Grundwehrdientern fernzuhalten. Daß diese „Ungelernten mit Befehlsbefugnis“ dem Ansehen des Heeres immer noch einen nicht wiedergutmachenden Schaden zufügen, ist

unbestritten. Aber trotzdem läßt man sie gewähren. Warum eigentlich? Weil man glaubt, Aushilfen zu schaffen. Aber warum ist der Staat (nicht das BMLV !) nicht bereit, für die Personengruppe der untersten Kommandanten eine angemessene Bezahlung zu bieten, damit auch nur wirklich qualifiziertes und vor allem zahlenmäßig ausreichendes Personal zur Verfügung steht? Damit man bei der nächsten Gelegenheit hören muß, „wie schlecht das Heer ausbildet“? Kompromisse in den Orgplänen hinsichtlich Zahl und Qualität sind nicht tragbar. Verhandlungen mit dem Kanzleramt, die ein derartiges Ergebnis „versteinern“, dürften nicht akzeptiert werden.

Es gibt jedoch auch eine andere Seite der Thematik „Landesverteidigung“: Wo immer das Bundesheer im Einsatz gewesen ist, konnte es über mangelnde Sympathien nicht klagen: sei es bei Katastrophen, bei der Assistenz an der ungarischen Grenze oder bei Kampfeinsätzen wie 1991 an der Grenze zum damaligen Jugoslawien. Gleiches gilt für Großübungen. Trotz vieler Probleme und bewußter Demontageversuche hat das Heer *alle* bisherigen Bewährungsproben im In- und Ausland mit großer Wertschätzung bestanden. Aber auch im Alltag des Heeres werden zum Teil sehr zufriedenstellende Leistungen erbracht. Das Personal des Bundesheeres hat unter den gegebenen Voraussetzungen in diesen 40 Jahren viel Positives und oft Herausragendes geleistet. Natürlich wurden und werden - leider - auch viele Fehler gemacht, doch der Primat der Verantwortung liegt unlegbar bei der politischen Führung des Landes: Das Bundesheer kann ohne ehrliches, volles und kontinuierliches Engagement der gesamten Bundesregierung, samt einem aktiven Ressortchef, auch in Zukunft keine bessere Leistung erbringen. Für den Kader bedeutet die Realität keine Entlassung aus der Pflicht. Im Gegenteil, sie verlangt noch mehr Leistungsbereitschaft, erfolgreicherer Bemühen um Sinnvermittlung des Dienstes, klügeres Wirken und möglichst fehlerfreies Handeln.

Dr. Horst Mäder



General iR Siegbert Kreuter

Das Selbstverständnis des österreichischen Soldaten gestern und heute

Ein Rückblick nach 40 Jahren

Das Selbstverständnis des Soldaten, sein Selbstwertgefühl, ist großteils von Reflexionen aus seiner Umwelt abhängig - vom jeweiligen Zustand des Heeres, dem er angehört, und der Wertschätzung, die er im Heer, vor allem aber in der zivilen Umwelt erfährt. Die Entwicklung des Bundesheeres der Zweiten Republik ist daher ein wesentlicher Gradmesser für das Selbstverständnis seiner Soldaten. Die Skala reicht dabei von hoch motivierender Aufbruchsstimmung, dem Glauben an Reformen und dem Gefühl, gewollt und gebraucht zu werden, bis hin zu Momenten der Stagnation und Resignation.

Das Selbstverständnis von Funktionen, die der Gemeinschaft dienen, kann kein statischer Zustand sein, sondern ist vielmehr ein ständiger Wechselprozeß zwischen Funktion und Umwelt, der in der Handlungsweise seinen äußerlichen Ausdruck findet. Die Handlungsweise des Soldaten kann sich nur an seiner spezifischen Aufgabe orientieren, und diese ist in letzter Konsequenz der Kampf mit der Waffe. So gelobt jeder österreichische Soldat „... die Republik Österreich und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen ...“ Darum muß der Soldat kriegerische Ereignisse sorgsam beobachten, um an deren Erkenntnissen Maß zu nehmen. Gegenwärtig können wir über die Fernsehkanäle¹⁾ und Zeitschriften²⁾ den Krieg in Tschetschenien verfolgen. Wir sehen, wie eine modernst ausgerüstete Armee nicht voll ausgebildete Soldaten einsetzt und Einheiten sowie Verbände ohne Verbandsausbildung in den Kampf führt. Diese Vorgangsweise wird mit schweren, blutigen Verlusten bezahlt und erschüttert das Vertrauen in die Armee und innerhalb der Armee.

Die Älteren von uns haben den Vietnam-Krieg und die daraus folgenden politischen Auseinandersetzungen gleichfalls über die Medien verfolgen können. An seinem Ende befanden sich die Streitkräfte der USA in einer schweren Krise. Mit einer außergewöhnlichen Offenheit wurden die Ursachen analysiert und die Erkenntnisse im Golf-Krieg 1991³⁾ mit überwältigendem Erfolg umgesetzt. General Schwarzkopf zeigt schon mit einem einzigen Buch, wie Analyse und Aktion zum Ziel führen können. Obwohl die Größenordnungen außerhalb jedes Vergleiches liegen, gelten die militärischen



Foto: Mikko B

... So gelobt jeder österreichische Soldat „... die Republik Österreich und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen ...“

Grundsätze überall. In diesem Geist will die folgende Arbeit vor allem Fakten vorlegen und den Leser einladen, sich selbst ein Urteil zu bilden.

Gestern und heute

Zuerst war die Trennungslinie zwischen gestern und heute festzulegen. Wenn auch der Übergang fließend ist, so hat der Verfasser die Trennungslinien mit den Reformen von 1970 bis 1975 gezogen. Die wichtigsten Kriterien dafür sind: die Haltungsänderung der SPÖ gegenüber dem Bundesheer nach 1973, die Einführung des Zivildienstes 1975, die Einführung der Mehrleistungsvergütung (Überstundenbezahlung) 1972, die Mil-

derung des Disziplinarrechtes für Grundwehrdiener und die Stärkung des Einflusses der Personalvertretung auch im täglichen Dienstbetrieb.

Gestern

Mit dem Wehrgesetz 1955 wurde das Bundesheer der Zweiten Republik geboren, wobei die ehemalige B-Gendarmarie die Geburtshilfe leistete. Der Anfang

- 1) Insbesondere Fernsehkanal ARTE, 1. März-woche 1995.
- 2) Oeleg Blotsky, From bad to worse, in: TIME-Magazin, 20. Februar 1995, S. 27.
- 3) H. Norman Schwarzkopf, It doesn't take a hero, Bantam paperback edition, New York 1993.

war nicht leicht: Die Masse des Kadres mußte erst gewonnen werden, die Organisation war zu schaffen, es gab keine Vorschriften und keine Reservisten. Das Offiziers- und Unteroffizierskorps war nicht homogen. Die ältere Generation hatte im Bundesheer der Ersten Republik und in der Deutschen Wehrmacht oder in alliierten Armeen gedient, die mittlere Generation in der Deutschen Wehrmacht, und die junge kam aus der B-Gendarmerie. Die Kriegsteilnehmer hatten von den verschiedenen Kriegsschauplätzen und Waffengattungen sehr unterschiedliche Kriegserfahrungen mitgebracht. So war es nur natürlich, wenn im Gefechtsdienst und in der Taktik verschiedene Auffassungen aufeinanderprallten. Aber schon ein Jahr nach Aufstellungsbeginn wurde das Bundesheer an der Grenze zu Ungarn eingesetzt. Die blutigen Opfer der Ungarn im Kampf gegen die sowjetischen Truppen und die Not der Flüchtlingsmassen ließen das Heer sowie Heer und Bevölkerung sehr rasch zusammenwachsen. Fast jeder eingesetzte Soldat konnte über freundliche Gesten der Grenzbürger berichten. Die Erfahrungsberichte von Zollwache, Gendarmerie, Staatspolizei und Bundesheer waren sich in einem Punkt einig: In ähnlichen Situationen erwarte die Grenzbevölkerung Schutz und Beistand. Im Protokoll über die Sitzung des Landesverteidigungsrates vom Februar 1958 kann man lesen: „Bundesminister Helmer betont die Notwendigkeit, der an den Grenzen lebenden Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit zu geben ...“⁴⁴⁾

Die ungarische Tragödie hat gleichsam den Ton für die Aufstellung des Bundesheeres angeschlagen. Das Heer ging mit großem Eifer und Ernst daran, die Verteidigungsfähigkeit herzustellen, lebte man doch unter dem Eindruck, solche Tragödien könnten sich jederzeit wiederholen. Das Konzept war logisch und einfach. Ein territorialer Grenzschutz hatte in kürzester Zeit aufbietbar zu sein, um



Mit dem Wehrgesetz 1955 wurde das Bundesheer der Zweiten Republik geboren, wobei die ehemalige B-Gendarmerie die Geburtshilfe leistete (oben).

August 1961: Die Errichtung der Berliner Mauer, ein Akt, der die Menschen in Europa tief bewegte (rechts).

die Grenzbevölkerung zu schützen. Feste Anlagen sollten die Wirksamkeit erhöhen. Das führte zu einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Zollwache. Viele Zollwacheoffiziere absolvierten freiwillig die Reserveoffiziersausbildung im Bundesheer. Mit den beweglichen Brigaden war je nach Lage das Schwergewicht zu bilden. In diesem Konzept waren der Grenzschutz der Schild und die beweglichen Brigaden das Schwert.

Die Präsenzdiener dienten neun Monate (minus 14 Tage Dienstfreistellung), und jeder Reservist war verpflichtet, bis zum 50. Lebensjahr jährlich vier Tage Inspektionen/Instruktionen zu leisten. Eine Besonderheit bestand darin, daß die Arbeitgeber die Bezüge während der Inspektionen/Instruktionen fortzahlten.

Der große Eifer zeigte beachtliche Ergebnisse. In nur zehn Jahren wurden die Vorschriften für Gruppe, Zug, Kompanie/Bataillon und für die Obere Führung („Truppenführung“ - TF) erstellt. Das betonte Einsatzdenken wurde durch dramatische Ereignisse immer wieder verstärkt. Im August 1961 errichtete die Führung der DDR die Berliner Mauer,



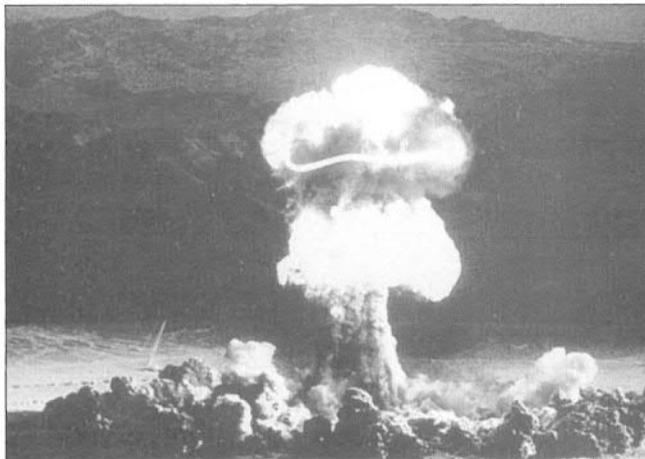
Foto: Archiv, IFDF

4) Heeresgeschichtliches Museum, Das Bundesheer der Zweiten Republik, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1980, S. 41.



Bereits ein Jahr nach Aufstellungsbeginn wurde das Bundesheer an der Grenze zu Ungarn eingesetzt.

General iR Siegbert Kreuter, geboren 1929, war von 1952 bis 1955 bei der B-Gendarmerie, absolvierte 1963 den Stabsoffizierskurs in den Vereinigten Staaten, anschließend daran die Generalstabsausbildung, und war als Chef des Stabes bei der 1. Jägerbrigade tätig. Weitere Verwendungen in der Organisations-, Mob- und Ausbildungsabteilung der Zentralstelle, 1979 bis 1985 Militärkommandant von Burgenland, 1986 bis 1994 Leiter der Inspektionsgruppe und stellvertretender Sektionsleiter im Bundesministerium für Landesverteidigung.



1962 brach die Kuba-Krise aus. Die Sowjetunion hatte auf Kuba Atomraketen stationiert. Die USA verlangten deren Entfernung unter Androhung aller Machtmittel. Die Welt stand am Rande eines Atomkrieges.

Foto: Archiv

ein Akt, der die Menschen in Europa tief bewegte.

Im Oktober 1962 brach die Kuba-Krise aus. Die Sowjetunion hatte auf Kuba Atomraketen stationiert. Die USA verlangten deren Entfernung unter Androhung aller Machtmittel. Die Welt stand am Rande eines Atomkrieges. Schließlich erfüllte die Sowjetunion die amerikanische Forderung. Es mag heute unfassbar erscheinen, aber damals gehörte der Einsatz von Atomwaffen in beiden Paktsystemen zum festen Bestandteil der Taktikausbildung auf Kompanie- und Bataillonsebene.

In Österreich faßte der Ministerrat am 11. Mai 1965 auf Antrag des Verteidigungsministers Dr. Georg Prader den Beschluß über die Umfassende Landesverteidigung (ULV)⁵⁾, die in fünf Bereiche gegliedert wurde, und zwar in die militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung sowie in den Sonderausschuß für Verkehr und Nachrichtenwesen. Militärisch wurde die Bedrohung in drei Stufen gegliedert: Krisenfall, Neutralitätsfall (Krieg in der Nachbarschaft) und Verteidigungsfall. Die ersten beiden Fälle waren durch die Einsatzbrigaden und durch die Aufbietung des Grenzschatzes zu bewältigen, während im Verteidigungsfall rechtzeitig mobilzumachen war.

Das Bundesheer begann 1965 zehn verschiedene Operationsfälle auszuarbeiten. Damit sollte allen denkbaren Entwicklungen an den Grenzen Rechnung getragen werden. Für die Einsatzbrigaden bedeutete das zehn verschiedene Einsatzräume, die zu erkunden waren und in denen zu üben war. Die Einsatzbefehle waren bis zur Kompanie zu erstellen und den vorgesetzten Kommanden vorzulegen. Dazu kamen mehrwöchige Verlegungen auf die Truppenübungsplätze, die großen Verbandsübungen 1960 und 1965, die Hilfeleistung nach der Naturkatastrophe in Kärnten und Osttirol 1966, der Einsatz an der Grenze zu Italien 1967 und die CSSR-Krise 1968, die noch gesondert behandelt wird. Die Daten lassen erkennen, unter welchem Termin- und Leistungsdruck die Truppe lebte. Das Wort Taktik wurde groß geschrieben. Bei jeder Taktikfortbildung wurden konkrete Lagebeurteilungen, Entschlüsse mit Begründungen und Befehle verlangt. Die Kritik der Vorgesetzten war oft spitz und rau, was nicht selten die Schadenfreude der Kameraden auslöste. So nahm man allmählich gern alle möglichen Gründe wahr, um die Taktik zu schwänzen. Andererseits ließen die relativ freien Übungen die Truppe zusammenwachsen. Man erlebte die gegenseitige Abhän-

gigkeit. Was nützte der beste Entschluß oder der klarste Befehl, wenn die Truppe nicht rechtzeitig an Ort und Stelle war oder die schweren Waffen nicht einsatzbereit waren? Jede Funktion wurde getestet. So war es nicht leicht, die in Bewegung befindlichen Truppen in der Nacht zu versorgen. Allerdings konnte man sich besonders bewähren und „berühmt“ werden, wie jener Aufklärungsspähtrupp, der im Zuge eines Manövers die „feindlichen“ Befehle samt Karten nach Hause brachte. Noch schneller aber verbreiteten sich Nachrichten über Fehlleistungen, wobei jeder Übermittler etwas zulegte, wie im Fall jenes Melders, der bei der großen Verbandsübung 1965 die eigenen Linien passierte und die Befehle direkt dem „Feinde“ zustellte. Man konnte aber auch den verschwitzten und ermüdeten Männern den Stolz vom Gesicht ablesen, wenn sie während der Übung vom hochangesehenen General der Infanterie Albert Bach mit den Worten gelobt wurden: „Ihr habt euch bravourös geschlagen ...“ In den Kasinos machte die Formulierung die Runde: „Nicht die Zeit formt Offiziere, sondern die Offiziere formen die Zeit.“ Dazu ein unvergeßlicher Kommentar: „Man glaubt es zwar nicht, aber man hört es gerne.“ Bei entsprechender Stimmung konnte ein Kompaniekommandant Beifallsstürme ernten, wenn er beim Abrüstungsabend in den Saal schmetterte: „Wer einmal auf die Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört.“

Die Ernüchterung

Je realistischer man die Einsatzvorbereitungen durchführte, desto deutlicher wurde es, daß die Mittel weder personell noch materiell ausreichten, um den Verteidigungsauftrag zu erfüllen. Darum konnte man nur die Kampfart des Hinhaltenen Kampfes praktizieren. Alle Erfahrungsberichte zielten darauf ab, mehr Mittel zu erhalten. Leider fanden

5) Ebenda, S. 76ff.



Hilfeleistung des Bundesheeres nach der Naturkatastrophe in Kärnten und Osttirol 1966.



Während der CSSR-Krise 1968 erreichte das Bundesheer eine Einsatzstärke von über 17 000 Mann.

sie kein Gehör. Im Gegenteil: Die florierende Wirtschaft zahlte höhere Gehälter als der Staat. Die Stärke des Kaderpersonals stagnierte, obwohl der Ausbau einen starken Zuwachs verlangte. Auch das Wehrpflichtigenkontingent reichte nicht aus, um die Einsatzbrigaden auf volle Stärke zu bringen. Man war daher gezwungen, im Jahr 1968 30 Einheiten des Aktivstandes aufzulösen.⁶⁾ Nun kam es zu zwei gegensätzlichen Auffassungen innerhalb des Heeres.

Eine Gruppe meinte, die Einsatzbrigaden seien auch für die Bewältigung des Neutralitätsfalles zu schwach, so daß man in jedem Fall mobil machen müsse. Daher sollte man auf sie verzichten. Denn um sie auch nur auf diesem ungenügenden Stand zu halten, müßten zu viele Soldaten als Fahrer bzw. für die Panzergrenadier-, Artillerie-, Fliegerabwehr- und Fernmeldeverbände ausgebildet werden, während im Grenzschutz und im Mobheer vor allem Infanteristen gebraucht würden.

Die andere Gruppe meinte, das sei zwar richtig, nur könne man keinen politischen Willen erkennen, im Neutralitätsfall mobil zu machen. Aber selbst wenn man zur Mobilmachung bereit wäre, könnte sie nicht durchgeführt werden, weil alle gesetzlichen Grundlagen für die materielle Mobilmachung fehlten. Als die ÖVP-Alleinregierung 1968 den Entwurf eines Leistungsgesetzes für die Bereitstellung von Kraftfahrzeugen, Luftfahrzeugen und Baumaschinen im Nationalrat einbrachte, stimmte die SPÖ dagegen. Das Gesetz wurde beschlossen, konnte aber wegen des heftigen Widerstandes der Wirtschaft und der Kraftfahrerorganisationen bis zum Jahr 1981 (!) nicht vollzogen werden. Man muß feststellen, daß die Auffassung dieser Gruppe in allen Anlaßfällen bis zum heutigen Tage bestätigt worden ist.

Es waren aber nicht nur militärische Probleme, die zur Ernüchterung führten. Bei

großen Übungen arbeiteten Exekutive und Bundesheer besonders eng und erfolgreich zusammen. Man kam sich menschlich näher und erfuhr so, daß der Brigadekommandant eine viel geringere Übungsgebühr erhielt als der eingesetzte Revierinspektor der Gendarmerie. Kein Wunder, wenn sich im Heer das Gefühl verbreitete, die Öffentlichkeit bringe dem Einsatzwillen und den nachweisbaren Leistungen des Heeres nicht das notwendige Verständnis entgegen.

Dienstzeit reduzieren, wobei Teile der vorhandenen Mittel zu verlagern und Einsparungen zu erzielen wären. Ungeachtet der Berlin- und der Kuba-Krise trat der sozialistische Staatssekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, Otto Rösch, mit zwei Plänen⁷⁾ an die Öffentlichkeit. Der Plan vom Juli 1961 sah sieben Monate Grundwehrdienst ohne Waffenübungen vor, jener vom Dezember 1963 sechseinhalb Monate Grundwehrdienst und dreimal 14 Tage



Foto: HBF

Die Einsätze und großen Übungen in den sechziger Jahren ließen die Truppe eng zusammenwachsen. Man erlebte die gegenseitige Abhängigkeit hautnah.

Im Trommelfeuer der Linken

Die gesamte politische Klasse und das Bundesheer waren sich einig: Die Armee litt unter schweren personellen und materiellen Mängeln. Uneins war man sich, wie die Lage zu verbessern wäre. Während die Ressortchefs Ferdinand Graf, Dr. Karl Schleinzner, Dr. Georg Prader (alle ÖVP) und die Heeresführung eine höhere Dotierung anstrebten, vertraten die SPÖ und ihr nahestehende linke Kreise die Auffassung, man müsse die

Waffenübungen. Das präsenste Heer war als Ausbildungsheer zu organisieren. Der Einsatz konnte nur nach Mobilmachung erfolgen. Da die gesetzlichen Grundlagen für die materielle Mobilmachung fehlten, schlug der Staatssekretär eine sehr weit-

6) Manfred Rauchensteiner u. a. (Hrsg.), Tausend Nadelstiche, Verlag Styria, Graz - Wien - Köln 1994, S. 150.

7) Gerhard Böhner, Die Wehrprogrammatische der SPÖ, Wilhelm Braumüller, Universitätsbuchhandlung Ges.m.b.H., Wien 1982, S 136ff.



Die der ÖVP angehörenden Ressortchefs Ferdinand Graf, Dr. Karl Schleinzner (linkes Bild) und Dr. Georg Prader (Bild Mitte) traten für eine höhere Dotierung des Verteidigungsbudgets ein.



Foto: HBF



Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch (SPÖ).

gehende Gesetzgebung für den Mobfall vor. Als Hauptgrund führte er das zu geringe Wehrbudget für die bestehende Organisation an, das auch in Zukunft nicht erhöht werden könnte. Folge der fehlenden Mittel sei der Leerlauf, der zur bekannten Unzufriedenheit der jungen Soldaten führen müsse. Von der Realisierung seines Planes erwartete er sich eine Einsparung von 140 Millionen Schilling. Der Vorwurf des Leerlaufes bezog sich vor allem auf Soldaten, die in Küchen, Kasinos, Werkstätten und Kanzleien verwendet werden mußten. Nun weiß jeder, der sich mit dem Heer zu befassen hat, diese Soldaten können nur eingespart werden, wenn sie durch Berufspersonal ersetzt werden. Das geschah auch nach 1970 nicht. So mußten die Soldaten auch während der Ministerschaft von Otto Rösch (1977 bis 1983) in den angeführten Funktionen verwendet werden. Allerdings wurde nun nicht mehr von Leerlauf gesprochen. Bezüglich



Die SPÖ-Führung legte sich kurz vor der Märzwahl 1970 mit dem Slogan „sechs Monate sind genug“ auf die Wehrdienstzeitverkürzung fest. Selbst der profilierte Sozialist und spätere Verteidigungsminister Brigadier Johann Freihösl konnte in der SPÖ keine Änderung der Standpunkte erreichen.

der erwarteten Einsparungen war sogar der Parteifreund des Staatssekretärs, Brigadier Johann Freihösl⁸⁾, überzeugt, die neue Struktur würde teurer als die bisherige sein. Dies mußte schon deshalb so sein, weil bei jeder Einberufung von Reservisten der Verdienstentgang je nach Einkommen zu bezahlen ist. Nur zu oft wird auch heute noch der Vorwurf erhoben, die Offiziere waren gar nicht gewillt, sich mit diesem Plan unvoreingenommen auseinanderzusetzen. Das ist nicht richtig. Jede Prüfung mußte zum Schluß kommen, daß mit dem Plan keine Verbesserung zu erzielen war. Die Grundvoraussetzung für die Realisierung war die umfangreiche Gesetzgebung für den Mobfall. Dafür war der Konsens aller Schichten notwendig, denn jede Mobilmachung ist ein tiefer Eingriff in alle Bereiche des täglichen Lebens. War ein solcher Konsens vorhanden? Die Antwort erfordert es, daran zu erinnern, wie sich die SPÖ und ihre Teilorganisationen

zu jener Zeit zum Bundesheer verhalten haben.

Im Spätherbst 1963 veröffentlichte der sozialistische Bundesrat Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring⁹⁾ einen Plan, wonach Österreich vollständig abrüsten sollte. Die SPÖ-Führung lehnte den Plan zwar ab, aber einflußreiche SPÖ-Politiker wie der Linzer Bürgermeister Dr. Ernst Koref unterstützten ihn. Im Februar 1964 forderte ein Artikel in der sozialistischen „Arbeiter-Zeitung“¹⁰⁾ die jungen Menschen mehr oder weniger offen dazu auf, sich dem Wehrdienst zu entziehen.

In der Oktoberausgabe 1964 der Zeitschrift der Sozialistischen Jugend „Trotzdem“¹¹⁾ wurden neben dem Text „Offiziere, ein Beruf für Tüchtige - lebenswichtig für alle“ Kommissärfel, Kriegstote und Massengräber abgebildet. Bei der Budgetberatung für das Jahr 1965 bestand die SPÖ auf der Kürzung des Wehrbudgets mit dem Slogan „Rente gegen Kanonen“¹²⁾.

Als die ÖVP-Alleinregierung aufgrund der Tschechoslowakei-Krise zusätzlich eine Wehrmilliarde flüssig machte, demonstrierten linke Studenten am 25. April 1969 in Linz und Wien unter der Devise „Bundesheer ist ungeheuer - erstens Scheiße, zweitens teuer“¹³⁾.

Im November 1969 forderte die Sozialistische Jugend die gleichlange Dienstzeit für Waffendienstverweigerer und Präsenzdiener¹⁴⁾.

Einen Monat später leiteten der Linkskatholik Dr. Wilfried Daim und der bekannte sozialistische Publizist DDr. Günther Nennung ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres ein¹⁵⁾.

Schließlich legte sich die SPÖ-Führung kurz vor der Märzwahl 1970 mit dem Slogan „sechs Monate sind genug“ auf die Wehrdienstzeitverkürzung fest.

Es gab kein Konzept, wie diese Verkürzung organisatorisch und ausbildungsmäßig realisiert werden sollte. Auch von

der von Otto Rösch vorgeschlagenen umfangreichen Gesetzgebung für die Mobilmachung war nicht mehr die Rede. Wieder kann man lesen und hören, das Bundesheer jener Zeit habe sich selbst isoliert. Man wäre nicht diskussionsbereit gewesen. Das Gegenteil ist wahr. Viele Offiziere und Unteroffiziere suchten die Diskussion mit den Gegnern des Heeres. Der Verfasser war einer von ihnen. Aber die Soldaten wurden nicht gehört. Selbst der profilierte Sozialist und spätere Verteidigungsminister Brigadier Johann Freihösl konnte in der SPÖ keine Änderung der Standpunkte erreichen, obwohl er schon damals die große Erfahrung und das Gewicht seiner Schlüsselstellung als Leiter der Gruppe Operation im Bundesministerium für Landesverteidigung einbringen konnte.

Auch Verteidigungsminister Dr. Georg Prader startete 1964 eine große Aufklärungsaktion¹⁶⁾. Durch Waffen- und Leistungsschauen in den Dörfern und Städten sollte ein allgemeiner Dialog mit den Bürgern über die militärische Landesverteidigung eingeleitet werden. Die SPÖ boykottierte die Aktion. Um politische Konfrontationen zwischen Formationen des Bundesheeres und Heeresgegnern zu vermeiden, mußte die Aktion eingestellt werden. Das Selbstverständnis des Berufskaders jener Zeit kann man auf die Formel bringen: „Und trotzdem Soldat, Österreich zuliebe.“

Die Tschechoslowakei-Krise 1968

Nach der Tschechoslowakei-Krise vom August/September 1968 wurden dem Bundesheer schwerste Mängel vorgeworfen und daraus der Schluß gezogen, Konzept und Organisation seien unwirksam. Wie war es wirklich?

Das Bundesheer war auf die Krise sehr gut vorbereitet. Schon am 24. Juli 1968 erging der Befehl, den Sicherungseinsatz an der Grenze zur CSSR vorzubereiten. Der Auftrag lautete: „Sicherung der Nordgrenze mit Schwergewicht an den Grenzübergangsstellen und Überwachung des Zwischengeländes.“¹⁷⁾ Wenn die Aufbietung des Grenzschutzes nicht vorgesehen war, so entsprach dies durchaus dem Konzept, weil die verfügbaren Einsatzgruppen ausgereicht haben. Mit

8) Gerhard Böhner, S. 140.

9) Ebenda, S. 143.

10) Ebenda, S. 152.

11) Ebenda, S. 152.

12) Ebenda, S. 136.

13) Ebenda, S. 177.

14) Ebenda, S. 178.

15) Ebenda, S. 178.

16) Ebenda, S. 135.

17) Heeresgeschichtliches Museum, Das Bundesheer der Zweiten Republik, op. cit. S. 99.



Verteidigungsminister Dr. Georg Prader startete 1964 eine große Aufklärungsaktion. Durch Waffen- und Leistungsschauen in den Dörfern und Städten sollte ein allgemeiner Dialog mit den Bürgern über die militärische Landesverteidigung eingeleitet werden.

dem Einsatzbefehl vom 21. August 1968¹⁸⁾ wurde der Auftrag gegenüber dem Befehl vom 24. Juli abgeändert. Anstelle eines Grenzsicherungseinsatzes wurden nur die Garnisonen nördlich der Donau verstärkt. *Die dorthin verlegten Truppen hatten sich etwa 25 bis 30 km von der Grenze entfernt zu halten.* Nun erst stellte sich die Frage nach dem Grenzschutz. Es war eine paradoxe Situation: Einerseits signalisierte man der Bevölkerung durch die Verlegung starker Verbände eine Gefahr, andererseits sahen sich die Grenzbevölkerung, die Zollwache und die Gendarmerie vom Bundesheer verlassen. Ein hoher Zollwacheoffizier sagte damals dem Verfasser sinngemäß: „Es mag viele Gründe geben, das Bundesheer von der Grenze fernzuhalten. Sie alle ändern nichts daran, daß wir allein gelassen werden.“ Grenzschutzsoldaten fanden sich unaufgefordert an den Sammelorten ein. Sie fühlten, was ihre Mitbürger von ihnen erwarteten. Schließlich hatten sie für einen solchen Fall geübt, ihre Mitbürger darüber informiert und deren Unterstützung in reichem Maß erhalten. Wenn man jetzt nicht aktiviert wurde, wann dann?

Bleibt die Frage, ob vielleicht nicht genügend Truppen verfügbar waren. Am 22. August, also einen Tag nach Beginn der Krise, betrug die Einsatzstärke 6 787 Mann und erreichte nach dem Aufschub der Entlassung der Präsenzdiener durch den Bundespräsidenten 17 059 Mann¹⁹⁾, die in fest zusammengefügte Verbände gegliedert und vollständig ausgerüstet waren. Das Bundesheer hat seither nie mehr eine solche Einsatzstärke ohne Mobilmachung erreicht. Wäre man den Erfahrungen aus der Ungarn-Krise von 1956 gefolgt, wäre der Beweis erbracht

worden, wie richtig Organisation und Konzept im Grunde waren. So trat das Gegenteil ein. Die eingesetzten Soldaten schämten sich, so weit hinter der Zollwache stationiert zu sein. Die Soldaten aus dem Burgenland registrierten mit Schrecken, sie würden im Fall eines ähnlichen Einsatzes an der ungarischen Grenze mit Beginn der Krise ihre Garnisonen räumen müssen.

Niemand leugnete Mängel. Sie sind auch in dieser Arbeit aufgezeigt worden, aber die Tschechoslowakei-Krise wäre konzeptgemäß zu bewältigen gewesen. Bundesminister Dr. Georg Prader hatte den Einsatz an der Grenze vorgesehen, sich aber im Landesverteidigungsrat nicht durchsetzen können. Der Historiker Manfred Rauchensteiner resümiert: „Für das Bundesheer bedeutete das Jahr 1968 insofern eine Zäsur, als nunmehr auch eine der kaum in Frage gestellten Voraus-

setzungen seiner Existenz in Zweifel gezogen wurde, nämlich die Fähigkeit, angemessen auf eine Krisensituation zu reagieren. Es hatte alles zu leisten versucht, was von ihm gefordert worden war, und es hatte noch mehr leisten wollen.“²⁰⁾

Der Übergang

Bei den Wahlen am 1. März 1970 wurde die SPÖ mit 81 Mandaten die relativ stärkste Partei. Mit Duldung der FPÖ bildete Dr. Bruno Kreisky eine SPÖ-Minderheitsregierung. Der erste bedeutende Programmpunkt war die Reform des Bundesheeres. Eine Reformkommission wurde eingesetzt. Bezüglich ihrer Arbeit stellte der Bundeskanzler sehr rasch klar: Die Wehrdienstzeitverkürzung auf sechs Monate sei eine Grundbedingung, und die Bundesregierung werde sich an die Vorschläge der Kommission *nicht* gebunden fühlen. Im Oktober 1970 lag der Bericht vor. In den folgenden Parteienverhandlungen ging es im wesentlichen um die Dauer der Truppenübungen zwischen 40 und 75 Tagen, um die Kaderübungen, um die Altersgrenze für die Truppenübungspflicht und um die Dienstzeit für die Waffendienstverweigerer. Die begleitende Diskussion war stürmisch. Der Bundeskanzler kritisierte die Offiziere am laufenden Band und mit äußerster Härte. Im „Kurier“ vom 14. Dezember 1970 führte er aus: „... eine echte Reform sei nur mit jungen Offizieren, nicht mit den alten Generalen durchzusetzen. Geheimhaltung sei schlecht; man müsse offen darüber reden, daß das Bundesheer

18) Ebenda, S. 100.

19) Schriftliche Mitteilung von MinR Doz. Dr. Manfred Rauchensteiner an den Verfasser.

20) Manfred Rauchensteiner u. a. (Hrsg.), Schild ohne Schwert, Verlag Styria, Graz - Wien - Köln 1991, S. 166.



Wäre man den Erfahrungen aus der Ungarn-Krise gefolgt, wäre bei der CSSR-Krise der Beweis erbracht worden, wie richtig Organisation und Konzept im Grunde waren, aber so ...



Foto: Archiv

Unter Dr. Bruno Kreisky wurde eine Reformkommission eingesetzt. Bezüglich ihrer Arbeit stellte der Bundeskanzler sehr rasch klar: Die Wehrdienstzeitverkürzung auf sechs Monate sei eine Grundbedingung.

heute nicht einmal in der Lage sei, Sicherungsaufgaben wirklich durchzuführen ...“.²¹⁾ Am selben Tag attestierte er in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ den hohen Offizieren „eine professionelle Deformation des Denkens“ und den Hang „unzureichende Realität mit schönen patriotischen Phrasen“²²⁾ bewältigen zu wollen. Generaltruppeninspektor Erwin Fussenegger protestierte brieflich gegen diese „unsachlichen und pauschalen“²³⁾ öffentlichen Aussagen. Der schärfste Protest gegen den Inhalt der Reform wurde aber nicht von den vielgeschmähten hohen Offizieren, sondern von deren jungen Kameraden anlässlich eines Jahrgangstreffens initiiert. Dort wurde ein Brief verfaßt, den schließlich 1 700 Offiziere unterschrieben haben. Das waren 77 Prozent der Offiziere des Aktivstandes.

Der Brief wurde im Juni 1971 rechtzeitig vor der Beschlußfassung über die Wehrgesetznovelle 71 den höchsten Ent-

scheidungsträgern des Staates und den Parlamentariern übermittelt.²⁴⁾ Darin legten die Offiziere unter anderem folgende „unabdingbare Voraussetzungen“ für die Reform dar:

Pflichtkaderübungen zur Gewinnung von Kaderpersonal der Reserve, die Dauer der Wehrpflicht (gemeint Truppenübungspflicht, Anm. des Verf.) bis zum 50. Lebensjahr darf nicht herabgesetzt werden, 75 Tage Waffenübungen, gesetzliche Maßnahmen, um den Personalstand der Bereitschaftstruppe sicherzustellen, ein eigenes Gehaltsschema für das Bundesheer, ein Wehrbudget von fünf Prozent des jährlichen Staatshaushaltes und die Sonderfinanzierung langfristiger Beschaffungsprogramme.

Der Schritt war ungewöhnlich. Ein ähnliches Beispiel hatte es in der österreichischen Militärgeschichte noch nicht gegeben. Wer immer darüber urteilen wird, eines steht fest:

Es war der deutlichste Ausdruck des Selbstverständnisses der Offiziere in dem Sinn, wie sehr sie sich für die Landesverteidigung verantwortlich fühlten. Soldatisch wurde damit eine der besten Eigenschaften einer Armee dokumentiert: die gute Kameradschaft. Ohne sie wäre die Aktion nicht realisierbar gewesen.

Am 25. Juli 1971 wurde die Wehrgesetznovelle (BGBl. 272/1971) mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen. Die ÖVP stimmte dagegen. Sie hatte mit Ausnahme der Budgetfrage im wesentlichen alle Forderungen der Offiziere unterstützt.

Die Vorstellungen der Offiziere blieben unberücksichtigt. Der wesentliche Inhalt war: sechs Monate Grundwehrdienst und 60 Tage Waffenübungen. Kaderübungen nur auf freiwilliger Basis und nur innerhalb von acht Jahren nach Entlassung aus dem Grundwehrdienst, die Truppenübungspflicht für Soldaten ohne Char-

gengrad wurde vom 50. auf das 35. Lebensjahr herabgesetzt, die Dienstzeit für Waffendienstverweigerer wurde der Dienstzeit der Präsenzdiener angeglichen.

Damit war das publikumswirksamste Wahlversprechen der SPÖ eingelöst. Schon am 7. Juli 1971 hatte das Parlament die Selbstauflösung beschlossen und Neuwahlen für den 10. Oktober 1971 festgesetzt. Diese brachten der SPÖ die absolute Mehrheit.

Eine weitreichende Konsequenz der Wehrgesetznovelle 1971 wird in der Literatur kaum erwähnt. Dem bisherigen Reserveheer, das den Grundwehrdienst in der Dauer von neun Monaten und schon Inspektionen/Instruktionen geleistet hatte, konnte man nicht mehr zumuten, weitere 60 Tage Truppenübungen zu leisten. Diese Wehrpflichtigen durften nur noch zu 16 Tagen Inspektionen/Instruktionen herangezogen werden. Bei einem Übungsrhythmus von zwei Jahren war die Übungspflicht damit in vier Jahren erschöpft. Das war im Jahr 1975. Bis dahin konnte das Reserveheer von 131 236 Mann²⁵⁾ nicht ersetzt werden. Man konnte die nicht mehr übungspflichtigen Reservisten papiermäßig beordert lassen und damit die Kopfstärke erhalten, aber die Bindung zur Einheit und die Einsatzbereitschaft nahmen von Monat zu Monat ab. Das hat man auch getan, so daß dieser Einschnitt in den Mobstärken nicht aufscheint. Kein Wunder, wenn General der Infanterie Albert Bach forderte, „... daß die Reform nicht

21) Brief des Generaltruppeninspektors General Erwin Fussenegger an Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, Zentraldokumentation LVAK, Wien, KG 253.

22) Wie Anm. 21).

23) Wie Anm. 21).

24) „Kurier“ vom 1. Juni 1971, Zentraldokumentation LVAK, Wien, KG 321.

25) Archiv der MobAbt/BMLV Wien.



Generaltruppeninspektor Erwin Fussenegger protestierte brieflich gegen die „unsachlichen und pauschalen“ öffentlichen Aussagen Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky gegen das Offizierskorps.



Nummehr bestimmten Verteidigungsminister Karl Lütgendorf und der am 1. Juli 1973 zum Armeekommandanten bestellte General Emil Spannocchi die Geschicke des Bundesheeres.

stung der Waffendienstverweigerer neu geregelt. Ab 1. Jänner 1975 wurden sie zu Zivildienern, die ihren Dienst außerhalb des Bundesheeres zu leisten hatten. Das Bundesheer hatte nunmehr keinen Einfluß auf diesen Personenkreis. Zuerst als zu vernachlässigende Größe betrachtet, entwickelte der Zivildienst eine Eigendynamik, die im Jahr 1993 die „Heeresgliederung-NEU“ gefährdete. Der Zivildienst bleibt die größte Herausforderung für das Bundesheer. Seine zahlenmäßige Stärke beeinflusst nicht nur das Wehrpflichtigenaufkommen, sondern auch die geistige Bereitschaft für die militärische Verteidigung insgesamt.

Als besonderer Fortschritt wurde die Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung in der Verfassung durch die BVG-Novelle vom 10. Juni 1975 betrachtet, die im Parlament einstimmig verabschiedet worden war. Durch die Einführung des Zivildienstes mußte der geistigen Landesverteidigung in Zukunft eine noch viel größere Bedeutung zukommen. Vom Verfassungscharakter erwartete man sich neue Impulse, Erwartungen, die sich nicht erfüllen sollten. Die wehrpolitische Klimaänderung zeigte sich im Nationalratswahlkampf 1975 besonders deutlich. Das Bundesheer wurde nicht mehr erwähnt. Die Wahlen am 4. Oktober 1975 bestätigten die absolute Mehrheit der SPÖ. Ab 1976 begann die Heeresführung, mit den Vertretern der Parlamentsparteien den Landesverteidigungsplan auszuarbeiten.

Ein legislativer Durchbruch wurde 1977 erzielt. Aufgrund aller verfügbaren Daten mußte die SPÖ erkennen, daß es unmöglich sein werde, nur aufgrund freiwilliger Meldung genügend Reservekader, in der Folge nur mehr Milizkader genannt, zu gewinnen. Mit der Wehrgesetznovelle 1977 (BGBl. 386/1977) wurde bestimmt, daß zwölf Prozent eines Wehrpflichtigenjahrganges zu Kaderübungen verpflichtet werden können, wenn sich nicht genug Freiwillige melden. Offiziere haben 90 Tage, alle übrigen Funktionen 60 Tage



Foto: HBF

In der Schlüsselzone 35 führte General Spannocchi dem In- und Ausland die Wirkung der neuen Doktrin vor. Der Erfolg war durchschlagend. Die Medien kamen zum Schluß, das Bundesheer habe seinen Weg gefunden.

Kaderübungen zu leisten. Die SPÖ war über ihren Schatten gesprungen, denn 1970 hatte Bundeskanzler Dr. Kreisky die Forderung nach Pflichtwaffenübungen noch eine „abstruse Idee“³¹⁾ genannt. Das Verdienst an dieser Entwicklung kommt im hohen Maß der Opposition, insbesondere der ÖVP zu. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Regierung ihre Anliegen außer Streit stellen will. Man kann das gegenwärtig am Beispiel des Sparpaketes mit besonderer Deutlichkeit beobachten. Während die SPÖ vor 1970 jede Initiative der ÖVP zugunsten der Landesverteidigung abgelehnt hatte, stimmte die ÖVP als Opposition auch unpopulären Maßnahmen zu.

In diesem geistigen Umfeld konnte durchgeführt werden, was Bundesminister Dr. Georg Prader 1964 vergeblich versucht hatte: die Angelobungen der Jungmänner in den Dörfern, Städten und Bezirken der großen Städte. Es waren schöne Gemeinschaftserlebnisse von Soldaten und zivilen Mitbürgern. Eine Mutter aus dem Burgenland kommentierte die Angelobung ihres Sohnes: „Es ist wie bei der Kommunion und wie bei der Firmung ...“ In diesen Momenten erhielt der Berufskader das, wonach er sich so sehnte: *die Bestätigung der zivilen Mitbürger, daß sein Dienst am Vaterland und an den jungen Männern wichtig ist.* Im Jahr 1977 mußte Verteidigungsminister Karl Lütgendorf zurücktreten. Er wurde durch

den bisherigen Innenminister Otto Rösch ersetzt.

Eine neue Doktrin: die Raumverteidigung

Es ist üblich geworden, die Raumverteidigung dem Hinhaltenden Kampf vor 1970 gegenüberzustellen. In einer Mischung von Hochmut und Mitleid meint man, die Offiziere von damals hätten ganz einfach die Kampfart der Deutschen Wehrmacht fortgesetzt, aus der sie mit Masse gekommen waren. Das ist ein fundamentaler Irrtum. Kein Soldat wählt den Hinhaltenden Kampf freiwillig. Er wird dem Schwächeren vom Stärkeren aufgezwungen. Die Deutsche Wehrmacht hatte bis 1942 angegriffen. Als sie zum Hinhaltenden Kampf gezwungen wurde, war es der Anfang eines langen Endes. Die Vorschriften des Bundesheeres behandeln den Hinhaltenden Kampf als eine Kampfart neben Verteidigung, Angriff und Kleinkrieg. Man wollte immer stärker werden, aber auch die Effektivität der Raumverteidigung hing von den vorhandenen Mitteln ab. Mit ihr wurde das gesamte Land in Schlüssel- und Raumsicherungszonen gegliedert. In den Schlüsselzonen sollte an den Hauptbewegungslinien nachhaltig verteidigt werden, während in den Raumsicherungszonen der Kampf aus Sperrstellungen und der Jagdkampf im Rücken des Feindes zu führen waren. Das Bundesheer sah sich als Milizheer. Für den Einsatz der Miliz war das territoriale Prinzip bestimmend: Die Soldaten sollten ihre engere Heimat verteidigen. Die Frage nach den Mitteln beantwortete der Landesverteidigungsplan. Er sah eine Zwischenstufe von 186 000 Mann bis zum Jahr 1986 und eine Ausbaustufe von 300 000 Mann bis zum Jahr 1994 vor³²⁾. Mit der Zwischenstufe wurde die Raumverteidigung zum Teil, mit der



Foto: HBF

Bei der Raumverteidigung wurde das gesamte Land in Schlüssel- und Raumsicherungszonen gegliedert. In den Schlüsselzonen sollte an den Hauptbewegungslinien nachhaltig verteidigt werden, während in den Raumsicherungszonen der Kampf aus Sperrstellungen und der Jagdkampf (siehe Bild) im Rücken des Feindes zu führen war.

31) Gerhard Böhner, op. cit., S. 194.

32) Bundeskanzleramt (Hrsg.), Landesverteidigungsplan, Österreichische Staatsdruckerei 1985, S. 53.

Ausbaustufe wurde sie voll wirksam. Das besonders an der Raumverteidigung war, daß man sie schon ab 1973 zur Grundlage des militärischen Handelns machte. Dagegen erhob Generaltruppeninspektor Anton Leeb am 26. Februar 1974 den berechtigten Einwand: „Das Bundesheer wird als Folge der ‘Reform’ noch Jahre brauchen, bis es ein neues Reserveheer in der Größenordnung von 150 000 Mann aufgebaut haben wird und damit dort sein wird, wo es schon vor Jahren war. An eine zweite Phase (Erweiterung auf 300 000 Mann) zu denken, scheuen sich selbst die größten Optimisten. Es ist daher Hochstapelei, ein Landesverteidigungskonzept anzupreisen, von dem man weiß, daß es in einem überschaubaren Zeitraum nicht verwirklicht werden kann“³³). Was General Leeb darlegte, wurde mit der Raumverteidigungsübung 1979 im niederösterreichischen Alpenvorland demonstriert. In der Schlüsselzone 35 führte General Spanocchi dem In- und Ausland die Wirkung der neuen Doktrin vor. Die Schlüsselzone wurde mit 27 000 Mann³⁴) verteidigt und konzeptgemäß ein Gegenangriff durchgeführt. Der Erfolg war durchschlagend. Die Medien kamen zum Schluß, das Bundesheer habe seinen Weg gefunden. Dabei wurde ein wichtiges Detail, andere sagen aber, die Hauptsache, übersehen. Da die geplanten territorialen Kräfte in der Schlüsselzone 35 noch nicht vorhanden waren, mußten Kräfte aus den anderen Bundesländern zugeführt werden. Bei einer Gesamtstärke des Mobheeres von 152 000 Mann (einschließlich der vor 1970 Beordneten!)³⁵) war etwa ein Fünftel der Gesamtstärke in einer Schlüsselzone eingesetzt gewesen, während es insgesamt 13 Schlüssel- und 17 Raumsicherungszonen gab. Wäre es 1979 zum Verteidigungsfall gekommen, wären sehr große Lücken zutage getreten. Die Mobstärke hatte sich gegenüber dem Endstand vor der Reform nur um etwa 10 000 Mann erhöht, wobei die Qualität infolge des Endes der Übungspflicht eines großen Teiles des Heeres gesunken war.

Die geradezu dogmatische Betonung der Raumverteidigung entwickelte eine Eigendynamik. Das Armeekommando ordnete die sogenannte wertfreie Zonen erkundung an. Nun war festzustellen, wieviele Kräfte notwendig waren, um die Aufträge der Raumverteidigung optimal zu erfüllen. Aus dem Aufgabenbereich des Verfassers ergab die Erkundung für die Schlüsselzone Semmering fünf Jäger-, zwei Artillerie-, zwei Fliegerabwehrbataillone und ein Pionierbataillon. Tatsächlich vorhanden waren zwei Jägerbataillone. Das System war überaus

kompliziert, hatte man doch zwischen dem Ist-Stand, der Zwischenstufe, der Ausbaustufe und dem wertfreien Erkundungsergebnis zu unterscheiden. Die Geschichte zeigte eines ihrer unzähligen ironischen Gesichter. Gerade unter dem sozialistischen Ressortchef Otto Rösch und unter seinem freiheitlichen Nachfolger Dr. Friedhelm Frischenschlager (ab 1983) bewegte sich das militärische Denken in irrealen Größenordnungen, obwohl deren Parteien vor 1970 Bundesminister Dr. Georg Prader, welcher ausschließlich auf dem steinigen Boden der Realität agiert hatte, militärische Großmannsucht vorgeworfen hatten.

Man überzeichnete die Raumverteidigung aber auch in anderer Hinsicht. Die enge territoriale Bindung der Miliz propagierte man als „Heimvorteil“, als gleiche der Abwehrkampf einem Fußballspiel. Erfahrungen aus allen Ländern und Kriegen zeigen, daß für die Soldaten nichts schlimmer ist, als sehen zu müssen, wie ihre Angehörigen, Freunde und Bekannten sowie deren Hab und Gut zu Opfern des Krieges werden, weshalb die Einheiten entweder in der Zivilbevölkerung versickern oder von deren Fluchtbewegung mitgerissen werden, sofern die Zivilbevölkerung nicht bereits vorher evakuiert worden ist. Dafür gab es aber keine Vorsorge.

Je näher das Jahr 1986 heranrückte, desto sicherer war man, die Kopfzahl der Zwischenstufe zu erreichen. Es war aber kein Grund zum Jubel, denn es fehlten tausende Mann an Führungspersonal. Für die Einnahme der Zwischenstufe war laut Landesverteidigungsplan eine jährliche Aufstockung von 600 Mann aktiven Kaderpersonals notwendig³⁶). Demgegenüber mußten von 1984 bis 1986 771 Planstellen³⁷) eingespart werden. Ähnlich war es auch auf dem materiellen Sektor, wo das teure Gerät fehlte. Die Frage der Lenk Waffen blieb mit Rücksicht auf die Beschränkungen durch den Staatsvertrag ungelöst. Und wenn sie beschafft werden durften, konnte es ohne Budgetsteigerung nur auf Kosten der Personalstärke gehen. Ein Beispiel dafür war die Beschaffung der seit mehr als einem Jahrzehnt geforderten Abfangjäger durch Bundesminister Dr. Friedhelm Frischenschlager im Jahr 1985. Obwohl der Landesverteidigungsplan³⁸) dafür eine

33) Manfred Rauchensteiner u. a. (Hrsg.), Tausend Nadelstiche, op. cit., S. 299.

34) Ebenda, S. 118.

35) Bundeskanzleramt (Hrsg.), Landesverteidigungsplan, op. cit., S. 53.

36) Ebenda, S. 87.

37) Planstellenstatistik der Personalabteilung A/BMLV.

38) Bundeskanzleramt (Hrsg.), Landesverteidigungsplan, op. cit., S. 90.

Gerade unter dem sozialistischen Ressortchef Otto Rösch und unter seinem freiheitlichen Nachfolger Dr. Friedhelm Frischenschlager (ab 1983, siehe Bild) bewegte sich das militärische Denken in irrealen Größenordnungen.



Fotos: Archiv, Military Review

Erfahrungen aus allen Ländern und Kriegen zeigen, daß für die Soldaten nichts schlimmer ist, als sehen zu müssen, wie ihre Angehörigen, Freunde und Bekannten sowie deren Hab und Gut zu Opfern des Krieges werden.





Foto: HBF

Obwohl der Landesverteidigungsplan für die Abfangjägerbeschaffung eine Sonderfinanzierung forderte, mußten die Kosten aus dem laufenden Budget bestritten werden.

Sonderbudgetierung forderte, mußten die Kosten aus dem laufenden Budget bestritten werden.

Ein Motiv für die großzügige Planung war die Hoffnung, mehr Mittel zu erhalten. Man meinte, wenn man sich wie vor 1970 nur nach den vorhandenen Mitteln richte, hätte die Politik gar keinen Grund, mehr Geld flüssig zu machen. Es war eine vergebliche Hoffnung. Das Gegenteil trat ein.

In den Jahren von 1963 - erst nach der Wehrgesetznovelle 62, BGBl. 221/62, durften Reservisten zu Inspektionen/Instruktionen einberufen werden - bis 1970 lag der Anteil des Wehrbudgets am Staatshaushalt immer über vier Prozent, 1965 sogar bei 5,1 Prozent³⁹⁾, während er von 1970 bis 1986 immer deutlich unter vier Prozent betrug, ausgenommen der Wert von 3,9 Prozent im Jahre 1979⁴⁰⁾, wobei die Personalkosten in dieser Zeit deutlich gestiegen waren. Man denke nur an die Bezahlung der Überstunden.

Ein weiterer Hoffnungsanker war der Landesverteidigungsplan. Er trug die Unterschrift der Wehrsprecher der drei Parlamentsparteien, der Ministerrat hatte ihn am 22. März 1983 beschlossen, und im März 1985 wurde er vom Bundeskanzleramt sogar veröffentlicht. Er stellt gedanklich das bestfundierte Dokument für die Umfassende Landesverteidigung dar.

Allerdings enthält er keine Aussage darüber, welche Mittel notwendig wären und ob sie aufgebracht werden können. Vergleicht man ihn Punkt für Punkt mit der Realität, so bleibt nur die traurige Erkenntnis, daß er nicht hätte realisiert werden können.

Dr. Robert Lichal (ÖVP), Ressortchef von 1986 bis 1990, führte das Bundesheer mit der „Heeresgliederung 1987“ wieder auf den Boden der Realität zurück. Gegen große Schwierigkeiten setzte er die Beschaffung von Panzerabwehr-Lenk Waffen durch. Der Anschluß an die moderne Bewaffnung anderer Armeen

war damit eingeleitet worden. Bald folgten die Lenk Waffen für die Fliegerabwehr und die Abfangjäger.

Die tiefgreifenden weltpolitischen Veränderungen seit 1989 zwangen zu einer neuen Reform.

Zieht man aus den Jahren von 1970 bis 1989 Bilanz, so war es vor allem eine Zeit großer Hoffnungen, die sich aber letzten Endes nicht erfüllt haben. Für das Selbstverständnis einer Armee gilt aber der *eiserne Leitsatz, daß im Einsatz nur zählt, was wirklich vorhanden ist.*

Ist jetzt alles anders?

Wer eine Grenze zwischen gestern und heute zu ziehen hat, wird Kameraden fragen, wo sie diese Grenze ziehen würden. Kein Wunder, wenn die Mehrheit meint, die Grenze sei die „Heeresgliederung-NEU“, denn eine so tiefgreifende Änderung lasse Vergleiche mit früher einfach nicht zu. Ja, es hat sich viel geändert, es ist aber auch viel gleich geblieben oder sogar wieder gleich geworden. So haben die präsenten Kräfte der „Heeresgliederung-NEU“ die gleichen Aufgaben wie die Einsatztruppen vor 1970. Andere Faktoren wirken gleichfalls fort. Wie 1969/70 forderte die SPÖ 1989/90 eine Wehrdienstzeitverkürzung. Diesmal von sechs auf vier Monate⁴¹⁾. Der grüne Abgeordnete Dr. Peter Pilz kündigte zum gleichen Zeitpunkt

ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres an⁴²⁾, und der Zugang zum Zivildienst wurde weitgehend liberalisiert. Wie 1970 wehrten sich *Offiziere und Unteroffiziere* dagegen. Sie richteten am 15. Mai 1990 einen dramatischen „Appell“⁴³⁾ an die politischen Entscheidungsträger, von der Wehrdienstzeitverkürzung Abstand zu nehmen. Wer weiß wie alles gekommen wäre, wenn nicht der Assistenz-einsatz an der Grenze zu Ungarn notwendig geworden wäre.

Auch die Grenzeinsätze von 1968 und 1991 haben eines gemeinsam: Sie mußten ganz anders durchgeführt werden als sie vorbereitet worden waren. Verfolgt man militärische Publikationen und Aussagen, so gewinnt man den Eindruck, EU und NATO stehen im Mittelpunkt. Die Geschichte des Bundesheeres zeigt aber, wie sehr seine Entwicklung von innenpolitischen Überlegungen bestimmt worden ist. Hier wagt der Verfasser eine Prognose: Eine Regierungsbeteiligung der Grünen würde das Bundesheer viel einschneidender treffen als der Beitritt Österreichs zur EU. Ein Blick nach Deutschland genügt. Dort sind SPD und Grüne bereits die Alternative zur gegenwärtigen Regierung. Vor diesem Hintergrund wird das Bundesheer auch in Zukunft psychologische, personelle und materielle Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Es ist sehr nachdrücklich zu wünschen, daß der Kader die bisherigen Erfahrungen in sein Selbstverständnis aufnehmen möge, denn nach Sir B. H. Liddell Hart sind alle, die aus der Geschichte nichts gelernt haben, dazu verurteilt, ihre Fehler zu wiederholen. ▼

39) Die Verteidigungsbudgets 1955 bis 1975 in: Österreichische Militärzeitschrift, Wien, Heft 3/1975, S. 197.

40) Aufstellung der Präsidialabteilung B/Sektion I des BMLV.

41) Eigenbericht (ungezeichnet) der „Presse“ vom 12. Jänner 1990, S. 5 unter dem Titel: „Marizzi: Vier Monate sind genug.“

42) Wie Anm. 41).

43) „Appell der Offiziere und Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres“, in „Der Soldat“, Wien, Nr. 11 vom 13. Juni 1990, S. 1.

Foto: HBF



Dr. Robert Lichal (ÖVP), Ressortchef von 1986 bis 1990, führte das Bundesheer mit der „Heeresgliederung 1987“ wieder auf den Boden der Realität zurück.

Aktuelles Weltgeschehen

Zeitgeist

Es verging während der letzten Jahre kaum ein Tag, an dem uns nicht Schreckensbotschaften aus Bosnien oder Kroatien erreichten. Die zahlreichen bewaffneten Konflikte in einigen Randrepubliken der ehemaligen Sowjetunion und in einer Reihe afrikanischer Staaten traten in der Medienberichterstattung so sehr in den Hintergrund, daß man vermehren könnte, sie seien bereits beendet. Dem ist natürlich nicht so, aber einerseits versteht es die russische Informationspolitik, die meisten Zeitungen zum Schweigen zu veranlassen, und andererseits sind die schwarzafrikanischen Staaten nicht nur weit weg von uns, es wagen sich auch nur wenige Reporter in diese Kriegsgebiete, in denen die Lage durch Stammeskämpfe äußerst unübersichtlich ist.

Es werden sich manche Leser vielleicht wundern, daß dieser Beitrag, der die Haltung der rivalisierenden Volksgruppen und der internationalen sowie multinationalen Organisationen, aber auch der Großmächte analysieren soll, in einem Zusammenhang mit dem bei uns meist nur innerstaatlich verwendeten Begriff „Zeitgeist“ gebracht wird. Im täglichen Sprachgebrauch versteht man es, dem „Wertewandel“, den traditionellen Wertvorstellungen, wie etwa Vaterlandsliebe, Heimmattreue, Selbstbehauptungswillen, Glaubensbekenntnis oder kollektive Hilfsbereitschaft, mit zunehmender Distanz gegenüberzustehen.

Mit einer authentischen Definition möchte ich versuchen, die konträren Vorstellungen zur Friedensfindung in Ex-Jugoslawien zu verdeutlichen. Unter „Zeitgeist“ versteht man nach Brockhaus „... die sich in allen Erscheinungen eines Zeitalters offenbarende Gleichartigkeit der geistigen Haltung, des Stils, der Lebensform und Ideen“. Hält man sich diese Definition vor Augen, dann kann nicht übersehen werden, daß es zwischen den gesellschaftspolitischen Denkschemen der hochentwickelten Demokratien des Westens und jenen der seinerzeit vom Osten geprägten Unterschiede im Handeln geben muß.

Die durch Jahrhunderte geltende Vorstellung, daß der „Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sei, gilt heute für die westliche Welt wohl nicht mehr. Zwischenstaatliche Meinungsunterschiede sollen durch kriegsverhindernde Diplomatie, durch Inanspruchnahme der Vermittlung durch die Organisation der Vereinten Nationen oder durch die kollektive nichtmilitärische

Unterstützung multilateraler Gemeinschaften gelöst werden. Ist eine Streitbeilegung auf diese Art nicht zu erreichen, dann kann der Druck durch Wirtschaftssanktionen gegen jenen Staat, der von der Weltorganisation als der Konflikturheber festgestellt wurde, zur Friedensbereitschaft beitragen. Reichen auch diese Maßnahmen nicht aus, dann wird versucht, durch militärische Drohgebärden die Gewaltbereitschaft sowie die Aggressionsvorhaben eines potentiellen Friedensbrechers zu vereiteln. Sind alle diese friedlichen Mittel vergebens, sollen punktuelle militärische Zeichen gesetzt werden, um als letzte Warnung den Nachweis zu erbringen, daß der nächste Schritt auch der letzte sein wird, um mit allen erforderlichen militärischen Mitteln die Bedrohung zu beenden.

Nach diesem Regelwerk haben - nicht ohne viele Meinungsunterschiede im Verband der UNO und der NATO auszugleichen - die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die NATO gehandelt. Sie nahmen sogar den Unmut der von den bosnischen Serben unmittelbar Betroffenen, aber auch den der öffentlichen Meinung in Kauf.

Vergeblich. Vor allem der kriegslüsterne Serbenführer Radovan Karadzic, dessen militärischer Arm, General Mladic, aber auch andere Vasallen des tatsächlichen Kriegstreibers Milosevic in Belgrad haben sich nicht an die etwa 50 Waffenstillstandsabkommen gehalten. Im Gegenteil, sie haben die zur „friedenserhaltenden Mission“ entsandten „Blauhelme“ verschiedenster Nationen in Geiselschaft genommen, die ausverhandelten „UN-Schutzzonen“ angegriffen und teilweise bereits erobert, bei einem Massaker tausende Moslems in Srebrenica hingerichtet und in Massengräbern verscharrt, ... Sie lehnten den mit UN-Emissären akkordierten Teilungsplan ab und richteten durch einen Granatenüberfall auf einem Marktplatz in Sarajewo unter den dort versammelten Zivilpersonen, mit Masse Frauen und Kinder, ein grauenvolles Blutbad an.

Diese Mißachtung von Vereinbarungen und die Verhöhnung der UNO gaben den Ausschlag dafür, daß am 30. August der US-Präsident erkannte, daß die von einem Groß-Serbien träumenden Machthaber mit den bisherigen Methoden westlicher „Strategie“ nicht von ihren menschenverachtenden Taten abgehalten werden können. So kam es zu großer angelegten Luftangriffen und zu Feuerüberfällen durch die Artillerie der „Schnellen Eingreiftruppe“ der NATO gegen schwere

Waffen und militärische Einrichtungen der bosnischen Serben.

Bill Clinton meinte zu Beginn dieser Militäraktion, die NATO habe mit angemessenen Mitteln auf die Verbrechen der bosnischen Serben geantwortet. Daraus ist für jeden aufmerksamen Beobachter jedoch herauszuhören, daß man nur verdeutlichen wollte, daß die Einhaltung der Vereinbarungen über die noch verbliebenen Schutzzonen und den Rückzug der schweren Waffen in einem Umkreis von 20 Kilometern um Sarajewo erwartet wird. Außerdem erhofft man sich, die Kriegsverbrecher wieder an den Verhandlungstisch zu „bomben“. Dies mag die Moslems vorübergehend aufatmen lassen, aber ein Ende des Krieges dürfte es noch lange nicht bedeuten.

Der „Zeitgeist“ der Serben im strategischen Denken ist anders, also nicht nach den westlichen Vorstellungen geartet: „Sieg und totale Kapitulation der Gegner, Vertreibung und Landnahme sowie weitere Repressalien.“ Die Verluste von Militärgerät und Munition werden die Potentaten von Pale kaum erschüttern, weil der Nachschub aus Moskau über Belgrad gesichert erscheint, trotz der Rahmenverpflichtungen.

Daß Rußland bestrebt ist, im internationalen Konzert wieder mitzuspielen, kann nicht übersehen werden. Noch gilt Boris Jelzin für Washington, aber auch für Brüssel, als Garant dafür, daß die russische Unterstützung der Serben nicht auf die Spitze getrieben wird. Wie lange damit noch zu rechnen ist, kann man wegen der angeblich angeschlagenen Gesundheit des russischen Präsidenten und der wachsenden Opposition gegenüber seiner angeblich „prowestlichen“ Politik schwer vorhersagen. Daß jeder denkbare Nachfolger den westlichen Organisationen mit einem härteren Kurs begegnen wird, muß angenommen werden.

Sollte sich Rußland - oder gar das ehemalige Imperium - in einigen Jahrzehnten eventuell durch eine Nachahmung des „chinesischen Weges“ erholen, dann wird es nach dem alten politisch-strategischen „Zeitgeist“ handeln. Die westliche Sicherheitspolitik sollte nie darauf ausgelegt sein, daß ihre Denkmuster einer „friedlichen Kooperation“ für Moskau nachahmenswert erscheinen könnten. Heute „vordenken“, um nicht morgen „nachhinken“ zu müssen, sollte die Leitlinie für Washington und Brüssel sein.

General iR Prof. Wilhelm Kuntner



Eine Frage der Zeit

40 Jahre Heeresreform in Österreich

Das Bundesheer der Zweiten Republik hat bisher sieben größere und kleinere Reformen erlebt. Jede für sich sinnvoll und begründbar, bargen sie jedoch nichtsdestoweniger immer bereits die Wurzeln für die nächste Reform in sich. Ziel war nicht nur, damit dem sich ändernden Bedrohungsbild gerecht zu werden, sondern auch die Armut zu besiegen, die das Heer seit Jahrzehnten auf einen Platz an der Untergrenze des Vertretbaren verweist.

Ein Spiegelbild seiner Zeit

Jeder Betrieb, jede Organisation, auch eine staatliche Institution und - wie man weiß - ein Heer kann seine Geburtstage feiern. Man tut das in der Regel, indem man auf die vergangenen Jahre zurückblickt, sich die Anfänge, bestimmte Höhepunkte und nicht zuletzt auch die Gegenwart in Erinnerung ruft und diesen Rückblick dann mit Feststellungen beendet: „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut“ oder: „Wir sind stolz auf das Erreichte“, und, wenn es ganz schlimm kommt: „Früher war es besser!“ Ein Rückblick auf 40 Jahre des Bundesheeres der Zweiten Republik wird von allem etwas einschließen können, doch daß es zu einer Art Jubelbericht wird und in der Feststellung gipfelt: „Wie herrlich weit haben wir's gebracht“, ist eher auszuschließen.

Wie immer man an die Geschichte des Bundesheeres der Zweiten Republik herangeht, wird man dem Heer zugestehen müssen, daß es ein Spiegelbild seiner Zeit gewesen ist, und daß die häufigen Veränderungen an den Strukturen insbesondere etwas waren, das dazu beitragen sollte, das Heer an geänderte Bedürfnisse anzupassen. Eine Art permanenter Reform war aber weder vorauszusehen noch sollte sie sehr zweckmäßig sein.

Die Anfänge

Es begann 1955. Wohl allen, die an den Aufbau des Heeres gegangen sind und bei dieser Gelegenheit die erste grundlegende Veränderung an einem bestehenden Instrumentarium, nämlich der B-Gendarmerie, vorgenommen haben, dürfte klar gewesen sein, daß das Heer eine Art Durchgangsstadium zu absolvieren haben und einige Zeit brauchen würde, um seinen gedachten Aufbau zu erfahren. Die Umwandlung begann in dem Augenblick, als die Besatzungsmächte das Ver-

bot zur Bildung militärischer Einrichtungen aufhoben und die B-Gendarmerie, die eigentlich eine paramilitärische Einrichtung war und deren Aufstellung schon drei Jahre zuvor begonnen hatte, in regelrechte militärische Truppenkörper des provisorischen Grenzschutzes umgewandelt wurde. Das war freilich noch nicht das Bundesheer, sondern immer noch



Als die Besatzungsmächte das Verbot zur Bildung militärischer Einrichtungen aufhoben, wurde die B-Gendarmerie in regelrechte militärische Truppenkörper des provisorischen Grenzschutzes umgewandelt.

eine Vorstufe. Dennoch galt es, über die Größe, die Strukturierung und die Aufgabenstellung für das zukünftige Heer nachzudenken. Die Überlegungen konzentrierten sich auf die Frage, ob regelrechte Wehrmachtsteile und Großverbände geschaffen werden sollten oder eher kampfguppenähnliche Verbände, die sämtliche Elemente - vielleicht mit Ausnahme der Luftwaffe - in sich vereinigen sollten.

Der erste Organisationsentwurf stammte wahrscheinlich noch aus der Pensionsabteilung A des Finanzministeriums, in

der eine Gruppe militärischer Fachleute nach dem Krieg Unterschlupf gefunden hatte, und nannte acht Divisionen und Heerestruppen als Rahmen⁹⁾, was als Anknüpfung an das Bundesheer der Ersten Republik verstanden werden konnte. Eine Expertengruppe um Zdenko Paumgartner verwarf jedoch diesen Organisationsentwurf und schlug als durchgängige Organisationsebene die Brigade vor. Dafür wollten die Amerikaner einen Großteil der Waffen und Ausrüstung zur Verfügung stellen und erklärten sich bereit, diese in einer für 60 000 Mann ausreichenden Größe zu liefern. Drei Korps von je etwa 20 000 Mann, jedes mit einem Panzerregiment, Korpsgruppen und drei Infanteriebrigaden mit jeweils vier Infanteriebataillonen waren vorgesehen. Damit wäre eine merkliche Einheitlichkeit gegeben gewesen. Bundeskanzler Raab wollte sich zwar mit Infanterie und Pionieren begnügen, doch der Chef des Amtes für Landesverteidigung, Emil Liebitzky, konnte ihn davon überzeugen, daß es mit einer symbolischen Verteidigung nicht getan war.⁹⁾ Er

plädierte für die Ausschöpfung der Wehrkraft und die Gliederung des Heeres in Gruppen und Brigaden.

Darin zeigte sich aber nicht nur ein Problem der Kontinuität, weil ja auch das Erste Bundesheer vor 1935 in Brigaden gegliedert war und erst danach zur Divisionsgliederung übergegangen war, sondern ebenso ein „Sieg“ der Realisten. Diese gingen wohl davon aus, daß sich kleine Verbände wesentlich leichter bilden, erhalten und führen ließen. Dennoch regierte das „Prinzip Hoffnung“, weil noch nicht absehbar war, ob und wie sich der



Musik der provisorischen Grenzschutzabteilung I in der ehemaligen Fasangartenkaserne.

gefundenen Rahmen befüllen lassen würde. Vor allem war nicht klar, ob es eine ausreichende Finanzierung und sämtliche anderen notwendigen Begleitmaßnahmen der Staatsführung und der parlamentarischen Institutionen geben würde, um das Heer, von dessen Charakter als Volksheer alle überzeugt werden sollten, im gewünschten und als notwendig erachteten Umfang aufzubauen.

Allerdings war schon Liebitzky knapp daran, um seine Amtsenthebung zu ersuchen, weil sich immer wieder Hindernisse auftürmten und der Heeresaufbau nicht vorangehen wollte.⁹⁾ Als schließlich am 11. Jänner 1956 der Ministerrat der Heeresorganisation zustimmte, wurde eine Gliederung in drei Gruppen mit acht Brigaden und eine neunte Brigade vorgenommen, in der die Heerestruppen, die Fliegerabwehrtruppen, die Schulen usw. zusammengefaßt werden sollten. Die Diskrepanz konnte nicht augenfälliger sein: Die Heeresorganisation war auf 60 000 Mann ausgelegt, tatsächlich vorhanden waren aber nur 40 000.

Die erste Reform

Die einzige Hoffnung, auf die vorgesehenen Stärken zu kommen und die durchaus

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Manfred Rauchensteiner, Jahrgang 1942. Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung, anschließend Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien; 1966 Dr. phil., post graduate studies für historische Hilfswissenschaften, Staatsprüfung 1968. Seit 1966 wissenschaftlicher Beamter am Heeresgeschichtlichen Museum/Militärwissenschaftliches Institut. 1975 Habilitation für österreichische Geschichte an der Universität Wien. Ab 1988 Leiter des Militärhistorischen Dienstes im BMLV. Seit 1992 Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums.

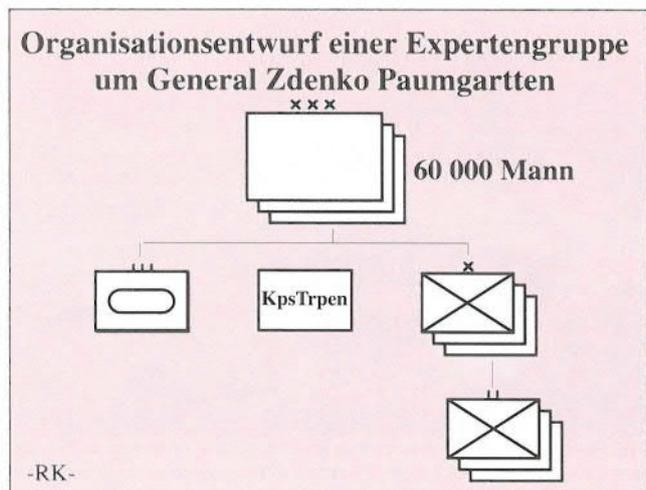
vorhandenen Waffen und die Ausrüstung auszugeben, bestand darin, ein Reserveheer aufzubauen, für das es zunächst keine gesetzliche Grundlage gab. Damit zeichnete sich die erste Heeresreform ab, von der sich nicht genau sagen läßt, wann sie eigentlich begonnen hat, denn das Bundesheer befand sich eigentlich in permanenter Reform. Der Grund dafür war das erstmals Ende der fünfziger Jahre gemachte Eingeständnis, daß es nicht möglich sein würde, den vorgegebenen Rahmen zu füllen, und daß die selbstverständliche Voraussetzung für die Existenz des Heeres, nämlich ein entsprechender Präsenzstand, der zumindest ausreichen sollte, um kleine Krisen zu meistern, bzw. ein Mobilmachungsstand in ausreichender Höhe von damals angenommenen 120 000 Mann nicht erreicht werden konnte. Dazu kamen jedoch noch andere, durchaus „hausgemachte“ Gründe, die es unumstößlich erscheinen ließen, eine Änderung vorzunehmen.

Die Notwendigkeit zur Reform rührte nämlich nicht nur daher, daß grundlegende Mängel behoben werden sollten und

etwas zu reparieren war, was eben in der Hast der Aufstellung danebengegangen war, sondern auch aus einem merkwürdigen Umstand: Das Bundesheer hatte zu viele Panzer. Lieferungen der Alliierten und gezielte Ankäufe, nicht zuletzt auch das Anlaufen einer eigenen Schützenpanzerproduktion ließen es geraten erscheinen, eine Umstrukturierung des Heeres mit dem Ziel vorzunehmen, die vorhandenen Panzerfahrzeuge auch zu verwenden. Damit begann eine Verlagerung der Truppenkontingente in Richtung gepanzerter Verbände.⁹⁾ Das deckte sich auch mit den Erfahrungen aus dem Einsatz des Heeres während der ungarischen Revolution im Herbst 1956. Es war insbesondere der damalige Oberstleutnant Spannocchi, der vehement für die Aufstellung von Panzerbrigaden plädierte. Am 1. August 1960 wurde die 9. Panzerbrigade aufgestellt, die aus der Panzertruppenschule und den heeresunmittelbaren Truppen gebildet wurde. Dann folgte die Umgliederung der 3. Infanterie- in die 3. Panzerbrigade. Es wurden auch Brigadepanzerkompanien gebildet, bis schließlich die 1960 vorhanden gewesenen 425 Panzer verteilt waren. Weitere Kampfpanzer, Halbkettenfahrzeuge und die Panzerartillerie wurden ebenso aufgeteilt; 400 bis 500 Schützenpanzer sollten noch zuge-



General Zdenko Paumgarten.



Der Organisationsentwurf einer Expertengruppe um General Paumgarten sah als durchgängige Organisationsebene die Brigade vor. Insgesamt war eine Größenordnung von 60 000 Mann vorgesehen, mit drei Korps von je 20 000 Mann, jedes mit einem Panzerregiment, Korpsgruppen und drei Infanteriebrigaden.



Foto: Archiv

Bundeskanzler Raab wollte sich zwar mit Infanterie und Pionieren begnügen, doch der Chef des Amtes für Landesverteidigung, Emil Liebitzky, konnte ihn davon überzeugen, daß es mit einer symbolischen Verteidigung nicht getan war.

führt werden. All das diente dem Zweck, Verbände des Bundesheeres, die selbst keiner langen Mobilmachung bedurften, in ständiger Einsatzbereitschaft zu halten.⁷⁾ Damit verschob sich jedoch die gesamte Organisation so weit, daß die nichtgepanzerten Verbände nicht mehr auffällbar waren und viel zu wenig Präsenzdiener hatten. Die Folge der Ungewichtung mußte daher eine Verkleinerung des Rahmens, somit also eine Reduktion der Verbände und Einheiten sein. Für den 1. Jänner 1963 wurde daher eine noch größere und konsequentere Umgliederung des Heeres anberaumt.

Umgliederung 1963

Sie zielte zunächst auf eine Reduktion des Gesamtrahmens durch Umgliederung der nunmehr schon neun Brigaden in sechs,

tatsächlich dann aber sieben Brigaden, die sowohl Einsatzverbände als auch Ausbildungstruppen umfassen sollten. Im Kommando der Luftstreitkräfte wurden die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen formiert. Ferner zielte die Reform auf eine bessere Streuung des Wehrpflichtigenkontingentes durch die Verteilung auf vier Einrückungstermine und schließlich auf die Trennung der Einsatz- und der territorialen Aufgaben, für die Militärkommanden zuständig werden sollten. Diese waren für die zu bildenden Grenzschutz- und Sicherungstruppen verantwortlich, die als neu aufzustellendes Reserveheer gedacht waren. Das Reserveheer sollte schließlich aus drei Reservebrigaden sowie aus Sicherungs-, Sperr- und Wachkompanien bestehen. Danach schien nicht nur die Organisation den österreichischen Bedürfnissen besser angepaßt zu sein, sondern auch wieder ein wenig Aufbruchsstimmung aufzukeimen. Doch der Schein trog.

Um eine ohnedies recht bescheidene Reservistenfortbildung zu erreichen, bedurfte es dreier Wehrgesetznovellen, und wenn man auf das Budget sah, ließ sich wieder nur feststellen: Es geht nicht!

Orientierte man sich an den Aufgabenstellungen, nämlich den in der Bundesverfassung und im Wehrgesetz genannten Zielen der Landesverteidigung, dann hätte das Heer einen Angreifer bereits an der Staatsgrenze zum Stehen zu bringen gehabt. Orientierte man sich am Budget, dann ließ sich schon 1961 sagen, daß der Friedensstand des Heeres nur 20 000 Mann betragen und ein Einsatzheer nicht größer als 50 000 Mann sein dürfte. Auftrag und Möglichkeiten klafften also weit auseinander. Das Fazit des Generaltruppeninspektors war: „Es wird von einem Einsatzheer gesprochen, aber wir haben keines, weil erstens die Leute nichts

können, zweitens dieses Heer keine 100prozentige Einsatzbereitschaft hat, weil wir personell darunter liegen und wir drittens nicht genug Fahrzeuge haben, um fahren zu können.“⁸⁾ Da das Budget nicht wuchs und, ganz im Gegenteil, 1968 auch für das Heer ein „Sparpaket“ wirksam wurde, verfügte Minister Prader die Verringerung des Friedensheeres um 30 Kompanien. Die ständige Einsatzbereitschaft sank dementsprechend und ließ das ganze Organisationskonzept abermals als unrealistisch erscheinen. Doch weitere Konsequenzen blieben aus. Und nochmals wäre Erwin Fussenegger zu zitieren: „Das Schlamassel und die Misere bleiben weiterhin bestehen. Sich auszureden, daß das Tempo gedrosselt wird, ist lächerlich, weil wir überhaupt kein Tempo mehr haben.“⁹⁾

Mittlerweile war auch der Konsens der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ in Heeresfragen so gut wie vollständig geschwunden. Und als die SPÖ nach 1970 die Möglichkeit bekam, das Heer milizartig umzugestalten sowie die Präsenzdienstzeit zu reduzieren, und damit die Heeresführung zwang, das gesamte Konzept zu ändern, lief die umfangreichste Heeresreform der Zweiten Republik an. Ein in das Amt des Verteidigungsministers gewechselter Offizier, nämlich Johann Freihöfer, sollte sie realisieren, doch der Großteil des Offizierskorps verweigerte dem von ihm zu vertretenden Konzept zunächst die Zustimmung. Generaltruppeninspektor Erwin Fussenegger wurde sogar mit dem Vorschlag konfrontiert, Freihöfer sollte das Amt an einen Zivilisten abgeben und dann gemeinsam mit der gesamten militärischen Führungsspitze zurücktreten, ja das Bundesheer sollte in der bestehenden Form überhaupt aufgelöst werden.¹⁰⁾

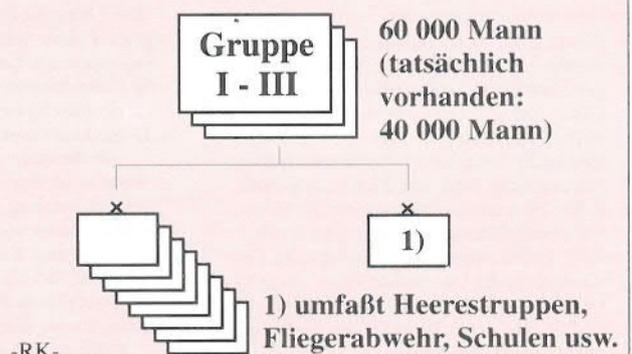
Die Skepsis war überaus groß, denn wie eine höhere Schlagkraft des Heeres mit



Foto: HBF

Die Notwendigkeit zu einer ersten Reform rührte nicht nur daher, daß grundlegende Mängel behoben werden sollten, sondern auch aus einem merkwürdigen Umstand: Das Bundesheer hatte zu viele Panzer.

Heeresgliederung gemäß dem Beschluß des Ministerrates vom 11. Jänner 1956



einer Verkürzung der Dienstzeit Hand in Hand gehen sollte, war wohl den wenigsten plausibel zu machen. Doch es bestand der Wille zur Reform und ebenso die Forderung nach Begleitmaßnahmen einer Dienstzeitverkürzung - insbesondere nach den durch die Umstellung auf ein Milizsystem unabdingbar scheinenden Maßnahmen zur Sicherstellung der Mobilmachung und zu einer höheren Budgetierung. Da dies schließlich nicht nur von der Bundesheerreformkommission festgelegt, sondern auch von der Regierung Kreisky ebenso wie von den Oppositionsparteien akzeptiert wurde, schien man eigentlich wider Erwarten auf dem besten Weg zu sein. Das Ergebnis war auch eindrucksvoll, nur mußte es sich zeigen, ob die Umsetzung nicht wiederum nur eine kurzfristige Veränderung bringen würde.

Die „Heeresgliederung 1972“

Die zunächst ausgearbeitete „Heeresgliederung 1970“ wurde wegen des physischen Zusammenbruchs des Ministers und seiner 1971 erfolgten Ablösung nicht mehr weiterbehandelt. Statt dessen wurde im Auftrag des neuen Verteidigungsministers, Karl Lütgendorf, die „Heeresgliederung 1972“ entworfen, die eine Dreiteilung des Heeres in eine Bereitschaftstruppe, die mobile und die raumbundene Landwehr sowie die Heeresfliegerkräfte vorsah. Die Bereitschaftstruppe sollte 15 000 Mann stark sein. Das eigentliche Schwergewicht des Heeres, dessen Mobilmachungsrahmen mit zumindest 150 000 Mann festgelegt wurde, sollte aber bei der Landwehr liegen. Auch die Spitzengliederung wurde erheblich verändert. Ab dem 1. Jänner 1973 wurde als oberstes militärisches Führungsorgan ein Armeekommando gebildet, und ein Jahr später eine mittlere Führungsebene in Form von zwei Korpskommanden eingezogen. Dann kam es zur Unterstellung der Landwehr unter die jeweiligen Militärkommanden. Mit Wirkung vom 15. Juli 1975 wurde die 1. Panzergrenadierdivision gebildet. Es kam zu Unterstellungen, Umwandlungen und Errichtungen, bis schließlich 1978 die Heeresreform in ihrer ersten Phase abgeschlossen war. Danach folgte die Umstellung der Landwehr-Friedensorganisation durch die Bildung der Landwehrstammregimenter, die ab 1. April 1978 aufgestellt wurden. Die Reform schien - zumindest auf dem Papier - geglückt zu sein, und auch wenn es immer wieder Kritik am Konzept der Raumverteidigung gab, blieb die ihr zugrundeliegende Heeresorganisation unangetastet. Es gab auch eine Reihe von Begleitmaßnahmen, nicht zuletzt den

Abschluß der Arbeiten an einem Landesverteidigungsplan, der schließlich nach fast 30jährigen Bemühungen das Parlament erreichte.

„Die militärische Führung begann bereits an die Möglichkeit der Verwirklichung der vom Landesverteidigungsrat und vom Ministerrat im militärischen Teil des Landesverteidigungsplanes vorgegebenen Richtlinien zu glauben“, schrieb Ernest König.⁹⁾ Doch dann kam es zu beträchtlichen Budgeteinbrüchen und die Finanzierbarkeit des Heeres war nicht nur in Frage gestellt, sondern unmöglich. Letztlich blieben auch die als Voraussetzung geforderten „flankierenden Maßnahmen“ der Heeresorganisation und die Rahmenbedingungen im Landesverteidigungsplan unerfüllt.

stufe gesprochen worden, der sofort die zweite Ausbaustufe mit 300 000 Mann folgen sollte. Es wurden Größenordnungen festgelegt und Vergleiche angestellt, nicht zuletzt jene mit den Budgets anderer Staaten, die ein Vielfaches für ihre Landesverteidigung ausgaben. Warum sollte Österreich nicht in der Lage sein, ebenso wie die kleinere Schweiz, 500 000 Soldaten mobilzumachen und obendrein seine Bewaffnung erneuern, verbessern und Vorsorgen jeglicher Art treffen zu können? Es war ausgebildet, geübt und getagt worden. Zunächst die Landesverteidigungsdoktrin von 1975 und dann der Landesverteidigungsplan von 1983, der teilweise in den Verfassungsrang erhoben wurde, schienen nicht nur Legitimation, sondern Auftrag. Das Heer war um 40



Da das Budget nicht wuchs und 1968 auch für das Heer ein „Sparpaket“ wirksam wurde, verfügte Minister Prader die Verringerung des Friedensheeres um 30 Kompanien. Eine Aussage des Generaltruppeninspektors, General Erwin Fussenegger, aus dieser Zeit: „Das Schlamassel und die Misere bleiben weiterhin bestehen. Sich auszureden, daß das Tempo gedrosselt wird, ist lächerlich, weil wir überhaupt kein Tempo mehr haben.“

Bis 1986 ging man von einem Mobilmachungsrahmen von 250 000 Mann aus, und als Zielvorstellung war eine noch um 50 Prozent höhere Ausschöpfung der Wehrkraft Österreichs überlegt worden. Erst damit wäre der durch die „Heeresgliederung '72“ vorgegebene Rahmen zu füllen gewesen. Knapp 400 Kompanien im Frieden sollten nach Mobilmachung auf rund 1 000 anwachsen. Man sprach in der ersten Ausbaustufe von 186 000 Mann in der Einsatzorganisation, 30 000 in der Ersatzorganisation, 20 000 Mann Personalreserve und 10 000 Mann in Wachkompanien. Statt dessen sank plötzlich der Investitionsanteil des Heeres auf die Hälfte der Vorgaben des Landesverteidigungsplanes ab. War das Bundesheer von der Realität eingeholt worden? War es daher wieder einmal Zeit für eine Reform? Mit einiger Berechtigung läßt sich wohl sagen, daß man dem Zahlenrausch erlegen war. Da war von einer ersten Ausbau-

Prozent vergrößert worden, und plötzlich sackte das Investitionsbudget um 30 Prozent ab, und es mußten 53 Prozent des Gesamtbudgets nur für die Deckung der Personalkosten aufgewendet werden. Eigentlich war die Katastrophe vorhersehbar gewesen, man hätte nur einmal ans Rechnen gehen müssen. Jetzt halfen wiederum nur radikale Maßnahmen, die allerdings das Ganze in Frage stellten. Damals mag vielleicht der bereits pensionierte ehemalige Armeekommandant, General Emil Spannocchi, der mit der Raumverteidigung und dem Heeresaufbau der siebziger und achtziger Jahre wie kein anderer identifiziert wurde, für sein Testament die Passage „Ich habe keine guten Kameraden mehr“ überlegt haben.

Die „Heeresgliederung 1987“

Zunächst wurde eine Art Notmaßnahme gesetzt, die als „Heeresgliederung 1987“

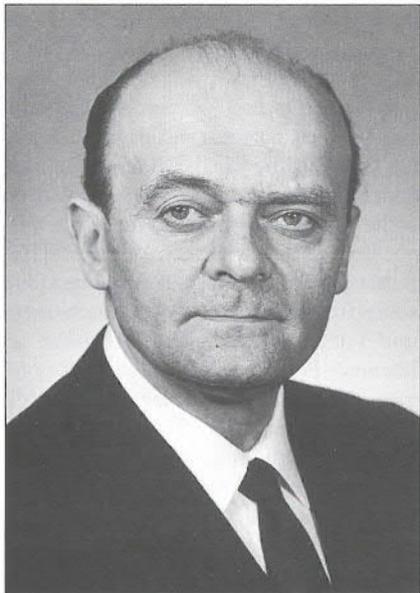


Foto: Archiv

Im Auftrag des neuen Verteidigungsministers Karl Lütgendorf wurde die „Heeresgliederung 1972“ entworfen, die eine Dreiteilung des Heeres in eine Bereitschaftstruppe, die mobile und die raumgebundene Landwehr sowie die Heeresfliegerkräfte vorsah.

bekannt geworden ist. Mit ihr wurde der weitere Ausbau des Mobilmachungsrahmens praktisch gestoppt. Nur noch das „billigste“ Element, nämlich die Infanterieteile der Landwehr, sollte in einem bescheidenen Maß weiter ausgebaut werden.⁷⁾ Das war aber wiederum keine Situation, wo sich nur einfach damit argumentieren ließ, „es wäre halt etwas nachzujustieren“ gewesen, und auf der anderen Seite wäre eine Modernisierung in Gang gekommen, vor allem durch die Beschaffung von Lenkwaffensystemen zur Flieger- und Panzerabwehr. Hier ging Motivation verloren; erstmals nach rund 15 Jahren kamen sich die mittlerweile zu Milizsoldaten gewordenen Reservisten als nicht mehr benötigt vor. Damit teilten sie das Schicksal der Angehörigen des Grenzschutzes nach 1968. Denn plötzlich wurde es als ausreichend hingestellt, die bis dahin mit 300 000 Soldaten kaum zu bewältigenden Aufgaben des Neutralitäts- und vor allem des Verteidigungsfalles mit rund 200 000 Mann lösen zu wollen. (Wie hatte doch Fussenegger 1967 geschrieben: „Das Schlamassel und die Misere bleiben weiterhin bestehen. Sich auszureden, daß das Tempo gedrosselt wird, ist lächerlich, weil wir überhaupt kein Tempo mehr haben.“)

Noch während die „Heeresgliederung '87“ realisiert wurde, kamen Zweifel auf, daß die Maßnahme ausreichen würde. Da schlichen sich dann Begriffe wie „Bundesheer light“ ein. Es wurde wieder und wieder hochgerechnet, wie sich das Heer entwickeln und wie es seinen Aufgaben nachkommen sollte, wenn es nicht plötzlich ein Wunder gab. Unerwarteterweise

Dreiteilung des Heeres nach der Heeresgliederung 72



Gesamtrahmen zumindest 150 000 Mann

-RK-

erhielt die Diskussion um die Heeresorganisation jedoch einen sehr wesentlichen Impuls von außen - und das war eigentlich das Wunder -, weil sich Ende der achtziger und am Beginn der neunziger Jahre das Bedrohungsbild dramatisch veränderte. Weniger unerwartet war, was bis dahin nur als eine Art „worst case study“ existiert hatte und nun Wirklichkeit zu werden schien: Dem Bundesheer drohte plötzlich, nicht mehr ausreichend Wehrpflichtige zu bekommen, weil der Zivildienst eine außerordentliche Attraktivität entwickelte. Damit war nicht nur der Friedensrahmen nicht mehr zu füllen, sondern erst recht nicht der Mobilmachungsrahmen.

Die „Heeresgliederung-NEU“

Jetzt ging es wieder einmal ums Ganze. Schritt für Schritt wurde die Reform der siebziger Jahre abgeändert. Am 2. Juli 1991 wurde das Armeekommando aufgelöst, dann wurde ein drittes Korpskommando geschaffen und die 1. Panzergrenadierdivision aufgelöst. Bei den Kommandostrukturen zeichnete sich eine Rückkehr zu den sechziger Jahren ab. Als sofort einsetzbare präsentе Kräfte nannte der Ministerratsbeschuß vom 14. Juli 1992 15 000 Mann, davon nur 10 000 aus dem Präsenzstand, die anderen aber aus der Miliz. Der Mobilmachungsrahmen wurde auf das Niveau von 1960, nämlich auf 120 000 Mann reduziert, und von den Regimentern und Brigaden blieben nur

noch 15 große Verbände im Brigaderahmen über. Dennoch hieß es 1992 wieder einmal: „Jetzt geht's los!“⁸⁾ Die „Heeresgliederung-NEU“ war bis 1995 einzunehmen. Ihre Wurzeln waren - wie auch die aller früheren Reformen - in der Notwendigkeit zur Anpassung der Organisation an das Bedrohungsbild, an das Grundwehrdieneraufkommen und vor allem an das Budget zu sehen. Manches sollte verbessert, anderes abgeschafft werden. Wieder in der Hoffnung, ein zeitgemäßes Heer mit einer zumindest idealtypischen Struktur zu haben.

Keine schöne Bilanz

Doch die Bilanz ist insgesamt keine schöne. Idealismus, Können und Phantasie wurden und werden investiert, letztlich aber nicht nur mit dem Ziel, einem Bedrohungsbild gerecht zu werden, sondern um die Armut zu besiegen, die dem Heer seit Jahrzehnten aus den Augen leuchtet. Wenn ein Offizier oder Unteroffizier nach 35 Dienstjahren auf seine Dienstzeit zurückblickt, kann er resümieren, daß er sieben größere und kleinere Reformen mitgemacht hat. Jede war begründbar und auf ihre Weise sinnvoll und barg nichtsdestoweniger bereits die Wurzeln für die nächste Reform in sich. Es war immer nur eine Frage der Zeit. ▽

⁸⁾ BMLV/Büro für Wehrpolitik, 1., 2. und 3. Kurzinformation „Bundesheerreform Heeresgliederung-NEU“, 1992.

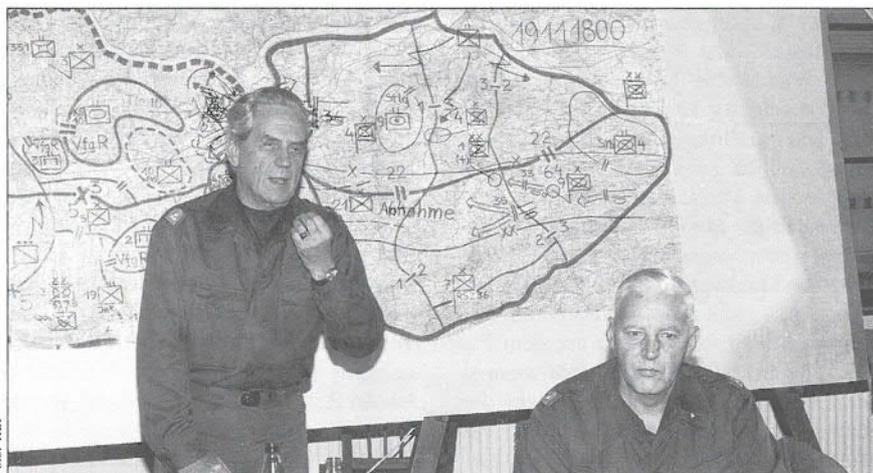


Foto: BBE

Armeekommandant, General Emil Spannocchi, wird wie kein anderer mit der Raumverteidigung und dem Heeresaufbau der siebziger und achtziger Jahre identifiziert.

Zur Entwicklung der Gliederung des Bundesheeres

„Eine absolut gute Heeresgliederung gibt es nicht“, sagte schon Erzherzog Albrecht. Tatsächlich stellt jede Gliederung einen Kompromiß zwischen gestern und morgen, zwischen Möglichkeiten und eingrenzenden Rahmenbedingungen dar. Insgesamt waren wir in den letzten 40 Jahren zum Durchschwindeln gezwungen, knapp am „so tun als ob“. Ob das auch in Zukunft so bleiben soll, hat kaum etwas mit europäischer Integration zu tun.

Zur „Heeresgliederung 1956“

Von Anfang an kam dem Verhältnis zwischen territorialen Kommanden und Kommanden von Heereskörpern eine wichtige Rolle zu. Die erste Heeresgliederung der Zweiten Republik wurde noch vom Amt für Landesverteidigung erstellt und im Jänner 1956 durch Bundeskanzler Julius Raab in den Ministerrat eingebracht.

Obwohl mit keinem Wort erwähnt, spielte die Gliederung des Bundesheeres der Ersten Republik eine erhebliche Rolle bei den Überlegungen zur Gliederung des neuen Bundesheeres (siehe Abbildung 1). Die Vorstellung, damals wie am Beginn des neuen Heeres, war die, Kommanden von Heereskörpern und territoriale Kommanden zusammenzufassen und deren Verantwortungsbereiche so weit wie möglich mit den Landesgrenzen zur Deckung zu bringen. Waren es damals Divisionskommanden mit Regimentsgliederung, so waren es nun acht „Grenzschutzbrigaden“ (siehe Abbildung 2, Ausfalltafel am Ende des Heftes). Die Brigadekommanden waren gleichzeitig für territoriale Aufgaben zuständig. Sie waren ab 1957 in den Organisationsplänen als Gebietskommanden vorgesehen, denen besonders die Aufgaben der Zusammenarbeit und Verbindung mit den zivilen Behörden zugeordnet werden sollten. Rückte im Einsatzfall das Brigadekommando aus, hatte das Gebietskommando in der Garnison zu verbleiben und alle territorialen Aufgaben des Brigadekommandos weiter zu erfüllen. Aspekte des Geländes und der Wirtschaftlichkeit ließen es zweckmäßig er-

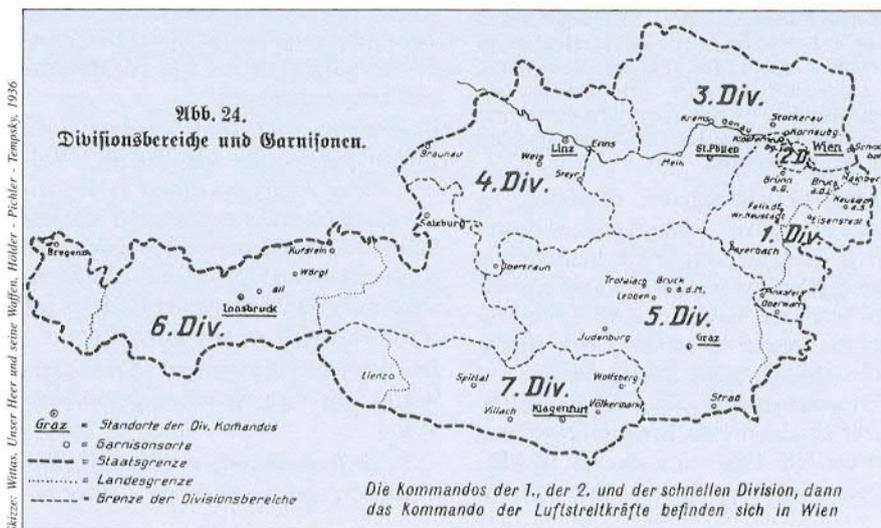


Abbildung 1:

scheinen, die acht Brigaden in drei Gruppen (die Bezeichnung Korps oder Division wollte man damals wohl vermeiden) zusammenzufassen und mit je einem Panzerverband zur Schwergewichtsbildung und mit Gruppenversorgungstruppen zur selbständigen Kampfführung zu befähigen.

Als zentrale Aufgabe wurde die Bildung des Berufskaders für das künftige „Wunschziel“ des organisatorischen Aufbaues und die Einstellung möglichst vieler längerdienender Soldaten im Hinblick auf die kurze Dienstzeit von neun Monaten gesehen.

Zur „Heeresgliederung 1962“

Unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit wurde die „Heeresgliederung 1962“ entwickelt und geradezu klassisch aufbereitet. Zunächst erfolgte im Juli 1961 eine Beurteilung der Lage in Form eines „Berichtes über die österreichische Landesverteidigung“ durch Bundesminister Dr. Karl Schleizer im Landesverteidigungsrat.

Die Beurteilung des strategischen Umfeldes führte zum Schluß, daß aufgrund der Massenvernichtungswaffen die

Wahrscheinlichkeit eines großen konventionellen Krieges immer geringer würde. Sie gipfelte in der Feststellung, daß die Republik Österreich nur mit der Form des begrenzten Krieges, geführt durch Stellvertreter der Großmächte, zu rechnen habe. Dabei sei der Zeitfaktor von ausschlaggebender Bedeutung, wenn der Angreifer damit zu rechnen habe, daß Österreich bei anderen Staaten Hilfe findet. Dies sei jedoch nur dann zu erwarten, wenn es sich zunächst allein wirksam verteidige. Eine nur „symbolische“ Bereitschaft werde von anderen Staaten nicht anerkannt werden.

Der operative Einsatz des Bundesheeres hätte so vorbereitet zu werden, daß hinter einem territorial zu organisierenden Grenzschutz die Brigaden zu beweglicher Verwendung bereitstünden. Es ist schon beinahe in Vergessenheit geraten, daß schon damals der Aufbau einer tief gestaffelten territorialen Verteidigung und die Einbettung in eine umfassende Landesverteidigung gefordert wurden.

In der Ist-Bestandsaufnahme des Bundesheeres und seiner Rahmenbedingungen wurden die erforderlichen finanziellen Aufwendungen für das damalige Heer von neun Brigaden (drei Infanterie-, vier Gebirgsjäger-, zwei Panzerbri-

Brigadier Walter Mayer, Jahrgang 1941. 1961 Eintritt in das österreichische Bundesheer; 1965 ausgemustert zur Jägerschule; 1972 bis 1975 Generalstabskurs; 1979 bis 1981 Chefredakteur der Ausbildungszeitschrift TRUPPENDIENST, anschließend Chef des Stabes im Militärkommando Kärnten. Seit 1986 im Generaltruppeninspektorat in den Bereichen Planung und Inspektion.



Foto: HBF

Zur Vorbereitung der „Heeresgliederung 1962“ erfolgte im Juli 1961 eine Beurteilung der Lage in Form eines „Berichtes über die österreichische Landesverteidigung“ durch Bundesminister Dr. Karl Schleizer im Landesverteidigungsrat.

gaden), Gruppentruppen, Heerestruppen und Luftstreitkräften im einzelnen dargestellt. Danach hätte die Erhaltung des personellen und materiellen Umfangs für das Jahr 1961 etwa 2 322 Millionen und für das Jahr 1962 bereits 2 465 Millionen Schilling erforderlich gemacht. Zur Verfügung standen jedoch für dieses Jahr nicht einmal die im Budgetvoranschlag für das Jahr 1961 vorgesehenen 1,9 Milliarden Schilling. Daran schloß sich ein

Plan, zum Aufbau einer wirksamen Landesverteidigung den Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamtbudget innerhalb von fünf Jahren auf sieben Prozent aufzustocken, was etwa einer Verdoppelung entsprach. Der Beschluß des Landesverteidigungsrates (LV-Rat) zu diesem Bericht lautete, daß über den vorgeschlagenen Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamtbudget „in Anbetracht der laufenden Budgetverhandlungen derzeit keine Empfehlung beschlossen werden kann“, im übrigen aber empfohlen wird, alle Bundesministerien zu ersuchen, im Rahmen ihrer Wirkungsbereiche am Aufbau einer Umfassenden Landesverteidigung mitzuwirken. Ein „Landesverteidigungsplan“ war der Bundesregierung vorzulegen.

Es sollte noch 15 Jahre dauern, bis ein solcher Plan erstellt war, und noch weitere sieben Jahre, bis dieser in den zuständigen Gremien beraten und schließlich 1983 beschlossen und veröffentlicht werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt wäre er eigentlich bereits im Hinblick auf seine Aktualität zu prüfen gewesen.

Die Absicht Bundesminister Schleizers war es, mit einer Änderung der Organisation

- durch Reduzierung der bestehenden neun Brigaden auf sieben ständig be-

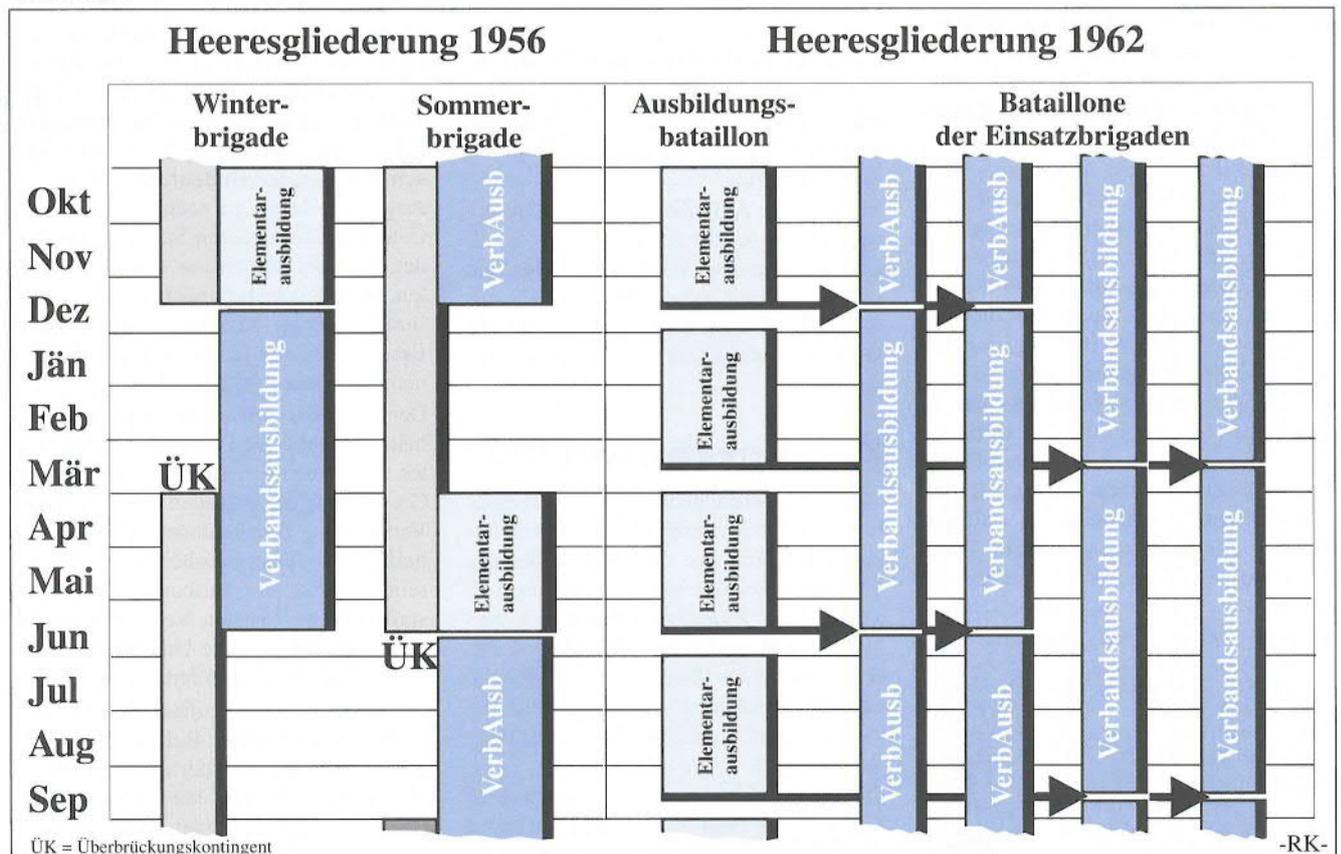
- füllte Einsatzbrigaden die Einsatzbereitschaft/Verfügbarkeit zu erhöhen,
- im Zusammenhang damit die Wehrpflichtigen zum ordentlichen Präsenzdienst jeweils Anfang Jänner, April, Juli und Oktober in Ausbildungstruppenkörper für die zweieinhalbmonatige Elementarausbildung einzu-berufen und
- je ein Militärkommando in jedem Bundesland zu schaffen.

Nach Zustimmung der Bundesregierung zu diesen grundsätzlichen Vorstellungen wurde der Landesverteidigungsrat mit der neuen Gliederung und den Anforderungen an die Truppen und Kommanden befaßt. Ausgehend davon, daß in einem lokalen Konfliktfall Österreich in der Lage sein sollte, auf sich gestellt „eine möglichst starke und rasch wirksame Abwehr zu organisieren“, wurde gefolgert, daß solche stets einsatzbereiten, rasch beweglichen Verbände ohne Mobilmachung verfügbar zu sein hätten.

Rasche Einsatzbereitschaft hatte Vorrang vor Erwägungen über die mögliche Dauer der Abwehr. Das scheint wohl bis heute so geblieben zu sein. Weiter hieß es im Vortrag an den Landesverteidigungsrat: „Eine Heeresorganisation, die unter allen Umständen und von Anbeginn auf die Mobilmachung angewiesen

Einsatzbereitschaft / Verfügbarkeit

Abbildung 3:



ist, entspricht weder der exponierten wehrgeographischen Lage Österreichs noch seiner Stellung als neutraler Staat“ (siehe Abbildung 3).

Ab 1967 zeichnete sich bereits ab, daß die ohnehin bescheidenen Ausgaben für die militärische Landesverteidigung in den nächsten Jahren nicht zu halten sein würden, was zu einem eindringlichen Bericht von Bundesminister Dr. Georg Prader im Oktober desselben Jahres im Landesverteidigungsrat führte. Die Weiterverfolgung des bisherigen Aufbaues des Bundesheeres wurde dabei auch mit dem Hinweis beschworen, daß „ein Vorschlag zu einer Verbesserung der Organisation, die weniger Mittel erfordert, gleichzeitig aber zu einer Steigerung des Effektes des Heeres führt und die Bewältigung der administrativen Aufgaben des Heeres im notwendigen Umfang berücksichtigt, nicht vorliegt“.

1968 erfolgte die organisatorische Einordnung des Reserveheeres in die „Heeresgliederung 1962“ auf der Grundlage zwischenzeitlich getroffener Entscheidungen. Danach bestanden die Reservetruppen des Feldheeres insbesondere aus je einer Reservebrigade pro Gruppenkommando, gebildet aus dem jeweiligen Ausbildungsregiment der Friedensorganisation und den zugeordneten Schulen sowie der Theresianischen Militärakademie. Die Reservetruppen der territorialen Organisation bestanden vor allem aus der Landwehr, bei der im Rahmen von 16 Landwehregimentern und vier selbständigen Landwehrbataillonen die bereits aufgestellten Einheiten erfaßt und bis zu einem Umfang von 120 Grenzschutz- und 140 territorialen Sicherungseinheiten ausgebaut werden sollten. Während der Führungskader der Reservebrigaden vorwiegend aus Berufssoldaten der jeweils verantwortlichen Truppenkörper und



Foto: HBF

Ab 1967 zeichnete sich bereits ab, daß die ohnehin bescheidenen Ausgaben für die militärische Landesverteidigung in den nächsten Jahren nicht zu halten sein würden; das führte zu einem eindringlichen Bericht von Bundesminister Dr. Georg Prader im Oktober desselben Jahres im Landesverteidigungsrat.

Schulen bestand, lag die Führung der Landwehr vorwiegend beim Reservekader, der in freiwilligen Waffenübungen geschult wurde. Ohne die Institution der „Einjährig Freiwilligen“ wäre der Aufbau einer Landwehr wohl nie möglich gewesen.

Die finanziellen Einschränkungen schlugen nicht nur auf den Betrieb und die Investitionen durch, eine Reihe von Einheiten der Friedensorganisation mußte stillgelegt werden.

Zum Heer der siebziger Jahre

Im Spiegel offizieller Dokumente zur Heeresgliederung bieten die siebziger Jahre ein verwirrendes und widersprüchliches Bild. Tatsächlich wußte man auch nicht genau, was man wollte, außer die Wehrdienstzeit zu verkürzen. Stimmung



Foto: AZ

Im Spiegel offizieller Dokumente zur Heeresgliederung bieten die siebziger Jahre ein verwirrendes und widersprüchliches Bild. Tatsächlich wußte man auch nicht genau, was man wollte, außer „sechs Monate sind genug!“



Abbildung: BKA (Hrsg.)

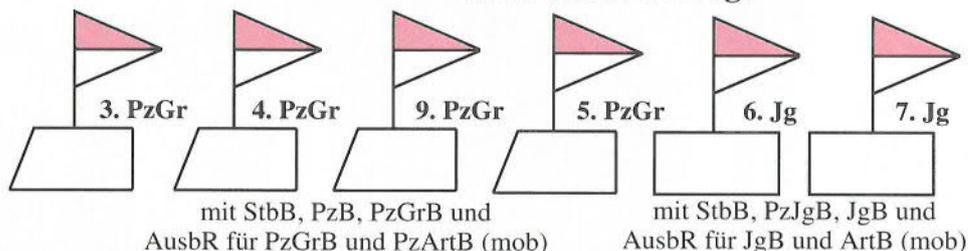
Der Auftrag zur Erstellung des LV-Planes erging 1961. Es sollte aber noch 15 Jahre dauern, bis ein solcher Plan erstellt war, und noch weitere sieben Jahre bis zur Beschlußfassung und Veröffentlichung.

wurde gemacht und Stimmung genützt. Es war keine gute Zeit für sachliche Argumente. Schon die gesellschaftlichen Einflüsse der sogenannten „68er-Bewegung“ wirkten sich bereits erheblich auf die finanziellen Rahmenbedingungen aus, während etwa äußere Einflüsse, wie die Besetzung der benachbarten CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes, nur zu einer geringfügigen Verzögerung der Auswirkungen führten. Tatsächlich sind die offiziellen Dokumente im Gegensatz zu den sechziger Jahren als Motivenbericht nahezu unbrauchbar; sie verschleiern mehr als sie erhellen. Wer sich über die Wehrpolitik und die Entwicklung des Konzeptes der Raumverteidigung in den siebziger Jahren ein fundiertes Bild machen will, kann dies z. B. mit Hilfe des Bandes 3 der „Militär-geschichtlichen Forschungsreihe“ tun.

Der erste Gliederungsvorschlag des neuen Bundesministers Johann Freihösl

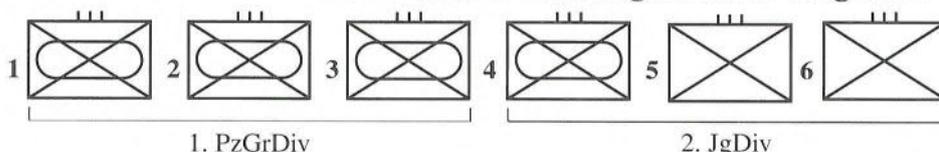
Das Schicksal der Brigaden

Entwurf einer Heeresgliederung 1970 (Johann Freihöfer) - nicht weiter verfolgt



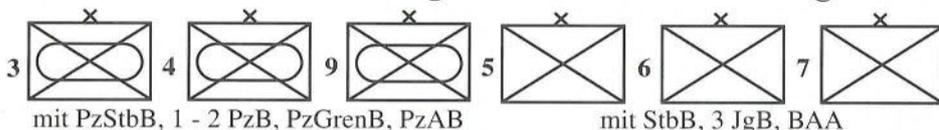
4 LW(Ausb)Brig
mit je 2 TK

Heeresgliederung 1972 (Karl Lütgendorf) - nur in oberer Führungsstruktur umgesetzt



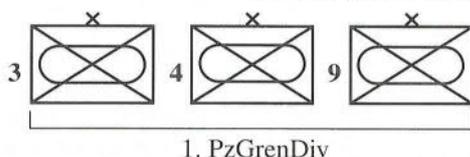
8 LW(Ausb)R für
8 JgBrig (mob)

Zwischenführungsstruktur 1975 zur Heeresgliederung 1972



einzelne TK für
4 JgBrig (mob)

Gliederung der Landwehr und der Bereitschaftstruppen 1978 (Otto Rösch) - umgesetzt



keine Stamm-
truppenkörper
für JgBrig (mob)

-RK-

Abbildung 4:

vom Oktober 1970 war im wesentlichen eine Fortsetzung der strukturellen Entwicklung der sechziger Jahre mit sechs Rumpfbrigaden als Bereitschaftstruppen, davon eine weitere gepanzerte, die fünfte. Obwohl die Landwehr durch Ausdehnung auch auf „bewegliche Landwehrruppen“ auf eine „breitere Basis gestellt“ werden sollte, worauf es offenbar ankam, hatte diese Gliederung keine Chance auf Verwirklichung.

Erst die „Heeresgliederung 1972“ von Bundesminister Karl Lütgendorf war auf neue strukturelle Zielvorstellungen abgestellt, wie Schwergewicht auf der Landwehr, Bereitschaftstruppen von 15 000 Mann, gegliedert in zwei Divisionen, Truppenübungen von 60 000 Mann jährlich und Bildung eines Armeekommandos aus dem Gruppenkommando I und dem Kommando der Luftstreitkräfte. Eine Bezugnahme auf ein neues Konzept erfolgte jedoch nicht. Bis auf die obere

Führungsstruktur wurde nichts davon verwirklicht (siehe Abbildung 4).

Aus den Dokumenten geht jedenfalls einiges nicht hervor:

- Warum sah die „Heeresgliederung 1972“ in den Divisionen der Bereitschaftstruppe Regimenter statt der bisherigen Brigaden vor?
- Warum verschwand in weiterer Folge die „2. Jägerdivision“ und mit ihr die Möglichkeit, gemeinsam mit der „1. Panzergrenadierdivision“ auch bei einem begrenzten Konflikt ein geeignetes Instrument zur Schwergewichtsbildung zu haben, unabhängig vom vorbereiteten statischen Abwehrdispositiv der Landwehr?
- Warum fanden die Jägerbrigaden der Mobilmachungsorganisation keine Entsprechung in der Friedensgliederung? Denn ohne eine einsatzorientierte Friedensgliederung und eine ent-

sprechende Übungssystematik schwindet die Führungsfähigkeit.

In den siebziger Jahren kam erst mit der „Landesverteidigungsdoktrin“ von 1975 Leben in die Entwicklung eines neuen Konzeptes. Im April 1976 war der schon lange geforderte Landesverteidigungsplan im Entwurf erstellt und mit dem Konzept der Raumverteidigung erst die Grundlage für eine, wie sich herausstellte, genauso dauerhafte Gliederung wie die von 1962 gegeben. Während eine Bereitschaftstruppe aus längerdienenden Soldaten nicht zustandekam, entwickelten sich „Landesarmeen“ der Militärkommanden in den Zonen der zugeordneten Landwehrstammregimenter, maßgeschneidert nach Gelände und Auftrag. 1987 wurde der weitere Heeresausbau nach Auftrag der Bundesregierung gestoppt und bei einem Mobilmachungsrahmen von 200 000 Mann (ohne Wach- und Ersatztruppen sowie Personal-

reserve) abgerundet, um nicht als „Wildwuchs“ stehenzubleiben.

Die Kenntnis der Entwicklung der neunziger Jahre darf vom Leser dieser Zeitschrift vorausgesetzt werden. Zur Budgetentwicklung siehe Abbildung 5.

Schlußfolgerungen

Betrachtet man die Entwicklung der Gliederung des Bundesheeres im Spiegel offizieller Dokumente, wie z. B. der Vorträge an den Landesverteidigungs- und Ministerrat, so wird man zur Ansicht gelangen, das Heer habe vor allem billig zu sein. Um das nicht allzu deutlich werden zu lassen, hat man es an markigen Formulierungen, wie etwa der folgenden, nicht fehlen lassen: „Was die Verteidigungspolitik anlangt, erfordert sie Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft, das heißt die sichtbare Fähigkeit und die Entschlossenheit von Regierung und Volk, auch einem feindlichen Angriff standzuhalten. Nur kraftvolle Anstrengungen im militärischen wie im nichtmilitärischen Bereich ...“ (Landesverteidigungsplan, Allgemeiner Teil, Kapitel 2.3). Daß Österreich immer europäisches Schlußlicht war, was die Dauer der Wehrdienstzeit und den Budgetansatz für die militärische Landesverteidigung betrifft, ist allerdings allgemein bekannt. Die eigentlichen „Helden“ dieser 40jährigen wechselvollen Militärgeschichte sind wohl diejenigen Truppen- und Einheitskommandanten, die in schwierigen Zeiten, im Wissen um das Auseinanderklaffen von Reden und Handeln, trotz unzähliger bürokratischer Hürden und nicht eingelöster Versprechungen versucht haben, in ihrem Verantwortungsbereich nicht nur das zu tun, was das System eben ermöglichte, sondern mehr. Dies deshalb, weil



Foto: Der Spiegel

Die siebziger Jahre waren keine gute Zeit für sachliche Argumente. Schon die gesellschaftlichen Einflüsse der sogenannten „68er-Bewegung“ wirkten sich bereits erheblich auf die finanziellen Rahmenbedingungen aus, während etwa äußere Einflüsse, wie die Besetzung der benachbarten CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes, nur zu einer geringfügigen Verzögerung der Auswirkungen führten.

die Zeit kommen kann, in der das Heer gebraucht wird und aus dem Geleise des Billigsten und Kürzesten hochgefahren werden muß. Denn dann geht es um die Chancen unserer Soldaten.

Wenn bei Einengung der Rahmenbedingungen Militärs beginnen, neue Gliederungen zu zeichnen, so ist das kein Wunder. Nur, neue Gliederungen allein sind zu wenig!

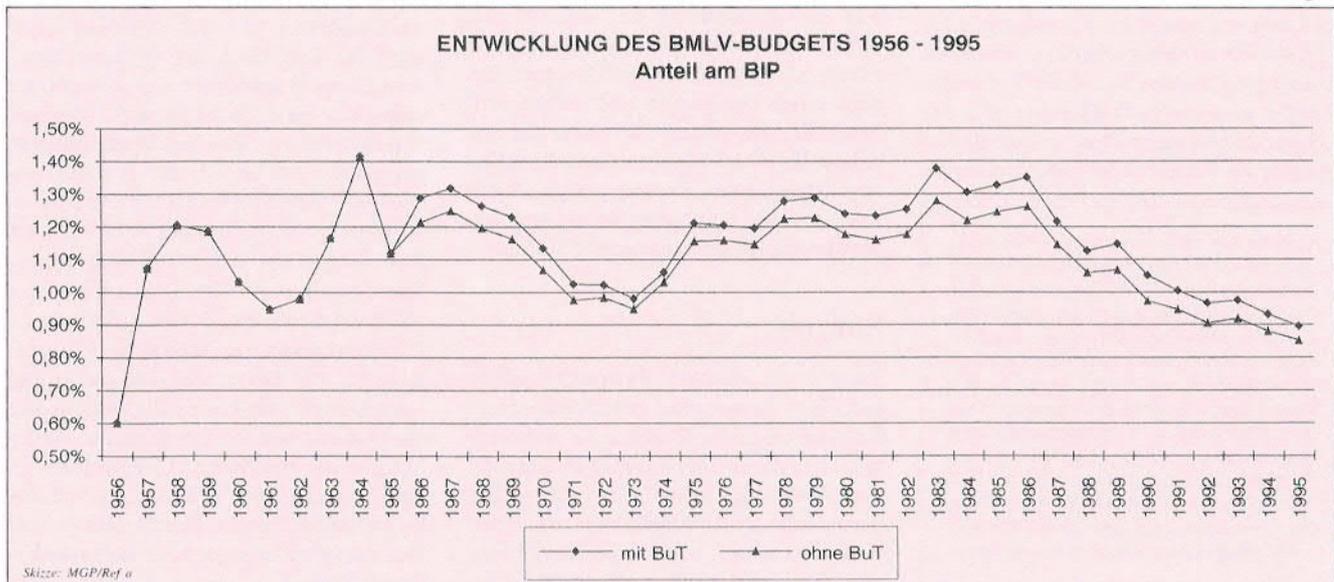
Der weltweite Erfolg der Marktwirtschaft, verbunden mit der Entfaltung persönlicher Leistungsbereitschaft, sowie die Ostöffnung und die europäische Integration sollten Anlaß genug sein, darüber nachzudenken, ob unser Heer die richtige Personalstruktur hat oder zu den Bereichen gehört, die mit hoher Dichte

an Regelungen und bürokratischer Gängelung ein ungünstiges Verhältnis von Kosten und Produktqualität aufweisen.

Auch im Hinblick auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union bietet sich die Gelegenheit, auf Regierungsebene zu beurteilen, was langfristig nationale Aufgaben sein werden, und was inter- oder multinationale. Welches Personal wird zur Bewältigung vielfacher Szenarien mit welcher Verfügbarkeit gebraucht werden? Was soll dieses Personal können, und mit welchen Anreizen will man es gewinnen?

Ein Klima geistiger Offenheit ist dafür allerdings Voraussetzung.

Abbildung 5: ▼



Das Bundesheer nach 40 Jahren

Anforderungen aus genereller Sicht

Ein Rückblick auf 40 Jahre österreichisches Bundesheer zeigt, daß es nicht nur „ein Heer für jede Jahreszeit“, sondern, den sicherheitspolitischen Veränderungen angepaßt, auch „ein Heer für jede Periode“ gewesen ist. Doch nunmehr steht es an einer entscheidenden Schwelle auf dem Weg in das nächste Jahrtausend. Die „Heeresgliederung-NEU“ ermöglicht dabei nicht nur die Fortführung einer eigenverantwortlichen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern sie stellt auch die entwicklungsfähige Basis für einen zukünftigen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa - und im globalen Bezugsrahmen - dar.

Ein neuer Auftrag

Die Führung des Bundesheeres hat - auf der Grundlage politischer Rahmenbedingungen - bis zum Dezember 1992 eine neue Organisation ausgearbeitet. Diese „Heeresgliederung-NEU“ soll bis Ende 1995 eingonnen sein und das Bundesheer in einer zukunftsorientierten Vorwärtsbewegung zeigen, die verstärkt auch Unternehmenskultur und strategisches Management in der Umsetzung aufweisen soll. Mit Beginn des Jahres 1993 hat die Realisierungsphase der gegenwärtigen Periode begonnen.

Generell gesehen stellt sich das Bundesheer in seiner „Heeresgliederung-NEU“ den geänderten sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa sowie im Rahmen der Aufgaben der Vereinten Nationen in einer deutlich flexibleren Form. Die neue Struktur ermöglicht einen höheren Anteil an Kampfverbänden und schafft die Möglichkeit, in einzelnen Operationsräumen bei Bedarf stärkere Kräfte einzusetzen als etwa mit der „Heeresgliederung 87“ unter den Bedingungen des Raumverteidigungskonzeptes.

General Karl Majcen, geboren 1934 in Graz. 1952 bis 1956 Offiziersausbildung. Verwendungen als Lethroffizier/Theresianische Militärakademie und Kompaniekommandant. 1963 bis 1966 Generalstabskurs, anschließend im BMLV stellvertretender Leiter der Planungsabteilung A bzw. leitender Planungssoffizier für Programmplanung. Truppenverwendung als Kommandant der Heeresaufklärungsabteilung. Ab 1978 Leiter der Abteilung Rüstungsplanung. 1982 bis 1990 Militärkommandant von Wien. Am 1. Oktober 1990 Ernennung zum Generaltruppeninspektor des österreichischen Bundesheeres.



Foto: BBF

General Karl Majcen.

Von der Zielsetzung her stellt so die Umstrukturierung des Bundesheeres in einem auch militärstrategisch neuen Europa einen geeigneten und verantwortbaren Kompromiß dar, der unter der Annahme bestimmter personeller, materieller und finanzieller Ressourcen zustande kam, wie sie durch die politischen Verantwortungsträger vorgegeben wurden.

Sorgen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gilt es jedoch, - vorwiegend psychologische - Entwicklungen im Bundesheer zu beachten, die, durch meist exogene Stagnierungsvorgänge in mehreren Bereichen verursacht, viele Angehörige des Bundesheeres knapp vor der Bilanzziehung, also ohne gesamthaften Überblick, skeptisch

sein und mit Sorge in die Zukunft blicken lassen. Es muß ganz einfach gesehen werden, daß die Auffassung um sich greift, es käme, wieder einmal (?), zum Auseinanderklaffen von Auftrag und Mitteln. Darin kommen sicher enttäuschte Erwartungshaltungen ebenso zum Ausdruck wie die Befürchtung, daß der für 1996 angekündigte finanzielle Aufholtschub nicht eintreten wird.

Auch, und gerade in Kenntnis der vorher angesprochenen Stimmungslage kann dennoch argumentiert werden:

Die „Heeresgliederung-NEU“ ermöglicht nach wie vor nicht nur die Fortführung einer eigenverantwortlichen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern sie stellt auch die entwicklungsfähige Basis für einen zukünftigen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa - und im globalen Bezugsrahmen - dar. Es geht um das Schaffen bzw. Erhalten der Leistungsfähigkeit des österreichischen Bundesheeres zur Erfüllung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

Abhilfe

Dies setzt allerdings voraus, daß die Mittel für den fälligen Modernisierungs- und Rationalisierungsschub für Material, Infrastruktur und Betrieb verfügbar gemacht werden - Stichwort „Europa-standard“.

40 Jahre Bundesheer wären anläßlich der bevorstehenden Bilanzziehung im Jahr der Millenniumfeier eine einmalige Gelegenheit, die oben erwähnten Sorgen der Angehörigen des Bundesheeres, unter anderem durch ein entsprechendes Budget, zu zerstreuen.

Die unausweichlich herankommende und teilweise schon gegebene Transparenz in der internationalen Vergleichbarkeit stellt das Bundesheer auf den Prüfstand. Zwar zeigt der Rückblick auf 40 Jahre österreichisches Bundesheer, daß es nicht nur „ein Heer für jede Jahreszeit“, sondern, den sicherheitspolitischen Veränderungen angepaßt, auch „ein Heer für jede Periode“ gewesen ist. Doch nunmehr steht es an einer entscheidenden Schwelle auf dem Weg in das nächste Jahrtausend.

Die Arbeiten an der Umsetzung der „Heeresgliederung-NEU“, das rasche Umorientieren auf das neue Einsatzzkonzept, die Bereitschaft beim „going international“ sind alles Pluspunkte, die die Qualität und die Loyalität der Angehörigen des Bundesheeres beweisen. Es spricht daher auch alles dafür, daß das Bundesheer korrekt Bilanz ziehen und sich mit den Konsequenzen auseinandersetzen wird.



Fotos: HBF

Konzentration ist geboten

Jetzt muß sich das Kaderpersonal, seiner Leistungsfähigkeit bewußt, auf das bestmögliche Ergebnis der Erfüllung der „Heeresgliederung-NEU“ konzentrieren. Es darf sich nicht selbst verunsichern und sich auch nicht verunsichern lassen. In diesem Zusammenhang wird auch die sicherheitspolitische und militärstrategische Lagebeurteilung fünf Jahre nach der Charta von Paris und bei Abschluß (?) des KSE-Prozesses vorzunehmen sein.

Hiebei wird es sich zeigen müssen, ob Österreich den Weg zu einer Friedensordnung als Teil einer europäischen Sicherheitsstruktur geht oder den einer isolationistischen Selbstbezogenheit. In jedem Fall geht es um die Leistungsfähigkeit des Bundesheeres für seinen Beitrag zur österreichischen Sicherheit - und damit wohl auch zur europäischen. Dies gilt unabhängig davon, wie die konkrete organisatorische Ausformung des künftigen europäischen Sicherheitssystems aussehen wird. Was also, auch - und nicht zuletzt - unter dem Gesichtspunkt der Truppenpsychologie, notwendig ist, um neuen Schwung für die Zukunft zu gewinnen, sind neben sicherheitspolitischen Visionen und Diskussionsbeiträgen konkrete Signa-

Fotos: AS, HBF



le vermehrter Mittelzuweisung an den sicherheitspolitischen Aufgabenträger Bundesheer. Doch: Wir dürfen das eben Gesagte nicht im Sinn einer „Wenn nicht - dann nicht“-Argumentation sehen.

Schließlich befindet sich unser Staatshaushalt auf Konsolidierungskurs. Das kann vielmehr einen erneuten Prüfdurchgang bedeuten, nach welchen konzeptionellen Leitlinien weitergearbeitet werden soll.

Wir sollten in Gelassenheit festhalten, daß die Organisation des Bundesheeres, auf dem modularen Konzept der „Heeresgliederung-NEU“ aufbauend, relativ leicht neuen Gegebenheiten anpaßbar sein wird.

Es ist auch nicht so, daß etwa jetzt schon klar wäre, welche Strukturanpassungen sich wann für welche neuen Aufgaben ergeben werden. Klar ist, daß wir jetzt vor der Aufgabe stehen, Bilanz zu ziehen, wie weit wir in der Struktur- und der Ausbildungsreform mit Ende 1995 ge-

Generell gesehen stellt sich das Bundesheer in seiner „Heeresgliederung-NEU“ den geänderten sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa sowie im Rahmen der Aufgaben der Vereinten Nationen in einer deutlich flexibleren Form.

kommen sein werden und wie dies vom Auftraggeber dann aufgenommen wird. Spekulative Überlegungen und vorgefaßte Meinungen dürfen das Bundesheer dabei nicht leiten. Vielmehr sollten wir in Gelassenheit festhalten, daß die Organisation des Bundesheeres, auf dem modularen Konzept der „Heeresgliederung-NEU“ aufbauend, relativ leicht neuen Gegebenheiten anpaßbar sein wird, wobei Schwergewichtsverschiebungen, Änderungen in den Unterstellungsverhältnissen, Maßnahmen im Bereich der Interoperabilität usw. vorrangig zu sehen sind.

Voraussetzungen schaffen

Das Bundesheer, um es noch einmal zu sagen, wird dabei davon ausgehen müssen, daß ihm von der politischen Führung die für eine Strukturanpassung im Zeichen europäischer Sicherheitssolidarität erforderlichen Voraussetzungen in Form von gesetzlichen Grundlagen, finanziellen Mitteln, Personal und Zeit zur Verfügung gestellt werden. Die (Vor-)Leistungen, die das Bundesheer in den letzten Jahren in seinem Redimensionierungsprozeß erbracht hat, sollten dafür Unterpfand sein, wie wir uns neuen Herausforderungen stellen.

Nimmt man die voraussichtlichen Bilanzergebnisse der uns aufgetragenen Heeresreform in den Blick und schätzt man die vermehrte Kooperation im bilateralen und multilateralen Bereich sowie die dazu

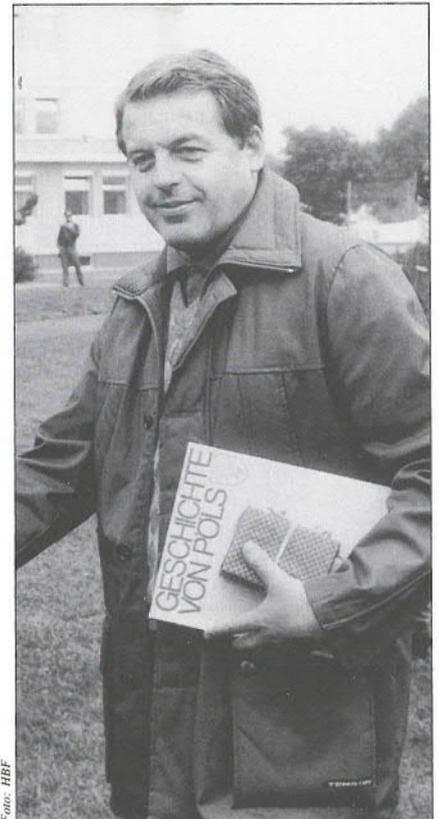


Es geht um das Schaffen bzw. Erhalten der Leistungsfähigkeit des österreichischen Bundesheeres zur Erfüllung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben als Basis einer eigenverantwortlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

notwendigen Ausbildungs- und Anpassungsvorgänge realistisch ein, zeichnet sich jedenfalls für den verfügbaren Zeitraum bis zur Jahrtausendwende eine weitere interessante Periode mit neuen Herausforderungen für das Bundesheer, somit für uns alle, ab. Sie wird uns in jeder Hinsicht, nicht nur beim Ausbalancieren zwischen Auftrag und Mitteln, viel abverlangen, im Wettbewerb mit anderen Streitkräften, wenn wir weiter zeigen wollen, daß wir ein „Heer für jede Periode“ sind. Für jede Periode ist aber eine klare Verteidigungspolitik notwendig. Ihre Zielsetzung wird wohl auch weiterhin der Schutz der Republik sein. Daß es bei einem geänderten Sicherheitsverständnis auch zu geänderten Prioritätsvorstellungen kommen kann, ist einsichtig. Das Bundesheer als „Auftragnehmer“ wird, nicht zuletzt auch im Sinn der immer wieder postulierten Teilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen, rechtzeitig und immer wieder darauf hinweisen müssen, wie die Sachlösung seiner Aufgabenstellung sein kann und welche Mittel es dazu benötigt. Es wird aber auch seine Sachkompetenz geltend machen müssen, wenn es darum geht, daß die politische Führung über seinen Auftrag entscheidet. Die besondere Bindung seiner Angehörigen an die Republik berechtigt und verpflichtet sie dazu. Jeder kann dabei allgemein Klarheit über Auftrag und Mittel im Gespräch mit seinen Mitbürgern, mit seinen Mandataren, mit der Öffentlichkeit fordern. In konkreten Sachfragen ist der politische Verant-

wortungsträger, der Bundesminister für Landesverteidigung, unsere Ansprechadresse. Solide Stabsarbeit auf den relevanten Ebenen ist Voraussetzung einer solchen Gesprächsführung. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß wir einer Periode entgegengehen, in der, ganz im Sinn der Individualisierung vieler Vorgänge, die Sicherheit des einzelnen in den täglichen Gefährdungen die Leitvorstellung bei der Formulierung einer Sicherheitspolitik werden für könnte. Schutz und Hilfe für die Gemeinschaft - so wie wir unseren Auftrag gemäß unserem Gelöbnis bisher verstanden - könnte dabei in den Hintergrund treten und das Instrument Bundesheer in einem Maß betreffen, daß es als Mittel der Politik, auch im Sinn von Beitragsleistung zu einer europäischen und globalen Friedensordnung, an Tauglichkeit verliert. Noch einmal sei es aber gesagt: Intellektuell, strukturell und inhaltlich ist die Ausgangslage so, daß wir auch weiterhin ein Heer für jede Periode schaffen können. Zielsetzung und Mittelbereitstellung brauchen klare verteidigungspolitische Aussagen. Hiebei sind (wir) alle gefordert. Es geht um die Sicherheit Österreichs.

Das Mitwirken an Solidaritätsakten, wie seit über 30 Jahren im Rahmen der Vereinten Nationen praktiziert, sollte nicht a priori als Beitritt zu einem Militärbündnis denunziert, sondern als kurative wie präventive Maßnahme im Sinn der eigenen Sicherheit gedacht und gefördert werden. Wenn es laut Bundeskanzler Vranitzky bei der Regierungskonferenz 1996 darum



Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky: Es geht darum, „... das für Österreich bestmögliche Sicherheitskonzept zu erreichen“.

geht, „das für Österreich bestmögliche Sicherheitskonzept zu erreichen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 20. März 1995), dann kann das Bundesheer wohl damit rechnen, daß ihm ein klarer Auftrag erteilt wird und die dazu erforderlichen Mittel verfügbar gemacht werden. (V)

**Zielsetzung und Mittelbereitstellung
brauchen klare verteidigungspolitische Aussagen.
Hiebei sind (wir) alle gefordert.
Es geht um die Sicherheit Österreichs.**

Das TRUPPENDIENST-Abonnement

Auch wenn Sie die Möglichkeit zur Einsichtnahme und zeitweiligen Entlehnung der dienstlich zugewiesenen TRUPPENDIENST-Hefte haben, können Sie die darin gebotenen Möglichkeiten nicht voll nützen.

Zum Beispiel erfordern

- das Bearbeiten von taktischen Lagen,
- das Verwerten der Seiten zum Ausschneiden für Ihr persönliches TRUPPENDIENST-Handbuch und
- die ungestörte Benutzung der Lektüre

den permanenten Besitz der Zeitschrift.

TRUPPENDIENST sollte jederzeit griffbereit in Ihrer Nähe sein.

Der Preis ist deswegen bewußt niedrig gehalten.

Zu beziehen über jede Buchhandlung

Herold Druck- und Verlagsges. mbH, Wien

Entwicklung der Friedensgliederung

**Abbildung 2 zu Beitrag
"Zur Entwicklung der Gliederung des Bundesheeres"
von Brigadier Walter Mayer**
(Grafik: Brückler)

Klare Ziele in der Sicherheitspolitik

Hat man in Österreich in den vergangenen 40 Jahren etwas dazu gelernt?

Ohnmächtig und gedemütigt

Das Bild geht mir einfach nicht aus dem Kopf: Da sitzen zwei UN-Soldaten angekettet an einem Brückengeländer - als Geiseln in einem sinnlosen, mörderischen Krieg - ohnmächtig und gedemütigt. Wie sind sie in diese Lage gekommen? Waren sie schlecht ausgebildet, haben sie sich verantwortungslos verhalten oder waren sie vielleicht sogar feige?

Nein, sie waren sicher bestens ausgebildet. Feige und verantwortungslos waren vielmehr die Politiker, die sie, entgegen jeder Warnung, in diese Lage gebracht haben. Und diese sogenannten Staatsmänner sind es, die in Wahrheit auch gedemütigt werden sollen. Die gefangenen Soldaten sind einmal mehr „nur“ Mittel zum Zweck. Ob die verantwortlichen Politiker wohl jemals vor ein Tribunal gestellt werden? Als Ankläger könnten die bisher 75 (wieviel werden es wohl bis zur Veröffentlichung meiner Gedanken sein?) getöteten UN-Soldaten gelten.

Dem französischen Außenminister fällt nichts Besseres ein als die Aussage: „Ich bin völlig überrascht, es hätte nie zu einer derartigen militärischen Situation kommen dürfen!“

„Es fehlen nun klare Prioritäten, Interessen und Strategien“, meint Hans Rauscher im „Kurier“, und „Serbendämmerung“ nennt es einen Tag vorher Andreas Unterberger in „Die Presse“ und zeichnet ein grausames Szenario: Für die UNO bleibe nur die Wahl zwischen zwei Übeln, einem demütigenden Abzug oder einem Blutbad.

Opfer werden in beiden Fällen schwach bewaffnete UN-Soldaten sein, die mit einem „Friedensauftrag“ in ein Himmelfahrtskommando gehetzt wurden. „NATO und UNO sind ratlos“, lautet eine weitere Überschrift in einer großen österreichischen Tageszeitung. Ja, jetzt ist guter Rat teuer. Der Preis? Vermutlich das Leben vieler unschuldiger Soldaten und Zivilisten.

Den französischen General, den sie in tiefer Betroffenheit im Fernsehen gezeigt haben, kenne ich sehr gut, ich sollte ihn in Paris treffen. Und ich denke an den fröhlichen jungen Major aus Schweden. Vor wenigen Wochen noch war er unser Begleiter bei einem Stabsgespräch. Er soll (und wird es in der Zwischenzeit vermutlich auch schon getan haben) als Stabschef nach Tuzla gehen. Beim Abschied habe ich ihm viel Soldatenglück gewünscht; jetzt schäme ich mich etwas für diesen Ausspruch. Wir haben von dieser Entwicklung damals nichts gewußt, für möglich gehalten haben wir sie wohl in unseren Gesprächen.

Ziehen wir die richtigen Konsequenzen?

Wie steht es bei uns mit der politischen Willensbildung, mit Verantwortungsbewußtsein und Mut zur Entscheidung? Werden aus den schrecklichen Ereignissen um uns herum die richtigen Konsequenzen gezogen? Gibt es wenigstens im Bereich der Sicherheitspolitik klare Ziele, Einigkeit über Weg und Mittel? Ja, sie gibt es! Der Bundeskanzler erklärt im Sonderministerrat unter anderem, „ein Bekenntnis zur Freiheit Österreichs sei deshalb auch ein Bekenntnis

zu einem demokratischen (Anm. des Autors) Bundesheer, gut ausgebildet und ausgerüstet, das in der Lage ist, Österreich im Ernstfall zu verteidigen oder, noch besser, potentielle Gegner auch abzuschrecken“.

Der Wehrsprecher der ÖVP fordert in seltener Klarheit und Offenheit eine auftragsgemäße Ausrüstung und Bewaffnung des Bundesheeres.

Der Ministerrat beschließt eine Novelle zum Entsendegesetz, eine weitere wird vorbereitet.

Außen- und Verteidigungsminister deponieren das Einführungsdokument bei der NATO, das die weitere Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit klar umreißt. Der Verteidigungsminister erklärt, daß „Verteidigung wichtiger als je zuvor“ ist. Der Außenminister stellt fest, daß „niemand für uns den Kopf hinhalten wird“. Also ist, Gott sei Dank, alles in Ordnung.

Grenzenlose Ignoranz

Und doch wird dem politisch einigermaßen interessierten Bürger aufgrund so mancher Aussagen unserer politischen Mandatäre, speziell zu Fragen, die unsere Sicherheit betreffen, wegen der grenzenlosen Ignoranz angst und bang.

Drei kleine Beispiele unterschiedlicher Tragweite gefällt?

Da wird etwa von den Grünen im Landesverteidigungsausschuß der Antrag gestellt, auf bestimmte Beschaf-



UN-Soldaten wurden mit einem „Friedensauftrag“ in ein Himmelfahrtskommando gehetzt.



Foto: HBF/Reusche

Bundeskanzler Vranitzky: „... ein Bekenntnis zur Freiheit Österreichs ist auch ein Bekenntnis zu einem demokratischen Bundesheer ...“

fungsvorhaben für das Bundesheer aufgrund der angespannten finanziellen Lage zu verzichten (und das im siebentreichsten Land der Welt). Ohne auf die einzelnen Punkte dieser (verantwortungslosen) Forderung eingehen zu wollen, muß man sich die Antwort des SP-Wehrsprechers auf der Zunge zergehen lassen: Der Antrag wird nicht etwa mit der Begründung, es handle sich um (über-)lebensnotwendige Ausrüstungsgegenstände für das Bundesheer, die für dessen Auftragsbefreiung zum Schutz Österreichs unverzichtbar sind, abgelehnt. Nein, es geschieht mit dem lächerlichen Hinweis darauf, daß es aufgrund der bereits getätigten rechtskräftigen Bindungen bei einer Stornierung zu „Schadensersatzleistungen der Republik“ kommen könnte. Was zählt da schon das Leben von einigen Soldaten, unser Leben, Herr Abgeordneter?

Da listet der Klubobmann derselben Partei in billiger Effekthascherei auf, was ein möglicher NATO-Beitritt Österreichs kostet. Dieser Herr verschweigt aber, daß genau die aufgezählten Waffen und Geräte so und so für das Bundesheer zu beschaffen sind, weil sie schlicht und einfach zur Auftragsbefreiung erforderlich sind - mit oder ohne NATO. Und daß wir vermutlich diese Waffen und Geräte als Mitglied eines kollektiven Sicherheitssystems, wie immer es auch aussehen und heißen mag, wesentlich günstiger erhalten. Und daß es andererseits weit größerer Anstrengungen bedarf, wenn wir uns auf uns allein verlassen. Sicherheit kostet Geld. Mit den lächerlichen 0,85 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist nun einmal kein „Maximum an Sicherheit“ zu erreichen. Die Frage, was die

Sicherheit Österreichs an und für sich kostet, wurde auch noch nie ernsthaft behandelt.

Dafür entwickelt sich die Diskussion über den „Zapfenstreich“ zu einem echten Dauerbrenner. Da wird doch im Landesverteidigungsrat ernsthaft darüber verhandelt, ob er nach vier (so der Verteidigungsminister im Einklang mit dem bestehenden Ausbildungssystem), nach drei (so die ÖVP), nach zwei Monaten (so die Freiheitlichen und die Liberalen) oder gar nicht (Grüne) gelten solle. Wer fragt dabei schon nach Sinn und Zweck? Dieses miese Feilschen erinnert an das Jahr 1955, als zwischen ÖVP und SPÖ über die Frage der Dauer des Wehrdienstes diskutiert wurde. Die ÖVP wollte damals zwölf Monate, die SPÖ nur sechs. Das Ergebnis war ein typisch österreichischer Kompromiß: neun Monate. Auch



Foto: HBF/Maresch

Verteidigungsminister Fasslabend: „Verteidigung ist wichtiger als je zuvor!“

damals hat niemand danach gefragt, wie lange es dauert, um einen jungen Mann durch gezielte Ausbildung und Erziehung in die Lage zu versetzen, verantwortungsbewußt seinen Auftrag zum Schutz der Heimat bei Krieg und Katastrophe zu erfüllen. Die Dauer des Wehrdienstes war (Schlag' nach bei Kreisky) und ist immer noch ein billiger Wahlschlager (dies gilt übrigens auch für den Zivildienst). Wen interessiert schon, was dies notfalls für den einzelnen Soldaten und unsere Gesellschaft zur Folge haben kann?

Die Saat ist aufgegangen

Die Saat jahrzehntelanger fehlender geistiger Landesverteidigung und verantwortungsloser Politik scheint bereits aufgegangen zu sein. Obwohl nur jeder vierte Österreicher laut Market-Umfrage glaubt, daß die Neutralität unser

Land bei Krisen schützt, erklären sich nur 30 Prozent (11 Prozent bei den Jugendlichen) bereit, notfalls für Österreich kämpfen zu wollen. Aber 32,7 Prozent sind für einen NATO-Beitritt und gar 54,2 Prozent für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik. Hoffentlich nicht nur in der Meinung, daß *die* uns dann sowieso helfen. Die Antwort des NATO-Generalsekretärs am 12. Juni in Wien war ein klares *Nein*.

Und damit komme ich zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen. Da wird oftmals bedenkenlos von manchen Politikern dem vermeintlichen Zeitgeist und der veröffentlichten Meinung gefolgt, und es werden Entscheidungen getroffen, die dem Sicherheitsinteresse des jeweiligen Landes oder der Staatengemeinschaft abträglich sind.

Österreich ist im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 gefordert, klare und eindeutige Aussagen über Ziel und Weg zu machen und daraus auch die Konsequenzen zu ziehen. Unsere Glaubwürdigkeit wird nicht nach dem *Wollen*, sondern nach dem *Tun* beurteilt.

Wenn von unseren Politikern nicht endlich mehr Sachlichkeit in die sicherheitspolitische Diskussion einfließt, das unglückselige Schwarz-Weiß-Denken nicht durch ein Regenbogen-Denken (rot, grün, blau, gelb und schwarz), sondern durch ein Rot-Weiß-Rotes ersetzt wird, dann „Gute Nacht, oh Du mein Österreich“. Die Zeche werden einmal mehr die Soldaten zu zahlen haben, tot oder vielleicht „nur“ angekettet - und natürlich die Bevölkerung!

Es kann nur *ein* Ziel geben: ein sicheres Österreich als glaubwürdiger Partner, mit einem österreichischen Bundesheer, das diesen Namen auch verdient.

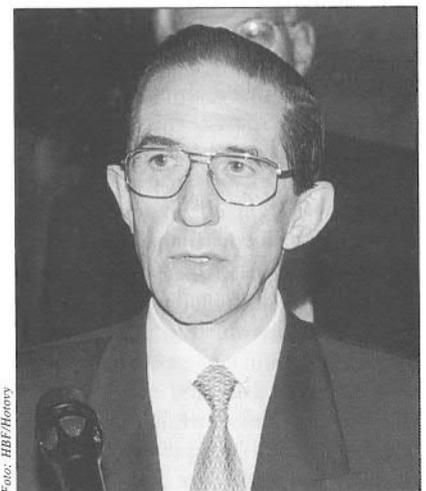


Foto: HBF/Horovy

NATO-Generalsekretär Claes: „NATO würde Österreich nicht *automatisch* verteidigen.“

Demokratie in Gefahr?

Gedanken eines Soldaten nach fast 40 Jahren Dienst und erlebter Demokratie

Es ist nicht einzusehen, daß es zu Lasten der Anständigen eine Minderheit immer wieder geschickt versteht, nur zum eigenen Vorteil zu agieren. Letztlich geht es dabei doch um den hohen Wert der Demokratie, der nur allzu leicht verspielt werden kann. Offensichtlich wissen aber nur die den Wert der Demokratie zu schätzen, die sie noch nie erreicht oder bereits wieder verloren haben.

Zwischen Anarchie und Polizeistaat

Demokratie bleibt der labile „Schwebestand“ zwischen Anarchie und Polizeistaat, welcher nur durch die ganze Kraft der Anständigkeit, Humanität, Moral und dem Rechtsempfinden einer Gesellschaft aufrechterhalten werden kann. Läßt diese Kraft nach, dann gleitet die Demokratie in Anarchie ab, welche ihrerseits unausweichlich den Polizeistaat provoziert. Anarchie wird damit zur unverzichtbaren Zwischenstufe auf dem Weg zur Diktatur, zum Wegbereiter des Totalitarismus; dieser ist aber das Ende jeder Menschlichkeit.

Ob es die Diktatur des Kapitals, des Proletariats, des Sozialismus, Nationalismus, Faschismus, Theismus oder sonst einer Ideologie oder Religion ist, die Auswirkungen sind immer die gleichen: Willkür, Zwang, Verlust der Freiheit, namenloses Leid und Elend. Immer wenn sich Menschen zu „Göttern“ machen und vorgeben haben, das „große Paradies“ zu schaffen, haben sie das kleine Paradies zerschlagen und die Hölle aufgeweckt.

... den meisten bleiben leere Hände

Um es angeblich irgendwann, irgendwo „besser“ zu haben, wird das Bestehende zerstört, aber den meisten Menschen bleiben leere Hände. Wenigen bringt der Krieg das „große Geld“, mit dem sie später wieder eine neue Tyrannei errichten.

Erst wenn sich aus dem Widerstand die Kraft entwickelt, welche auch unter dem Joch immer stärker wird, trotz Terror und Gewalt die Ketten sprengt, sich aus Blut und Tränen neuerlich befreit, über Anarchie und Kerkermauern hinauswächst und sich zur Menschlichkeit, Toleranz

Oberst Ing. Hugo Schuller, Jahrgang 1937, maturierte an der HTL für Tiefbau in Villach. Nach Abschluß der Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie wurde er 1962 zum Jäger-Ausbildungsbataillon in St. Johann ausgemustert. Ab 1963 an der Pioniertruppenschule in Verwendung als Kompanieoffizier, Kompaniekommandant und Lehroffizier für Seilbahn-, Brücken- und Straßenbau sowie für Vermessungsdienst. Seit 1971 an der Theresianischen Militärakademie als Jahrgangskommandant, Lehroffizier/Alpinwesen und Assistenzsinsatz sowie als Hauptlehroffizier für Pionierwesen eingesetzt.

und Recht entfaltet, erst dann wird Demokratie wieder möglich.

All das, was diese Form des Zusammenlebens sein könnte, wird von Menschen mühsam auf der ganzen Welt erkämpft. Gleichzeitig aber sind jene Kräfte aktiv, die in Staaten, welche die Demokratie besitzen, alles tun, um dieses hohe Gut leichtfertig zu verspielen, an jene ande-

ren, die nichts so sehr begehren als die Macht, welche sie nicht teilen wollen. Warum ist es so, und welche Möglichkeiten bleiben, um solche Prozesse zu bremsen oder zu verhindern?

Wir haben nichts gelernt!

Die Menschheit hat aus der Geschichte nichts gelernt, nicht aus dem ersten totalen Krieg, nicht aus dem zweiten, und steht heute mit einem gigantischen Arsenal inmitten brodelnder Konfliktzonen an der Schwelle zum „Dritten Jahrtausend“. Thomas Köhler hat in der Zeitschrift „Die Furche“, Heft 1/1994, die Situation und den Trend unserer Zeit sehr treffend charakterisiert: „Unsere soziale Wirklichkeit ist heute schlechthin eine Gesellschaft ohne Gemeinschaft. Sie wird durch ein Nebeneinander von Individuen gebildet, die nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit und des materiellen Vorteils zueinander finden. Es ist eine Gesellschaft kalkulierter, geregelter, aufeinander abgestimmter Egoisten.“

Sozialisten aller Schattierungen rühmen sich oftmals, die soziale Demokratie verwirklicht zu haben. Ist dies tatsächlich unsere Realität, oder hat diese Sozialpolitik nur die notwendige zwischenmenschliche Solidarität verstaatlicht, und auf der Strecke geblieben ist die Menschlichkeit?

Die Stellung der Familie

Die einzige Institution, in welcher Zuwendung, Fürsorge, Selbstlosigkeit, Liebe von Geburt an erfahren werden kön-

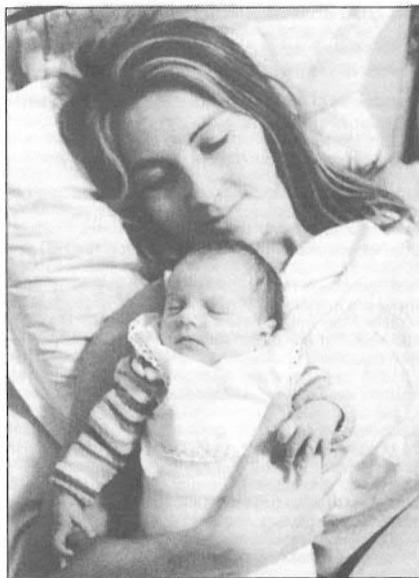


Foto: HBF/Raucher

Ob es die Diktatur des Kapitals, des Proletariats, des Sozialismus, Nationalismus, Faschismus, Theismus oder sonst einer Ideologie oder Religion ist, die Auswirkungen sind immer die gleichen: Willkür, Zwang, Verlust der Freiheit, namenloses Leid und Elend.



Die Menschheit hat aus der Geschichte nichts gelernt, nicht aus dem ersten totalen Krieg, nicht aus dem zweiten - und steht heute mit einem gigantischen Arsenal inmitten brodelnder Konfliktzonen an der Schwelle zum „Dritten Jahrtausend“.



Die einzige Institution, in welcher Zuwendung, Fürsorge, Selbstlosigkeit, Liebe von Geburt an erfahren werden können, bleibt die Familie.

nen, bleibt die Familie. Wenn jedoch dieser Stellenwert unterstrichen wird, dann bedeutet dies „neusprachlich“ die „Diskriminierung anderer Lebensgemeinschaften“. Alle „Varianten“ seien gleichwertig, hört man aus der „linken Ecke“, bis hin zur „Ehe“ zwischen Homosexuellen - mit gleichen Rechten, Vergünstigungen und Förderungsmitteln.

Die „Selbstverwirklichung“ der „Singles“ besitzt einen hohen Stellenwert. Eine Familie jedoch, die Kinder großziehen möchte, hat viele „Hürden“ zu meistern: Wohnung, Nachbarn, Schule. Aber nur in den Kindern kann selbst erfahrene, erlebte Solidarität sowie Menschlichkeit weiterwirken und die Gesellschaft positiv verändern.

Die ehemals so enthusiastisch aufgestellten „linken“ und „rechten“ Prinzipien haben sich in der realen Welt nicht bewährt.

„Umpolung“ und „Narkotisierung“

Ist erst die „Umpolung“ einer Gesellschaft von humanitären Idealen, Werten und Solidarität zu Egoismus und Materialismus sowie die „Narkotisierung“ durch Werbung und Konsum einmal abgeschlossen, dann bleibt der Demokratie praktisch keine Möglichkeit, sich dem unaufhaltsamen Abstieg zu entziehen.

Auf welcher Marke dieses Abstieges befinden wir uns heute, und was kommt auf uns zu? Daß wir uns in einer Phase des Niederganges befinden, darüber, glaube ich, besteht kein Zweifel.

Wir spüren den Verfall der Werte, der Qualität, der Disziplin, der Moral. Geld ist der Schlüssel, welcher die Tore öffnet, das Symbol, vor dem sich alle tief verneigen, unbeschadet woher es kommt: ob aus der Unzucht, dem Glücksspiel, aus Drogen, dem Waffenhandel, aus Betrug und Korruption, herausgepreßt aus Kindern und verkümmerten Leibern. Geld bewegt sich gewandt auf dem Parkett dieser Welt und niemand sieht ihm seine Herkunft an.

Die Finanzierung von Versprechungen führt in den Ruin

In diesem Kontinuum des Eigennutzes haben die Parteien keine andere Wahl, als mit Vorteilen zu werben. Mit noch mehr Bequemlichkeit, Freiheiten, Konsum, Privilegien, noch weniger Verantwortung, Einschränkung, Last. Um die Versprechungen zu finanzieren, werden immer neue Kredite benötigt, bis die Verschuldung das Land in den Ruin getrieben hat. Gregory B. Christiansen von

der California State University spricht es aus, wenn er sagt: „Repräsentative Demokratien sind auf Dauer kaum in der Lage, monetäre Stabilität, wirksame Armutsbekämpfung und ein dem Grundsatz der Gleichheit verpflichtetes Finanzsystem zu gewährleisten.“

Damit gibt der Staat eine moralische Position nach der anderen auf, zugunsten einer allgemeinen, faden, schwabbeligen Behaglichkeit, welche die kleinste Anstrengung schon unerträglich findet:

Die Familie verhindert die Selbstverwirklichung, Alte und Kinder sind lästig, Sozialprobleme übernimmt der Staat oder irgendein Verein, der Wehrdienst ist eine Zumutung, manuelle Arbeit ist primitiv, man überläßt sie am besten den modernen Sklaven, den Gastarbeitern, Flüchtlingen und anderen Randgruppen der Gesellschaft.

Wohlleben auf Kosten anderer

„Wohlleben auf Kosten anderer“ lautet die Devise. Aber die anderen wollen es auch - auf Kosten der anderen. Es geht also nur, wenn dieser andere der Schwächere ist. Die Schwächeren sind aber nun allemal die Ausländer, Alten, Behinderten, Kinder, die Tiere und unsere gesamte nicht geschützte Umwelt.

Nicht mehrheitsfähig

Wo Egoismus zur Maxime erhoben wird, muß in einer Demokratie solidarische Politik scheitern, weil sie keine Mehrheiten erreicht. Die Erziehung zur Unmündigkeit, Manipulierbarkeit, zur politischen Abstinenz und Verdummung führt zur Lethargie. Unfähig, nachzudenken und zu entscheiden, unterstützen wir Parolen, mit deren Hilfe destruktive Macht Natur und Harmonie zerstört.

Stellen wir uns vor, ein Politiker zieht heute in den Wahlkampf, mit einem Programm, das von seinen Wählern massive materielle Einschränkungen fordert, mehr Verantwortung bei geringerer Bezahlung, mehr Härte, weniger Freizeit, behutsame Arbeitstechniken in der Landwirtschaft, Reduktion des Individualverkehrs etc. Wird ihn die Mehrheit wählen?

Also wird weiter der „ewige Wohlstand“ verkündet, das ununterbrochene Wirtschaftswachstum, die Vollbeschäftigung, das soziale „Bett“. Daß diesem Bett längst schon die „Decke“ zu kurz ist, der „Polster“ papierdünn ist und die „Unterlagen“ durchgeschauert sind, wird schamhaft verschwiegen und die unausweichliche „Rauferei“ in Kauf genommen.

Persönliche Bereicherung

Demokratie kann so nicht funktionieren, sie hat hier keine Chance. Ist die krisenhafte Entwicklung dann nicht mehr zu verschleiern, drängen ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr die Besten in die Parteien, sondern Demagogen und gerissene Politabenteurer, welche die Machtmittel des Staates ohne Skrupel zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen. Neben der Selbstzuweisung astronomischer Gehälter sind es vor allem auch mögliche Rückgriffe auf die „Diener-schaft der Institutionen“, welche diesen „Freibeutern“ so attraktiv erscheinen.

Korruptionsaffären und Skandale sind dann nur die „Spitze eines Eisberges“. Das Eindringen in die Kontrollmechanismen eines Staates erlaubt jede Manipulation und den Aufbau einer Pyramide von Abhängigen, Korruptierten, Gekauften, die man dann verschämt als „Hausmacht“ bezeichnet.

Vaclav Havel hat diesen Prozeß der Korruption durch die Macht so einfach ausgedrückt: „Mit jedem Tag werde ich mir mehr verdächtig.“ Eine materialistische und egoistische Gesellschaft bewertet eine hohe Position nicht nach der Übernahme von Verantwortung, organisatorischer Leistung und Führungsaufgabe, sondern nur nach der Konsummöglichkeit von Privilegien.

Dies beweist auch die unverzügliche Rücktrittsforderung an Spitzenpolitiker, wenn sie von offiziell definierten Idealen abweichen, denn schon drängt dann die „zweite Reihe“ nach. Sie will nach „oben“, will wie im Glücksspiel an den „Pot“ heran, in den zwar alle einzahlen, aber nur wenige gewinnen können.

Die Diskussionen um Aufhebung oder Beibehaltung der Immunität zeigt deutlich, daß man den Abgeordneten mißtraut. Beide Seiten werfen gewichtige Argumente in die Waagschale: Schutz

der verantworteten Meinung - Verhinderung von Mißbrauch, Mundtotmachen der Abgeordneten - diese einer gerechten Bestrafung entziehen. Beide Seiten fordern „Transparenz“ und beschuldigen den Widerpart der Ausschaltung von Kritik. Wie in vielen anderen Bereichen auch, z. B. Kinder nicht nur in den ökonomischen, sondern auch in den politischen Prozeß einzubinden, ist die Anwendung von Gesetzen und die Inanspruchnahme von Rechten immer eine Sache der Moral. Die Parteien sind ununterbrochen solchen Deformationen ausgesetzt, so ist die Versuchung groß, Kritiken auszuschalten, und dazu ist der Griff nach den Medien der nächste Schritt.

Die Diskussionen um Aufhebung oder Beibehaltung der Immunität zeigt deutlich, daß man den Abgeordneten mißtraut. Beide Seiten werfen gewichtige Argumente in die Waagschale: Schutz der verantworteten Meinung - Verhinderung von Mißbrauch, Mundtotmachen der Abgeordneten - diese einer gerechten Bestrafung entziehen.

Foto: HBF



Ohne Führung geht es nicht

Das Prinzip der Führungsaufgabe hat sich durch die Jahrtausende nicht geändert. Es fordert den Hordenführer, Häuptling, König, Tyrannen, Diktator genauso wie heute den Kanzler und Präsidenten einer demokratischen Republik. Die Führer aller Epochen haben durch ihre Entscheidungen Völker zur Hochblüte einer Kultur geführt oder in den Untergang.

Wir stehen heute an der Schwelle des dritten Jahrtausends unserer Zeitrechnung und besitzen Erfahrungen über viele „Experimente“ des Zusammenlebens. Von der Feudalgesellschaft, der Monarchie, dem Liberalismus, Kapitalismus, Faschismus, Kommunismus, Nationalsozialismus spannt sich der Bogen bis hin zu diesem am Beginn meiner Gedanken definierten „Schwebezustand“ - Demokratie.

Scheitert die Demokratie?

Ist nun Demokratie, diese labilste, trotzdem aber erstrebenswerteste Staatsform zum Scheitern programmiert? Die Antwort darauf ist die Beantwortung der Frage nach dem Demokratieverständnis der Staatsbürger und nach dem demokra-

tischen Handeln ihrer Führer. Innerhalb der politischen Landschaft streben Parteien, innerhalb der Parteien streben Persönlichkeiten nach Dominanz. Gelingt es einer Partei, immer stärker zu werden, so führt der Weg anfangs noch innerhalb demokratischer Spielregeln vom „Aufsaugen“ der Koalitionspartner über das Ausschalten der Opposition zum Einparteiensystem und innerhalb dieser „Einheitspartei“ über die Machtkämpfe dominierender Persönlichkeiten zum „Diktator“. Der umgekehrte Weg bedeutet meist Revolution.

Im freien Wettbewerb der Ideen kann diese gefährliche Dominanz einer Partei wohl nur durch die Abgrenzung der Pro-

gramme, deren Überzeugungskraft und Realisierbarkeit vermieden werden. Hier liegt aber auch in einer - bereits zu Materialismus und Egoismus „mutierten“ - Gesellschaft der Ausgangspunkt für jeden Angriff auf die Macht. Hier liegt der Schlüssel zur Antwort auf die Frage nach dem Demokratieverständnis der Bürger, der Parteien und deren Führer.

Es bleibt eine große Versuchung, das eigene Programm hochzuloben, andere Programme abzuwerten, sich krampfhaft unterscheiden zu wollen, oft die guten Gedanken der „anderen Seite“ zu verleugnen. In einer egoistischen, materialistischen Zeit, in der viele den „revolutionären Pullover“ mit dem „Mascherl“ der „Etablierten“ vertauschen, gibt es für derlei „Aktionen“ ein weites Betätigungsfeld. Versprechen, was man niemals halten kann; demokratisch an die Macht gelangen, aber einmal an der Macht die Demokratie beenden.

Der Abstieg

Beginnen Parteien die „Regeln“ der Korruption zuerst unmerklich, dann immer offensichtlicher anzuwenden, ist der nächste Schritt in den Abstieg vollzogen. Nun erfolgt die Auswahl der „Gefälli-



Foto: FFD

Havel hat den Prozeß der Korruption durch die Macht so einfach ausgedrückt: „Mit jedem Tag werde ich mir mehr verdächtig.“

gen“. Sie werden in Positionen gehievt, für die sie oft wenig Voraussetzungen mitbringen. Die „höchsten Weihen“ werden nur an jene vergeben, die mitmachen. Wer mit den Praktiken nicht einverstanden ist oder sich dagegen auflehnt, wird disqualifiziert.

Mitläufer erkennen ihre Chancen, der „Schneeballeffekt“ verstärkt sich und wächst zur Lawine. Es kommt zu einer Konzentration aller Lebensgrundlagen in einer Hand. Daraus entwickeln sich totale Kontrolle, Erpreßbarkeit, Macht.

Wenn Parteien Dominanz und als Fernziel die Alleinherrschaft um jeden Preis anstreben, dann wird Demokratie nur noch zum „Sonderfall“ der Diktatur.

Die Aussage eines Schuldirektors im „Inlandsreport“ des ORF am 20. Jänner 1994, „Parteizugehörigkeit um des Vorteils willen ist soziale Intelligenz“, erscheint mir als Skandal.

Man benötigt Geld, und dieses Geld quillt besonders reichlich aus dunklen Kanälen. Aber es ist hygienisch sauber und steril verpackt. Einmal dem ekeligen Behältnis entnommen, erstrahlt es auch in den Kassen des Vatikans in makellosem Weiß, ganz zu schweigen von den Tresoren irgendeiner Partei.

„Freunderlwirtschaft“ ist nur die österreichische Verharmlosung für Korruption. Sie knüpft das Netz, in dem sich die Demokratie hoffnungslos verheddert.

Die Zeit der Räuber kehrt wieder

Die Zeit der Räuber kehrt anscheinend wieder; der Rückfall in die Barbarei im ehemaligen Jugoslawien beweist es.

In Bosnien ist auch für den „gewöhnlich Sterblichen“ die unverhüllte Fratze der sogenannten Realpolitik sichtbar geworden. Die internationalen Medien, mitten im Geschehen relativ geschützt, verkom-



Foto: Archiv

Durch fast 50 Jahre haben wir geglaubt, daß es Völkermord, Konzentrationslager, Zerstörung wehrloser Städte, Massenvergewaltigungen und die Vertreibung von Millionen Menschen in Europa nicht mehr geben kann.



Foto: Museu Militar de Belgrado

Die Zeit der Räuber kehrt anscheinend wieder; der Rückfall in die Barbarei im ehemaligen Jugoslawien beweist es.

men zu vorgeschobenen Augen und Ohren der Voyeure. Sie berichten den Unbeteiligten von Horror und Bestialität, wo jede Erbärmlichkeit, von Betroffenen immer wieder bis ins Detail geschildert, nichts bewirkt als einen kurzen Schauer über die Haut der Satten.

Heute ist jeder Krieg, gleichgültig welches „modische Mäntelchen“ ihm umgehängt wird, der gewaltsame Versuch, andere auszubeuten (Angriffskrieg), die Ausbeutung aufrechtzuerhalten (Unterdrückungskrieg), die Ausbeutung zu beenden (Befreiungskrieg) und Ausbeutung zu verhindern (Verteidigungskrieg).

Der Scherbenhaufen unserer Träume

Jeder Krieg ist aber auch eine Schule des Unmenschlichen. Er zerstört das von vielen Generationen „gesammelte“ Geborgensein, nicht nur durch bombardierte Städte, sondern auch durch den Verlust des Vertrauens auf Solidarität und Gerechtigkeit. Nach diesem Krieg in Bosnien wird nichts mehr so sein, wie es

vorher war. Nicht wegen der Tatsache eines Krieges, nur Phantasten konnten an die „immerwährende, neue Friedfertigkeit“ glauben, sondern weil dieser Krieg zugelassen wurde und wegen der Art und Weise, wie er geführt wird.

Durch fast 50 Jahre haben wir geglaubt, daß es Völkermord, Konzentrationslager, Zerstörung wehrloser Städte, Massenvergewaltigungen und die Vertreibung von Millionen Menschen in Europa nicht mehr geben kann. Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Träume. Alle Bilder, die sich mir in der partisanenbesetzten Zone Südkärntens als Kind eingebrannt haben, werden wieder grausame Wirklichkeit.

In mir ist etwas zerbrochen, weil ich an ein Europa, das „Bosnien“ zugelassen hat, nicht mehr glauben kann. Ein Europa, in dem nur die Stimme des Außenministers unseres kleinen Landes wie ein Ruf in der Wüste allgemeinen Schweigens zu hören war. Die „vier Freiheiten“ der Europäischen Union werden aus dieser Sicht nur vier Freiheiten für den Stärkeren sein.

Bosnien hätte nicht „passieren“ dürfen. Es hätte nicht geschehen dürfen - nach dem „Nie wieder“, nach UNO, KSZE, „gemeinsamen Haus Europa“, „neuer Weltordnung“, nach dem „Golf“, wo der „unblutige“, „saubere“ Krieg, in dem „nur“ militärische Ziele zentimetergenau bekämpft wurden, als Videoclip über die Fernsehschirme flimmerte. In Bosnien tobt nicht nur ein grauenhafter Krieg. Der Krieg in Bosnien hat den Glauben zerstört und das Vertrauen an die Zivilisation, an Humanität und Gerechtigkeit, an die Institutionen, an die Fortentwicklung des Menschen, an Grundsätze, Regeln und Werte, die durch 50 Jahre vertreten wurden - und verraten.

Ich kann nicht mehr glauben. Ich akzeptiere nur noch die eine Wirklichkeit:

„Besorge Dir rechtzeitig Waffen, denn sie werden Dir verweigert, wenn Du Dich verteidigen willst!“

Nach Bosnien tun wir gut daran, uns wieder auf jede Erbärmlichkeit, die zu begehenden Menschen fähig sind, einzustellen, damit wir nicht verlernen, ihr zu begegnen.

Was ist das Bessere?

Die Kinder sollen es besser haben, sagen wir oft. So viele wollen angeblich das Bessere. Was ist das Bessere? Wie soll diese Welt aussehen, die wir als bessere den Kindern hinterlassen wollen?

Begehen wir dabei nicht den gleichen Fehler wie die Politiker, wenn sie mit noch mehr Bequemlichkeit, noch weniger Verantwortung um Wählerstimmen werben?

Beginnt nicht schon hier - mit bester Absicht - die Erziehung zum Materialismus, wenn wir als das Bessere nur die zukünftige Karriere, den Aufstieg, das höhere Gehalt bezeichnen? Mehr haben wollen als andere, sei es auch auf Kosten anderer - führt diese Einstellung nicht zu dem gleichen Trend, den wir in der Politik als bedenklich erkannt haben?

Arbeit verliert dabei ihren Wert an sich, die Identifikation mit dem Geschaffenen, den Stolz, aber auch die Verantwortung für das vollbrachte Werk und degeneriert in vielen Sparten zum notwendigen Übel für den Gelderwerb.

Die Einkreisung der Freiheit

In allen Bereichen, wirtschaftlich, ideologisch, politisch, spüren wir die allmähliche Einkreisung der Freiheit, bis hin zur Horrorvision des organisierten Verbrechens als Regierungsform der Zukunft.

Die Handhabung des „freien Marktes“ ist immer auch ein Spiegel der Moral und Inflation nur die verschleierte Raffgier auf Kosten anderer, wobei immer „einer“ mit diesen „Kettenbriefen“ beginnt. Bricht das System eines Tages zusammen, dann hat immer „jemand“ die Differenzbeträge eingesteckt.

Es gibt auf diesem begrenzten „Raumschiff Erde“ nur eine begrenzte Menge an Gütern, und in allen menschlichen Aktivitäten, politischen, wirtschaftlichen „Schachzügen“ und Kriegen geht es nur um deren Verlagerung und die dabei angewendete Methode: Recht oder Unrecht, Egoismus oder Solidarität, Raub oder ehrlich erworbener Anteil.

Der Lebensstil der Reichen, durch die Medien in erbärmlichste „Slums“ getra-

gen, bleibt ein Schlag ins Gesicht der Armen. Dieser Schlag wird uns eines Tages millionenfach verstärkt zurückgegeben werden. Mißtrauen, Unrecht, Eitelkeit sind die Zerstörer der Staaten, welchen dann, aufgesplittert und zerrissen, keine andere Möglichkeit bleibt, als dem „Basilisken“ unter die Flügel zu kriechen oder seine Beute zu werden.

Nur ein Zusammengehen aus freien Stücken, wo jeder seine Eigenart bewahren kann, als Vielfalt in der Einheit, mit gerechten Regeln, wird von Dauer sein. Die Erde ist nicht aufblasbar wie ein Luftballon, wo sich Grenzen immer weiter voneinander entfernen und neuer Lebensraum entsteht. Grenzen können nur gewaltsam oder durch Verträge geändert oder aufgehoben werden.

Die Europäische Union hätte die Chance für ein friedliches Zusammenfügen Europas, wenn ihre Motive mehr wären als nur reglementierte Egoismen.

Es gibt so viele Wege; keine Partei darf behaupten, ihr Weg wäre der einzige begehbare. Falsch aber ist der Weg, welcher das Ziel zerstört, so daß es nicht lohnt, dort anzukommen.

te die Parole der „Wandervögel“ 1914 in Passau.

Hier waren es die Spannungen zwischen Monarchie und Demokratie; nationale Kriegsbegeisterung vermutet Gegensätze immer im anderen Volk, während sie Gegensätze im Inneren verleugnet. 1934 war es die Deformation der Demokratie zu einer autoritären Lenkung des Staates.

Ein entscheidender Faktor blieb die Unfähigkeit der Parteien, miteinander zu reden. Jede saß hinter den Gittern der eigenen Ideologie, und so kam es, daß Otto Bauer 1931 das Koalitionsangebot Ignaz Seipels ablehnte, obwohl die reale Alternative nicht mehr Kapitalismus oder Sozialismus lautete, sondern nur noch bürgerlicher Rechtsstaat oder Faschismus.

Uns heute bleibt die Erkenntnis, daß jede Verweigerung des Gesprächs und der politischen Zusammenarbeit in den Abgrund führt. Denk- und Verhaltensweisen lassen sich ändern, das sollen die Lehren aus der Geschichte sein. Auch Leibeigenschaft, Kinderarbeit und Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht fand eine „zivilisierte Welt“ einst in Ordnung; heute sind es Abtreibung, Genmanipulation,



Der Lebensstil der Reichen, durch die Medien in erbärmlichste „Slums“ getragen, bleibt ein Schlag ins Gesicht der Armen. Dieser Schlag wird uns eines Tages millionenfach verstärkt zurückgegeben werden.

In permanenter Gefahr?

Die Demokratie ist permanent in Gefahr, weil die herrschenden Eliten nicht aufhören werden, alle verfügbaren Mittel zum Aufbau und zur Festigung ihrer Macht anzuwenden. In einem System gegenseitiger Erpreßbarkeit darf aber trotzdem die Solidarität gegen das Unrecht nicht verlorengehen. Denken wir an unsere eigene Geschichte, wo „Beziehungslosigkeit als Folge der Entfremdung des liberalen Bürgertums vom Staat“, wie es Hermann Lubbe ausgedrückt hat, zur „Kriegsbegeisterung“ geführt hat. „Gemeinschaft, Kultur gegen Zivilisation“ laute-

Tierversuche, atomare und chemische Waffen. Ohne Moral entartet jede Institution zum Instrument einer egoistischen, raffgierigen Clique. Wenn sich genügend Nutznießer finden, die dabei mitmachen, dann ist die Demokratie verloren. Im Mittelalter war das Aufgeben der Wehrwilligkeit, der Bereitschaft zum Widerstand der Beginn der Sklaverei.

Kämpfen wir gegen das, was wir als schlecht erkannt haben. Wir werden oft scheinbar auf verlorenem Posten stehen, aber die Erinnerung an unseren Widerstand, möge sie auch verblassen, wird die Orientierung sein, wenn sich der andere Weg als falsch erwiesen hat. Bekennen

24 Standgerichtsfälle in Graz.

Heute findet in Graz eine Standgerichtöverhandlung gegen 24 Aufrührer statt, die an der Ermordung des Gendarmeriepostenkommandanten in Puntigam beteiligt waren.

Bürgermeister Geiß verhaftet.

Der frühere Bürgermeister von Wien, Karl Geiß, wurde von der Bundesregierung in sicheren Gewahrsam genommen.

Der neue Herr im Wiener Rathaus.

Gestern vormittags hat Bundesminister Schmitz seinen Einzug als Bundeskommissär für Wien im Wiener Rathaus gehalten und bei einem Empfang der Pressevertreter erklärt, seine erste Aufgabe sei gewesen, den bisherigen Einfluss sozialdemokratischer Parteipolitiker auf die Verwaltung durch erfahrene, tüchtige und verantwortungsvolle Magistratsbeamte zu ersetzen. An einen Verzicht auf die Selbstverwaltung der Stadt denke er nicht.



Foto: GFA

Die Demokratie ist permanent in Gefahr, weil die herrschenden Eliten nicht aufhören werden, alle verfügbaren Mittel zum Aufbau und zur Festigung ihrer Macht anzuwenden. 1934 war es die Deformation der Demokratie. Ein entscheidender Faktor blieb die Unfähigkeit der Parteien, miteinander zu reden. Jede saß hinter den Gittern der eigenen Ideologie, und so kam es, daß Otto Bauer 1931 das Koalitionsangebot Ignaz Seipels ablehnte, obwohl die reale Alternative nicht mehr Kapitalismus oder Sozialismus lautete, sondern nur noch bürgerlicher Rechtsstaat oder Faschismus.

wir uns doch zu dem, was durch Jahrhunderte im Zusammenleben vieler Völker und Religionen entstanden ist und was wir mit Recht „österreichisch“ nennen dürfen - zur Anständigkeit.

Anständigkeit würde so viele Kontrollen erübrigen; wieviel Milliarden wären es wohl weltweit?

Leben ist da sein und etwas tun, im Kontinuum von Raum und Zeit. Dasein und Tun, gut oder schlecht. Bedrängnis, Enge und Unrecht schaffen Aggression und Grausamkeit. Die Vielzahl extremer Betätigungen, Leistungen und Rekorde ist aus dieser Sicht oft nur der Versuch, die Frage nach dem Sinn des Lebens zu überspringen, und Brutalität, Folter, Mord sind nur die Kompensation der Ausweglosigkeit und die Projektion der Enttäuschung auf den Feind. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird Aggression geleugnet, Gewalt verdrängt. Als wäre es eine List des „Bösen“, diese Manipulation am „Genom“ in die Entwicklung einzubauen und so den „Sanften“ evolutionär in Versuch und Irrtum auszuschalten. Scheinheiligkeit bezeichnet dann Bubenraufen als kriminell und kindlich tastendes Erkunden des Geschlechts als pervers. Mit Schlagzeilen wie „Zehnjähriger Sex-Unhold“ mimt

diese Scheinheiligkeit verlogene Entrüstung und begeilt sich an der Scham der Bloßgestellten.

Richtig gesetzte Grenzen

Tabus waren die Tore, hinter denen Mißbrauch und Schlechtigkeit verschlossen blieben; sie waren aber auch Zonen, aus denen sich neues Leben entfalten konnte.

„Richtig gesetzte Grenzen“, sagt Jan Uwe Rogge, „geben Kindern Halt, bieten ihnen Orientierung. Zu eng gezogene Grenzen hemmen die Entwicklung, fehlende Grenzen machen unsicher und aggressiv, sie rauben den Kindern das Gefühl der Geborgenheit, nehmen ihnen die Koordination zum Zurechtfinden in einer komplexen Welt und enthalten ihnen auch die Gelegenheit vor, ihre persönlichen Grenzen kennen und überwinden zu lernen. Die eigenen Kinder sind nicht dazu da, sich selbst zu therapieren.“

Man soll nicht versuchen, „im Kind vor mir gutmachen zu wollen, was im Kind in mir verletzt worden ist“.

Wer nie Grenzen erfahren konnte, fällt ins Leere. Wem alle Tabus genommen werden, dem bleibt nur als letztes Verbot der Mord an sich selbst.

Das Umdenken

Der „Morgen nach dem Ball“ ist für mich Symbol für eine Gesellschaft, die nur noch genießen will und das Wegräumen der beschädigten Illusion anderen überläßt.

Umdenken muß in Herzen und Hirnen erfolgen!

Erst wenn das einfache Leben nicht mehr mit wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Versagen gleichgesetzt wird, Reichtum nicht unbedingt mit Tüchtigkeit, wenn Bescheidenheit gesellschaftsfähig geworden ist, erst dann wird Geld seine Faszination und seine zerstörerische Macht verlieren. Denn enthemmter Kapitalismus führt genauso wie doktrinäer Sozialismus in die Sklaverei.

Es sind immer die gleichen, welche bewährte Ordnungen zerstören, es sind dies die Unmenschlichen, die Gierigen und die Feiglinge.

Die moralische Immunschwäche

Rund um uns kommen heute in ehemaligen Diktaturen „demokratisch“ gewählte Polithasardeure, Nationalisten und Demagogen an die Macht. Sie haben aus

der Demoralisierung solcher Systeme, deren Gehilfen sie meist waren, gelernt. Sie kennen die Manipulierbarkeit, die moralische Immunschwäche der Massen. Sie sehen Lösungen nicht im Verhandeln, sondern im Krieg, wohl wissend, daß viele zu feig sind, um sich zu wehren, und bauen ungehindert an der neuen Tyrannei. In freien Ländern zerbröckelt die Autorität der Volksvertreter; Korruption und Skandale sind an der Tagesordnung. Dabei werden überall die Sicherheitsinstrumente dieser Staaten angegriffen, in Frage gestellt, geschwächt. Die Versuche, sie auszuschalten, gehen von der Einvernahme durch Parteien bis - dort, wo das Einfügen in die politischen Ziele der Gruppierung nicht ohne weiteres gelingt - zur Auflösung.

Unter dem „Reklameschild“ humanitärer Zuwendung, Ökologie oder Schutz vor Überfremdung basteln linke und rechte Anarchie im „Auslagenfenster“ der Medien, aber gleichzeitig unbeobachtet in der Bombenwerkstatt, an der allgemeinen Unerträglichkeit, bis die Peitsche des Tyrannen als „Erlösungszepter“ empfunden wird, mit dem er dann auch das Gesicht mißbrauchter Idealisten zu blutigem Brei zerschlägt.

„Gulag“ oder „KZ“, diese Schlachtfabriken der Ungeheuerlichkeit werden unter immer neuen Namen immer wieder neu errichtet. Weltweit verschanzen sich Brutalität und Menschenverachtung hinter „inneren Angelegenheiten“ und suchen die Allianz mit anderen Schlächtern, um sich in Verträgen über „Nichteinmischung“ das ungestörte Morden gegenseitig zu garantieren.

Der Ruf nach dem „starken Mann“

Egoismus und Materialismus schaffen jene Bedingungen, welche aus der Uner-



Foto: HBE

Die Demokratie ist es wert, für sie zu kämpfen.

träglichkeit nicht die Rufe nach demokratischen Lösungen für alle Beteiligten, sondern nach dem „starken Mann“ schon heute unüberhörbar machen.

Alle Entwicklungen signalisieren Gefahr für die Demokratie. Solange erneuerte Moral vielen Menschen nicht selbstverständliche Lebensäußerung bedeutet, werden Besitzende immer argumentieren, sie wären das „Bollwerk“, welches Tradition und Kultur vor der „Springflut“ gieriger Massen bewahrt. Denn der Letzte in einer privilegierten „Klasse“ sei immer noch „Welten“ vom Ersten der „Parier“ entfernt.

Die Demokratie ist es wert, für sie zu kämpfen

Wie aber ist Demokratie - Volksherrschaft - unter solchen Bedingungen möglich, wenn die „Randgruppe“ der Besitzschwächeren immer stärker wird und Mehrheiten erreicht?

Wenn eine Organisation unmenschliche Methoden anwendet, auch für eine gerechte Sache, dann begibt sie sich ihrer moralischen Legitimation und liefert dem Gegner unwiderlegbare Argumente. Die Folgen sind Spaltung und Verräter.

Demokratie erscheint mir bildlich wie eine schwere Kugel auf der Fontäne eines Springbrunnens, welche bei Nachlassen der moralischen Kraft aller Bürger, die den Strahl emporträgt, auf der Seite der Anarchie oder des Polizeistaates in die „Staatschale“ zurückfällt, immer tiefer absinkt und als Diktatur den Quellgrund dieser Kraft zur Freiheit verschließt.

Erst wenn der „Druck“, der die Quelle öffnen könnte, steigt, sich alle Energie versammelt, welche den Strahl befreit, erst dann gelingt es wieder, die Kugel emporzuschleudern, bis sie als Demokratie auf der Krone der Fontäne schwebt.

Es lohnt sich, für die Demokratie zu kämpfen. In ihrer Geborgenheit riskieren wir weder Kopf noch Kragen, vielleicht ein paar Annehmlichkeiten und das Wohlwollen einiger Parteifunktionäre, nicht mehr, und das ist wohl kein hoher Preis.

Hat ein Volk einmal zur Demokratie gefunden, diese Demokratie gefestigt, sei es durch Unterstützung anderer Staaten oder sie wurde erkämpft, dann bestätigt sich für jede weitere Entwicklung der Satz: „Jedes Volk hat die Regierungsform, die es verdient.“

Die Worte des damaligen Bundeskanzlers Raab nach dem Abschluß des Staatsvertrages 1955 bekommen aus dieser Sicht ihre historische Bedeutung:

„Wenn wir als freies Volk scheitern, dann scheitern wir am eigenen Unvermögen.“



Foto: Die Presse

Die Worte des damaligen Bundeskanzlers Raab nach dem Abschluß des Staatsvertrages 1955 bekommen aus der Sicht der bisherigen Entwicklung ihre historische Bedeutung: „Wenn wir als freies Volk scheitern, dann scheitern wir am eigenen Unvermögen.“

Das Armutszeugnis

Eine kurze Polemik zum Nachdenken über die Ereignisse anlässlich des „Paradestreits“

Sparen! Sparen! Sparen! Die Parade muß verhindert werden! Skandal und Verschwendung! So tönt es aus der Direktionsetage der großen Regierungspartei. Nach Meinung vieler ist aber das „Sparen“ nur ein Vorwand für die Verhinderung der Parade (die Palette der Meinungen reicht anscheinend von „Morgengabe für die kommende Ampelkoalition“ über „die einzigartige Möglichkeit, dem Verteidigungsminister, der schon zugesagt hat, und dem Bundesheer wieder eins auszuwaschen“, der „Angst, daß mehr Zuschauer kommen könnten als zum Maiaufmarsch“, den Überlegungen des „militärischen Totstellens“ gegenüber der EU, bis zur weiteren Umfunktionalisierung des „National“feiertages in „Fit-mach-mit-Tag“).

Obwohl diverse Funktionäre sicher viele Gründe für die Verhinderung der Parade haben, wollen wir uns mit diesen Gründen (und Hintergründen) hier nicht befassen, wir wollen ja nicht politisieren, wir befassen uns mit dem Sparen. Wichtig beim Sparen ist die *Größenordnung* der eingesparten Beträge in der *Relation zum Ereignis*. Nun, es war eine Parade geplant, bei der die Soldaten (ohnedies nur einmal in zehn bis fünfzehn Jahren) eine breite Öffentlichkeit über ihre Ausrüstung, ihren Einsatzwillen und ihre Tätigkeit informieren. Der *Aufwand* dieser „Geburtstagsfeier“, die zum 40jährigen Jubiläum des Bundesheeres Hunderttausende erreicht hätte, wäre anlässlich des *Ertrages* an Interesse für die Sicherheit Österreichs, demonstrativer Einigkeit der politischen Führung, gestiegener Selbstachtung der Beteiligten durch breite Zustimmung der Zuschauer usw. minimal gewesen. Der gewaltige Ertrag an Organisationsfähigkeit, Ausbildung und Disziplin ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Der konkrete Aufwand - wohl-gemerkt für *tausende direkt und indirekt Beteiligte und hunderttausende Zuschauer* - hätte sich in *Prozenten* der Größenordnung der geforderten Abfertigungssumme z. B. *eines einzigen KONSUM-Managers* bewegt.

Und damit sind wir beim Kern der Sache, beim Stellenwert der Landesverteidigung. Im Klartext bedeutet das für alle beteiligten Soldaten, ihre Familien, Freunde und für die an der Landesverteidigung interessierten Personen, daß die Abfertigung *eines einzigen* erfolglosen Günstlings (und Abfertigungen werden

und wurden bezahlt, verlassen wir uns darauf) den „Sparmeistern“ wichtiger ist, als die Information -zigtausender Menschen zum 40jährigen Bestand der Landesverteidigung der Zweiten Republik!

Im Gegensatz zu den von den „Sparmeistern“ mit (in Abwandlung des Finanzministerwortes) „Kaviar- und Lachsverträgen“ ausgestatteten Managern, die die Megapleite - übrigens nicht die erste und wahrscheinlich nicht die letzte (siehe Head/HTM) - nicht verhinderten, hat das Bundesheer bis jetzt *immer* seinen Auftrag erfüllt: Ungarn-Krise, Tschechoslowakei-Krise, Jugoslawien-Krise, Katastropheneinsätze, Assistenzeinsatz ... Über vier Jahrzehnte erfüllte ein stets finanziell und personell unterdotiertes Bundesheer seine verfassungsmäßigen Aufgaben - „Kaviar und Lachs“ haben die Soldaten eines der reichsten Staaten der Welt dabei (finanziell) nie gesehen! (Die „Kindesweglegung“ mit der Ausrede, bei den Managern wären es eben bestehende Verträge, zählt nicht - diese Verträge wurden vor wenigen Jahren mit Funktionären aus der Riege der heutigen „Sparmeister“ abgeschlossen - und wenn sie heute als sittenwidrig gelten, dann waren sie es auch schon bei ihrer Erstellung.) Nach diesem erneuten Demotivations-schub durch die Äußerungen der Spitze der großen Regierungspartei wird es vielen Kaderpersonen schwerfallen, den ihnen anvertrauten Wehrmännern *nicht* zu sagen, wo bei den Regierenden - immer in Relation zu anderen Dingen - die Landesverteidigung ihren Platz hat, und daß es in Österreich kaum etwas gibt, das unwichtiger ist als eine *deutlich sichtbare Information über die Landesverteidigung aus erster Hand* (denn das ist schließlich eine Parade), gerade in Zeiten der Unsicherheit. Es wird ihnen auch schwer fallen zu glauben, daß die hochbezahlte, sich nach fast jeder Wahl an Ministerzahl vermehrende politische Führung seit Mitte der sechziger Jahre die Zweite Republik so abgewirtschaftet bzw. finanziell und moralisch so bankrott gemacht hat, daß sie sich nicht einmal eine Jubiläumsparade leisten kann und will - wäre dieses Armutszeugnis zutreffend, würde es höchstens den Wunsch nach einer Dritten Republik nähren!

Es wird dem Kader aber auch schwerfallen, die bei der Diskussion um die Parade an den Tag gelegten, offensichtlichen Augenauswischereien nicht als solche zu

bezeichnen. Ideen, wie Soldaten und Zivildienstler gemeinsam für Bosnien-Opfer betteln zu schicken, mögen zwar an sich nett sein, haben aber mit dem Grund des Jubiläums überhaupt nichts zu tun! Die öffentliche Zurschaustellung der Wehrbereitschaft und das klare öffentliche, gemeinsame Bekenntnis der Regierung zur Landesverteidigung wäre das notwendige klare, unmißverständliche Signal gewesen - nach innen und außen - „bosnische“ Zustände bei uns gar nicht erst einreißen zu lassen! Wenn aber anstelle dessen am Vortag des 26. Oktober die als solches unbestrittene Einrichtung des Zivildienstes die Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Zivildienst“ - ganz groß aufgemacht, mit bunter Festschrift und Jubelansprachen - begeht, dann ist das wie ein höhnischer Faustschlag in das Gesicht der Soldaten!

Der bei den Überstunden und dem Treibstoff für die Parade eingesparte Betrag - egal ob die Parade nun in kleinerer Form oder überhaupt nicht stattfindet - wird sicher „sinnvoll“ verwendet. Vielleicht erleichtert er irgendeinem abgehalfterten Manager mit einer Abfindung den Übertritt in die Zweitpension, so er dafür nicht zu gering ist. Vielleicht fließt er ins Bühnenbild irgendeiner gesponserten Theateraufführung, vielleicht wird er gar für eine Ministerpension, zur PLO-Förderung oder für den Bau eines „geeigneteren“ Denkmals anstelle des Hrdlicka-Monuments vor der Albertina verwendet; vielleicht entstehen daraus „Asphalt-ohren“ für Gehsteige, die zwei Jahre später wieder weggerissen werden; vielleicht auch nur bunte Zivildienstbroschüren zur Förderung des Wehrersatzdienstes. Möglicherweise wird ein Hundertstel Promille der Staatsschulden damit bezahlt. Eventuell wird damit ein Gefängnis renoviert, damit sich die Häftlinge dort so richtig wohlfühlen; für die Planung und Nichterrichtung irgendeines Museumsquartiers ist der Betrag mit Sicherheit zu gering.

Dem jämmerlichen Wehrbudget und der in Europa vergeblich ihresgleichen suchenden Kurzwehrdienstzeit wurde mit dieser Aktion ein weiterer häßlicher, aber genau passender Mosaikstein hinzugefügt. Wo wir in der Wertordnung dieser Politiker wirklich stehen, sollten wir Soldaten nach dieser politischen „Großtat“ niemals vergessen, weder am „Fit-mach-mit-Tag“ noch bei den Politikerbetuerungen und kostenlosen Lippenbekenntnissen, wie wichtig doch die Landesverteidigung sei - etwa vor Personalvertretungswahlen, Angelobungen, Sicherheitsdebatten oder ähnlichen Anlässen!

-VY-

Das Armutszeugnis

Eine kurze Polemik zum Nachdenken über die Ereignisse anläßlich des „Paradesire“

„Spinn' Spinn' Spinn' Die Parade will stattfinden, wo's Schick und Bescheidenheit ist. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag.“

„Das ist die Schickung der Parade, die die Schickung der Parade ist.“

Das Armutszeugnis

Eine kurze Polemik zum Nachdenken über die Ereignisse anläßlich des „Paradesire“

„Spinn' Spinn' Spinn' Die Parade will stattfinden, wo's Schick und Bescheidenheit ist. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag.“

„Das ist die Schickung der Parade, die die Schickung der Parade ist.“

Das Armutszeugnis

Eine kurze Polemik zum Nachdenken über die Ereignisse anläßlich des „Paradesire“

„Spinn' Spinn' Spinn' Die Parade will stattfinden, wo's Schick und Bescheidenheit ist. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag.“

„Das ist die Schickung der Parade, die die Schickung der Parade ist.“

Das Armutszeugnis

Eine kurze Polemik zum Nachdenken über die Ereignisse anläßlich des „Paradesire“

„Spinn' Spinn' Spinn' Die Parade will stattfinden, wo's Schick und Bescheidenheit ist. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag.“

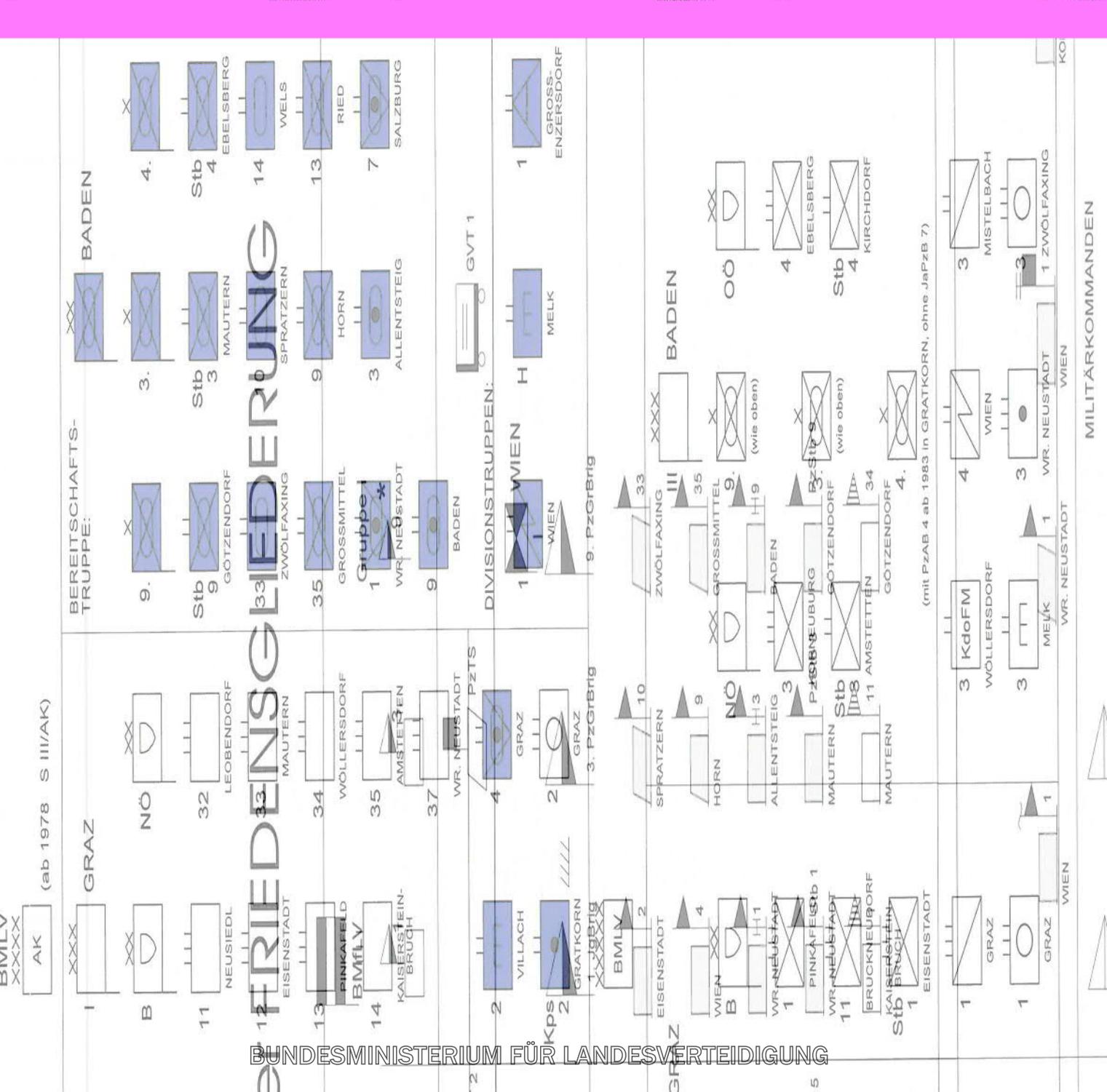
„Das ist die Schickung der Parade, die die Schickung der Parade ist.“

Das Armutszeugnis

Eine kurze Polemik zum Nachdenken über die Ereignisse anläßlich des „Paradesire“

„Spinn' Spinn' Spinn' Die Parade will stattfinden, wo's Schick und Bescheidenheit ist. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag. Sie hat so ein Bock, wie man sie machen mag.“

„Das ist die Schickung der Parade, die die Schickung der Parade ist.“



Achtung: Fotowettbewerb

Die Redaktion der Zeitschrift TRUPPENDIENST veranstaltet einen Fotowettbewerb für alle Interessenten. Wir laden zur Teilnahme herzlich ein. Für die besten Fotos winken beachtliche Preise.

Es kommt der Redaktion darauf an, daß thematisch möglichst **alle** Waffengattungen des Bundesheeres erfaßt und Szenen oder Geräte **in sachlicher Hinsicht richtig** fotografiert werden. Zum Beispiel sollen Panzer, die im Einsatz dargestellt werden, keine Mündungskappen an der Kanone aufweisen udgl. Es sollen möglichst Handlungen im Freien sowohl unter sommerlichen als auch unter winterlichen Bedingungen gezeigt werden.

Zu folgenden **Themengruppen** sollen Einsendungen erfolgen:

- A. **Motto: „Verlässliches Gerät“**; hier soll in Österreich eingeführtes, vor allem jüngst (in den letzten drei bis fünf Jahren) gekauftes militärisches Großgerät, ohne Bedienung und ohne Tarnmaterial, gezeigt werden.
- B. **Motto: „Verlässliches Gerät mit Mannschaft/Bedienung“**; hier soll, wie unter A., vor allem jüngst gekauftes militärisches Großgerät entweder unter einsatz- oder unter ausbildungsmäßigen Verhältnissen (mit Tarnmaterial, aber erkennbar) gezeigt werden.
- C. **Motto: „Kommandant und Geführte“**; hier sollen Kommandanten aller Ebenen entweder im Gelände oder im Lehrsaal oder in einer Gesprächssituation (Menschenführung) oder im Büro oder im Bereich des Inneren Dienstes mit ihren Geführten (Auszubildenden etc.) gezeigt werden.
- D. **Motto: „Trainer und Simulation“**; hier sollen in Österreich eingeführte Simulatoren/Gefechtsfeldsimulatoren entweder ohne Bedienung oder während der Ausbildung mit Soldaten gezeigt werden.
- E. **Motto: „Teams“**; hier sollen militärische Teams/Trupps/Gruppen aus den verschiedensten Waffengattungen - bei der Ausbildung, bei Gefechtsübungen, in der Verwaltung, bei der Versorgung - gezeigt werden.
- F. **Motto: „Soldatenfreud - Soldatenfrust“**; hier sollen lebensnahe Bilder aus dem Soldatenleben gezeigt werden.
- G. **Motto: „Integration“**; hier soll gezeigt werden, daß das Bundesheer auch für äußerlich nicht als Österreicher erkennbare Menschen ein Platz ist, wo sie als Kameraden und vollwertige Bürger angenommen werden.
- H. **Motto: „Innerer Dienst“**; hier sollen Szenen aus dem Innendienst, wie Wache beim Abfertigen udgl., Arbeit in der Kanzlei bzw. in der Unterkunft oder ähnlichem, gezeigt werden. Die Betonung soll auf der jeweiligen Tätigkeit liegen.
- I. **Motto: „Gefechtsübung“**; hier sollen Szenen aus jeder Art von Gefechtsausbildung, im Sommer und im Winter, auch beim Orts- und Häuserkampf, jeder Größenordnung (Einzelkämpfer, Zug, Kompanie) gezeigt werden.

Einsendungen können dabei zu einer, aber auch zu mehreren Themengruppen erfolgen.

Teilnahmebedingungen:

Die Fotos müssen in Farbe, Papier, Größe 13 x 18 cm sein.

Jedes Foto hat auf der Rückseite (ohne das Bild zu beschädigen) zu enthalten:

Name des Fotografen, Themengruppe, genaue Gerätebezeichnung des abgebildeten Gerätes (bei Gerätedarstellungen), Ortsangaben (wenn von Bedeutung), Angaben zum Objekt/Darstellung.

Jeder Einsender darf nicht mehr als 30 Fotos einsenden, die am Wettbewerb teilnehmen. Angehörige der Redaktion TRUPPENDIENST sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

Es kommt besonders darauf an, daß die Inhalte nicht nur fotografisch gut, sondern vor allem fachlich richtig dargestellt werden.

Mit der Einsendung und Teilnahme am Wettbewerb geht das Eigentum sowie das uneingeschränkte Werknutzungsrecht für das eingesandte Foto an das BMLV über. Der Fotograf (Einsender) erhält bei der erstmaligen Veröffentlichung des Fotos das erlaßmäßig festgelegte Honorar.

Einsendeschluß: 31.1.1996 (Poststempel).

Einsendungen: an die Redaktion TRUPPENDIENST, Stiftgasse 2a, A-1070 Wien.

Der Rechtsweg ist bei dem Wettbewerb ausgeschlossen.

Preise:

Preise werden für **jede Themengruppe** wie folgt vergeben:

1. bis 3. Preis: je 1.000 S

4. bis 5. Preis: je 500 S

6. bis 10. Preis: je 1 TRUPPENDIENST-Taschenbuch nach freier Wahl.

Im Mittelpunkt steht der Mensch

40 Jahre Bundesheer - 40 Jahre Führungsverhalten

Nachdem meine Dienstzeit lange genug ist, um auch eine vierzigjährige Entwicklung des österreichischen Bundesheeres weitgehend unmittelbar und persönlich überblicken zu können, möchte ich mir diesmal erlauben, vorwiegend eigene Erfahrungen darzustellen. In diesem Zusammenhang ist für mich der grundsätzliche Wandel des Führungsverhaltens im Bundesheer besonders interessant, auch weil dieser als Spiegelbild der gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Entwicklung in Österreich anzusehen ist.

Generell erkenne ich drei Phasen, die zum heutigen Führungsstandard im Bundesheer geführt haben. Die erste Phase möchte ich mit „*Das Heer bestimmt sich selbst*“ bezeichnen, die zweite mit „*Das Heer ringt um Strukturen*“ und die dritte mit „*Im Heer rückt der Mensch in den Vordergrund*“.

Die erste Phase reicht von der Gründung des Bundesheeres bis in die späten sechziger Jahre. Es war ein Zeitraum, der hinsichtlich Führung und Ausbildung vielfach durch die Erfahrungen der Deutschen Wehrmacht geprägt war, wenn auch viele Bemühungen gesetzt wurden, jeweils modernere und aktuellere Strömungen zu berücksichtigen. Grundsätzlich standen Heeresangelegenheiten relativ abseits vom politischen Geschehen und wurden nur wenig kritisch hinterfragt. Das eröffnete der Institution die Möglichkeit, sich an einem für die vorherrschenden Verhältnisse opportunen Führungsklima auszurichten und sich mit Konsequenz und ohne Vorbehalte danach zu verhalten. Dieses Führungsverhalten entsprach der grundsätzlichen Orientierung der damaligen Zeit und Gesellschaft und war autoritär zu nennen. Auch in der Familie und in der Schule herrschte vielfach ein derartiger Erziehungsstil vor, und die Erwartungen der Grundwehrdiener an die Führung im Heer waren daher ebenso ausgerichtet. Grundsätzlich bot dieses System eine gewisse Ordnung, Geschlossenheit und Kalkulierbarkeit, und im vorgegebenen Rahmen konnten sich einzelne sogar Freiheiten einräumen. Kommandanten waren vielfach in hohem Maße bereit, Erziehungsarbeit nach ihren Vorstellungen, die der Zeit entsprechend durch Pflicht- und Gehorsamsdenken bestimmt waren, zu leisten. Improvisation und Einfachheit waren vielfach prägende Faktoren. Es war auch

eine Zeit, die durch Idealismus und Einsatzbereitschaft vieler einzelner bestimmt war und in der sich „Originale“ entwickeln konnten. Das Führungsverhalten jedoch war besonders im Heer von demokratisch orientierten Vorstellungen weit entfernt: Wer nicht bereit war, den Anforderungen zu entsprechen, wurde zumeist nicht überzeugt, sondern gebrochen.

Die zweite Phase wurde wahrscheinlich durch die Jugendunruhen im Jahr 1968 eingeleitet. Sie kann durch den entsprechend verminderten Glauben an Autoritäten charakterisiert werden. So war auch ein deutlicher gesellschaftlicher Druck begründet, neue und überzeugende Strukturen aufzubauen. In dieser Zeit wurden viele neue Konzepte erdacht, mit denen man um Glaubwürdigkeit bei einer Jugend rang, die im Zeitalter der zunehmenden atomaren Bedrohung vielfach dem „No future-Denken“ verhaftet war. Auch im österreichischen Bundesheer war bewußt geworden, daß autoritäre Stile ihre Funktion verloren hatten, aber der Wandel zu kooperativem Führungsverhalten konnte vielfach nicht so rasch vollzogen werden. Häufig waren demnach Auseinandersetzungen durch ein „Laissez-faire-Verhalten“ geprägt, ein Führungsstil ohne bestimmte Werteorientierung und der Unsicherheit. In dieser Phase, die weit in die achtziger Jahre reichte, sollten im Heer besonders Techniken und Methoden als Gegenpol zu den gängigen postmaterialistischen Zielsetzungen (wie jene der „Selbstverwirklichung“) eine neue Sicherheit und Ordnung begründen. Es war auch, rückblickend, eine Zeit, in der man vielfach meinte, jedes Problem ließe sich einfach lösen, wenn man nur das richtige Lösungsmodell findet und einsetzt. Die „-iken“ (...-technik, Methodik, Didaktik, Rhetorik usw.) hatten in der Führung einen besonderen Stellenwert.

In den achtziger Jahren - die Grenze zur dritten Phase kann nicht scharf gezogen werden - entwickelte sich langsam, aber stetig das Bewußtsein, daß in einem Heer einer (lebendig gewordenen) Demokratie das Führungsverhalten doch differenzierter gestaltet werden muß, als es bisher der Fall war. Vor allem wurde im zunehmenden Maße offensichtlich, daß auch militärische Führung keine Einbahnstraße ist und sein darf. Es setzte sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß es in letzter Konsequenz besonders die Rückmeldungen der Grundwehrdiener

und der gedienten Staatsbürger sind, die die Struktur des Heeres und sein Führungsverhalten zukünftig mitbestimmen werden. Die Auseinandersetzung mit einer kritischen Öffentlichkeit als neuer Machtfaktor war

notwendig geworden, und um die nötige Akzeptanz von militärischen Belangen sicherzustellen, mußte immer häufiger Überzeugungsarbeit geleistet werden. Der zu beobachtende Werte- und Bedrohungswandel zeigte ebenso Wirkung: Das Militärische wurde zunehmend „entzaubert“ und entsymbolisiert, und auch hinsichtlich der wachsenden gesellschaftlichen Respektierung des Zivildienstes begann sich der Grundwehrdiener zu emanzipieren. Die Institution mußte erkennen, daß Führungsverhalten nicht bloß darin bestehen kann, ein technisches oder fachliches System perfekt ablaufen zu lassen, sondern daß es ebenso sehr darauf ankommt, die beteiligten Menschen als Individuen mit Selbstwert zu betrachten und auf die Befriedigung ihrer sozialen Bedürfnisse Wert zu legen.

Der Mensch ist damit in den Mittelpunkt gerückt. Wir haben uns intensiv mit den Haltungen und Wünschen des Individuums auseinanderzusetzen und müssen auch versuchen, es zu verstehen. Dies bedeutet natürlich nicht, den Vorstellungen von einzelnen von vornherein entsprechen zu müssen, sondern grundsätzlich den Dialog zu führen. Wenn es uns dabei nicht gelingt, von der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit unserer militärischen Anliegen zu überzeugen, dann verlieren wir hierfür die Rechtfertigung. So mühsam uns diese Aufgabenstellung der Überzeugungsarbeit erscheinen mag, sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Es ist ein gutes Zeichen, daß in den letzten Jahren unsere Gesellschafts hinterordnung durch viele kritische Hinterfragungen gefordert wurde. Bemühen wir uns daher auch durch unser persönliches (Führungs-)Verhalten, die Grundwerte, die wir im Bedrohungsfall auch mit der Waffe in der Hand verteidigen müssen, nicht zu verraten.

Hinsichtlich der Zukunft stehen auch für das österreichische Bundesheer die Herausforderungen unserer pluralistischen Gesellschaft heran, die kommenden Probleme in demokratischer Weise zu bewältigen. Wir sollten dabei zeigen, daß wir nach 40 Jahren unsere Lektionen gelernt haben.

Brigadier Dr. Ernst Frise



Vier Jahrzehnte Heer und Gesellschaft in Österreich

Seit seiner Gründung im Jahr 1955 kämpft das Bundesheer mit der Diskrepanz zwischen Verteidigungsauftrag und den hierfür nicht ausreichend zur Verfügung gestellten Mitteln. Ungeschmälert seiner Akzeptanz in der österreichischen Bevölkerung wurde das Bundesheer seit jeher mehr als symbolhaftes Repräsentationsinstrument der eigenen Souveränität denn als echtes Mittel zur Abwehr einer militärischen Aggression betrachtet. Das subjektive und oft trügerische Sicherheitsempfinden mündet nur allzu leicht in eine Vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft.

Das Heer im Frieden - ein Dienstleistungsunternehmen

Die österreichische Bevölkerung identifiziert sich zu einem sehr hohen Prozentsatz mit ihrem Bundesheer. Es entsprechen jedoch die Erwartungen, die heutzutage ganz allgemein in das Heer gesetzt werden, größtenteils weder dem eigentlichen militärischen Verteidigungsauftrag noch den Vorstellungen, welche die Soldaten selbst von ihrer Aufgabe haben. Für die österreichische Bevölkerung hat das Bundesheer den Stellenwert eines Dienstleistungsunternehmens, bei dem nichtmilitärische Aufgaben im Vordergrund stehen. Meinungsbefragungen zufolge erhält das Heer derzeit die besten Noten für soziale und zivile Dienste in Notsituationen und die schlechtesten hinsichtlich der Abwehr einer militärischen

Aggression. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Identifikation der Österreicherinnen und Österreicher mit ihren Soldaten nur zu einem geringen Prozentsatz in Verbindung mit militärischen Aufgaben steht. Eine sehr wesentliche - und auch logische - Folge aus dieser allgemeinen Einschätzung des Bundesheeres als Dienstleistungsunternehmen ist daher die relativ geringe Bereitschaft, Budgetmittel in die Beschaffung von Waffensystemen zu investieren. Dem Bundesheer wird zwar eine relativ breite öffentliche Zustimmung entgegengebracht, es wird jedoch - oder gerade deshalb -, so wie es ist (!), als ausreichend erachtet.

Aus der Sicht der österreichischen Soldaten ist es schwer zu verstehen, daß sie vorwiegend wegen ihrer sozialen Dienstleistungen und weniger wegen ihrer ei-

gentlichen militärischen Schutzfunktion akzeptiert werden, und daß sie die an sich unbedingt erforderliche Unterstützung in Form ausreichender Budgetmittel nicht bekommen. Seitens des Heeres wird daher vielfach die geringe budgetäre Dotierung mit geringer Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung und mangelnder Akzeptanz des Heeres interpretiert. Die Folge davon sind sehr oft Verständigungsprobleme zwischen dem Heer und einzelnen Bereichen seines zivilen Umfeldes wie beispielsweise dem Politik-, Bildungs- oder Medienbereich. Die Diskrepanz zwischen Verteidigungsauftrag und den hierfür nicht ausreichend zur Verfügung gestellten Mitteln prägt die Beziehungen zwischen Heer und Gesellschaft in der Zweiten Republik bereits seit der Aufstellung des Bundesheeres im Jahr 1955.

Die Diskrepanz zwischen Auftrag und Mitteln

Die vorliegenden Ausführungen gehen von der These aus, daß sich in den vergangenen vier Jahrzehnten die Einschätzung des Bundesheeres durch die Österreicher, trotz der gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Veränderungsprozesse, nicht geändert hat. Ein wesentliches Indiz für diese Grundannahme ist der Umstand, daß das Mißverhältnis zwischen Auftrag und zur Verfügung gestellten Mitteln ein immer gleichbleibendes Merkmal für das Verhältnis zwischen Heer und Gesellschaft in Österreich war. Daher stellt sich die Frage, warum das so ist und inwiefern sich die damalige Haltung der österreichischen

Die österreichische Bevölkerung identifiziert sich zu einem sehr hohen Prozentsatz mit ihrem Bundesheer (links), billigt diesem aber mehr den Stellenwert eines Dienstleistungsunternehmens zu, bei dem nichtmilitärische Aufgaben im Vordergrund stehen (rechts).



Fotos: HBF/Hortl, Svedic





Erst aus der Aktualität einer Bedrohung, die Angstgefühle hervorruft, resultiert die Bereitschaft, Schutzvorkehrungen zu treffen und Geldmittel bereitzustellen. Daß es dann unter Umständen zu spät sein könnte, wenn sich beispielsweise eine potentielle militärische Bedrohung zu einer aktuellen Gefahr gewandelt hat (im Bild Grenzsicherungseinsatz an der ehemaligen jugoslawischen Grenze), wird von der Mehrheit der Menschen kaum beachtet.

Fotos: Mikko Kivik / Oberhofen, HBE/Hart



Bevölkerung zu ihrem Heer von der heutigen unterscheidet. Denn zusätzlich zur Änderung der sozialen Werthaltungen hat sich auch die sicherheitspolitische Situation in Europa grundlegend verändert.

Der Grund für dieses über die Jahrzehnte gleichbleibende Mißverhältnis zwischen militärischem Auftrag und der geringen Bereitschaft, auch ausreichende Mittel hierfür bereitzustellen, liegt zweifellos in der Wahrnehmung und Einschätzung militärischer Bedrohungen. Ganz allgemein sind Bedrohungsempfindungen mit Angstgefühlen gekoppelt. Das bedeutet, daß die Bedrohungswahrnehmung vorwiegend auf der Gefühls-ebene angesiedelt ist. Um zum Beispiel bereits in Friedenszeiten bei den Staatsbürgern die Bereitschaft für Verteidigungsvorkehrungen zu wecken, bedarf es jedoch einer auf der rationalen Ebene der Menschen angesiedelten *Motivation durch Einsicht in die Notwendigkeit*, hierfür auch Verzicht zu leisten und Opfer zu bringen. Dies ist - oder besser wäre - die klassische Aufgabe der Geistigen Landesverteidigung und der politischen Bildung im allgemeinen. Doch dies ist leichter gefordert als getan.

Das wesentliche Ziel der politischen Bildung ist es, gesellschaftlich-politische Notwendigkeiten einsichtig zu machen, um vor allem die Jugend zu staatsbürgerlich-verantwortlichem Handeln zu motivieren. Diese Zielsetzung der politischen Bildung ist gleichzeitig aber auch ihr zentrales Problem. Denn ihre allgemein immer wieder beklagte geringe Wirkung liegt eben darin begründet, daß Motivation auf Gefühlen beruht. Daher resultiert beispielsweise erst aus der Aktualität einer Bedrohung, die Angstgefühle her-

vorrufft, die Bereitschaft, Schutzvorkehrungen zu treffen und Geldmittel bereitzustellen. Daß es dann unter Umständen zu spät sein könnte, wenn sich beispielsweise eine potentielle militärische Bedrohung zu einer aktuellen Gefahr gewandelt hat, ist ein Aspekt, der von der Mehrheit der Menschen erfahrungsgemäß nicht beachtet wird. Doch das ist eine Gegebenheit, die nicht nur auf Österreich beschränkt ist.

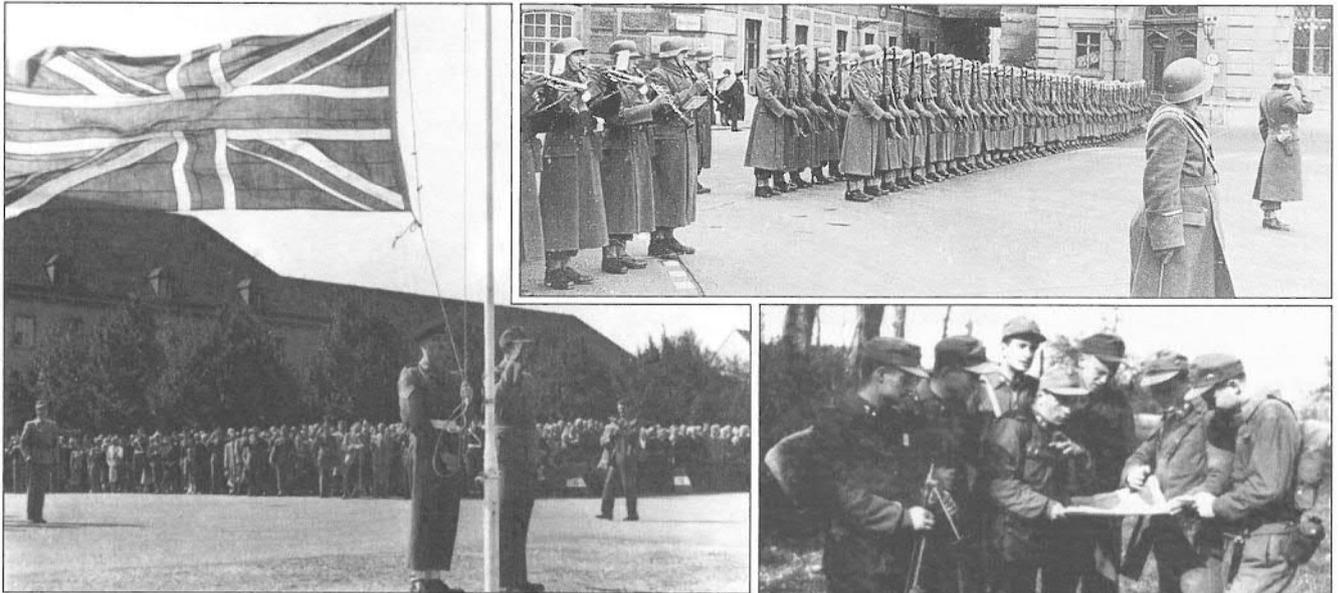
Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden

Derzeit ist das Sicherheitsempfinden der Österreicher relativ hoch. Kriege, an denen EU-Mitgliedstaaten beteiligt sein könnten, sowie eine militärische Bedrohung Österreichs werden als unwahrscheinlich beurteilt. Direkte militärische Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes in Südosteuropa auf Österreich werden nicht befürchtet. Was das Bedrohungsempfinden betrifft, so stehen Ängste, die das unmittelbare persönliche Umfeld betreffen wie Unfälle, Krankheit und der Verlust einer nahestehenden Person im Vordergrund. Einer im Herbst 1994 durchgeführten Studie zufolge glauben rund 60 Prozent der österreichischen Bevölkerung, daß in Zukunft die Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem, Maßnahmen gegen Umweltschmutzung sowie Schutz vor Kriminalität und Terror, Arbeitsplatzsicherung sowie die Kontrolle von Flüchtlingsströmen und ausländischen Arbeitskräften an Bedeutung gewinnen werden. Von eher nachgeordneter Bedeutung empfinden die Befragten den Schutz der Familie, die Sicherung der Energieversorgung,

Schutz vor militärischen Angriffen und die Aufrechterhaltung der Demokratie. Wer sich über längere Zeit sicher fühlt, für den wird Sicherheit zu einem wie selbstverständlich erlebten Zustand. Da über Selbstverständlichkeiten nur selten nachgedacht wird, wird Sicherheit erst dann zu einem Wert, wenn es sie nicht mehr gibt.

Wie waren die Bedrohungswahrnehmung und das Sicherheitsempfinden der Österreicher zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bundesheeres der Zweiten Republik? Der Beurteilung des Verfassers der vorliegenden Ausführungen nach gab es trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher sowie innen- und außenpolitischer Rahmenbedingungen hinsichtlich des Bedrohungsempfindens gegenüber einer militärischen Aggression gegen Österreich keinen Unterschied zur Gegenwart und - Hand in Hand damit - auch keinen Unterschied in den Erwartungshaltungen und Leistungsanforderungen an das Bundesheer. Ein eigenes Heer wurde damals als Selbstverständlichkeit und als Ausdruck der Souveränität des Staates empfunden. An eine tatsächliche Verteidigungsnotwendigkeit glaubte damals auch von der politischen Führung niemand, und die Bedeutung des Bundesheeres als militärisches Abwehrinstrument wurde mit Ausnahme der jeweiligen Verteidigungsminister und eines einzigen Unterrichtsministers, nämlich Heinrich Drimmel, schon von Beginn an relativ gering eingeschätzt.

Noch knapp vor dem erfolgreichen Abschluß der Staatsvertragsverhandlungen im April 1955 war Bundeskanzler Julius Raab davon überzeugt gewesen, daß für Österreich eine motorisierte Gendar-



Noch im April 1955 war Bundeskanzler Julius Raab davon überzeugt gewesen, daß für Österreich eine motorisierte Gendarmerie ähnlich der B-Gendarmerie (rechts unten) genügen würde. Die Aufstellung des Bundesheeres (die Provisorische Grenzschutzabteilung 1, angetreten vor der Hofburg in Wien, rechts oben) stand in direktem Zusammenhang mit dem Abzug der Besatzungsmächte (das britische Middlesex-Regiment übergibt die Schönbrunner Kaserne, links) und wurde von der Bevölkerung auch so erlebt.



Fotos: Ein Heer für jede Jahreszeit

merie ähnlich der B-Gendarmerie genügen würde. Und Außenminister Leopold Figl hatte erst wenige Tage vor der geplanten Moskau-Reise der österreichischen Regierungsdelegation, die das Moskauer Memorandum zur Folge hatte, seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit festgelegt. Erst eine Äußerung von Staatssekretär Ferdinand Graf, dem späteren Verteidigungsminister, daß die Befreiung von den Besatzungstruppen eventuell daran scheitern könnte, weil die Vereinigten Staaten den Staatsvertrag nicht unterzeichnen würden, wenn Österreich seinen Anspruch auf ein Heer aufgäbe, brachte Figl zu der Ansicht, daß es keine staatliche Souveränität ohne Heer gäbe.¹⁾

Die Haltung von Bundeskanzler Raab, bezogen auf die geringe Bedeutung von Streitkräften für eine tatsächliche Verteidigung Österreichs, änderte sich auch später nicht. Im Rahmen einer Sitzung des Landesverteidigungsrates am 25. Februar 1958 - zwei Jahre nach der Ungarn-Krise (!) - betonte er, daß das Bundesheer nie einen Krieg führen werde.²⁾ Hauptaufgabe des Bundesheeres sei es, bei inneren Unruhen der Nachbarn, die über die Grenze flüchtenden Massen aufzunehmen. Der ebenfalls bei dieser Sitzung anwesende sozialistische Nationalratsabgeordnete Probst pflichtete den Ausführungen des Bundeskanzlers bei und betonte, daß eine symbolische Verteidigung den österreichischen Verhältnissen am besten entsprechen würde. Lediglich Verteidigungsminister Graf widersprach dem Bundeskanzler und wies darauf hin, daß eine rein symboli-

sche Landesverteidigung nicht genügen könne. Ein allfälliger Gegner müsse wissen, daß er bei Überschreiten der Grenze auf ein Heer stößt, welches gewillt und befähigt ist, die österreichische Neutralität zu verteidigen.

Streitkräfte als Ausdruck staatlicher Eigenständigkeit

Die Einschätzung des Bundesheeres durch Bundeskanzler Raab muß auch im Zusammenhang damit gesehen werden, daß ja er es war, der nach Stalins Tod 1953 mit großer politischer Unverfrorenheit den Sowjets die Zustimmung zum Staatsvertrag abgerungen hatte. Man muß zugestehen, daß er am besten in der Lage gewesen sein mußte, die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Bedrohung für Österreich beurteilen zu können. Und rückblickend konnte sich 1955 die österreichische Bevölkerung vor äußeren Bedrohungen im Grunde genommen sogar sicherer fühlen als jetzt. Schließlich stand die Aufstellung des Bundesheeres in direktem Zusammenhang mit dem Abzug der Besatzungsmächte und wurde von der Bevölkerung auch so erlebt. Im wesentlichen sei auf zwei damit in Zusammenhang stehende Aspekte hingewiesen, welche sich auf das Meinungsklima in Österreich gegenüber den eigenen Soldaten sehr wesentlich auswirkten: Erstens war der Abzug der Besatzungstruppen 1955 de facto das absolute Gegenteil einer Bedrohung durch fremde Streitkräfte, und zweitens erfolgte die

Aufstellung des Bundesheeres nicht als notwendige Reaktion auf eine äußere Bedrohung.

Um die Selbstverständlichkeit, mit der das Bundesheer von der Bevölkerung aufgenommen und akzeptiert wurde, zu erklären, scheint es angebracht, auf das Jahr 1945 zurückzublicken. Mit dem Wiedererstehen der Republik schienen eigene Streitkräfte - man verwendete damals den Begriff Wehrmacht - ein so selbstverständliches und notwendiges Attribut des neuen Österreich zu sein, daß schon Staatskanzler Karl Renner bei der Bildung der provisorischen Staatsregierung am 27. April 1945 in der Staatskanzlei ein eigenes Unterstaatssekretariat für Heereswesen einrichtete. Der Alliierte Rat, der ab 11. September 1945 die oberste Kontrollfunktion in Österreich ausübte, war jedoch dagegen, so daß am 10. Dezember desselben Jahres dieses Heeresamt wieder aufgelöst werden mußte. Trotzdem wurde von Bundespräsident Renner in den folgenden Jahren ständig darauf hingewiesen, daß es zu den Grundprinzipien der österreichischen Politik gehöre, das Land in einen Zustand zu bringen, der es in die Familie der souveränen Staaten zurückführe - und dazu bedürfe es einer eigenen Wehrmacht.

1) Manfred Rauchensteiner, Staatsvertrag und bewaffnete Macht. Politik um Österreichs Heer 1945-1955, in: „Österreichische Militärische Zeitschrift“, Heft 3/1980, S. 192.

2) Das Bundesheer der Zweiten Republik. Eine Dokumentation: Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums/Militärwissenschaftliches Institut, Bd. 9, Wien 1980, S. 42.

Dieser Appell richtete sich nicht nur an die Besatzungsmächte, sondern auch an die Österreicher und insbesondere an die politischen Parteien, welche die Diskussion über ihre Haltung zu einer zukünftigen Wehrmacht aufnehmen sollten. Diese Forderung nach eigenen bewaffneten Kräften in der Situation des Jahres 1945 beruhte auf dem Verständnis, daß eigene Streitkräfte Ausdruck der staatlichen Eigenständigkeit sind. Und die Souveränität Österreichs war von Beginn an das einzige politische Ziel der österreichischen Staatsführung. Keinesfalls war mit der Schaffung eines Staatssekretariats für Heerwesen die Bildung einer Streitmacht beabsichtigt gewesen, um die fremden Besatzungsmächte mit militärischer Gewalt zum Abzug zu zwingen. Aus diesem Verständnis heraus und aus dem sich in den sechziger Jahren vollzogenen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung blieb die Haltung zum Bundesheer weitgehend auf seine Eigenschaft als Ausdruck staatlicher Souveränität beschränkt. Und daraus erklärt sich auch der ständig gleichbleibende Budgetanteil für die militärische Landesverteidigung.

Staat und Gesellschaft - Heer und Gesellschaft

Besonders deutlich wird in diesem Zusammenhang auch, daß das Verhältnis von Heer und Gesellschaft in engem Zusammenhang mit dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft steht - wie der Staat von seinen Bürgern eingeschätzt und akzeptiert wird. Der Staat wird gegenwärtig von einem Großteil der Österreicher als Versorgungseinrichtung betrachtet und auch als Dienstleistungsunternehmen verstanden. Aktuelle Meinungsbefragungen zufolge ist die Vorsorge für Frieden und äußere Sicherheit die wichtigste und vorrangigste Aufgabe des Staates. Die Bereitschaft jedoch, selbst hierfür einen Beitrag zu leisten, ist relativ gering und eigentlich seit den sechziger Jahren im wesentlichen gleichbleibend. Im Vergleich zu damals gibt es jetzt jedoch ein ausgeprägteres Österreich-Bewußtsein. Im Rahmen einer 1962 vom Bundesministerium für Landesverteidigung an das Institut für allgemeine Verkaufsförderung und Betriebsberatung vergebenen Meinungserhebung wurde die Frage, ob der Staat jene Form sei, die unsere Gemeinschaft vertritt, von 56 Prozent bejaht und von 12 Prozent verneint. Auf die Frage, „Wenn es darum ginge, für unseren Staat den Kopf hinzuhalten, würden Sie es tun?“, antworteten 52 Prozent der Befragten zwar

mit Ja, jedoch 37 Prozent ausdrücklich mit Nein! Die Antwort auf die Frage, „Was halten Sie für unsere Jugend für besser, Arbeitsdienst oder Bundesheer?“, fiel mit 50 zu 43 Prozent zugunsten des Arbeitsdienstes aus. Bezeichnend hingegen die Antwort auf die Frage, wofür der Österreicher sich entscheiden würde, wenn er zwischen Arbeitsdienst und Bundesheer wählen könnte: 65 Prozent votierten zugunsten des Bundesheeres und 31 Prozent für den Arbeitsdienst.³⁾ Dies läßt den Schluß zu, daß das Bundesheer als die bequemere Alternative eingeschätzt wurde. Der Gedanke, daß der Dienst beim Bundesheer auch lebensgefährlich sein könnte, kam offensichtlich niemandem.

Die grundsätzliche Problematik im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Österreich spiegelt sich im oft widersprüchlichen Verhältnis der politischen Parteien zum Staat, in ihrem Verhältnis zueinander, in den Konflikten innerhalb der Parteien und im pluralistischen Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen wider. Die aus der jeweils aktuellen innenpolitischen Diskussion erkennbare wechselseitige Inanspruchnahme von Staat und Gesellschaft bewirkt wiederum eine allgemein kritische Einstellung des einzelnen gegenüber gemeinschaftsbezogenen staatspolitischen Zielsetzungen.

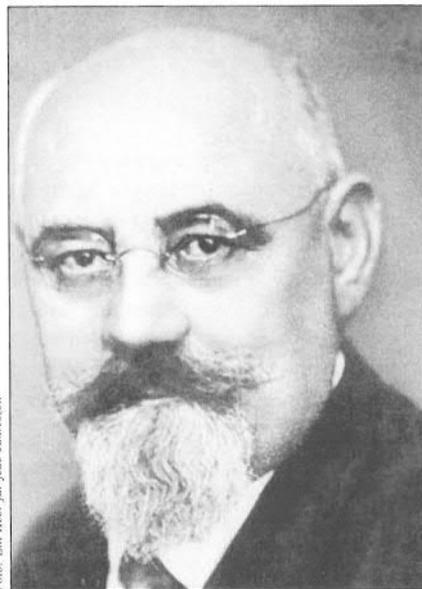


Foto: Ein Heer für jede Jahreszeit

Staatskanzler Karl Renner richtete bereits am 27. April 1945 in der Staatskanzlei ein eigenes Unterstaatssekretariat für Heerwesen ein.

gen. Der Trend zur individuellen Selbstverwirklichung, der nur unter den Bedingungen des Wohlfahrtsstaates entstehen konnte, rückt die Nutzenorientierung in den Vordergrund. Dazu kommt, daß alle politischen Parteien, die als gesellschaftlich-politische Gruppierungen in diesen Prozeß der gesellschaftlichen Wert-

orientierungen eingebunden sind, in ihren Partei- und Wahlprogrammen dem einzelnen Wähler die größtmögliche Freiheit vom Staat versprechen.

Dies muß zwingend zur Folge haben, daß die Menschen insbesondere für Staatsziele, die Vorkehrungen im sicherheits-, verteidigungs- und wehrpolitischen Bereich verfolgen, derzeit nur schwer zu gewinnen sind.

Die Schutzfunktion des Staates gegenüber *potentiellen* Bedrohungen von außen ist in relativ sicheren Zeiten für die Staatsbürger nicht erkennbar. Sie wird daher von diesen auch nicht eingefordert, noch dazu, wenn dadurch andere Bereiche, wie zum Beispiel die soziale Sicherheit, beeinträchtigt erscheinen.

Diese auf einem allgemeinen Gefühl der Sicherheit beruhenden Einschätzungen unterscheiden sich oft grundlegend von jenen rationalen Analysen, wie sie von sicherheitspolitischen Experten erstellt werden. Das Gefühl der Sicherheit ist immer gleich, unabhängig von seiner Ursache - man fühlt sich eben sicher - auch dann, wenn die Rahmenbedingungen, die das Sicherheitsgefühl bewirken, jeweils andere sind. Das trifft ebenso auf das Bedrohungsgefühl wie auf andere Empfindungen zu. Der Grad der allgemeinen Bedrohungswahrnehmung und die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer militärischen Gefahr begründen die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Verteidigungsvorkehrungen. Von dieser Bedrohungseinschätzung leitet sich unter anderem die Einschätzung der Notwendigkeit von Streitkräften ab sowie die Leistungen, die von ihnen erwartet werden.

Einschätzung des Bundesheeres vier Jahrzehnte unverändert

Auf die Ausgangsthese zurückkommend, scheint daher der Schluß zulässig, daß trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher sowie sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen das Bedrohungsempfinden der Österreicher in den vergangenen vier Jahrzehnten seit der Aufstellung des Bundesheeres unverändert gering blieb - und damit auch die Einstellung zum Bundesheer in seiner Funktion als ein Mittel der Sicherheitspolitik. Dies sei abschließend noch an drei Beispielen dokumentiert, die sich auf unterschiedliche Zeitpunkte beziehen.

3) Udo Rumerskirch, Akzeptanz - Traum und Wirklichkeit, in: Manfred Rauchensteiner, Wolfgang Etschmann (Hrsg.), Schild ohne Schwert. Das österreichische Bundesheer 1955-1970, Graz - Wien - Köln 1991, S. 283 f.

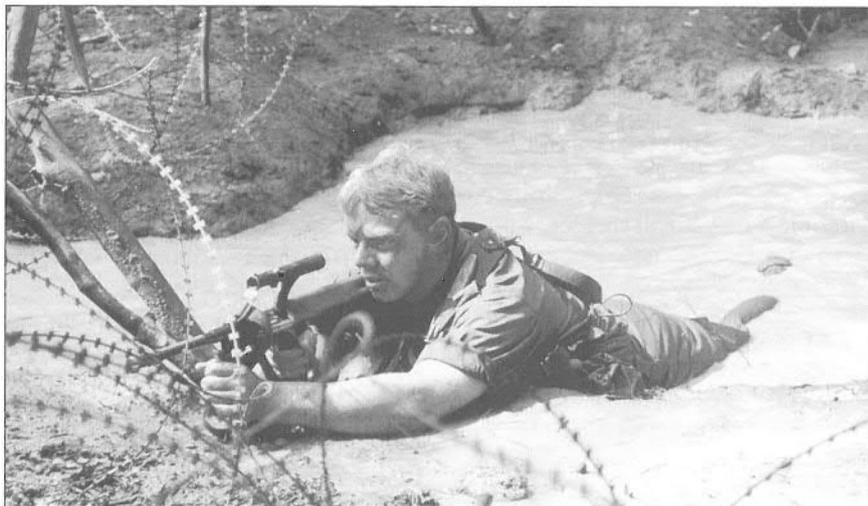


Foto: Ing. Simperl

Der Soldatenberuf stellt eine Hingabe an eine überpersönliche Aufgabe oder Idee und damit verbunden eine Aufsichtnahme von Entsagungen und Opfern dar.

So nimmt General iR Albert Bach zu den Anfängen des Bundesheeres Stellung, in dem er unter anderem ausführt:⁴⁾ „Die damalige Bundesregierung hat zwar die ‘Heeresgliederung 56’ beschlossen und damit die Aufstellung eines relativ starken Heeres, sie hat sich aber weder vor der Beschlußfassung noch später ausreichend mit der Frage befaßt, welche legislativen, finanziellen, personellen und materiellen Voraussetzungen für das Aufbauen dieses Heeres und für seinen Unterhalt tatsächlich erforderlich wären. ... Vor der eiligen Beschlußfassung fehlte es sicher an Zeit, nachher mangelte es vor allem an Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Befassung. ... Die an sich potentiell gegebenen beträchtlichen Möglichkeiten, durch eine leistungsfähige Landesverteidigung, durch ein starkes Bundesheer auch ernste Bedrohungen von Österreich ‘abzuhalten’, werden vom österreichischen Volk ungerechtfertigterweise und oft mit viel Voreingenommenheit bei weitem unterschätzt. Große Anstrengungen für die Landesverteidigung, für ein starkes Bundesheer, etwa nach dem Vorbild der Schweiz, werden daher in der öffentlichen Meinung mehrheitlich eher nicht für erforderlich gehalten.“

Johann Christoph Allmayer-Beck charakterisiert aus dem Blickwinkel des Jahres 1972 den Zeitraum der sechziger Jahre als „Zeitalter des Neo-Biedermeiers“.⁵⁾ Unter dem Eindruck und dem Erlebnis des Überganges von einer Mangelwirtschaft zu einem „Wirtschaftswunder“ rückte der Produzent an die Spitze des Sozialprestiges. „Ein Heer produziert unter diesem Aspekt nichts, zumindest nichts, was zur Hebung des Nationaleinkommens beitragen könnte. Im Gegenteil, es konsumiert, und obwohl es in dieser Hinsicht noch einigermaßen nützlich ist, ist es dies jedoch auf Kosten anderer sozialer Gruppen. Das bedeutet

also, daß eine Armee im ganzen gesehen wirtschaftlich unrentabel ist. Die logische Folge aus dieser Prämisse ist die“, so Allmayer-Beck, „daß das Bundesheer - will es in Zeiten des Friedens und der Prosperität sich nicht zu einer Verlegenheit stempeln lassen - ständig darüber nachsinnen muß, wie es seine ‘Nützlichkeit’, also seine ökonomische Bedeutung, einer eher skeptischen Zuschauerschaft beweisen kann.“

Die Einstellung der Öffentlichkeit zum Staat und zur militärischen Landesverteidigung beschreibt er folgendermaßen: „Der Staatsbegriff erfuhr (damit) eine Umwandlung oder, besser gesagt, Abwertung und mit ihm zwangsläufig auch jener Stand, dessen Aufgabe es bisher vor allem gewesen war, diesen Begriff zu verteidigen, der Soldatenberuf. Der Wehrdienst wurde aus dieser Sicht zu einem ‘Job’ für jene Leute, die angeblich nichts anderes konnten. Von einem Vollzug des Begriffs ‘dienen’, d. h. als einer Hingabe an eine überpersönliche Aufgabe oder Idee und damit verbunden einer Aufsichtnahme von Entsagungen und Opfern, konnte bei dieser Einstellung keine Rede mehr sein.“

Wenn die Menschen aufgrund ihres subjektiven Sicherheitsempfindens keine Notwendigkeit sehen, in Verteidigungsvorkehrungen zu investieren, werden die Streitkräfte gleichsam „notgedrungen“ zum Treuhänder der Verteidigungsbereitschaft.

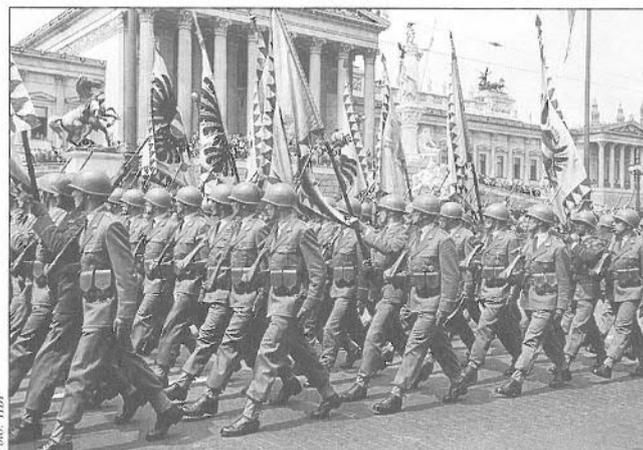


Foto: BfB

Divisionär Ernest König liefert hierzu in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift vom Jänner 1994⁶⁾ die aktuelle Ergänzung, indem er unter anderem feststellt, daß sich der Grad der Ernsthaftigkeit politischen Handelns im Bereich der militärischen Landesverteidigung an der Höhe des Budgets messen lasse. „Neben der Sachkollision zwischen erkannter Notwendigkeit und Budgetkonsolidierung steht das Dilemma zwischen ebenfalls sachlicher Notwendigkeit einerseits und Stimmen bei den nächsten Wahlen andererseits. ... Die zur Wehrpflicht Aufgerufenen selbst sind in dieses Spannungsfeld gestellt. Erlebtes oder berichtetes Militär, echte Überzeugung oder Gewissenskonflikte, oft aber auch der Weg des geringeren Widerstandes sind die sie bestimmenden Trends.“

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit läßt sich klar erkennen, daß es sich offensichtlich um eine Gesetzmäßigkeit handelt, daß bei wirtschaftlichem Wohlstand, der im Grunde nur ein Ausdruck von Sicherheit sein kann und auch so empfunden wird, die Bereitschaft gering ist, für Verteidigungsvorkehrungen - wie es im Landesverteidigungsplan im Abschnitt „Geistige Landesverteidigung“ formuliert ist - „Verzicht zu leisten und Opfer zu bringen“.⁷⁾ Wenn die Menschen aufgrund ihres subjektiven Sicherheitsempfindens keine Notwendigkeit sehen, in Verteidigungsvorkehrungen zu inve-

4) Albert Bach, Die Entwicklung des österreichischen Bundesheeres seit 1955, in: Sondernummer der Offiziersgesellschaft Steiermark (Hrsg.), 30 Jahre Offiziersgesellschaft Steiermark, Graz 1990, S. 12.

5) Johann Christoph Allmayer-Beck, Landesverteidigung und Bundesheer, in: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich, Die Zweite Republik, Bd. 1, Graz - Wien - Köln 1972, S. 374.

6) Ernest König, Österreichs Streitkräfte vor neuen Aufgaben. Das Bundesheer im Spannungsfeld mehrdimensionaler Veränderungen, in: „Österreichische Militärische Zeitschrift“, Heft 1/1994, S. 17.

7) Bundeskanzleramt (Hrsg.): Landesverteidigungsplan, Wien 1985, S. 93.

stieren, werden die Streitkräfte gleichsam „notgedrungen“ zum Treuhänder der Verteidigungsbereitschaft. Diese Aufgabe wird ihnen von der Allgemeinheit unausgesprochen - wie selbstverständlich - überantwortet.

Die Konsequenz daraus wäre, sich dieser besonderen Verantwortung, die in keiner gesetzlichen Bestimmung festgelegt ist, selbstbewußt zu stellen. Für die Streitkräfte als „Treuhänder der Verteidigungsbereitschaft“ bedeutet das, daß sie der Öffentlichkeit sicherheits- und verteidigungspolitische Orientierungshilfen anbieten. Denn gerade in Zeiten, in denen die Menschen sich sicher fühlen,

hängt eine möglicherweise zukünftig notwendige militärische Einsatzfähigkeit in einem hohen Maße vom Gelingen dieser Informationsaufgabe ab. Als Instrument der Sicherheitspolitik Österreichs hat das Bundesheer nicht nur den Auftrag, die Grenzen zu verteidigen und kriegsverhindernd zu wirken, sondern vor allem auch die Aufgabe, zur Existenzsicherung und Friedensförderung beizutragen. Damit ist das Heer auch in Friedenszeiten ein wichtiger Bestandteil der Rahmenbedingungen, die der Staat zur Sicherung der freien Entfaltung der Menschen und ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten bereitstellt. ▽

Brigadier Mag. phil. Udo Rumerskirch, Jahrgang 1939. 1960 bis 1963 Ausbildung zum Berufsoffizier an der Theresianischen Militärakademie; 1963 bis 1974 Gardebataillon Wien; 1972 bis 1973 Operations Officer beim österreichischen UN-Bataillon auf Zypern (UNFICYP); 1975 bis 1984 Referatsleiter in der G5-Abteilung (Öffentlichkeitsarbeit) im Armeekommando, ab 1981 Studium in den Fachrichtungen Politikwissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien, Sponsion 1985; 1985 bis 1992 Leiter des Referates „Heer und Gesellschaft“ im Institut für Militärische Sicherheitspolitik und seit Juli 1992 Leiter der Wehrpädagogischen Abteilung an der Landesverteidigungsakademie.

General Dr. Peter Corrieri

Die Rüstung des Kleinstaates Österreich heute und morgen

Österreich bekennt sich auch im Gedenkjahr 1995 - 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, 40 Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages, sechs Jahre nach dem Zerfall des Kommunismus und vier Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens - weiterhin zur Umfassenden Landesverteidigung. Während sich das Bundesheer 1955 noch auf die von den Alliierten überlassene Ausrüstung abstützen konnte, zeichnen wir heute für die Erhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit alleine verantwortlich. Die Konsolidierung des Gesamtbudgets weiter auf Kosten des Verteidigungsbudgets durchzuführen, hieße, die Verteidigungsfähigkeit noch weiter zu verringern.

Eine konkrete direkte militärische Bedrohung Österreichs ist im Moment nicht gegeben. Andererseits sind im südöstlichen Nachbarbereich Österreichs seit Jahren kriegerische Auseinandersetzungen im Gange, und die durch den Zerfall der Sowjetunion entstandenen neuen politischen Kräfteverhältnisse haben sich noch lange nicht stabilisiert. „Wir befinden uns an einer politischen Erdbebenlinie“, stellte Außenminister Wolfgang Schüssel erst vor kurzem fest. Darüber hinaus stehen im Zusammenhang mit

Klimaveränderungen, Überbevölkerung und Nahrungsmittelknappheit auf der einen Seite sowie politischem Extremismus und der Verfügbarkeit hochwertiger Waffensysteme in der Hand nichtdemokratischer Staaten und Organisationen auf der anderen Seite in nicht allzu ferner Zukunft dramatische Entwicklungen bevor, die derzeit zwar nicht annähernd abschätzbar sind, es aber doch höchst ratsam erscheinen lassen, auf entsprechende militärische Vorsorgen nicht zu verzichten.

Die Ausrüstung unseres Heeres zwischen 1955 und 1995

Um die aktuelle Situation der Ausrüstung unseres Heeres einigermaßen verstehen zu können, muß man auf die Anfänge des österreichischen Bundesheeres und seine damalige Ausrüstung zurückblicken.

Zwischen März 1938 und Juli 1955 gab es kein österreichisches Bundesheer. Ab

Die Anfänge des österreichischen Bundesheeres und seiner Ausrüstung: 1955 wurde Österreich die Ausrüstung für seine Armee von den Alliierten praktisch geschenkt und hatte somit damals ein recht hohes Niveau; die Sowjetunion überließ Österreich beispielsweise die Schulflugzeuge Yak-11 (links) und die Vereinigten Staaten die leichten Kampfpanzer M-24 (rechts, mit zwei bereits selbst gekauften Jagdbombern DeHavilland DH-115 "Vampire").



Fotos: Ein Heer für jede Jahreszeit, Sammlung Dr. Wiener





Der Jagdpanzer „Kürassier“ stammt von der Steyr Daimler Puch (SDP) AG, ...



... ebenso der Bergepanzer „Greif“.



Auch der erst kürzlich technisch verbesserte Saurer-Schützenpanzer ist ein österreichisches Produkt.



Der mittlere Kampfpanzer M-60A3 ist mit den Panzern der neueren Generationen nicht mehr „duellfähig“.



Die Krönung der Panzerabwehr ist die PAL 2000, eine Lenkwaffe moderner Bauart, die derzeit die alten Panzerabwehrrohre ergänzt.



Über 100 Stück der M-109 wurden in der Version M-109A2/A3 UK aus den Beständen der Britischen Rheinarmee übernommen.

dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbot der Alliierte Rat Österreich jede militärische Betätigung. Erst am 8. Juli 1955 wurde dieser Beschluß formell aufgehoben und Österreich damit die Möglichkeit gegeben, mit der Aufstellung eines eigenen Heeres zu beginnen. Mit der Herauslösung der B-Gendarmerie aus dem Bundesministerium für Inneres wurde der Aufbau der Streikräfte eingeleitet. Seit dem 11. Juli 1956 gibt es ein eigenes Bundesministerium für Landesverteidigung, und am 1. Oktober dieses Jahres rückten erstmals rund 15 000 Wehrpflichtige ein.

Wie stand es um die Ausrüstung des jungen Heeres?

1955 wurde Österreich die Ausrüstung für seine Armee von den Alliierten praktisch geschenkt und diese hatte somit damals ein recht hohes Niveau, nämlich etwa das der Alliierten. (Seit jenem Zeitpunkt hat das österreichische Bundesheer im internationalen Vergleich de facto „abgerüstet“. Wir haben heute nicht annähernd ein vergleichbares westlichen Staaten gegenüberstellbares Niveau.)

Ab Mitte der sechziger Jahre begann sich die materielle Situation des Heeres beträchtlich zu verschärfen, weil sich die von den Alliierten bereitgestellten oder in der Folge zu besonders günstigen Konditionen überlassenen Waffen und Ausrüstungsgegenstände verbraucht hatten bzw. mittlerweile veraltet waren. Die Erneuerung des Kraftfahrzeugparkes etwa wurde vordringlich - viele Panzerfahrzeuge stammten noch aus dem Zweiten Weltkrieg -, die Luftstreitkräfte warteten auf neues Gerät, die Artillerie meldete massive Wünsche an, und die Frage der Panzer- und Luftabwehr harpte einer Lösung. Eigenentwicklungen konnten nur Teilbereiche abdecken. Vieles sollte gekauft werden, wozu das Budget nicht reichte. Der Glücksfall von 1955 - eine „geschenkte“ Ausrüstung - wurde jetzt zum Bumerang. In den ersten Jahren waren zwar nur geringe budgetäre Vorsorgen für Investitionen und Betrieb notwendig, finanzielle Mittel für die Erfordernisse der folgenden Jahre wurden aber aus Gründen, die nur allzu bekannt sind, nie in einem auch nur annähernd ausreichenden Ausmaß zur Verfügung gestellt. Von einer „Neutralität nach Schweizer Muster“ konnte man jedenfalls, was den Bereich der äußeren Sicherheit betraf, bestenfalls träumen.

Nachdem also die von den Alliierten überlassenen Ressourcen aufgebraucht waren, begannen Ausrüstungsprobleme, die bis zum heutigen Tage niemals wirklich behoben werden konnten. Eine Zwischenbilanz Mitte der siebziger Jahre ergab etwa folgendes Bild:

Mit Hilfe vermehrter Aufträge an die österreichische Wirtschaft und durch Eigenentwicklungen waren einige Bereiche abzudecken. Auf dem Sektor der Kraftfahrzeuge und der Handfeuerwaffen gab es wenig Engpässe. Der Jagdpanzer „Kürassier“ deckte einen Teil des Bedarfes an gepanzerten Fahrzeugen ab. Dennoch blieb auf dem Gebiet der Panzerabwehr vieles offen. Die größte Lücke tat sich jedoch im Bereich der Luftrüstung auf, wo zwar der Aufbau eines lückenlosen Überwachungssystems begonnen wurde, die Frage der Fliegerabwehr aber ungelöst blieb. Welche Folgerungen daraus zu ziehen waren, mußte sicherlich allen Verantwortlichen bewußt sein.

Wie hat sich die Ausrüstung des österreichischen Bundesheeres in den letzten Jahren entwickelt und wie stellt sie sich heute, unter besonderer Erwähnung österreichischer Produkte, dar? Dazu folgende demonstrative Aufzählung:

Infanterie

Die Ausrüstung der österreichischen Infanterie am Beispiel einer Jägerbrigade (A = aus österreichischer Produktion):

4 300	Sturmgewehre	(A)
540	Pistolen	(A)
350	Maschinengewehre	(tw. A)
	für verschiedene	
	Einsatzschußweiten	
60	Panzerabwehrrohre zum	
	Verschießen von Hohl-	
	ladungs-, Spreng- und	
	Leuchtgranaten	
36	rückstoßfreie Panzer-	
	abwehrkanonen	
30	Abschußgeräte für Pan-	
	zerabwehrkanonen	
12	Jagdpanzer „Kürassier“	(A)
9	Abschußgeräte für	(A)
	Fliegerabwehrkanonen	
rd. 90	Granatwerfer verschiedener	
	Kaliber und Reichweiten	
600	geländegängige	(A)
	Klein-LKW	
250	LKW	(A)
	sonstige Ausrüstung,	(tw. A)
	wie z. B. Minenverlege-	
	geräte und Pionierboote	

Mechaniserte Kräfte

Bei der Panzertruppe sind mehrere Großgeräte aus österreichischer Entwicklung und Produktion in Verwendung. Der Jagdpanzer „Kürassier“ stammt von der Steyr Daimler Puch (SDP) AG, ebenso der Bergepanzer „Greif“. Auch der alte, bei der Truppe im Einsatz befindliche

und erst kürzlich technisch verbesserte Saurer-Schützenpanzer ist ein österreichisches Produkt, allerdings entspricht er nicht mehr dem in Ost und West üblichen Standard an Feuerkraft und Panzerung. Der noch immer in Verwendung stehende mittlere Kampfpanzer M-60A3 (Herkunftsland: Vereinigte Staaten, eingeführt 1964) ist mit den Panzern der neueren Generationen, die in den Armeen der umliegenden Staaten längst eingeführt sind, nicht mehr „duellfähig“. Moderne Radschützenpanzer von Steyr werden vorerst für den Einsatz österreichischer UN-Kräfte im Ausland beschafft und ab 1996 in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen. Die Ausrüstung der Truppe mit einer eigenen Radschützenpanzerfamilie ist vorgesehen, eine diesbezügliche Beschaffungsentscheidung steht aber noch aus.

Die Panzerabwehr verfügt mit der österreichischen Panzermine letzter Generation, einem Kampfmittel mit neuester Elektronik und ausgewogener Sprengleistung, über ein modernes Produkt. Ebenso gibt es in Österreich hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Optronik, wie zum Beispiel ein automatisches Zielerkennungsgerät für die rückstoßfreie Panzerabwehrkanone - diese allerdings stammt noch aus den vierziger Jahren. Die Krönung der Panzerabwehr ist die PAL 2000, eine Lenkwaffe moderner Bauart, die derzeit die alten Panzerabwehrrohre ergänzt. Eine PAL 4000, deren Gefechtskopf alle gängigen Panzerungen durchschlagen kann, steht knapp vor der Beschaffung.

Die Panzerartillerie wird derzeit mit einem der weltweit modernsten Geschütze, der Panzerhaubitze M-109A5Ö, ausgestattet. 54 dieser Systeme wurden in den Vereinigten Staaten gekauft, über 100 Stück wurden in der Version M-109A2/A3 UK aus den Beständen der Britischen Rheinarmee übernommen. Sie werden bis zum Jahr 2000 auf den Standard der M-109A5 gebracht. Es handelt sich dabei um ein äußerst erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt mit der Schweiz. Das System besitzt ein gegenüber den Vorgängermodellen verbessertes Rohr, das Schußweiten bis zu 30 km zuläßt, und eine automatische Ladeeinrichtung. Das Fahrerachtsichtgerät und eine spezielle Wintereinrichtung sowie Navigations- und Richtanlagen in jedem Geschütz ermöglichen einen raschen Stellungswechsel unter allen Bedingungen. Nach Abschluß aller Arbeiten wird das Bundesheer über eine Artillerie verfügen, die zur modernsten gehört und den NATO-Durchschnittsstandard erheblich übertrifft.



Neben dem „Draken“ sind bei der Fliegertruppe u. a. noch der Jettrainer Saab 105Ö, ...

Fliegertruppe

Österreich hat - wenn auch sehr zurückhaltend - seine „Luftpolizei“ mit der Einführung der Saab 350E „Draken“ auf einen technischen Stand gebracht, mit dem Verletzungen des österreichischen Luftraumes begegnet werden kann. Dadurch wird erreicht, daß die Souveränität der Republik auch noch „zehn Meter über dem Boden“ durchgesetzt werden kann. Als strategisches Instrument des Staates hat dieses für Österreich äußerst wichtige Flugzeug allerdings nur indirekte Bedeutung für die Bodestreitkräfte.

Es ist viel Lärm um diese Luftraumüberwachungsflugzeuge gemacht worden, die nur durch nachträgliche Aufrüstung gerade mühsam zu Abfangjägern gemacht werden, - mehr Lärm, als die in den achtziger Jahren beschafften Saab „Draken“ selbst machen. Man hat ihnen damals vorgeworfen, laut zu sein. Tatsächlich macht militärischer Fluglärm nur 1,4 Prozent der gesamten Lärmbelastung aus dem Luftverkehr aus, und zwar mit sinkender Tendenz, weil der zivile Flugverkehr immer mehr zunimmt. Man hat den „Draken“ vorgeworfen, alt und abgenutzt zu sein - tatsächlich hat sich gezeigt, daß sie einen hohen Klarstand haben und über das Jahr 2000 hinaus im Dienst bleiben können. Vor allem haben die „Draken“ und ihre hervorragend ausgebildeten Piloten bei 10 000 Starts und Landungen in rund 6 000 Flugstunden gezeigt, daß sie den gestellten Aufgaben gerecht werden können. Bei Luft-Luft-Schießen - also dem scharfen Schuß auf fliegende Ziele - haben österreichische Piloten immer wieder ihr Können bewiesen.

Eine derartige Schießausbildung findet übrigens im Ausland statt, weil nur dort geeignete Übungsmöglichkeiten gegeben sind und dadurch die Lärmbelastung in Österreich gering gehalten werden kann. Neben dem „Draken“ sind folgende Flugzeugtypen im Einsatz: der Jettrainer Saab 105Ö, das Schulflugzeug Pilatus PC-7 „Turbo Trainer“, das leichte Transportflugzeug Pilatus PC-6 „Turbo Porter“, das leichte Transportflugzeug Shorts SC-7 „Skyvan“ und das Verbindungsflugzeug Cessna L-19 „Bird Dog“.



... das Schulflugzeug Pilatus PC-7 „Turbo Trainer“ und ...



... das leichte Transportflugzeug Pilatus PC-6 „Turbo Porter“ im Einsatz.



An Hubschraubern sind zur Zeit u. a. die Typen SA.316B „Alouette“ III, ...



... OH-58B „Kiowa“ sowie ...



... Agusta Bell 212 eingeführt.



Mit der Fliegerabwehrlenkwaffe „Mistral“ kann die Fliegerabwehrtruppe bis in eine Höhe von etwa 3 000 Metern wirken.

Fotos: HBF, Ing. Sinnerl, Eisenberger

Eine weitere Stütze unserer Fliegertruppe sind die Hubschrauber. Zur Zeit sind folgende Typen eingeführt: SA.316B „Alouette“ III, OH-58B „Kiowa“ sowie Agusta Bell 204B, 206A und 212.

Um die Erfüllung der Aufgaben sicherzustellen, ist der Einsatz einer hochqualifizierten Bodentruppe sowie der Luftraumüberwachung erforderlich.

Seit über 25 Jahren gibt es in Österreich ein funktionierendes System der Luftraumüberwachung, bei dem alle Flugbewegungen im österreichischen Umfeld ausgewertet werden. Das computerunterstützte Radarsystem „Goldhaube“ kann mit seinen stationären Anlagen einen weitreichenden Überblick schaffen. Sogar Kampfhandlungen im kroatischen und bosnischen Luftraum oder über der Adria konnten von Österreich aus festgestellt und dokumentiert werden.

Fliegerabwehrtruppe

Mit der Einführung der infrarotgesteuerten Fliegerabwehrwaffe „Mistral“ kann die österreichische Fliegerabwehrtruppe bis in eine Höhe von etwa 3 000 Metern wirken. Damit hat sich zweifellos ein Qualitätssprung ergeben, was Reichweite und Reaktionsmöglichkeiten gegen schnellfliegende angreifende Kampfflugzeuge betrifft. Ob unser Luftraum damit ausreichend geschützt ist, kann jeder selbst ermesen, der sich etwas mit den Einsatzmöglichkeiten von Kampfflugzeugen und Lenkflugkörpern vertraut macht.

Im bodennahen Bereich stehen 2-cm- und 3,5-cm-Fliegerabwehrmaschinenkanonen zur Verfügung, wobei die aus der Schweiz stammenden, radargesteuerten 3,5-cm-ZFIK-Systeme in vielen Ländern zur Standardausrüstung gehören und auch mit Lenkwaffen kombiniert werden können - über diese Möglichkeit wird auch in Österreich nachgedacht.

Fernmeldetruppe

Die Fernmeldetruppe des österreichischen Bundesheeres wird ihrer Aufgabe als Führungstruppe mit modernem Gerät, das dem letzten Stand der Fernmeldetechnik entspricht, immer mehr gerecht. Die Führungsfähigkeit der Armee wird durch den Aufbau und Betrieb von Fernspreverbindungen, Funksprechverbindungen, Richtfunkverbindungen, Funkfernsehverbindungen, Telefaxverbindungen sowie Datenübertragungssystemen gewährleistet. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, daß z. B. die gesamte alte UKW-Gerätegeneration erneuert werden muß, daß ortsfeste Vermittlungsanlagen noch mit „Motorwählern“ ausgestattet sind, und daß daher auch hier Nachholbedarf in Milliardenhöhe besteht.

ert werden muß, daß ortsfeste Vermittlungsanlagen noch mit „Motorwählern“ ausgestattet sind, und daß daher auch hier Nachholbedarf in Milliardenhöhe besteht.

Internationale Rüstungstrends

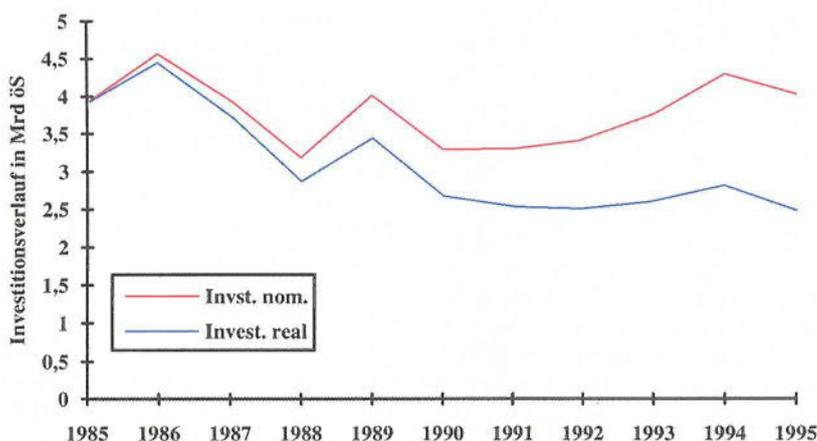
Im Bereich der Bündnis- bzw. der ehemaligen Paktstaaten wird abgerüstet - allerdings nur, was ältere oder veraltete Technologie betrifft, für die es weltweit - soweit exportierbar - noch genug Abnehmer gibt. Spitzentechnologie wird weiter entwickelt, jedoch in langsamerem Tempo, und in den Streitkräften eingeführt, allerdings in behutsameren Schritten. Generell wurden und werden Personal- und Materialmengen reduziert, weil sich niemand mehr die bisher notwendigen Budgets leisten kann oder will. Gleichzeitig wird ein Teil des dadurch freiwerdenden Geldes in die Modernisierung des verbleibenden Gerätes gesteckt, so daß insgesamt die Kampfkraft eher steigt als sinkt. Was moderne Technologie und Führung in einer konventionellen Auseinandersetzung gegen ein durchschnittlich gerüstetes und wenig effizient geführtes Massenheer auszurichten vermögen, hat schon 1991 der Zweite Golfkrieg gezeigt.

Es ist daher unschwer vorauszusagen, daß in den nächsten Jahren der Trend zur

Modernisierung der Waffen- und Gerätesysteme, allerdings gebremst wegen der dafür erforderlichen Mittel, weitergehen wird. Durch verstärkten Einsatz von Elektronik werden die Systeme kleiner, leichter sowie um ein vielfaches leistungsfähiger und werden weniger Personal zur Bedienung benötigen. Offenbar geht der Trend auch dahin, in möglichst vielen Bereichen die zur Bedienung erforderlichen teuren Spezialisten dem unmittelbaren Gefährdungsbereich des klassischen Gefechtsfeldes zu entziehen und abgesetzt agieren zu lassen. Der „Pilot“ einer Drohne etwa arbeitet schon heute, weit entfernt vom Einsatzraum, vor einem Bildschirm.

In anderen Bereichen wie Artillerie oder Panzerwaffe dürfte die Entwicklung konventioneller verlaufen. Erhöhter Schutz, größere Beweglichkeit und verbesserte Waffenwirkung stehen hier im Vordergrund. Bahnbrechende Entwicklungen oder völlige Neukonstruktionen zeichnen sich zumindest für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre nicht ab. Bei Kampfpanzern oder anderem hochwertigem Gerät könnte wieder einmal der Selbstschutz durch Flugkörperabwehrsysteme wie z. B. ARENA erheblich verstärkt werden. (ARENA ist ein in Rußland entwickeltes aktives Schutzsystem, bei dem ein entsprechender Radarkontakt gerichtete Ladungssegmente auslöst und so einen Schutzkegel um den Panzer aufbaut. Es wird derzeit von einer deutsch/französi-

Investitionsverlauf in den Jahren 1985 bis 1995



Graphik: Gen. Carrerei

Jahr	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Invest. nom.	3,9	4,57	3,956	3,189	4,015	3,308	3,307	3,423	3,768	4,301	4,04
Invest. real	3,9	4,456	3,745	2,889	3,437	2,691	2,558	2,52	2,617	2,819	2,499

schen Firmengruppe weiterentwickelt.) Damit könnte andererseits wieder die Panzerabwehrkanone als wichtiges Abwehrmittel hohe Bedeutung erlangen. Für einen Kleinstaat inmitten hochgerüsteter Nachbarstaaten wird durch solche absehbare Tendenzen die Aufgabe der Sicherstellung seiner Verteidigung nicht einfacher. Mehr noch als bisher wird er darauf angewiesen sein, sich auf den klassisch-konventionellen Teil der militärischen Sicherheit zu beschränken und gewisse, besonders aufwendige Erfordernisse, wie etwa Fernaufklärung, Elektronische Kampfführung oder weitreichende Flugkörperabwehr, entweder auszuklammern oder mit anderen Staaten gemeinsam abzudecken - ein wahrhaft politisches und auch nur auf dieser Ebene lösbares Problem.

Ausblick in eine ungewisse Zukunft

All diesen Fakten, Überlegungen und Betrachtungen steht in Österreich die harte Realität der für die äußere Sicherheit verfügbaren finanziellen Mittel gegenüber. „Das Bundesheer hat in den 40 Jahren seiner Existenz gelernt, mit der Armut zu leben“, stellte der Historiker Dr. Manfred Rauchensteiner kürzlich fest - eine Formulierung, der wohl nichts hinzuzufügen ist.

Europa hat sich gewandelt, Österreich ist der Europäischen Union beigetreten, wir sind in die Entstehung einer europaweiten Außen- und Sicherheitspolitik mit einbezogen, wirken in der „Partnership for Peace“ mit, diskutieren über die Neutralität und bereiten uns auf die große europäische Regierungskonferenz 1996 vor. Schon werden Stimmen mit politischem Gewicht laut, welche die bereits bisher indiskutablen finanziellen Ressourcen der österreichischen Landesverteidigung weiter vermindert sehen möch-

ten, weil nunmehr ohnedies andere Soldaten gegebenenfalls für unseren Schutz herangezogen werden können. Auf den moralischen Aspekt und die Wahrscheinlichkeit der Realisierbarkeit solcher Ansichten soll hier nicht eingegangen werden, wohl aber auf die Entwicklung des Verteidigungsbudgets, insbesondere auf den sogenannten Investitionsanteil (siehe nebenstehende Übersicht).

Aus dieser Übersicht geht die seit Jahren anhaltende Talfahrt der Mittel für Investitionen und Betrieb klar hervor. Im Gesamtbudget wird sie durch die ständig und etwa gleichmäßig steigenden Kosten für das Personal verschleiert, was nach außen sogar ein gewisses Wachstum vortäuscht. Das Verhalten der österreichischen Staatspolitik zu ihren Streitkräften war immer und ist unverändert von hoher Zurückhaltung gekennzeichnet. Das hat seine Wurzeln in der Mentalität unserer Mitbürger, die die äußere Sicherheit zwar fordern, dafür aber aus schwer erklärbaren Gründen zu keinen Aufwendungen bereit sind. Das schlägt natürlich voll auf die österreichische Innenpolitik durch. In Zeiten aufeinanderfolgender Sparpakete zur Rettung des Gesamtbudgets und in einer vom militärischen Bedrohungsbild her scheinbar konsolidierten Umwelt ist daher unschwer vorzusagen, daß die negative Entwicklung der finanziellen Ansätze für Angelegenheiten der militärischen Landesverteidigung wohl ihre Fortsetzung finden wird. Dann muß aber auch entsprechend reagiert werden.

Als erstes wird es, wenn diese Prognosen eintreten, notwendig sein, sich auf die Erhaltung der eigentlichen Kampfkraft im Sinne des Kampfes der verbundenen Waffen zu konzentrieren. Das bedeutet einerseits, daß Beschaffungen, die nicht direkt diesem Zweck dienen, ausgesetzt oder aufgeschoben werden, und andererseits, daß Systeme, die ihren

General Mag. Dr. Peter Corrieri, geboren 1938; Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie, 1961 Ausmusterung zur Panzerartillerie, bis 1966 Truppenverwendungen als Zugkommandant, Ausbildungsoffizier, Feuerleitoffizier, S 3/ Artillerieabteilung; anschließend Absolvierung des 5. Generalstabskurses, mit nachfolgender Verwendung im Gruppenkommando I in Wien; zwischen 1970 und 1974 nebenbei Jus-Studium. 1971 Referatsleiter im BMLV/Abteilung Mobilmachung (Mobilplanung), später Abteilungsleiterstellvertreter, 1975 Bestellung zum Leiter der Adjutantur. Ab 1. Jänner 1981 Chef des Kabinetts; seit 1. Februar 1986 Leiter der Sektion IV.

Zweck nicht mehr erfüllen können, so rasch wie möglich neu beurteilt und nach Möglichkeit ersetzt werden. Dabei gilt es, die vielfältigen neuen Möglichkeiten der europäischen Integration nach Kräften zu nützen.

Eine echte Entscheidung, welche Zukunft dem österreichischen Bundesheer beschieden ist und welche Leistungen es zu erbringen hat, wird wohl das kommende Jahr und werden die Ergebnisse der europäischen Regierungskonferenz bringen. Mit der vorauslaufenden innenpolitischen Debatte werden dort die Weichen gestellt, ob Österreich in Zukunft die Pflichten und Rechte eines Mitglieds in einem mächtigen Sicherheitsbündnis in Anspruch nehmen wird oder allein auf sich gestellt bleibt - bildhaft gesprochen mit dem Rücken zur Außenmauer einer Festung Europa. In jedem Fall werden dieser Grundsatzentscheidung Maßnahmen folgen müssen, die wohl auch bedeutende Auswirkungen auf die materielle Komponente unserer Streitkräfte haben werden. ▼

Quellenangaben:

25 Jahre Bundesheer der Zweiten Republik, BMLV, Wien 1980.
Wehrhaftes Österreich, Verlag A. F. Koska, Wien 1993 (unter Zitierung verschiedener Textpassagen).

TRUPPENDIENST-TASCHENBÜCHER

UNVERÄNDERT AKTUELL

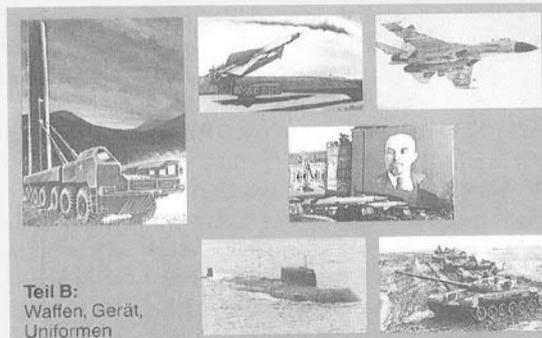
Band 2: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten**

Dr. Friedrich Wiener (†)

Achte, völlig neu bearbeitete Auflage,
Wien 1990

Teil 2B: Waffen, Gerät, Uniformen

384 Seiten, S 115,-, DM 17,20, sfr 15,20
ISBN 3-7008-0382-8



Zu beziehen über jede Buchhandlung

Herold Druck- und Verlagsges. mbH, Wien

Wilhelm Kuntner, General iR, 80:

Ein Offizier mit hohem politischem Empfinden und Zivilcourage

General iR Professor Wilhelm Kuntner vollendet demnächst sein 80. Lebensjahr. Der Offizier ist als couragierter und analytischer Denker im In- und Ausland bekannt.

Wer General Wilhelm Kuntner persönlich kennt, weiß wovon die Rede ist: von einem Offizier der ersten Stunde des Bundesheeres, von einem hochpolitischen Menschen, der auch den Mut hat, Wahres so zu benennen, und von einem Denker, dem die Sicherheit unseres Landes ein ganz besonderes Anliegen ist. Doch das Denken allein ist immer nur die Vorstufe gewesen; darauf folgten auch stets konsequente Aktivitäten unterschiedlichster Art: im militärischen genauso wie im zivilen Bereich.

Soldat mit leidgeprüfter Erfahrung

General Kuntner begeht am 17. November dieses Jahres seinen 80. Geburtstag. Seine Berufslaufbahn war stets eindeutig geprägt. Nach der Matura entschloß sich der 1915 in Bruck a. d. Mur geborene Steirer, den Soldatenberuf zu ergreifen und wurde 1936 einjährig Freiwilliger im Dragonerregiment 1. Aufgrund der politischen Aktivitäten seines Vaters in der autoritären Dollfuß-Schuschnigg-Ära für die damals illegale SPÖ konnte Wilhelm Kuntner nicht die Militärakademie besuchen. 1938 in die Deutsche Wehrmacht übernommen, ausgebildet zum Offizier an der Kriegsschule in Dresden, musterte er 1939 zum Leutnant aus. Polen-, Frankreich- und Ostfeldzug - alle Stationen der damaligen Wehrmacht - durchlebte er und befand sich ab April 1942 als Kompaniechef im Panzerregiment 93 an der Ostfront. Nach dreimaliger Verwundung geriet er als Hauptmann mit Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft. Die Erlebnisse seiner Jugend hinterließen tiefe Spuren: Der Wunsch nach Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden in Freiheit



Foto: HBF

für sich und seine Heimat mußte anders, als bisher erlebt, in die Realität umgesetzt werden.

Ein Mann der ersten Stunde beim Aufbau des Bundesheeres

Ab 1952 im Bundesministerium für Inneres tätig, war der damalige Rittmeister Wilhelm Kuntner als Angehöriger der B-Gendarmerie ein Mann der ersten Stunde beim Aufbau des neuen österreichischen Bundesheeres. Zunächst bei der Panzertruppenschule eingeteilt, wurde er im September 1956 zum Kommandanten des Panzerbataillons 4 (Graz) ernannt. Schon im Herbst desselben Jahres fand er sich mit seinem Verband im Einsatz an der Grenze zu Ungarn, jenem Land, in dem zu dieser Zeit der Aufstand gegen Sowjets und Kommunisten tobte. Die Auswirkungen

dieses „realen Sozialismus“ gingen an Wilhelm Kuntner nicht spurlos vorüber.

Nach der Generalstabsausbildung (2. Kurs) und der Übernahme in den höheren militärischen Dienst (als Vorläufer des Generalstabsdienstes) führte sein Weg nach Götzendorf, wo er als Chef des Stabes der 9. Panzerbrigade (1960 bis 1962 Panzer-, später Panzergrenadierbrigade) mit seinem Kommandanten, Emil Spannocchi, ein legendäres und äußerst erfolgreiches Team bildete. In dieser Zeit, als die anderen heutigen Panzergrenadierbrigaden noch immer Infanteriebrigaden gewesen waren, war die „Neunte“ mit ihrem Führungsduo bahnbrechend für den Einsatz der modernen Panzertruppe in Österreich. Die Brigade war eine Vorzeigebrigade für das gesamte Heer. Mit dem ihr innewohnenden noblen und honorigen „Panzergeist“ wurde nicht nur eine Generation von Offizieren des Bundesheeres höchst positiv beeinflusst, sondern Fundamentals auch auf dem Gebiet des Reserveoffizierswesens vorbereitet: Frühzeitige Kontakte und Planungen schufen die Grundlagen für die späteren gesetzlichen Regelungen. Wilhelm Kuntner war auch hier ein Wegbereiter.

Die Landesverteidigungsakademie - ein Lebensziel

1963 übernahm der damalige Oberst dG Spannocchi die Stabsakademie in Wien, und es sollte nicht lange dauern, bis ihm Wilhelm Kuntner 1964 vorerst als Kommandant eines Generalstabskurses dorthin folgte. Und wieder war es dieses Team, das Grundlegendes schaffte. Die Generalstabsausbildung

an der umbenannten Landesverteidigungsakademie wurde dessen besonderes Anliegen. Als Stellvertretender Akademiekommandant baute Kuntner im Wissen um die Schwächen der österreichischen Landesverteidigung zielbewußt von 1965 bis 1970 auch die Lehrgruppe „Umfassende Landesverteidigung“ aus. Sie war der Ausgangspunkt für eine Entwicklung, die später zur Verankerung der ULV in der Bundesverfassung führte.

Seine Initiativen auf diesem Gebiet konnte er auch als Leiter der Abteilung für Wehrpolitik im BMLV, wo er von 1970 bis 1973 wirkte, umsetzen.

Seine große Begabung, die weit über das Militärische hinausgeht, entfaltete der General im Zusammenwirken mit zivilen Einrichtungen. Er schuf für das Heer enge und wesentliche Kontakte zu allen entscheidenden zivilen Interessengruppen wie Gewerkschaften, Kammern und anderen Vereinigungen. Die aus der Ersten Republik herrührenden Divergenzen zwischen Arbeiterschaft und Heer konnten endgültig beseitigt werden.

Die Regierung entsandte ihn zu KSZE-Verhandlungen und Konferenzen, auf denen er mit Erfolg fünf Jahre hindurch als Koordinator für militärische Bereiche tätig war. Kuntner bekam aus dem Munde ausländischer Staatsmänner manches Lob für sein Wirken bei den Vertrauensbildenden Maßnahmen der Helsinki-Schlußakte zu hören.

Nach einem Intermezzo von 1973 an, das ihn - wieder im Zusammenwirken mit Spannocchi - nun als Generalmajor und Stellvertretenden Armeekommandanten sah, übernahm Wilhelm Kuntner am 1. Oktober 1975 das Kommando der Landesverteidigungsakademie. Nun hatte er sein Lebensziel erreicht. Er konnte die „Akademie“, in der er bereits früher die Grundsteine dazu gelegt hatte, zu einer national und international anerkannten Ausbildungsstätte hoher militärischer und ziviler Führungskräfte gestalten. Nicht nur Soldaten wurden hier mit internationalem Standard geschult, sondern Opinionleader

aus Wirtschaft, Verwaltung und dem Schulbetrieb konnten sich in Seminaren mit den Problemen der Landesverteidigung auseinandersetzen. So mancher „Saulus“ wurde dabei zum „Paulus“ und legte seine ideologische Brille ab. Das Bundesheer von heute wäre froh, wenn es diese Einrichtungen noch gäbe! Vier Jahre nach seiner Beförderung zum General der Panzertruppe schied Wilhelm Kuntner 1980 aus dem aktiven Dienststand aus. Die Landesverteidigungsakademie ist auch in seinem Ruhestand sein liebster Aktionsplatz geblieben.

Ein unermüdlicher Rufer und Akteur

Auch nach seiner Pensionierung ist General Kuntner höchst aktiv. 1983 veröffentlichte er in seinem Buch „Ist Europa noch zu retten?“ die „Visionen eines optimistischen Realisten“. Bereits damals prognostizierte er, daß „nicht der nukleare Weltuntergang, sondern die Probleme der Entwicklungsländer - Bevölkerungsexplosion, Hunger, Ersatzkonflikte und wechselnde Unterjochung - die Gefahren von morgen“ darstellen werden. Wie recht er hatte, sieht man heute eindringlich.

In den Medien ist der General nach wie vor präsent. Nicht nur im TRUPPENDIENST kann seine Kolumne seit 1987 regelmäßig gelesen werden, sondern so manche Tageszeitung - wie z. B. die „Vorarlberger Nachrichten“ - stellt seine Fachmeinung zum politischen Geschehen in der Welt ihren Lesern vor. 50mal ist mit diesem Heft Professor Kuntners Bericht über „Aktuelles Weltgeschehen“ in der vorliegenden Zeitschrift nun bereits erschienen. Die Redaktion ist besonders stolz und glücklich, diesen erfahrenen Experten in ihren Reihen zu haben.

Professor Kuntners Ansicht wird nicht nur gerne gelesen, sondern sein Rat wird wie je auch gerne gehört: Er ist unter anderem Mitglied des International Institute for Strategic Studies in

London, gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen an und ist Lehrbeauftragter am Institut für Friedensforschung der Universität Wien. 1990 erhielt General Kuntner für seine herausragende Tätigkeit im Rahmen der Geistigen Landesverteidigung den Berufstitel „Professor“.

Mut zur unbequemen Wahrheit

General Kuntner hat mit seinen offenen, ungeschminkten Aussagen stets die Öffentlichkeit aufhorchen lassen. Das war bei der dringend erforderlichen Raketenbewaffnung des Bundesheeres genauso wie bei der Demaskierung der Sowjetunion als „entspannungssuchende Macht sui generis“. Er nennt die Dinge beim Namen, auch wenn es der einen oder anderen politischen Partei nicht genehm ist. Die Aktionen zur Demontage des Bundesheeres („Sechs Monate sind genug“, Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres) brachten ihn auch in Konfrontation mit der ihm nahestehenden SPÖ.

Kuntners Deutlichkeit und persönlicher Mut sind nicht immer und überall anzutreffen. Viel zu viel wird sonst mit „diplomatischem“ Gehabe kaschiert. Aber die „Wahrheit hat nun keine parteipolitischen Vorzeichen“, meinte er einmal seinen Zuhörern gegenüber und hat dies auch stets offen demonstriert. Seine ausgeprägte Zivilcourage macht ihn zu einem der profiliertesten Generale der Zweiten Republik. Das positive Eintreten für die Teilnahme an der Europäischen Union und die zeitgerechte Warnung vor der Beibehaltung einer heute ungenügenden Neutralität für Österreich kennzeichnen den ungebrochenen Weitblick des Jubilars.

Der Chronist und die Redaktion dieser Zeitschrift wünschen General Professor Wilhelm Kuntner alles Gute und weiterhin viel Schaffenskraft: ad multos annos!

Generalmajor iR Gerhard Donat

Besitzen Sie schon alle

TRUPPENDIENST-Taschenbücher?

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der vorletzten Umschlagseite!

Aus der Truppe

Ein Heer zum Verstecken?

Wenn im österreichischen Sommertheater nicht gerade „geoutet“ (du arme deutsche Sprache!) oder ein todkrankes Kind über Bildschirm und Titelseiten gezerrt wird, hauen wir das Bundesheer! Zeiten ohne unmittelbare Krise oder Katastrophe eignen sich sehr zum Abreagieren hitzebedingter Wallungen - und sei es wegen eines Vorbeimarsches. Im Hintergrund steht wohl anderes - nämlich die grundsätzliche Abneigung gegen das „Militär“.

Ohne Hemmungen wird das öffentliche Auftreten österreichischer Soldaten in gedankliche Verbindung mit dem Balkan-Gemetzel gebracht und solcherart diffamiert. Ich weiß nicht, was da hinter mancher Denkerstirn vorgeht - *aber wenn die Ereignisse der letzten vier Jahre etwas beweisen, dann dies: Eine zum Schutz des eigenen Landes und seiner Bürger befähigte Armee ist im ausgehenden 20. Jahrhundert lebenswichtig!*



Parade auf der Ringstraße.

Auch etwas weniger absurde Argumente sind in Zeiten der Sparpakete leicht verkäuflich. Angesichts spürbarer Einschränkungen im Dienstbetrieb erzielen sie auch im Heer selbst Wirkung. Glauben wir aber wirklich, daß die Absage des Vorbeimarsches zu spürbaren finanziellen Schüben im Bereich Ausbildung, Infrastruktur oder Ausrüstung führen würde?

Wer ein paar Jahre im Bundesheer dient, hat sicher an mehreren Vorbei-

märschen teilgenommen - im Marschblock, am Führungs-, Kampf- oder Transportfahrzeug oder auch als Zuschauer. Welche Gefühle bewegen den Soldaten, wenn er vor tausenden beifallspendenden Mitbürgern und Mitbürgerinnen und vor einer vollbesetzten Ehrentribüne vorbeizieht? „Fühlt“ man sich da nicht, wenn auch das Vorüber kein Honiglecken war? Wie ist das mit einheitlichem Auftreten, Disziplin und Gemeinschaftssinn? Brauchen wir das alles in einer „modernen“ Armee nicht mehr oder ist das doch unverzichtbarer Teil unserer Ausbildung?

Sehen wir in uns selbst noch eine tragende Säule des Staates? Fühlen wir uns bei besonderen Jubiläen dieser Republik als Symbol von Selbstbehauptungswillen und -fähigkeit angesprochen oder nur noch als Jobinhaber ohne innere Beziehung zu unserem Tun?

Erinnern wir uns der Anlässe zu diesem Vorbeimarsch: Es geht nicht um irgendwelche geschichtliche, sondern um entscheidendste Ereignisse für die Selbstständigkeit unseres Landes und das Selbstverständnis seiner Bewohner: 50 Jahre Zweite Republik, 40 Jahre Wiedererlangung der Souveränität und, untrennbar mit dieser verbunden, die Aufstellung der eigenen bewaffneten Macht „Bundesheer“. Wenn geschichtslos erzogene Jungpolitiker (und ein paar ältere, deren Erinnerungsvermögen vielleicht lückenhaft ist) sowie diverse Kommentatoren nicht wissen oder verstehen wollen, welche Rolle eigenständige Streitkräfte für die Souveränität eines Staates spielen, sollte das zumindest im Heer selbst klar sein!

Dann sind da noch die 1 000 Jahre der Existenz Österreichs. Erinnert das Millennium nicht auch daran, wie oft sich Soldaten für dieses Land, das in den Wechselfällen der Geschichte zwischen einem kleinen Fleck auf der europäischen Landkarte und einem riesigen Reich schwankte, opferten? Ich weiß schon, unsere „fortschrittliche, aufgeklärte Geisteshaltung“ will von Erinnerung an militärische Entscheidungen nichts hören. Bestenfalls wird dies abwertend beurteilt. Wie vielleicht noch ein paar hoffnungslos altmodische Patrioten erlaube ich mir eine andere Meinung dazu!

Für mich steht fest: Wenn eine Parade zu diesen Anlässen unterbliebe, dann

bräuchten wir in den nächsten Jahrzehnten zu keinerlei Vorbeimarsch in der Öffentlichkeit mehr antreten - denn welche anderen Daten als die erwähnten könnten das rechtfertigen?

Es geht längst nicht mehr um die vordergründige Argumentation in manchen Wortmeldungen und Kommentaren - es geht um den Sinn des Soldatseins in dieser Alpenrepublik! Haben wir Selbstbewußtsein und Bereitschaft, unseren Einsatz für dieses Österreich auch öffentlich in markanter Form zu belegen oder treten wir den Rückzug in die Kasernen an? So etwas geschah am Höhepunkt der versuchten Demontage-Reform Anfang der siebziger Jahre, und es hatte keine positiven Folgen.

Zur Behauptung, daß eine Parade überhaupt nicht notwendig sei, weil wir Schutz und Hilfe ohnehin bei tausend Einsätzen im Katastrophenfall, bei Grenzsicherungseinsätzen usw. demonstrieren, ist nüchtern festzustellen, daß uns dabei jeweils nur der sehr eingeschränkte Kreis unmittelbar Betroffener dankbar zur Kenntnis nimmt, die Masse unserer Landsleute aber überhaupt nicht! Eine vom Fernsehen übertragene Parade in der Bundeshauptstadt mit entsprechender Zuschauerkulisse dagegen hat eine ganz andere Publikumswirksamkeit.

Genau das gilt es für die - unter Vorschützen von Budgetsparsorgen oder sonstigen, scheinbar ehrenwerten Motiven - agitierenden Heeresgegner zu verhindern, deren Ziel lautet: Das Bundesheer soll aus der Öffentlichkeit verschwinden! Was man mit direkten Abschaffungsinitiativen nicht erreicht hat, wird vielleicht am „stillen Weg“ gelingen: Die Abkoppelung der Soldaten von der Bevölkerung - die Meinungsumfragen über den Verteidigungswillen zeigen ja schon, wie die jahrzehntelang im Bildungs- und Informationsbereich gelegten Samen aufgehen - und parallel dazu die finanzielle Aushungerung führen mittel- bis langfristig de facto zum Ende einer wirksamen Landesverteidigung. Ob die Sprücheklopfer dann dieses Österreich schützen können, wage ich sehr zu bezweifeln!

Oberst dG Gunther Spath



Die Waffengattungen des Bundesheeres nach 40 Jahren

Oberst Ing. Altmann Linninger

Die mechanisierten Truppen

Mit dem Korpsgeist von Eliteverbänden ...

Die Bedrohung durch Massenheere ist einer technischen Bedrohung gewichen, die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung bleibt aber die Verteidigung Österreichs gegen Angriffe von außen. Die Bedeutung der mechanisierten Truppen ist daher stark angestiegen - dies zeigt auch das Konzept für den Einsatz des Bundesheeres. Die Soldaten der mechanisierten Truppen Österreichs haben sich den Korpsgeist von Eliteverbänden bis heute bewahrt, der Großteil ihrer gepanzerten Fahrzeuge steht aber am Ende ihrer verantwortbaren und ökonomisch vertretbaren Nutzungsdauer.

Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und der Auflösung der Sowjetunion glaubten viele im Westen, daß der jahrzehntelang dauernde Rüstungswettlauf nun endlich ein Ende gefunden habe. Tatsächlich aber verblieben hohe moderne und modernste konventionelle militärische Potentiale im Umfeld Österreichs. Als formeller Abschluß der VKSE (Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa) wurde ein Vertragswerk ausgehandelt, das den einzelnen Vertragspartnern Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme (u. a. auch für Kampfpanzer) zuordnet. Verständlicherweise erfolgt die *Verschrottung* vor allem *älteren Gerätes*, wie z. B. der Kampfpanzer T-54, T-55 und T-62 auf russischer sowie M-48 und „Leopard“ 1A1 bis 1A3 auf deutscher Seite. Zwar sind aufgrund haushaltspolitischer Gründe die Inlandsaufträge an die Industrie der GU-Staaten zurückgegangen, aber während in der Vergangenheit nur ältere, spezielle Exportversionen angeboten wurden, sind russische Industriebetriebe heute bestrebt, den Verkauf modernster Waffentechnologie voranzutreiben. Das Schlagwort dabei heißt „Kampfwertsteigerung“.

Die Bedrohung durch Massenheere ist einer technischen Bedrohung gewichen, die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung bleibt aber die Verteidigung Österreichs gegen Angriffe von außen. Die *Kriegstüchtigkeit* hat daher der alleinige Maßstab für die Existenzberechtigung zu sein. Nur die daraus erzielbare Abhaltewirkung bestimmt den Grad der Akzeptanz des Bundesheeres bei der Bevölkerung.

Lange Zeit schien es, als wäre mit den Panzerabwehrwaffen, vom Boden und aus der Luft verschossen, das Ende der Panzerwaffe eingeläutet worden. Inzwischen hat die Schutztechnologie solche Fortschritte erzielt, daß viele Panzerabwehrsysteme ihre Wirkung eingebüßt haben. Die Bedeutung der mechanisierten Truppen ist daher im Ausland stark angestiegen. Auch nach dem Konzept für den Einsatz des Bundesheeres wird die Nachhaltigkeit der Abwehr von der Verfügbarkeit der *Reserven, die über eine hohe Gefechtsfeldbeweglichkeit verfügen* und daher vornehmlich aus mechanisierten Kräften bestehen müssen, bestimmt.

Die Ausbildung

Die Ausbildung umfaßt je vier Monate Basisausbildung und Verbandsausbildung. Nach der vierwöchigen Allgemeinen Basisausbildung (ABA) erfolgt die waffeneigene Basisausbildung (WBA) als Einzelausbildung für die Richt- und Ladeschützen sowie die Schulung der Panzerfahrer am Gerät. Nach Abschluß der Panzerfahrerschule erfolgt die Bildung von Panzer- und Jagd-



panzerbesatzungen sowie von Panzergranadiergruppen und eine sechswöchige Basisausbildung. Nach der Basisausbildung sollen die Besatzungen als Präsenzkkräfte für einen Sicherungseinsatz an der Staatsgrenze befähigt sein.

Simulatorausbildung

Seit 1988 stehen für die Ausbildung der Panzerbesatzungen an den Kanonen des M-60A3, des Jagdpanzers „Kürassier“ und an der Maschinenkanone 66 des Schützenpanzers *Schießsimulatoren* zur Verfügung, welche 1994 durch Kommandantenstände ergänzt wurden.

Die Ausbildungsziele der vorbereitenden Schießausbildung sind im besonderen die schnelle Zielaufklärung und Zielzuweisung, die störungsfreie und schnelle Zusammenarbeit innerhalb der Panzerbesatzung sowie das genaue Anrichten der Ziele beim Führen des Feuerkampfes. Bei der Ausbildung ohne Simulator hatte der Ausbilder kaum Möglichkeiten, die Leistung der Besatzung zu überwachen und zu beurteilen.

Der Schießsimulator protokolliert nun die Tätigkeiten der Besatzung und ermöglicht so eine Leistungsbewertung (z. B. dieser Panzerkommandant benötigt vier Sekunden, um das Ziel aufzuklären und zwei Sekunden, um zu übersteuern, jener Richtschütze benötigt eine Sekunde zur Entfernungsermittlung und drei Sekunden bis zur Schußabgabe). Bei Fehlschüssen kann durch Reproduktion des Schießvorganges gezeigt werden, warum nicht getroffen wurde. Die Schießleistungen unserer mechanisierten Kampftruppen haben sich dadurch deutlich verbessert.

Oberst Ing. Altmann Linninger, Jahrgang 1938, Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie von 1959 bis 1962; danach Ausbildung an der Panzertruppenschule der US Army in Fort Knox, USA; ab 1964 Zugs- und Kompaniekommandant im Panzerbataillon 14; ab 1977 stellvertretender Bataillonskommandant; ab 1979 Bataillonskommandant des Panzerbataillons 14; ab 1986 stellvertretender Kommandant der Panzertruppenschule; von 1988 bis 1991 Referent (Inspektion Panzer) im BMLV; derzeit Kommandant der Panzertruppenschule.

Stationen des Panzergefechtssdienstleistungsbewerbes			
Nr.	Kampfpanzer	Jagdpanzer	Panzergrenadiere
1	Funktionsüberprüfung Turm/Wanne	Marschvorbereitungen treffen	Herstellen der Gefechtsbereitschaft
2	Feuerbereitschaft, Handzettel	Bergen eines Verwundeten	Durchführung einer Bergung mittels SPz
3	Schießen im Notbetrieb	ABC-Schutzmaßnahmen	Feuerkampf auf stehende Ziele
4	ABC-Schutzmaßnahmen	Maschinenwaffen bedienen	ABC-Schutzmaßnahmen
5	Überwinden einer kritischen Strecke	Überwinden einer kritischen Strecke	Überwinden einer kritischen Strecke
6	Zielaufklärung	Ziele erkennen	Ziele erkennen und Entfernung ermitteln
7	Munitionieren und betanken	Nachmunitionieren	Handhabung der Maschinenwaffen (üsMG und IMG)
8	Einzelgefechtsschießen	Einzelgefechtsschießen	Absitzen zum Gefecht
9	Bergen eines Verwundeten, SKH	Vorbereitungen für den Nachtkampf	Bergen eines Verwundeten, SKH
10	Verhalten bei Ausfall, Feuerkampf der ausgebooteten Besatzung	Unbrauchbarmachen und Feuerkampf mit P 80 und MG 74	Gruppengefechtsschießen (mit üsMG, IMG, StG)

Die *Gefechtssimulatoren* SIMFIRE Typ S sind direkt am Kampfpanzer M-60A3 bzw. am Jagdpanzer „Kürassier“ montiert. Der Zustand aller Bedieneinrichtungen des Turmes wird durch Sensoren an einen Rechner übermittelt. Ein ausgesendeter Laserstrahl läßt durch Reflektoren am Ziel, einem ebenfalls mit SIMFIRE ausgestatteten Panzer, die genaue Trefferlage bzw. den Fehlschuß erkennen. Treffer werden zusätzlich durch eine orangefarbige Drehleuchte oder durch Rauchkörper orange dargestellt. Das Verhalten der Panzerbesatzungen bei Übungen hat sich dadurch um 100 Prozent verbessert, die Motivation ist enorm gestiegen.

Probleme gibt es dabei, weil nur jeweils eine begrenzte Zahl an Panzern damit ausgerüstet werden kann. Eine volle Verkabelung aller Panzer würde zeitraubende Ein- und Ausbaurbeiten ersparen.

Erste Schritte wurden also mit der Einführung des Schießsimulators und der Gefechtssimulatoren bereits mit bestem Erfolg getätigt. In der Zukunft werden aber folgende (fehlende) Rahmenbedingungen vermehrt Ausbildungsdefizite bewirken:

- Mangel an geeigneten Schießbahnen und Übungsgebieten;
- einengende Umweltschutzauflagen und Sicherheitsbestimmungen;

- Kürzung von Munition und Betriebsstoffen aufgrund finanzieller Zwänge. Simulatoren sind heute in der Lage, diese Ausbildungsunzulänglichkeiten wenigstens teilweise auszugleichen. Sie bieten die Möglichkeit, Vorgänge in „virtueller Realität“ nachzubilden.

Natürlich ersetzen Simulatoren nicht die Ausbildung am Originalgerät, die Frage der Rentabilität für Fahrsimulatoren ist bis jetzt ungeklärt, auch fehlen in Österreich noch Simulatoren für die Schulung von Zugs-, Kompanie- und Bataillonskommandanten der mechanisierten Truppen. Alle diese Überlegungen sollten in einem Ausbildungsmittelkonzept zum Ausdruck kommen.



Das Panzergefechtssdienstleistungsabzeichen

Wettbewerb

Seit 1988 finden genormte Panzergefechtssdienstleistungsbewerbe statt. Hierbei werden die einzelnen Besatzungen der Kampffahrzeuge nach objektiv meßbaren und vergleichbaren Kriterien überprüft. Durch die kommissionelle Abnahme des Bewerbes werden die einheitliche Anwendung und die bundesweite

Vergleichbarkeit sichergestellt. Die zehn Stationen dieses Bewerbes (siehe Kasten links) stellen Standardsituationen dar, in die eine Kampffahrzeugbesatzung im Gefecht kommen kann.

Aus der Schwergewichtsstation Einzelgefechtsschießen der M-60A3 bzw. der Jagdpanzer „Kürassier“ werden als Leistungsgrad die dabei erzielten *Trefferprozent* und *das arithmetische Mittel der Bekämpfungszeit* (Zeit von der Zielzuweisung bis zum Brechen des Schusses, der zum Treffer führt) des Verbandes errechnet und mit den anderen derselben Waffengattung verglichen. Die Leistungssteigerung bei diesen Parametern seit 1988 ist gewaltig - so konnte der Durchschnitt der Bekämpfungszeiten von 25 auf 12 Sekunden gesenkt werden. Gleichzeitig stiegen die erzielten Trefferprozent von 40 auf 70 Prozent. Einige Bataillone erzielten sogar 81 bzw. 83 Prozent. Dabei handelt es sich *nicht* um Spitzenleistungen einzelner ausgesuchter Besatzungen wie bei der Canadian Army Trophy (CAT) der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte und Europa-Nord, sondern um die Leistungen *aller* Panzerbesatzungen inklusive der Milizangehörigen, weil am Leistungswettbewerb sämtliche Besatzungen eines Verbandes teilzunehmen haben.

Diese äußerst erfreulichen Ausbildungserfolge fußen auf einem (trotz schwieriger Rahmenbedingungen) noch immer hoch motiviertem Kaderpersonal der mechanisierten Kampftruppen, das den Geist der Bereitschaftstruppe in die heutige Zeit herübergerettet hat. Sie fußen aber auch auf dem Modernisierungsschub in der Ausbildung durch Einführung von Simulatoren und auf Wettbewerben, die den Tüchtigen Anerkennung und Selbstbestätigung verleihen.

Personelle Situation

Die personelle Situation ist durch reihenweise Pensionierungen vor allem im Bereich der Unteroffiziere einerseits und die stark reduzierte Werbebasis aufgrund äußerst geringer Grundwehrdienerkontingente andererseits gekennzeichnet. Diese geringe Kontingentierung und die immer häufigere Abwesenheit des Kaderpersonals durch Urlaub, Zeitausgleich, Krankheit, UN-Einsatz und Dienstzuteilungen müßten eigentlich Reaktionen der militärischen Führung zur Folge haben.

In der Bundeswehr wurden diesbezüglich unter anderem Versuche hinsichtlich einer „Eingeschränkten Nutzung von Großgerät für die Ausbildung“ (ENGA) durchgeführt.

Ähnliches wäre auch in Österreich möglich: Die Hälfte der gepanzerten Kampf- und Bergfahrzeuge könnte für die Ausbildung genutzt werden (das entspräche zwei vollen Kompanien pro Bataillon), ein Viertel (eine Kompanie) könnte unter der Verantwortung des Bataillonskommandanten „kurzzeitstillgelegt“ und ein Viertel (eine Kompanie) „langzeitstillgelegt“ werden. Dies würde dem Bataillonskommandanten einerseits erlauben, flexibel auf Bedarfsspitzen zu reagieren, andererseits würde er über zwei Kompanien verfügen, die diese Bezeichnung auch verdienen.

Das ständige Üben mit Rumpfkompagnien führt zum Verlust der Führungsfähigkeit, außerdem ist das „Erleben“ einer vollen Kampfkompanie mit Kompaniekommando, Versorgungsgruppe und drei Zügen (neben anderen Maßnahmen wie Unternehmenskultur usw.) Voraussetzung, Lust auf das Längerdienen bzw. Lust am Soldatenberuf zu bekommen. Es sollte nur Verbände geben, die auch *ausreichend* mit Grundwehrdienern befüllt werden können!

Materielle Situation

Kampfpanzer

Der Kampfpanzer M-60A3 erreicht trotz der geplanten Umrüstung auf Wärmebildgerät, der vermutlichen Ausstattung eines Mündungsreferenzsystems und einer verbesserten Stabilisierung das Ende der verantwortbaren und ökonomisch vertretbaren Nutzungsdauer (siehe Oberstleutnant dG Karner, „Nach der Heeresreform: Der Tod der mechanisierten Kampftruppen?“, in TRUPPENDIENST, Heft 6/1992, Seite 527). Die Hauptelemente des Kampfes der mechanisierten Truppen sind Bewegung und Schnelligkeit, Feuerkraft und Überlebensfähigkeit. Der M-60A3 liegt hinsichtlich seines Leistungsgewichtes mit 15 PS/t weit abgeschlagen hinter modernen Kampfpanzern; der T-72 etwa hat 18,8 PS/t, der T-80 27,2 PS/t, der M-1A1 26,6 PS/t und der „Leopard“ 2 27,2 PS/t. Dies bedeutet eine eklatante *Unterlegenheit hinsichtlich Beweglichkeit und Schnelligkeit*.

Je weniger Kräfte verfügbar sind, desto beweglicher müssen diese eingesetzt werden. Zum beweglichen Einsatz sind jedoch nur mechanisierte Kampftruppen befähigt. Soll man unsere Streitkräfte ernst nehmen, müssen sie internationalen Vergleichen standhalten können.

Noch prägt der Kampfpanzer M-60A3 das Bild der österreichischen Panzertruppe - doch er steht bald am Ende seiner verantwortbaren und ökonomisch vertretbaren Nutzungsdauer.



Fotograf: SdZ, Archiv



Der verbesserte Panzerschutz durch Zusatzpanzerungen bei den Panzern des ehemaligen Warschauer Paktes (im Bild ein T-80 mit Reaktivpanzerung) führte bei den NATO-Streitkräften zum Ersatz der auch im M-60A3 eingebauten 105-mm-Standardkanonen durch 120-mm-Glattrohrkanonen.

Kampfwertsteigerungsmaßnahmen scheinen auch beim Jagdpanzer „Kürassier“ aus ökonomischen Gründen nicht mehr zielführend - sinnvoll wäre eher ein Umstieg auf ein System PAL 4000 auf dem Fahrgestell des Jagdpanzers „Kürassier“ oder auf Räderfahrgestell (Bild).



Der verbesserte Panzerschutz durch Zusatzpanzerungen verschiedenster Bauweisen bei den Panzern des ehemaligen Warschauer Paktes führte bei den NATO-Streitkräften ab 1979 zum Ersatz der (auch im M-60A3 eingebauten) 105-mm-Standardkanonen - aufgrund ihrer *mangelnden Durchschlagsleistung/Feuerkraft* - durch 120-mm-Glattrohrkanonen („Leopard“ 1A4, „Leopard“ 2, „Chieftain“, „Challenger“, M-1A1).

Die *Überlebensfähigkeit* der Panzerbesatzung ist eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Kampfmotivation der Panzerbesatzung. Der Schutzwert des M-60A3 entspricht dem technischen *Stand der sechziger Jahre*. Eine Nachrüstung mit Zusatzpanzerungen würde zwar seinen Schutzwert erhöhen, seine Beweglichkeit jedoch noch weiter herabsetzen.

Der M-60A3 ist daher nur noch den Panzern T-54, T-55 und T-62 überlegen. Da aber gerade diese Panzertypen der Verschrottung entgegenstehen, erscheinen wesentliche Kampfwertsteigerungs-

maßnahmen beim M-60A3 nicht mehr zielführend. Darüber hinaus wird die Ersatzteilbeschaffung ab dem Jahr 2005 - in einem ökonomisch vertretbaren Rahmen - kaum mehr möglich sein. Bis dahin müßte ein Nachfolgemodell beschafft werden.

Jagdpanzer

Der seit 1976 eingeführte Jagdpanzer „Kürassier“ war in den siebziger Jahren allen vergleichbaren Waffensystemen überlegen. Aber auch hier wurden die erforderlichen Kampfwertsteigerungsmaßnahmen nicht durchgeführt. Das Fehlen einer modernen Feuerleitanlage inklusive der dazugehörigen Optiken lassen diesem Jagdpanzer in Duellsituationen nur geringe Chancen für den Gefechtserfolg. Für den ausschließlichen Einsatz als bewegliche Panzerabwehr infanteristischer Verbände wäre jedoch der Einbau einer modernen Feuerleitanlage mit einem Wärmebildgerät dringend erforderlich. Die Einführung einer



Der Schützenpanzer stammt aus einer Zeit, in der die - in der Zwischenzeit längst ausgeschiedenen - Kampfpanzer (Bild) noch neu waren. Er ist ebenfalls veraltet. Auch das 12,7-mm-üsmg befähigt ihn nicht mehr zur Bekämpfung feindlicher Schützenpanzer.

Foto: Archiv

Pfeilmunition ist hierbei nur eine halbe Lösung. Es nützt wenig, über eine hohe Durchschlagskraft zu verfügen, aber in der Feuergeschwindigkeit total unterlegen zu sein. Eine Kette ist bekanntlich nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Kampfwertsteigerungsmaßnahmen scheinen auch beim Jagdpanzer „Kürassier“ (aus ökonomischen Gründen) nicht mehr zielführend zu sein. Sinnvoll für die Zukunft wäre eher ein Umstieg auf ein System PAL 4000 auf dem Fahrgestell des Jagdpanzers „Kürassier“ oder später auf einem Panzerfahrgestell mit Räderlaufwerk.

Schützenpanzer

Die Konzeption des Schützenpanzers der Firma Saurer stammt aus den fünfziger Jahren und muß deshalb als veraltet beurteilt werden. Das als Bordwaffe der Panzergrenadiergruppe verwendete 12,7-mm-überschwere Maschinengewehr ist eine Billiglösung und befähigt auf dem heutigen Gefechtsfeld nicht mehr zur Bekämpfung feindlicher Schützenpanzer. Ebenso ist eine erfolgreiche Bekämpfung leichtgepanzelter und schnellfliegender Luftfahrzeuge damit nicht mehr möglich. Die bereits durchgeführten Modifikationen im Wannbereich erhöhen nur die Lebensdauer, haben jedoch nichts mit einer Kampfwertsteigerung zu tun. Aus

diesem Grund sollte der Schützenpanzer nur noch als Mannschaftstransporter, als Waffenträger, Sanitätspanzer sowie als Führungspanzer eingesetzt werden. Diese Funktionen könnten jedoch von einem Panzerfahrzeug mit Räderfahrgestell viel kostengünstiger und effektiver wahrgenommen werden.

Die Panzertruppenschule erhielt Ende Mai 1995 den Auftrag zur Erprobung des Schützenpanzers 90 ASCOD („Austrian Spanish Cooperative Development“). Diese Tatsache und die damit verbundene Aussicht auf die mögliche Einführung dieses modernen Waffensystems hebt wieder stark die Motivation der Panzergrenadiertruppe.

Panzerartillerie und Fliegerabwehr

Die Ausrüstung der Panzerartillerie mit der M-109A2 (siehe Beitrag „Die Artillerietruppe“ in diesem Heft) war ein großer Schritt vorwärts; sie stellt aber nur eine Zwischenlösung dar. Noch in diesem Jahrhundert ist mit dem Zulauf der M-109A5Ö zu rechnen. Bei Einführung dieser Panzerhaubitzen stehen den Panzerartilleriebataillonen modernste Waffen (Reichweitensteigerung auf 30 km) zur Verfügung.

Die Beschaffung der leichten Fliegerabwehrlenk Waffen „Mistral“ für die Panzer-



Foto: Krauss und Maifer

Als Ersatz der mittleren Kampfpanzer M-60A3 ist auf alle Fälle ein Kampfpanzer mit einer 120-mm-Kanone erforderlich. Wünschenswert wäre der „Leopard“ 2, der auch in der Schweiz seit zehn Jahren eingeführt ist und für den sich jetzt auch Schweden entschieden hat.

fliegerabwehrbatterien der Panzergrenadierbrigaden (siehe Beitrag „Die Fliegerabwehrtruppe“ in diesem Heft) war ebenfalls ein bedeutender Modernisierungsschub und schloß eine große Lücke.

Ausblick

Je weniger Kräfte verfügbar sind - so lautet ein alter Grundsatz -, desto beweglicher müssen diese eingesetzt werden. Zu diesem beweglichen Einsatz sind jedoch nur mechanisierte Kampftruppen befähigt. In der „Heeresgliederung-NEU“ wurde der Mobilmachungsumfang zwar halbiert, der Mechanisierungsgrad aber nicht notwendigerweise erhöht; die für die Verwendung in Jägerbataillonen vorgesehenen *Mannschaftstransportpanzer erhöhen* zwar den Schutz der Jägertruppe, aber *nicht die Kampfkraft der Panzertruppe*.

Ein Blick über unsere Grenzen zeigt uns eindeutig eine Entwicklung in Richtung quantitativ kleinerer und qualitativ hochwertigerer *Streitkräfte*, die mit *Masse mechanisiert* sind. Soll man unsere Streitkräfte ernst nehmen, müssen sie *internationalen Vergleichen standhalten können*.

Auch in Osteuropa hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Brigade mit austauschbaren Modulen eine moderne Verbandsstruktur darstellt. Sie ist zur Führung eines beweglichen Gefechtes befähigt, wenn sie mit Führungs-, Unterstützungs- und Versorgungskapazitäten ausgestattet wird und über *ausreichende Kampftruppen* verfügt.

Das ist bei unseren Panzergrenadierbrigaden derzeit nicht der Fall. Nur zwei verfügbare Kampfataillone erlauben im Hinhaltenden Kampf und in der Verteidigung weder eine ausreichende Tiefen- noch eine ausreichende Reservenbildung. Ein Gegenangriff etwa kann nicht genährt werden.

Über die vorgesehene Ausrüstung einiger Jägerbataillone mit Mannschaftstransportpanzern (nur für den splittergeschützten Transport der Jäger vorgesehen) hinaus wäre zur Anhebung des Mechanisierungsgrades des Bundesheeres dringend erforderlich und auch machbar

- durch die Schaffung eines zusätzlichen Panzerbataillons anstelle des Jagdpanzerbataillons 1 (Abgabe der Jagdpanzer an die Aufklärungsregimenter bzw. Aufklärungsbataillone) und
- durch die Aufstellung zweier zusätzlicher Panzergrenadierbataillone (je eines für die 3. und 4. Panzergrenadierbrigade) durch Umrüstung entsprechender Jägerverbände. Das jeweils 1. Panzergrenadierbataillon sollte über



Foto: SDRAG

Die Panzertruppenschule erhielt Ende Mai 1995 den Auftrag zur Erprobung des Schützenpanzers 90 ASCOD. Die Hoffnung auf Einführung dieses Waffensystems hebt stark die Motivation der Panzergrenadiertruppe.

den Schützenpanzer 90, das 2. Panzergrenadierbataillon über Schützenpanzer (Kette) mit 20-mm-Maschinenkanonen - und später über Schützenpanzer (Räderfahrgestell) mit 30-mm-Maschinenkanonen - verfügen.

Als Ersatz der mittleren Kampfpanzer M-60A3 bis zum Jahr 2005 ist auf alle Fälle ein Kampfpanzer mit einer 120-mm-Kanone erforderlich. Wünschenswert wäre der „Leopard“ 2, der bereits in der neutralen Schweiz seit zehn Jahren eingeführt ist und für den sich auch das neutrale Schweden entschieden hat. Hauptgründe für die Entscheidung beider Länder waren das Konzept im westlichen Standard, die Zuverlässigkeit und die internationale Versorgungsreife.

Die unbedingt erforderliche Modernisierung der mechanisierten Truppen sowie die Erhöhung des Mechanisierungsgrades bedürfen einer *bedeutenden Aufstockung* der Ausgaben für die Landes-

verteidigung, wenn sie in der europäischen Staatengemeinschaft ernst genommen werden soll. Die Soldaten der mechanisierten Truppen Österreichs haben sich jedenfalls den Korpstegeist von Eliteverbänden bis heute bewahrt und sehen daher den Herausforderungen der Zukunft mit Zuversicht entgegen.

Die Bedrohung durch Massenheere ist einer technischen Bedrohung gewichen, die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung bleibt aber die Verteidigung Österreichs gegen Angriffe von außen. Die Kriegstüchtigkeit hat daher der alleinige Maßstab für die Existenzberechtigung des Heeres zu sein. Nur die daraus erzielbare Abhaltewirkung bestimmt den Grad der Akzeptanz des Bundesheeres bei der Bevölkerung.

Oberst Fridolin Gigacher

Die Jägertruppe

Neue Aufgaben - neue Herausforderungen

Die „Heeresgliederung-NEU“ ordnet der Jägertruppe im 40. Jahr ihres Bestehens zwar umfangreiche Aufgaben zu, doch fehlen zur Erfüllung unter anderem gepanzerte Transportmittel, Lufttransportkapazität, Kampfmittel, Individualschutz und eine schlankere Organisation.

Verändertes Bedrohungsbild - veränderte Aufgaben

In einschlägigen Artikeln zu den politischen und militärischen Veränderungen im Umfeld Österreichs wurde und wird die neue sicherheitspolitische Lage, wie sie sich für das österreichische Bundesheer ergibt, ausführlich dargestellt.

Für die Jägertruppe, die zahlenmäßig größte Waffengattung des Heeres, ergibt sich daraus mit neuer Priorität der *Grenzschutz* an jeweils gefährdeten und be-

drohten Abschnitten der Staatsgrenze, um ein Übergreifen bzw. eine Einbeziehung österreichischen Staatsgebietes in fremde Auseinandersetzungen zu verhindern. Die Kernaufgabe der Jägertruppe - die *Verteidigung* gegen militärische Angriffe von außen - bleibt jedoch unverändert bestehen.

Das bisherige Konzept der Raumverteidigung wird nunmehr - wenn auch Elemente der bisherigen Konzeption übernommen werden - durch ein neues *Einsatzkonzept* ersetzt.



Foto: Archiv

Im Zuge der „Heeresgliederung-NEU“ wurden wesentliche, auf der Raumverteidigung beruhende organisatorische Gliederungen hinfällig: So wurde z. B. die Jagdkampftruppe aufgelöst und Teile ihrer Gefechtsaufgaben der Jägertruppe zugeordnet.

Folgerungen

Neue Heeresgliederung

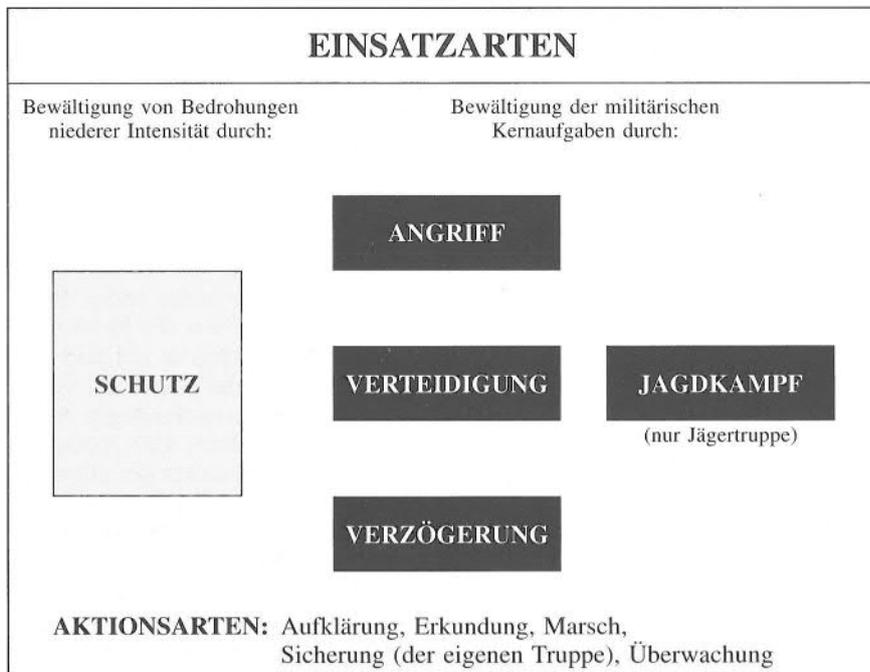
Den Veränderungen der Bedrohung und der Gefährdung entsprechend wurde die „Heeresgliederung-NEU“ verfügt. Wesentliche, auf dem Konzept der Raumverteidigung beruhende organisatorische Gliederungen wurden dadurch hinfällig:

- So wurde z. B. die *Jagdkampftruppe* zur Gänze *aufgelöst*, Gefechtsaufgaben der Jagdkampftruppe wurden jedoch nunmehr der Jägertruppe zugeordnet.
- Auch die *Sperrtruppe* erhielt einen anderen Stellenwert; sie wird in ihrer Organisation auf die Panzerabwehrkanonengruppen in Festen Anlagen beschränkt und steht nun, ähnlich der Panzerjägertruppe, der Jägertruppe zur Verstärkung ihrer Panzerabwehr zur Verfügung.
- Die *Aufklärungstruppe*, bisher in den Jägerbrigaden nur in Zugstärke vorhanden, gewinnt in Kompaniestärke einen völlig neuen Stellenwert.

Neue Einsatzerfordernisse

Das neue Einsatzkonzept verlangt als grundsätzliche Basis zur Bewältigung

Oberst Fridolin Gigacher, Jahrgang 1936; nach der Matura Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie zum Infanterieoffizier; danach Verwendungen vom Zugskommandanten bis zum Bataillonskommandanten eines Jägerbataillons der Bereitschaftstruppe; drei Jahre Dienstverwendung im Rahmen von UNFICYP, UNEF II und UNDOF; ab 1987 Kommandant der Sperrtruppenschule; derzeit Kommandant der Jägerschule.



der gestellten Aufgaben rasch handhabbare präsenre Kräfte, die sich vornehmlich aus der Jägertruppe zusammensetzen.

Die besonderen Anforderungen, die sich bei künftigen Einsätzen dieser präsenten Kräfte ergeben können, reichen beispielsweise vom *Objektschutz* über den *Angriff* bis zur *Verteidigung*.

Im Gegensatz zu den begrenzten Anforderungen, die das Raumverteidigungskonzept an die einzelnen Waffengattungen gestellt hat, verlangt die neue Aufgabenstellung insbesondere beim *Denken* und *Handeln* eine *raschere* und *flexiblere Reaktionsfähigkeit*.

Dies wird vor allem einer intensiven Schulung jenes Kaderpersonals bedürfen, das im Bereich der Landwehrorganisation immerhin ein Jahrzehnt lang vom „statischen“ Denken mit „Grundauftrag und Grundauftragsraum“ geprägt worden ist.

Die wehrgeographische Lage Österreichs einerseits und die Vielfalt der neuen Anforderungen andererseits verlangen Spezialisierungen:

- Teile der Jägertruppe werden für *luftbewegliche Einsätze* vorzubereiten sein, die allen geforderten Einsatzarten entsprechen können.
- Andere Teile der Jägertruppe müssen in Zukunft in der Lage sein, alle auf sie zukommenden Einsatzarten im alpinen und teilweise auch hochalpinen Gelände erfüllen zu können: von ihnen wird *Gebirgsbeweglichkeit* gefordert.
- Der hohe Anteil an Infanterie- und Mischgelände bedingt für Teile der Jägertruppe zur Erfüllung der Forderung nach Mobilität *gepanzerte Transportmittel* zu deren Schutz.

- Zusätzlich gilt es zu fordern, daß die gesamte Jägertruppe für einfache *Lufttransporte* herangezogen werden kann.

Eine zusätzliche, völlig neue Aufgabenstellung aus dem Einsatzkonzept ist die Vorbereitung und Vorsorge der Bewältigung infanteristischer Aufgaben im Rahmen *internationaler Einsätze*; auch das wird vor allem die Jägertruppe betreffen.

Neue Ausbildungserfordernisse

Da das neue Konzept die Einschränkung auf die ausschließliche Eignung zu bestimmten Einsatzarten bzw. auf einen bestimmten Raum, wie es bei der Raumverteidigung vorgesehen war, nicht mehr kennt, war auch die Ausbildung rasch den neuen Anforderungen anzupassen.

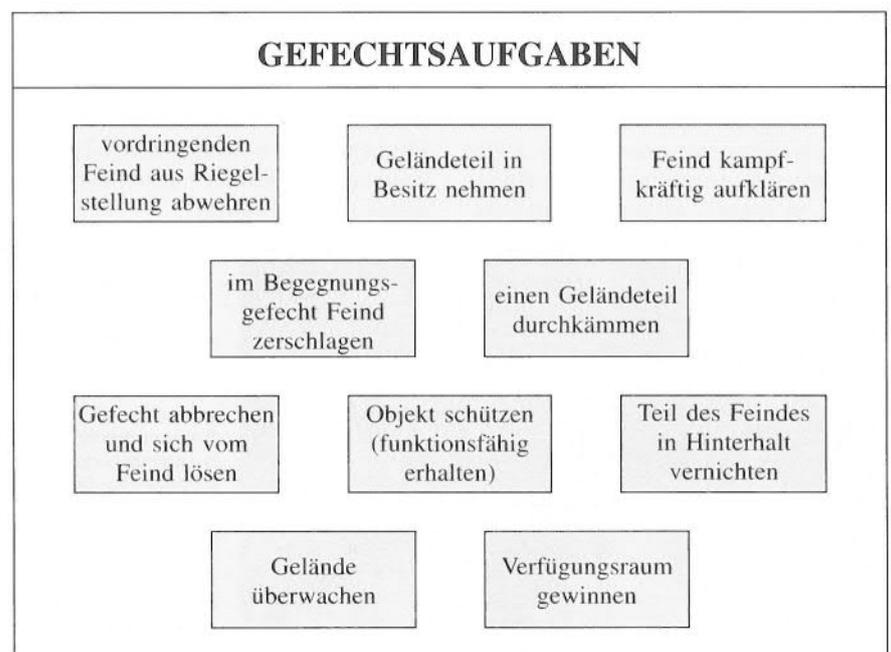
Vergleicht man das Ausbildungsprofil, wie es für die Miliz im Konzept der Raumverteidigung gegolten hat, mit der nunmehr allgemein geforderten breiten Palette der Einsatzarten, ergeben sich ganz besonders für die Kaderausbildung schwerwiegende Konsequenzen: *Komplexe Funktionen* im Führungs- und Fachbereich werden (aufgrund der dem Milizkader nicht zur Verfügung stehenden Ausbildungszeit) mehr und mehr dem *Aktivkader* vorbehalten sein müssen.

Die Ausbildung muß schließlich die Vielfalt möglicher Gefährdungen und Risiken berücksichtigen. Es gilt, die mit der Raumverteidigung zweifellos einhergegangene Ausrichtung des Denkens und Handelns am vorhersehbaren Bedrohungsbild zu überwinden. Diese geistige Herausforderung stellt sich vor allem für die *Ausbildung des Kaderpersonals*; die dringend gebotene geistige Flexibilität bei nicht vorhersehbaren Ereignissen muß besonders im Prinzip des „*Führens durch Auftrag*“ Ausdruck finden.

Zustand der Jägertruppe

Die „Heeresgliederung-NEU“ wird mit Ende des Jahres abgeschlossen sein und die angelaufene *Ausbildungsreform* auf ein Jahr Erfahrungen zurückblicken können.

Mit der Beschaffung zeitgemäßer Simulationssysteme (z. B. PAL 2000, Simulationssysteme für leichte Infanteriewaffen, Gefechtssimulationssysteme für andere, schwere Waffen der Jägertruppe wie etwa die Granatwerfer - Beobachterausbildung) begann eine ermutigende Entwicklung. Die angekündigten Einschränkungen





Der hohe Anteil an Infanterie- und Mischgelände bedingt, Teilen der Jägertruppe - zur Erfüllung der Forderung nach Mobilität - gepanzerte Transportmittel zu deren Schutz zur Verfügung zu stellen ...

Foto: SDPAG

gen von Mehrleistungen, wie sie jedoch zum Beispiel bei Verbandsübungen erforderlich sind, heben die Ermutigung aber gleich wieder auf; denn gerade bei zusammenhängenden größeren Verbandsübungen könnten Kommandanten aller Ebenen unverzichtbare Erfahrungen sammeln. Um den neuen Herausforderungen im Einsatz gewachsen zu sein, gilt es jedoch besonders, im Bereich der Ausrüstung aufzustocken.

Mangel an verbessertem Individualschutz

Gerade in der Zeit mangelnder Wehrmotivation sollte zu allererst dem Individualschutz vermehrtes Augenmerk geschenkt werden: Es liegt klar auf der Hand, wo der Bedarf liegt. Jeder weiß, was erforderlich ist, die Beschaffung wird jedoch mangels budgetärer Mittel nicht in Angriff genommen (z. B. moderner Kampfhelm, Splitterschutzweste).

Kampfmittel des Jägers

Die umfassenderen Aufgaben der Jägertruppe erfordern auch eine erhöhte Qualität. Bedauerlicherweise klebt die Diskussion über die Aufgabenbereiche an dem mit Priorität belegten „Grenzschutz“. Viel zu häufig wird jedoch die Hauptaufgabe der Jägertruppe, wie sie eingangs erwähnt worden ist, übersehen: der Kampf Mann gegen Mann auf mittlere bis nächste Entfernung, gegen gegnerische Infanterie und deren Waffensysteme zum Behaupten von im eigenen Besitz befindlichen bzw. zur Wiederinbesitznahme verlorengegangenen Geländes. Es fehlt hiezu nach wie vor (oftmals im TRUPPENDIENST angesprochen und erörtert) das Schließen der Feuerlücke des Jägers in der angeführten Entfernung.

Infanterie in der "HG-Neu"

Jägerkompanien

Wachkompanien

Panzerjägerkompanien

Sperrkompanien

insgesamt etwa 200 Einheiten

rumsumstände, auszutragen sein werden. Aber nur mit der dafür erforderlichen materiellen Ausstattung wird die mangelnde Kampf- und Stoßkraft unserer in bezug auf Kampfmittel geradezu ausgehungerten „Einheitsinfanterie“ das umfangreiche Aufgabenspektrum abdecken können.

Mangelnde Beweglichkeit und mangelnder Schutz

Mangelnde Beweglichkeit und mangelnder Schutz betreffen vor allem die viel zu

Infanterie in der "HG 87"

Jägerkompanien

Wachkompanien

Landwehrkompanien

Panzerjägerkompanien

Sperrkompanien

Jagdkampfkompagnien

insgesamt etwa 380 Einheiten

... darüber hinaus sollte die gesamte Jägertruppe für einfache Lufttransporte herangezogen werden können.



Foto: HBF

Es ist nicht damit getan, im Organisationsplan des Jägerzuges z. B. einen 6-cm-Granatwerfertrupp vorzusehen, die Beschaffung jedoch nicht zu fixieren.

Die Forderung nach einer zielgenauen „Granatwaffe“ (z. B. Granatpistole, Granatgewehr, Granatmaschinenwaffe; in anderen Armeen längst eingeführt) wird mangels budgetärer Mittel ebenfalls einfach beiseitegeschoben - Wehrmotivation?

Von der Bedrohungs- und Gefährdungsseite her liegt andererseits klar auf der Hand, daß kleine Konflikte vielfach unter den Besonderheiten des Orts- und Waldkampfes, des Kampfes im Gebirge, ungünstiger Jahreszeiten bzw. Witte-

geringe Kapazität an Lufttransportraum sowie das nach wie vor nicht eingeführte gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeug für die Jägertruppe, um sich im Rahmen der Auftragsbefehlsausführung auch geschützt bewegen zu können. Planung bedeutet nicht gleichzeitig schon Umsetzung!

Feuerunterstützung der Jägertruppe

Im Bereich der Panzerabwehr hat die Jägertruppe mit der Einführung des Waffensystems PAL 2000 eine zeitgemäße Stärkung erhalten, braucht aber auf dem Sektor der leichten Panzerabwehr bald einen Ersatz für das ausgelaufene Modell.



Im Bereich der Panzerabwehr hat die Jägertruppe mit Einführung des Waffensystems PAL 2000 spät, aber doch eine zeitgemäße Stärkung erfahren.

Photo: HBF

Mit Einführung der leichten Fliegerabwehrwaffe „Mistral“ wurde ein erster Schritt zur Lösung des *Fliegerabwehrproblems* gemacht. Sie schützt die Jägertruppe aber nicht im erforderlichen Ausmaß. Der Ruf nach der *Einmann-Fliegerabwehrwaffe* muß - unter Berücksichtigung der notwendigen Beweglichkeit der Jägertruppe - aufrecht bleiben. Analog zur Artillerieselbstfahrlafette besteht auch bei der Jägertruppe - gerade in Österreich - Bedarf nach einem *rasch beweglichen, verlegbaren, unverzüglich feuerbereiten Granatwerfer* zur unmittelbaren Feuerunterstützung.

Trotz äußerster Anstrengungen ist auch das Problem der Beschaffung eines *elektronischen Schießelementermittlers* weiterhin ungelöst.

Führungs-, Aufklärungs- und Beobachtungsmittel

Nachtsichttauglichkeit, derzeit nur in Ansätzen vorhanden, ist für die gesamte Jägertruppe erforderlich.

Die geforderte Flexibilität bedeutet auch, sich vom Gegner den Kampf nicht aufzwingen zu lassen, sondern *selbst zu agieren*; dazu bedarf es aber auch der erforderlichen *Beobachtungs- und Fernmeldemittel* der neuesten Generation. Die derzeitige Fernmeldeausstattung läßt - so sieht es jedenfalls aus der Sicht des einfachen Jägers aus - zwar höhere Kommanden miteinander kommunizieren, hält aber innerhalb des Kampfverbandes des verstärkten Jägerbataillons beim technischen Stand der sechziger Jahre.

Neuorganisation der Jägertruppe

Die derzeitige Organisationsform des Jägerbataillons, die dem bisherigen Einsatzkonzept durchaus Rechnung getragen haben mag, wird den neuen Anforderungen langfristig kaum entsprechen können. Kompanien, Züge und Gruppen sind in ihren Mannesstärken zu überhalten und dadurch schwerfällig. Die Feuerkraft des Sturm- und Maschinengewehrs erlaubt

durchaus eine schlankere Organisationsform. Hiefür besteht dringender Handlungsbedarf!

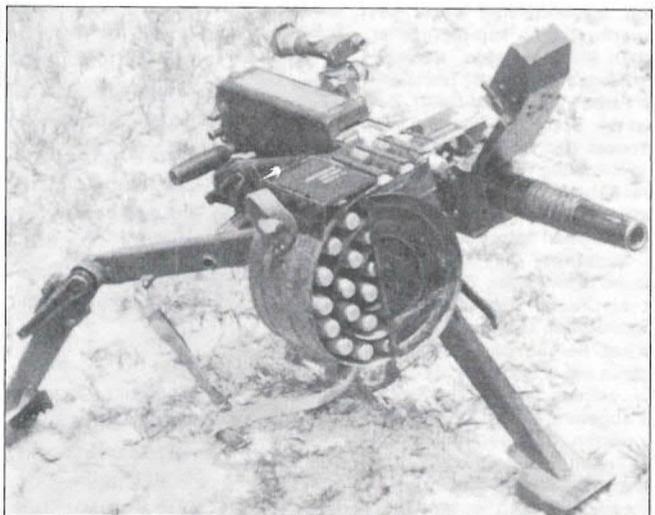
Ausblick

Die Ausbildungsreform hat in zweckmäßigen, zeitgemäßen und erfolgversprechenden Ansätzen und herzeigbarem Ausmaß bereits die Motivation des damit befaßten Kadets und der auszubildenden Soldaten erhöht. Das Ansehen des Jägers, ja der gesamten Jägertruppe, wird jedoch nur dann verbessert werden und jenen Stellenwert erreichen können,

Hauptaufgabe der Jägertruppe ist nach wie vor der Kampf Mann gegen Mann auf mittlere bis nächste Entfernung, gegen gegnerische Infanterie und deren Waffensysteme, zum Behaupten von im eigenen Besitz befindlichen bzw. zur Wiederinbesitznahme verlorengegangenen Geländes.

der dieser Waffengattung gemäß dem neuen Einsatzkonzept innerhalb des Heeres zukommt, wenn realistisch und glaubwürdig Schritt für Schritt die aufgezeigten Defizite beseitigt sowie die

Photo: Porenius



Automatische Granatwerfer gehören bereits zur Ausrüstung von Befreiungskämpfern der Dritten Welt (im Bild ein ehemals sowjetischer 30-mm-Werfer AGS-17 der SWAPO). Die Forderung nach einer zielgenauen „Granatwaffe“ der Jägertruppe wird mangels budgetärer Mittel in Österreich einfach beiseite geschoben.

Forderungen konsequent realisiert und umgesetzt werden.

Es ist halbherzig, ja paradox, einerseits „Qualität“ zu fordern und andererseits eine „Einheitsinfanterie“ zu organisieren; einerseits „Spezialisierungen“ zu konkretisieren, andererseits diese im „Einheitsbrei“ der Namensgebung bzw. Benennung gleichzeitig wieder zu ersticken. Ein sehr positiver, konkreter Schritt in die richtige Richtung war die vor kurzem beim Jägerregiment 7 gebildete Luftlandeaufklärungskompanie. Jeder Vorgesetzte kann sich von den rundum positiven Folgewirkungen vor Ort überzeugen!

Eine analoge Verfügung bei einem gebirgsbeweglichen Regiment wäre ein konsequenter Schritt.

Die geforderten Spezialisierungen der Verbände gehören zum Leitbild des betreffenden Jägerregiments, zu seinem Selbstverständnis, seiner Imagepflege und in besonderer Weise zur Motivation der den Verbänden angehörenden Soldaten. Die Benennung der betreffenden Jägerregimenter etwa könnte doch unabhängig von der organisatorischen Bezeichnung erfolgen!

Mit dem Einsatzkonzept der „Heeresgliederung-NEU“ und der Ausbildungsreform hat das österreichische Bundesheer auf dem Papier dem geänderten politischen Umfeld, den neuen Bedrohungen und Gefährdungen in zweckmäßiger Weise entsprochen. Das Konzept ist einsichtig und wird, so scheint es, auch heeresweit angenommen.

Daß die Österreicher „Planungsriesen“ sind, haben sie mit dem Raumverteidigungskonzept, das auch international Anerkennung gefunden hat, bereits bewiesen. Der Vorwurf, sie seien dabei jedoch „Umsetzungszwerge“ gewesen, konnte noch mit der Begründung zurückgewiesen werden, ein Jahrzehnt hätte eben für die Umsetzung nicht gereicht. Nun gilt es, das Gegenteil zu beweisen!

Die Artillerietruppe

Von der leichten Feldhaubitze zur M-109A5Ö

Die leichte Feldhaubitze war durch viele Jahre hindurch das Synonym für die österreichische Artillerie, weil mit diesem unverwüchtlichen, gut einsetzbaren Geschütz die Mehrzahl der Artillerieverbände ausgestattet war. Doch schon im Juli 1970 wurde das erste Schießen mit der M-109 auf dem Truppenübungsplatz Bruckneudorf durchgeführt. Von einer Vielfalt an Geschützen älterer Bauart ist die österreichische Artillerie derzeit auf dem Weg zum hochmodernen Einheitswaffensystem, das imstande ist, sich auf dem modernen Gefechtsfeld zu behaupten.

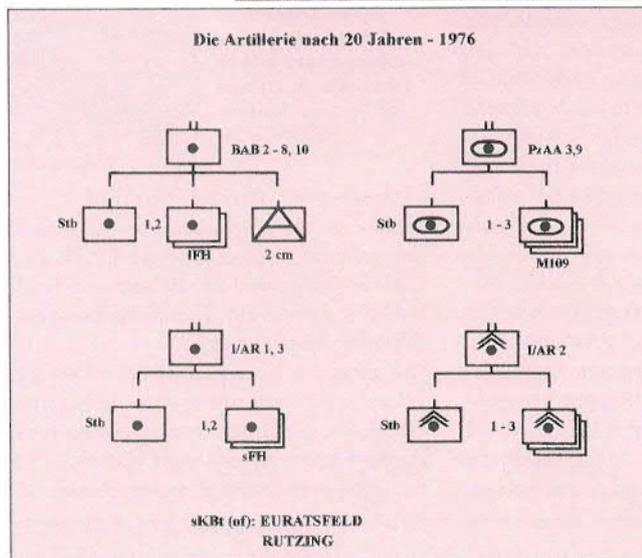
Historischer Rückblick

Das Bundesheer der Zweiten Republik erhielt zum Aufbau seiner Artillerie vor allem Waffen und Gerät aus den Beständen der US Army, darunter 108 Stück 10,5-cm-leichte Feldhaubitzen M-2 (IFH) als Standardgeschütz, 18 Stück der gleichen Waffe auf Selbstfahrlafette M-7B2 (SfL), 24 Stück 15,5-cm-schwere Feldhaubitzen M-1 (sFH) und 36 Stück 15,5-cm-schwere Feldkanonen M-2 (sFK) „Long Tom“. Darüber hinaus standen noch 24 Exemplare der vormals deutschen 10,5-cm-leichten Feldhaubitze 18/40 sowie 18 Stück 13-cm-Raketenwerfer (RakW) zur Verfügung.

Die Artillerietruppenschule wurde 1955 in Salzburg als selbständige Abteilung (mit Stab, Stabsbatterie und drei Schulbatterien) aus der B-Gendarmerie heraus aufgestellt. 1956 erfolgte ihre Verlegung nach Baden. Bald darauf begann der Lehr- und Kursbetrieb, um personelle Voraussetzungen für die Aufstellung der Artilleriebataillone zu schaffen. In jeder Jägerbrigade sollte möglichst rasch eine Brigadeartillerieabteilung (BAA) mit einer Stabsbatterie und zwei Batterien mit leichten Feldhaubitzen aufgestellt werden. An weiteren Verbänden existierten in Baden von 1958 bis 1962 eine Artillerieschulabteilung (ASA), eine Beobachtungsschulabteilung, eine Artillerielehrgangsabteilung und eine Schieß- und Versuchsabteilung. In Salzburg wurde das Heeresartillerieregiment als verstärkende Artillerie aufgestellt. 1963 wurden jedoch all diese Verbände aufgelöst, denn es sollte bei jedem Gruppenkommando ein Artillerieregiment (AR) geschaffen werden.

Aus der Artillerieschulabteilung entstand die I. Abteilung des Artillerieregimentes 1 in Baden und aus dem Heeresartillerieregiment die I/AR 3 in Salzburg. Beide Verbände waren gleich strukturiert (Stabsbatterie, eine Raketenwerfer- und zwei schwere Feldkanonen-Batterien).

Die leichte Feldhaubitze war viele Jahre hindurch das Synonym für die österreichische Artillerie, weil mit diesem unverwüchtlichen, gut einsetzbaren Geschütz die Mehrzahl der Artillerieverbände ausgestattet war. Ab 1998 wird sie endgültig durch die M-109 ersetzt sein.

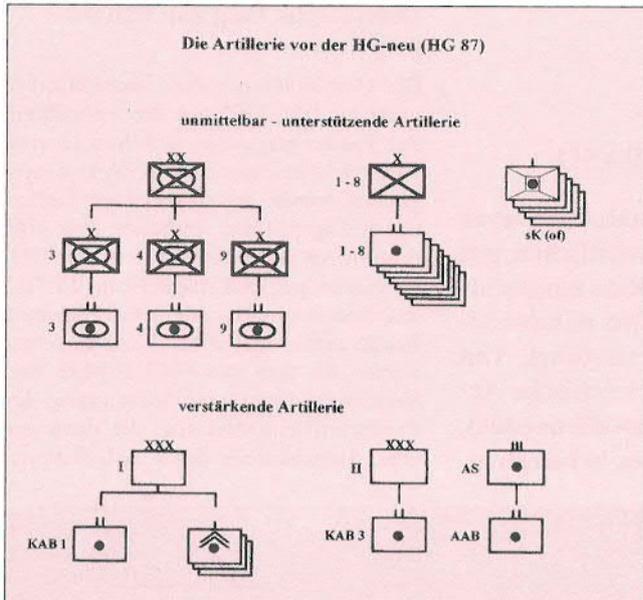


Die Gliederung der österreichischen Artillerie zwanzig Jahre nach ihrer Gründung. Die Mehrzahl der Geschütze sind noch immer 10,5-cm-leichte Feldhaubitzen M-2. Die ebenfalls gezogenen 15,5-cm-schweren Feldhaubitzen M-1 sowie die 13-cm-Raketenwerfer sind noch vorhanden.

Die I/AR 2 wurde erst 1968 in Fehring ins Leben gerufen, 1971 nach Gratkorn übersiedelt und im September 1972 auf Raketenwerfer umgerüstet. Die II. Abteilungen wurden nie aufgestellt. 1978 erfolgte die Umbenennung auf Korpsartilleriebataillone (KAB).

Einen schmerzlichen Eingriff in die Artillerie brachte die „Heeresgliederung 78“ mit der Überleitung aller Brigade- und Korpsartilleriebataillone in Mobverbände und der Übernahme der Friedensaufgaben durch diverse Landwehrstammregimenter.

Oberst Bernd Knotzer, Jahrgang 1942; nach Absolvierung der Theresianischen Militärakademie 1965 zum Panzerartilleriebataillon 9 ausgemustert, dort Verwendung als 1. Offizier einer Panzerhaubitzenbatterie und Feuerleitoffizier im Bataillonsstab; ab 1969 Batteriekommandant; 1977 beim österreichischen UN-Bataillon in Zypern als S 4 eingesetzt; ab 1979 stellvertretender Bataillonskommandant/S 4 und ab 1984 Bataillonskommandant des Panzerartilleriebataillons 9; ab 1987 Hauptlehroffizier/Artillerie an der Theresianischen Militärakademie; seit 1989 Kommandant der Artillerieschule.



Die Gliederung der Artillerie vor der "Heeresgliederung-NEU". Die Brigade- und die Korpsartilleriebataillone sind Mob-Verbände.

der 2. IFH-Batterie und der 3. FIA-Batterie (mit 12 Stück 4-cm-Z/SfL M-42) bestand. Auch die Brigadeartillerieabteilungen erhielten zu dieser Zeit eine 3. FIA-Batterie, jedoch ausgestattet mit 2-cm-Fliegerabwehrkanonen.

Der entscheidende Schritt zu modernen Panzerartillerieverbänden erfolgte 1970 mit dem Zulauf der M-109; jede Panzerartillerieabteilung erhielt zwölf Geschütze. Die bis heute gültige Gliederung wurde 1974 angenommen, als die Panzerartillerieabteilungen 3 und 9 auf je drei schießende Batterien zu je sechs Rohren aufgestockt wurden. 1978 wurden die Panzerartillerieabteilungen in Panzerartilleriebataillone (PzAB) umbenannt. Die 1974 aufgelöste Panzerartillerieabteilung 4 wurde 1983 als Panzerartilleriebataillon 4 wiederaufgestellt und mit neuem Geschützmaterial (18 Stück M-109A2) ausgestattet.

Der technische Standard der Artilleriebataillone wurde nur schleppend verbessert (Schießelementermittler XAMAX für die Feldgeschütze sowie moderne optische Geräte). Die Panzerartillerie er-

Die Panzerartillerie erhielt ab 1967 Artillerieführungs-, Sanitäts- und Bergepanzer, doch der entscheidende Schritt zu modernen Panzerartillerieverbänden erfolgte erst im Jahre 1970 mit dem Zulauf der M-109. 1974 wurden zwei Panzerartillerieabteilungen auf je drei schießende Batterien zu je sechs Rohren aufgestockt.

hielt ab 1967 Artillerieführungs-, Sanitäts- und Bergepanzer. Ab 1978 fand der geländegängige schwere LKW 10 t ÖAF als Zugmittel für die schwere Feldartillerie sowie als Munitionstransportfahrzeug Verwendung.

Das moderne Gefechtsbild erforderte die sukzessive Umrüstung von gezogenen Geschützen auf Selbstfahrlafetten bzw. Panzerhaubitzen mit dem Kaliber 15,5 cm. 1989 wurden 36 Panzerhaubitzen M-

Die Artillerie in der HG-neu

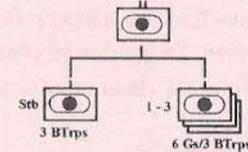
Je Korps I - III:



Je Panzergrenadierbrigade 3, 4, 9:



Einheitliche Gliederung der Artilleriebataillone:



Die Gliederung der Artillerie nach der "Heeresgliederung-NEU". Der Mechanisierungsgrad wurde erhöht, die RakWerfer ausgeschieden.



Foto: HBF

109 und 1991 weitere 18 Stück in den USA in Auftrag gegeben. Diese Geschütze waren für die verstärkende Artillerie vorgesehen, und zwar für die Korpsartilleriebataillone 1 und 3 sowie das Armeeartilleriebataillon. Mit der geforderten Reichweite von knapp 30 km sollte vor allem die Gegenfeuerfähigkeit (Bekämpfung feindlicher Steilfeuerwaffen) der österreichischen Artillerie erreicht werden.



Mit der Neugliederung verschwanden zwar die 13-cm-Raketenwerfer, ...



Foto: HBF, AS

... dafür kamen über 100 M-109A2/A3UK von der Britischen Rheinarmee.

Veränderungen durch die „Heeresgliederung-NEU“

Die „Heeresgliederung-NEU“ brachte für die Artillerie einschneidende Veränderungen. Nur die bei den Panzergrenadierbrigaden vorhandenen Panzerartilleriebataillone verblieben, alle anderen Artilleriebataillone wurden aufgelöst, jedoch mit Masse in neue Artillerieverbände übergeleitet. Bei jedem Korps wurde ein Artillerieregiment für den Friedens- und Ausbildungsbetrieb aufgestellt, welches die Mobverantwortung für zwei Korpsartilleriebataillone trägt. Jedes neue Korpsartilleriebataillon verfügt erfreulicherweise über drei schießende Batterien und weist eine ähnliche Gliederung wie die Panzerartilleriebataillone auf. Die Raketenwerferbatterien fielen der „Heeresgliederung-NEU“ zum Opfer, auch die ortsfesten Kanonenbatterien wurden stillgelegt.

Bewaffnung und Ausstattung

Geschützmaterial und Munition

Derzeit befinden sich nur noch zwei Geschütztypen bei der Artillerie in Verwendung. Die leichte Feldhaubitze ist vorerst noch in der Mobgliederung bei den Korpsartilleriebataillonen (bis zu ihrem endgültigen Ersatz durch die M-109) vorhanden - also noch bis etwa 1998. Auf sie wird hier nicht mehr weiter eingegangen. Der zweite Waffentyp ist die Panzerhaubitze M-109 in derzeit drei Varianten, und zwar die M-109 in der Basisversion, die aber laufend durch die 1993 angekauften M-109A2/A3UK ersetzt wird (Übernahme von über 100 Stück aus Beständen der Britischen Rheinarmee 1994/95) und die M-109A2. Ist mit der leichten Feldhaubitze eine Reichweite von 11,2 km erzielbar, kann die M-109 bereits 14,6 km und die M-109A2/A3 bis zu 18 km weit wirken. Nicht zuletzt, um die Reichweite noch weiter zu steigern, begannen 1991 die Arbeiten für ein Nachfolgegeschütz. Im Sommer 1995 wird in den USA voraussichtlich die Produktion von 54 dieser Waffen anlaufen.

Diese M-109A5Ö wird neben einer gesteigerten Reichweite und Feuerfolge über die Navigations-, Orientierungs- und Richtanlage (NORA) verfügen, die es erlaubt,

- ohne außen liegende Festlegepunkte zu schießen,
- die Geschützkoordinaten festzulegen und
- diese sowie die Richtung und Erhöhung der Waffe unter Berücksichtigung

der Längs- und Querverkantung anzuzeigen.

Weiters ist geplant, alle „alten“ M-109A2 und A2/A3UK bis zum Jahr 2000 auf den Standard der M-109A5Ö zu bringen. Für die österreichische Artillerie bedeutet dieses Geschütz eine beträchtliche Leistungssteigerung, und sie braucht damit keinen Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen.

Die Munitionsausstattung der Panzerhaubitze M-109 besteht derzeit aus Spreng-, Nebel- und Leuchtgranaten. In Beschaffung befindet sich eine Bombletgranate, die für die Bekämpfung harter und halbharter Ziele vorgesehen ist. Die Entscheidung, welcher Typ beschafft wird, soll dieses Jahr fallen, mit einem Zulauf dieser Granatart ist 1996 zu rechnen. Darüber hinaus ist geplant, reichweitengesteigerte Sprenggranaten einzuführen. Diese haben eine Reichweite von

25 km und mit „Base Bleed“ (Bodensogreduktionseinheit) sogar eine Höchstschußweite von 30 km.

Technische Ausstattung

Der *Vo-Meßgerätesatz* dient der Bestimmung der Anfangsgeschwindigkeit der Granaten. Er besteht aus einer Radar-, Rechner- und Anzeigeeinheit.

Beim Erkundungs- und Vermessungstrupp finden folgende Geräte Verwendung:

Das *Meridiankreisgerät MK 10-3* wird in Verbindung mit dem *Richtkreis 72/82* als Winkelmeßgerät zur automatischen Bestimmung der geographischen Nordrichtung verwendet. Zur Vermessung der Feuerstellung wird in der Feldarbeit der *Theodolit T 16*, bei der Auswertung der *Taschenrechner TI 74* (mit einem Vermessungsprogramm) verwendet. Zum

Aus der Chronik	
1955	(1. November) Aufstellung der Artillerietruppenschule in Salzburg (aus der B-Gendarmerie).
1956	(April) Verlegung der Artillerietruppenschule nach Baden, Aufstellung des Lehrstabes;
1957	Beginn der Aufstellung der Brigadeartillerieabteilungen.
1958	(1. Februar) Aufstellung der Artillerieschulabteilung, der Beobachtungsschulabteilung, der Artillerieschulabteilung und der Schieß- und Versuchsabteilung in Baden; Aufstellung des Heeresartillerieregimentes in Salzburg.
1960	Aufstellung der Panzerbrigaden mit je einer Panzerartillerieabteilung.
1963	(1. Jänner) Auflösung und Umgliederung dieser Verbände, aus der Artillerieschulabteilung entsteht die I. Abteilung des AR 1, aus dem Heeresartillerieregiment die I. Abteilung des AR 3; Beginn der Vereinheitlichung und Aufstockung der Panzerartillerieabteilungen (StbBt, 1. SflBt, 2. IFHBt 3. FIABt).
1967	Beginn der Einführung von Artillerieführungs-, Sanitäts- und Bergepanzern bei der Panzerartillerie.
1968	Aufstellung der I. Abteilung des AR 2 in Fehring.
1970	Erster Zulauf von M-109; jede Panzerartillerieabteilung erhält 12 Geschütze.
1971	Übersiedlung der I. Abteilung des AR 2 nach Gratkorn.
1972	(September) Umrüstung der I. Abteilung des AR 2 auf Raketenwerfer.
1974	Neugliederung der Panzerartillerieabteilungen mit je drei schießenden Batterien; Auflösung der PzAA 4.
1978	(1. Juni) Umbenennung der Panzerartillerieabteilungen in Panzerartilleriebataillone und der I. Abteilungen der Artillerieregimenter (die II. Abteilungen wurden nie aufgestellt) in Korpsartilleriebataillone (KAB); Überleitung in Mobverbände; Übernahme der Friedensaufgaben durch Landwehrstammregimenter; Zulauf des gIsLKW 10 t ÖAF als Zugmittel für die schwere Feldartillerie sowie als Mun-Transportfahrzeug.
1983	Einleitung der sukzessiven Umrüstung von gezogenen Geschützen auf Panzerhaubitzen; Aufstellung des Panzerartilleriebataillons 4 mit 18 M-109A2.
1989	Bestellung von 36 Panzerhaubitzen M-109 in den USA.
1991	Bestellung von weiteren 18 Panzerhaubitzen M-109 in moderner Konfiguration.
1994	„Heeresgliederung-NEU“.



Leistungsdaten		
	M-109A2	M-109A5Ö
Schußweite:	bis 18 km	bis 30 km
Munitionsvorrat	34 Schuß	42 Schuß
Feuerfolge max:	5 Schuß/min	~10 Schuß/min
Kampfsatz:	5 Schuß	6 Schuß

Der Prototyp der M-109A5Ö (links) und ein Vergleich wichtiger Leistungsdaten der M 109A5Ö mit denen der M-109A2 (oben).

Einrichten der Geschütze dient der *Richtkreis 72/82*.

Der Rechentrupp verwendet noch den *Schiebelementermittler COLUMBUS* in Verbindung mit der tabellarischen Schießtafel zum Ermitteln des Feuerkommandos. Um die Abläufe in der Feuerleitung und deren Geschwindigkeit zu erhöhen, ist demnächst mit der Einführung des *Elektronischen Artillerie Feuerleitsystems (EAFLS)* zu rechnen. Die Hardware ist verfügbar, an den letzten Feinheiten der Software wird gearbeitet. Das EAFLS ist ein Datenverbund von Beobachtungsstellen (Dateneingabe-Datenausgabegerät/COMPACT), Batteriegefechtsstand (gleiches Gerät), Rechentrupp (Artillerierechner/ATC) und Geschützen (Dateneingabe-Datenausgabegerät/GCU). In einer ersten Ausbaustufe besteht dieser Verbund nur innerhalb der Artilleriebatterie, in einer weiteren Stufe wird das System auch innerhalb des Artilleriebataillons die Feuerleitung beschleunigen.

Der Artilleriewettertrupp mißt Windrichtung, Temperatur, Luftdruck, Windgeschwindigkeit und Luftdichte. Diese Werte werden im Rechentrupp benötigt, weil die Schießtafel auf einer Standardatmosphäre - die in der Praxis nie gegeben ist - aufbaut. Die dazu benützten Geräte sind der *Wetterhandmeßsatz* zur Ermittlung der Bodenwerte, ein *Theodolit* sowie ein gasgefüllter *Ballon* zum Ermitteln der Windrichtung und der *Taschenrechner TI 74* zum Berechnen der Windgeschwindigkeit und der Luftdichte.

Ab 1997 soll der österreichischen Artillerie Gerät zur Verfügung stehen, welches auch international im Spitzenbereich liegt. Es besteht aus einer mehrfach verwendbaren, an einem gasgefüllten Ballon befestigten *Radio-sonde*, die laufend alle für die Ermittlung der Luftdichte erforderlichen Meßdaten sendet, während eine passive - daher nicht peilbare - Antenne den Ballonweg in der Atmosphäre verfolgt. Die auf Computertechnologie basierende Auswerteeinheit ermittelt aus den Messungen vollautoma-

tisch die notwendigen Werte und macht somit das gesamte System für eine Milizarmee bestens geeignet.

Dem Artilleriebeobachter stehen im Beobachtungstrupp der *Handlaserentfernungsmesser (HLEM)* und der richtungsweisende *Doppellaserentfernungsmesser (RWDL)* zur Zielfestlegung zur Verfügung. Letzterer ist im Beobachtungsschützenpanzer eingebaut, ersterer wird beim "abgesessenen" Beobachten verwendet.

Für die Beobachterausbildung, zur Vorbereitung für Scharfschießen und zur Durchführung von Feuerleitübungen sind vier *Artillerie-Lehrsaalbildungs-Anlagen (ALSA 90)* - und zwar bei der Artillerieschule, den Panzerartilleriebataillonen 3 und 4 sowie dem Artillerieregiment 2 - vorhanden.

Noch nicht eingeführt, aber in den Orgplänen bereits berücksichtigt, sind *Gefechtsfeldradargeräte* und *Artillerieaufklärungs- und Schießradargeräte*. Vorgesehen sind im Artilleriebataillon zwei Bataillonsbeobachtungsstellen mit Gefechtsfeldradargeräten zur Zielidentifizierung und Zielklassifizierung unter



Das am Geschütz befestigbare Vo-Meßgerät dient der Bestimmung der Anfangsgeschwindigkeit der Granaten.

allen Sichtbedingungen und zu jeder Tageszeit. Dabei sollen - eine freie Sichtlinie vorausgesetzt - Schützengruppen bis zu einer Entfernung von 10 km, Fahrzeuge bis zu 15 km, Panzer bis zu 20 km und Treffpunkte von 15,5-cm-Artilleriegranaten bis zu 10 km lokalisierbar sein. Die Systementscheidung fällt 1996, mit der Einführung ist ein Jahr danach zu rechnen. Eine Bataillonsbeobachtungsstelle wird mit einem Artillerieaufklärungs- und Schießradargerät ausgestattet, mit dem die Ortung feuernder Steilfeuerwaffen ab einem Kaliber von 12 cm bis 20 km vorwärts des Vorderen Randes der Verteidigung (VRV) möglich ist und die Feuerleitung des eigenen indirekt gerichteten Feuers gegen Ziele in der Tiefe des Gefechtsstreifens ermöglicht. Hier soll die Systementscheidung 1997 fallen, mit einem Zulauf dieser Geräte ist dann zwei Jahre später zu rechnen.

Ausblick

Die Leistungsfähigkeit der modernen Artillerie ist definiert durch

- Zielaufklärung mit Hilfe moderner Sensorik auf weite Entfernung (mindestens 20 km) mit hoher Präzision auch bei Nacht und schlechten Sichtverhältnissen,
- Führung und Feuerleitung mittels digitaler Datenübertragung sowie elektronischer Kommandoermittlung,
- halbautonome, hochbewegliche Waffensysteme mit hoher Feuergeschwindigkeit und Splitterschutz sowie
- erfolgversprechende Wirkung gegen Ziele aller Art, vor allem gegen mechanisierte Kräfte.

Mit den derzeit eingeleiteten bzw. vorgesehenen Modernisierungsschritten wird die österreichische Artillerie zu einem effektiven System, das sich auf dem modernen Gefechtsfeld wirkungsvoll behaupten kann. Ohne für den Feind erkennbare Vorbereitung wird es möglich sein, rasches, treffsicheres und wirkungsvolles Feuer abzugeben.

Die Pioniertruppe

Mit zehntausend Mann bereit für die Zukunft

Die „Heeresgliederung-NEU“ und die Einbindung Österreichs in die internationalen Entwicklungen der Sicherheitspolitik werten die Bedeutung der Pioniertruppe qualitativ auf. Neben der Prioritätenumkehr auf operativer und taktischer Ebene - gefordert wird unter anderem ein vermehrtes Fördern der eigenen Bewegung - gewinnt auch die Sekundäraufgabe Katastropheneinsatz als „erstes und wahrscheinlichstes Reaktionserfordernis“ zunehmend an Bedeutung.



„Lage, Auftrag, Annahme ...“ gibt es bei den Pionieren selten. Bei ihnen sind Kubikmeter Kubikmeter und Tonnen Tonnen - bei Übungen, im Verteidigungsfall und bei der Katastrophenhilfe.

„... zur Förderung der Bewegung“

Vom 5. bis zum 8. September 1683 überschnitt das Entsatzheer der vereinigten christlichen Armeen die Donau bei Tulln über zwei Schwimmbrücken - errichtet von Schiffszimmerleuten. So wurden auf operativer Ebene die Voraussetzungen für die Endphase des Aufmarsches und für den erfolgreichen Angriff auf das türkische Belagerungsheer vor Wien geschaffen. Aufgrund dieses entscheidenden, jedoch improvisierten Beitrages zur Sicherstellung der Operationsfreiheit erkannte man die Notwendigkeit eines in das Heer integrierten, dauernd verfügbaren Systems zur Förderung der Bewegung. Das zivile oberste Schiffmeisteramt erhielt daher ein Jahr später den Auftrag, „... unverweilt eine Kompanie Schiff- und Bruckknechte aufzurichten, die armiert und im Stande sein müssen, das Feuegewehr zu gebrauchen“.

Die Pioniertruppe der österreichischen Heere befindet sich somit im 311. Jahr ihres Bestehens. Eine Betrachtung der

Pioniertruppe des Bundesheeres der Zweiten Republik muß diese jahrhundertlange Entwicklung berücksichtigen, weil sich gerade diese Waffengattung stark aus ihren Traditionen definiert.

„... Schiff- und Bruckknechte ... die armiert und im Stande sein müssen, das Feuegewehr zu gebrauchen ...“

Dies ist im Hinblick auf die Kontinuität der Entwicklung und die Einbettung in ein historisches Ganzes im Sinn der „corporate identity“ sicher wichtig, allerdings führte die überstarke Betonung historischer Inhalte in der Durchführung des Pionierdienstes zu Schwächen in der Wahrnehmung von Unterstützungsaufgaben auf dem modernen Gefechtsfeld.

Die Hauptaufgaben der Waffengattung - im 19. und 20. Jahrhundert geprägt von qualitativ hochstehenden, ja bahnbrechenden Ingenieurleistungen - sind

- das Hemmen der feindlichen Bewegung,

- das Fördern der Bewegung eigener Kräfte und
- die Unterstützung der Truppe beim Errichten von Bauten zum Schutz vor feindlicher Waffenwirkung.

Neben der Wahrnehmung ihrer Hauptaufgaben definiert sich die Waffengattung seit ihrem Bestehen auch über ihre Rolle im Katastropheneinsatz. Dieser wurde mit dem Wehrgesetz von 1920 zur gesetzlichen Aufgabe und fördert - über die materielle Komponente hinaus - maßgeblich die Akzeptanz des Bundesheeres in der Bevölkerung.

„Heeresgliederung-NEU“ - mit 10 000 Pionieren

Die Pioniertruppe entspricht derzeit noch zu wenig den Erfordernissen, die sich aus den politischen Vorgaben zur Heeresreform und dem Einsatzkonzept ableiten. Unter anderem wurden die Grundstruktur des Pioniersystems sowie die wesentlichsten Pioniergeräte und Pionierkampfmittel in den sechziger Jahren geschaffen bzw. eingeführt. Die danach folgenden Weiterentwicklungen hatten insgesamt zu wenig Bezug zu den Hauptaufgaben im Rahmen der operativen und taktischen Pionierunterstützung.

Nach der Einnahme der „Heeresgliederung-NEU“ wird das mobilgemachte Bundesheer über Pionierkräfte im Umfang von etwa 10 000 Mann zur Unterstützung auf operativer und taktischer Ebene verfügen.

In Verbänden, Einheiten und Teileinheiten sind

- ein Pionierregiment,
- drei Pionierbataillone als Korpsgruppen,
- drei Panzerpionierkompanien in den Panzerstabsbataillonen der Panzergrenadierbrigaden,
- zwölf Pionierkompanien in den Stabsbataillonen der Jägerbrigaden,
- eine Pionierkompanie zur besonderen Verwendung und
- 36 Truppenpionierzüge in den schweren Kompanien der Jägerbataillone organisiert. Im Rahmen der *Präsenzkräfte* sind zur Pionierunterstützung und für Aufgaben im Katastropheneinsatz

Oberstleutnant dG Franz Reiszner, Jahrgang 1957; nach der Offiziersausbildung 1979 an die Pioniertruppenschule in Klosterneuburg ausgemustert, dort Verwendung als Zug- und Kompaniekommandant; 1980 und 1988 Erdbebeneinsätze in Oberitalien bzw. in Armenien; 1985 bis 1988 Generalstabsausbildung; danach Dienst in der Generalstabsabteilung des BMLV; 1994 bis 1995 Kommandant der Pioniertruppenschule; derzeit im BMLV zur Erstellung des Pionierkonzeptes.



Auch in der „Heeresgliederung-NEU“ bleibt für die Pioniertruppe das Hemmen der feindlichen Bewegung (links) und die Unterstützung anderer Waffengattungen beim Errichten von Bauten zum Schutz vor Waffenwirkung (rechts) von Bedeutung; die Fähigkeit der Pioniere ...

Kräfte im Umfang eines Pionierbataillons vorgesehen.

Zur fachlichen Führung und Weiterentwicklung der Pioniertruppe steht jedoch keine Stelle (im Sinn einer objektorientierten Strukturierung) zur Verfügung. Die Belange der Waffengattung werden in der Zentralstelle des BMLV in den jeweiligen verrichtungsorientiert strukturierten Abteilungen - im Rahmen ihrer generellen Kompetenz - gemäß Geschäftseinteilung wahrgenommen.

Das neue Einsatzkonzept des Bundesheeres und die Umstrukturierung des Heeres gemäß der im Juli 1992 vom Ministerrat beschlossenen „Heeresgliederung-NEU“ erforderte auch (im Zuge der Schaffung der konzeptiven Grundlagen für die Teilsysteme des Bundesheeres) ein *Pionierkonzept* als Voraussetzung für die Erarbeitung der entsprechenden Aufgabekataloge und Strukturplanungen (wie Materialstrukturpläne und Organisationspläne).

In einer Vorstudie wurde 1993/94 der Ist-Zustand der Pioniertruppe erhoben, mit den Erfordernissen - die aus den politischen und militärstrategischen Vorgaben resultieren - verglichen und die entsprechenden Schlußfolgerungen und Erfordernisse formuliert.

Ausblick

Die zukünftige Entwicklung der Pioniertruppe wird sich maßgeblich an folgenden Kernpunkten orientieren:

Die Pionieraufgaben werden nach operativen und taktischen Gesichtspunkten zu unterscheiden sein. Die Weiterentwicklung des Pioniersystems des Bundesheeres

... Hemmen der feindlichen Bewegung, Fördern der Bewegung eigener Kräfte, Unterstützung der Truppe beim Errichten von Bauten zum Schutz vor feindlicher Waffenwirkung.

res, dessen Organisation, Ausrüstung und Ausbildung wird sich nach diesen Ebenen der militärischen Führung auszurichten haben.

- Die *grundlegende operative Leitlinie* nach dem Einsatzkonzept ist das Erringen der Initiative im Rahmen der Abwehroperation. Pionieraufgaben auf operativer Ebene sind daher vor allem die Unterstützung des Aufmarsches der großen Verbände und des Heranführens operativer Reserven sowie die Durchführung von Sperrmaßnahmen,

die sich in ihrer Gesamtheit operativ auswirken.

Pionierkräfte der Heeresebene und die Korpspionierbataillone sind dafür speziell auszurichten, weil die Erfüllung der operativen Aufgaben spezielles Gerät und spezielle Ausbildung erfordert.

Die Pionierunterstützung auf operativer Ebene ist nur bedingt mit der Erfüllung von Pionieraufgaben auf taktischer Ebene vergleichbar. Teile dieser Pionierkräfte im Wege der Truppeneinteilung Brigaden der Kampftruppen im „Durchschiebeverfahren“ zur Schwergewichtsbildung zuzuordnen, wird daher erst eine sekundäre Option darstellen können.

- Die Konzeption der grenznahen Verteidigung und das damit und mit der Verringerung der quantitativen Stärke des Bundesheeres einhergehende Erfordernis der Kräftekonzentration im bedrohten Raum verlangt eine *hohe taktische Flexibilität der großen und kleinen Verbände*. Die Pionierkräfte der Jäger- und Panzergrenadierbrigaden werden daher so zu strukturieren sein, daß sie ihre Aufgaben unter den *gleichen Gefechtsbedingungen* wie die (durch sie zu unterstützenden) Kampftruppen wahrnehmen können.

Auf operativer und taktischer Ebene ergibt sich somit eine *Prioritätenumkehr* bei den Erfordernissen der Pionierunterstützung. Die Fähigkeit des Pioniersystems zum *Fördern der eigenen Bewegung* wird im Vordergrund aller Restrukturierungsmaßnahmen zu stehen haben. Das Hemmen der feindlichen Bewegung und die Unterstützung beim Bau von Einrichtungen zum Schutz vor Waffenwirkung bleiben von prinzipieller Bedeutung, treten demgegenüber aber an sekundäre Stelle der Hauptaufgaben.



... zum Fördern der Bewegung eigener Truppen sollte aber dabei im Vordergrund stehen.

Die Brigade der Kampftruppen als Träger des Kampfes der verbundenen Waffen ist die Bezugsebene für die Parameter der Pionierunterstützung. Führung und organisatorische Zuordnung des Pioniersystems auf taktischer Ebene werden sich daher an der Ebene „Brigade“ zu orientieren haben.

Die *Sekundäraufgabe Katastropheneinsatz* gewinnt im nationalen und internationalen Rahmen an Bedeutung. Dem gesetzlichen Auftrag zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs wird nicht nur innerhalb der Strukturen entsprochen, die zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der militärischen Landesverteidigung bestehen. Die politischen Vorgaben zur Heeresreform definieren den Katastropheneinsatz sogar als „erstes und wahrscheinlichstes Reaktionsereignis“.

Der steigenden Bedeutung der nationalen und internationalen Katastrophenhilfe in Verbindung mit dem Friedensnutzen des Bundesheeres entsprach das BMLV durch die Festlegung, die Pioniertruppe mit der erforderlichen technischen Ausrüstung und Ausbildung zu versehen, welche *maßvoll* über die eigentliche militärische Ausrüstung und Ausbildung hinausgehen sollte.

Primäraufgaben und Sekundäraufgabe der Pioniertruppe im Widerspruch zu sehen, ließe wesentliche, heute unverzichtbare Synergieeffekte im Sinn der Umwegrentabilität außer acht. So steigt die Akzeptanz der Streitkräfte aufgrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen beim Auftraggeber, der Bevölkerung, in hohem Maß über den Friedens- und Doppelnutzen militärischer Kräfte; die Pionier- und die ABC-Abwehrtruppe - als Hauptträger des Katastropheneinsatzes durch militärische Kräfte - bauen dabei ihre Führungsfähigkeit und fachliche Qualifikation unter Einsatzbedingungen aus.

Die Wahrnehmung von Sekundäraufgaben fördert so die Fähigkeit zur professionellen Erfüllung der Primäraufgabe besser, als noch so teure Simulatoren oder ausgeklügelte Manöver. Das zweckmäßige Verhältnis zwischen Primär- und Sekundäraufgaben darf dabei allerdings nicht aus den Augen verloren werden!

Die in einem raschen und dynamischen Wandel befindlichen internationalen sicherheitspolitischen Gegebenheiten wirken sich auch auf die österreichische Pioniertruppe aus. Nach dem Ministerratsbeschluss vom 25. Mai 1993 zur weiteren und verstärkten Teilnahme Österreichs an der Friedenssicherung sowie an der internationalen humanitären und

Katastrophenhilfe ist unter anderem eine Pioniereinheit vorzubereiten, deren Aufgabenspektrum grundsätzlich die klassischen Pionieraufgaben umfassen wird.

Die weltweite Proliferation von Minen, vor allem Schützenminen der ersten Generation, hat in den letzten Jahren zu schweren negativen, ja katastrophartigen Auswirkungen auf die Völker in fast allen derzeitigen und ehemaligen Krisenherden der Welt geführt. Eine solche Art der Minenkriegführung weist - in Relation zu den Folgen gesehen - keinen vertretbaren Nutzen auf. Sie wird daher von Armeen hochentwickelter Staaten, einschließlich dem österreichischen Bundesheer, auch nicht praktiziert.

Die Sekundäraufgabe Katastropheneinsatz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die politischen Vorgaben zur Heeresreform definieren den Katastropheneinsatz sogar als „erstes und wahrscheinlichstes Reaktionsereignis“. Das Bild zeigt Pioniere im Hochwassereinsatz 1991 beim Bau eines Dammes.



Österreichische Pioniere stehen im Rahmen der Pioniereinheit/VOREIN sowie als Pionierexpertenteams zu internationalen Hilfeleistungen bereit. Das dabei erzielbare fachliche Know-how ist für die professionelle Wahrnehmung der Primäraufgaben von unschätzbarem Wert.



Bei den Genfer Verhandlungen - Österreich ist dort durch einen Fachmann der Pioniertruppenschule vertreten - soll eine Konvention geschaffen werden, die diese katastrophalen Auswirkungen eindämmt. Auch zur Verifikation und Verdachtsinspektion bei tatsächlichen oder behaupteten Verstößen gegen diese zukünftige Konvention werden österreichische Pionierexperten zur Verfügung stehen. Neben dem Beitrag für die internationale Sicherheit, den österreichische Pioniere im Fall ihrer Entsendung sowohl im Rahmen der Pioniereinheit/VOREIN als auch als Pionierexpertenteams leisten könnten, ist der Gewinn an fachlichem Know-how - wiederum für die professionelle Wahrnehmung der Primäraufgaben

- von unschätzbarem Wert. So erhielten 17 Pionieroffiziere und Pionierunteroffiziere 1994 in Großbritannien eine einschlägige Fortbildung zur professionellen Räumung von Minen und Kampfmitteln verschiedenster Herkunft. Ein entsprechendes System samt erforderlicher Ausrüstung und Ausbildung ist in Österreich in Vorbereitung.

Die österreichische Pioniertruppe hat die Erfordernisse nach tiefgehender Innovation erkannt. Als erste Erfolge im Bemühen um Fortschreiben des Pioniergeistes im wahrsten Sinn des Wortes sind die Einführung einer Software zur professionellen Planung und Steuerung komplexer Aufträge bei den Pionierbataillonen und

an der Pioniertruppenschule anzuführen. Die Vorgaben des neuen Einsatzkonzeptes, die „Heeresgliederung-NEU“ und die Einbindung Österreichs in die dynamischen internationalen Entwicklungen der Sicherheitspolitik werten die Bedeutung der österreichischen Pioniertruppe qualitativ auf.

In der zukünftigen Arbeit wird es darauf ankommen, die Pionierkräfte noch mehr als bisher nach den Erfordernissen der Bedarfsträger auszurichten, die vorhandenen Ressourcen im Führungs- und Durchführungsbereich besser auszunützen und den Systemcharakter der Waffengattung in einer umfassend arbeitsfähigen, entscheidungsbefugten Stelle zu koordinieren.

Die Fernmeldetruppe

Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert

Die Entwicklung der österreichischen Fernmeldetruppe der Zweiten Republik führt von den provisorischen Grenzschutz-Tel-Abteilungen der Zeit nach dem Staatsvertrag bis zur Einführung einer integrierten Fernmeldeinfrastruktur an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Sie war stets getragen vom Engagement und der Fachkompetenz der Fernmeldesoldaten. Ihre Aufgabe, erforderliche FM-Verbindungen im Frieden und im Einsatz zu schaffen sowie den Informationsfluß für Führungs-, Aufklärungs-, Versorgungs- und Waffensysteme sicherzustellen, bleibt auch in Zukunft bestehen.

Von den Tel-Schulen der B-Gendarmerie ...

Nach der Kriegs- und Besatzungszeit begann der Aufbau der Telegraphentruppe zuerst innerhalb der B-Gendarmerie. 1955 erfolgte die Überführung der Gendarmerie-Tel-Schulen in die provisorischen Grenzschutz-Tel-Abteilungen. Die Waffenfarbe war übrigens für diese Truppen noch stahlgrün wie für die Pioniere, erst 1956 wurde die noch heute gültige rostbraune Waffenfarbe eingeführt.



Foto: Archiv

Das neu aufgestellte Bundesheer erhielt 1956 von der US Army die Fernmeldeausrüstung von drei US-Divisionen. Doch die Fernmeldetruppe ist eine der schnelllebigsten Waffengattungen; denn ...

Das neue Bundesheer erhielt von der US Army die Fernmeldeausrüstung von drei US-Divisionen. Der weitere Ausbau wurde forciert, unter anderem erfolgte bereits ein Jahr später die Aufstellung der Kader der Tel-Bataillone I, II und III, der Versuchskommission, des Technischen Kontrolldienstes, der Zeuganstalten und des Tel-Inspektorats im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Ebenfalls 1956 wurde das Heeres-Telegraphenbataillon aufgestellt. Aus diesem Verband entstand 1963 das Heeres-Tel-Regiment mit zwei Bataillonen.

Das Heeres-Tel-Regiment wurde später in Heeresfernmelderegiment umbenannt und besteht nun als eigener Verband mit

Kommando, einer Stabskompanie und fünf Fernverbindungskompanien in St. Johann im Pongau; das Armeefernmeldebataillon (vormals I/HTelR, dann I/HFMR) wurde 1986 herausgelöst.

Die Fernmeldetruppschule wurde 1957 als Tel-Truppschule ebenfalls in der Franz Ferdinand-Kaserne aufgestellt. Die Schule umfaßt derzeit Schulkommando, Lehrstab (mit fünf Lehrstabsgruppen), Vorschriften- und Versuchsstab, Stabskompanie und Lehrkompanie. Eine Neuorganisation in Verbindung mit dem

„Schulkonzept 2000“ ist bereits in Planung.

Das Tel-Bataillon 1 verlegte 1956 von Innsbruck nach Wien. 1978 erfolgte die Umbenennung in Fernmeldebataillon 1 und 1994 im Rahmen der „Heeresgliederung-NEU“ in Fernmeldebataillon 4, nunmehr gegliedert in Bataillonskommando, Stabskompanie, Betriebs-RV-(Richtverbindungs-)Kompanie und Funkkompanie.

Das Tel-Bataillon 2 in Villach wurde 1978 zum Fernmeldebataillon 2 und 1994 zum Fernmeldebataillon 1. Es besteht aus Bataillonskommando, Stabskompanie, Betriebs-RV-Kompanie und zwei Funkkompanien.

Das Tel-Bataillon 3 verlegte 1957 von Innsbruck nach Salzburg. Es wurde 1978 in Fernmeldebataillon 3 umbenannt. 1994 entstand daraus das Kommandofernmeldebataillon 2 mit Bataillonskommando, Stabskompanie, Kommandokompanie, Betriebs-RV-Kompanie und Funkkompanie.

Die 1957 in der Stift-Kaserne in Wien aufgestellte Flieger-Tel-Abteilung verlegte 1973 nach Langenlebarn und wurde im Zuge der Umgliederung der Fliegerdivision zum Fliegerstabsbataillon. Derzeit besteht das Fliegerstabsbataillon aus Bataillonskommando, Stabskompanie, Fliegerbildkompanie, FM-Betriebs-RV-Kompanie, Funkkompanie und Feldfern-kabelkompanie. Ab Herbst dieses Jahres ist im Rahmen der „Heeresgliederung-NEU“ eine Neugliederung und Umbenennung in Fliegerfernmeldebataillon geplant.

Aus den Flugmeldeteilen der Flieger-Tel-Abteilung entstand 1962 das Flugmeldebataillon 1 in Salzburg. 1966 wurde daraus das Flugmelderegiment, das 1983 im Kommando Luftraumüberwachung neu organisiert wurde.

Der seit 1956 bestehende Technische Kontrolldienst wurde später zum Fernmeldeaufklärungsbataillon und dann zum Fernmeldeaufklärungsregiment. Im Jahr 1994 wurde dieser Verband dem Heeresnachrichtenamte eingegliedert.

... zur leistungsfähigen Führungstruppe

Mit der „Heeresgliederung-NEU“ wurde die Fernmeldetruppe nach dem heutigen Bedarf organisiert:

Auf oberster Führungsebene stellt das Heeresfernmelderegiment die FM-Verbindungen, besonders die Weitverbindungen, sicher, die FM-Betriebsstelle (dem BMLV direkt nachgeordnet) betreibt das ortsfeste IFMIN-Netz und steuert die erforderlichen und gewünschten mobilen Einbindungen für jeden Anlaß

Oberst Walter Gaunerstorfer, Jahrgang 1941; nach der Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie 1964 Ausmusterung zum damaligen Heeres-Tel-Bataillon in Wien; dort Verwendung als Zugskommandant, Adjutant und Kompaniekommandant, danach S 3 und Fernmelde-sachbearbeiter des Armeekommandos beim Heeresfernmelderegiment und Kommandant des I/HFMR; 1973 bis 1974 UN-Einsatz bei UNFICYP; ab 1984 Lehrstabsgruppenkommandant und Kommandant des Vorschriften- und Versuchsstabes an der Fernmeldetruppschule; 1988 bis 1994 Referatsleiter bei AK/FM und Op/FM; derzeit Kommandant der Fernmeldetruppschule.

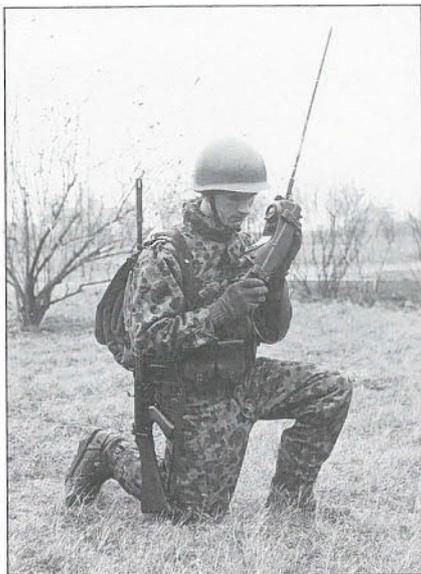


Foto: Aethra

... Geräte, die damals zum Modernsten zählten, wie die „Handgurke“ PRC-6 (Bild) sieht man heute nur noch in Kriegsfilmen oder in Museen.

und zu jeder Zeit. (Das noch bestehende Armeefernmeldebataillon hat in der derzeitigen Gliederung keine Aufgabe mehr, eine Umgliederung in einen Stab Fernmeldeführung ist daher vorgesehen.)

Die Integrierte Fernmeldeinfrastruktur (IFMIN) geht in der Planung auf das Jahr 1975 zurück. Die Zielsetzung war, die erforderlichen FM-Verbindungen der oberen und der mittleren Führung im Zusammenwirken mit den FM-Netzen der Truppe im Frieden und im Einsatz abzudecken bzw. den Informationsfluß für bundesweit eingesetzte Führungs-, Aufklärungs-, Versorgungs- und Waffensysteme sowie für die Datenfernverarbeitung sicherzustellen. IFMIN besteht aus einem ortsfesten und einem mobilen Anteil.

Der ortsfeste Anteil stellt den Betrieb aller angeschlossenen Teilnehmer (Sprache, FAX, Daten) in militärischen Liegenschaften untereinander sicher. Der mobile Anteil wird je nach Auftrag bzw. Bedarf durch die Fernmeldetruppe gestellt und in den ortsfesten Teil eingebunden. Es kann somit in kurzer Zeit ein österreichweites, vermaschtes Netz errichtet werden.

Wesentliche Systemleistungsmerkmale sind Selbstwählverkehr mit fixem Rufnummernplan, automatische Teilnehmersuche auch bei Standortwechsel, automatische Verschlüsselung, hohe Übertragungskapazität, besonders im Datenverkehr, ein vermaschtes Netz mit hoher Ausfallsicherheit und großer Beweglichkeit bei militärischen Lageänderungen, Einbindung der bestehenden Nebstellenanlagen und keine besondere Änderung beim Übergang vom Friedensauf den Einsatzbetrieb. IFMIN ist ein

Aus der Chronik

1952	Bei den Gendarmerieschulen der B-Gendarmerie in Graz, Seebach/Villach, Spittal/Drau, Innsbruck und Linz/Ebelsberg werden Tel-Züge aufgestellt.
1955	(1. Februar) Gendarmerie-Tel-Schulen in Innsbruck und Villach werden aufgestellt; (21. Juli) Überführung der Gendarmerie-Tel-Schulen in die provisorischen Grenzschutz-Tel-Abteilungen 1 (Innsbruck) und 2 (Villach).
1956	(1. Mai) Stäbe und Kader der Tel-Bataillone I und III in Innsbruck und des Tel-Bataillons II in Villach, die Versuchskommission und die Tel-Zeuganstalten werden aufgestellt, ebenso der Technische Kontrolldienst, aus ihm geht das Fernmeldeaufklärungs bataillon, das spätere Fernmeldeaufklärungsregiment hervor; (1. Juni) das Tel-Inspektorat im Bundesministerium für Landesverteidigung entsteht; (1. September) das Heeres-Telegraphenbataillon wird in Wien aufgestellt (in der Fasangarten-Kaserne, der heutigen Maria Theresien-Kaserne); (November) das Tel-Bataillon 1 verlegt von Innsbruck nach Wien in die Radetzky-Kaserne, anschließend in die Albrecht-Kaserne.
1957	(März) Das Heeres-Telegraphenbataillon verlegt in die Franz Ferdinand-Kaserne (die heutige Starhemberg-Kaserne); (1. April) das Tel-Bataillon 3 verlegt von Innsbruck nach Salzburg; (1. Juli) die Flieger-Tel-Abteilung wird in der Wiener Stift-Kaserne (mit einer Kompanie in Hörsching) aufgestellt; (1. November) die Tel-Truppschule wird in Wien in der Franz Ferdinand-Kaserne aufgestellt.
1958	(Dezember) Erste Maturantenkompanie – später Einjährig-Freiwilligen-Kompanie – an der Tel-Truppschule.
1960	Aufstellung einer Flugmeldeausbildungskompanie in Salzburg/Siezenheim im Rahmen der Flieger-Tel-Abteilung.
1962	Flugmeldeabteilung der Flieger-Tel-Abteilung werden Flugmeldebataillon 1 (Salzburg); (24. November) das Tel-Bataillon 1 verlegt von der Albrecht-Kaserne in die Fasangarten-Kaserne.
1963	(1. Jänner) Das Heeres-Telegraphenbataillon wird zum Heeres-Tel-Regiment; (April) das I/HTelR (Wien) und das II/HTelR (St. Johann im Pongau) entstehen.
1964	(Juli) Eine Fernmeldeabteilung wird in der Sektion III errichtet.
1966	Aus dem Flugmeldebataillon 1 entsteht das Flugmelderegiment.
1968	Das Flugmelderegiment wird in zwei Radarbataillone gegliedert, die Großraumradarstation Kolomannsberg geht in Betrieb.
1973	Verlegung von Bataillonskommando und Stabskompanie der Flieger-Tel-Abteilung, dem späteren Fliegerstabsbataillon, nach Langenlebarn.
1974	(1. Jänner) Das Tel-Bataillon 1 wird zum III/HTelR.
1975	Planung von IFMIN; (15. Juli) das III/HTelR wird wieder Tel-Bataillon 1.
1978	(1. Juni) Die Tel-Bataillone werden in Fernmeldebataillone umbenannt; (1. August) die Tel-Truppschule wird zur Fernmeldetruppschule.
1980	(31. Dezember) Die Fernmeldeabteilung – in der Zwischenzeit in Abteilung Fernmeldewesen umbenannt – wird aufgelöst; die Agenden gehen auf die Abteilung Informatik, Fernmeldewesen und Elektronik (später Telekommunikation) und auf die Abteilung Fernmeldeeinsatz im Armeekommando (AK/FM) über.
1983	Das Flugmelderegiment wird als Kommando Luftraumüberwachung neu organisiert.
1986	(1. April) Das Heeresfernmelderegiment wird ein eigener Verband mit Kommando, Stabskompanie und fünf Fernverbindungskompanien in St. Johann/Pongau; das Armeefernmeldebataillon (vormals I/HTelR, dann I/HFMR) wird herausgelöst.
1991	Beginn des Assistenzeinsatzes für Fernmeldeeinheiten an der Staatsgrenze; die Abteilung AK/FM wird aufgelöst und in die Operationsabteilung eingegliedert; (Juli) Beginn des technischen Probetriebes des ortsfesten IFMIN-Systems; (1. August) die Truppe erhält die ersten mobilen Knotenvermittlungen (IFMIN).
1994	(1. März) Mit der „Heeresgliederung-NEU“ wird das Fernmeldebataillon 1 zum Fernmeldebataillon 4, das Fernmeldebataillon 2 zum Fernmeldebataillon 1 und das Fernmeldebataillon 3 zum Kommandofernmeldebataillon 2; das Fernmeldeaufklärungsregiment wird ins Heeresnachrichtenamt übernommen.
1995	Das Fliegerstabsbataillon soll zum Fliegerfernmeldebataillon werden; der Übergang zum Vollbetrieb IFMIN ist zu erwarten.

eigenständiges, in sich geschlossenes militärisches Fernmeldenetz, aber mit möglichen Übergängen zu anderen Netzen. 1991 begann der Probetrieb des ortsfesten Systems, mit Ende 1995 ist der Übergang zum Vollbetrieb zu erwarten.

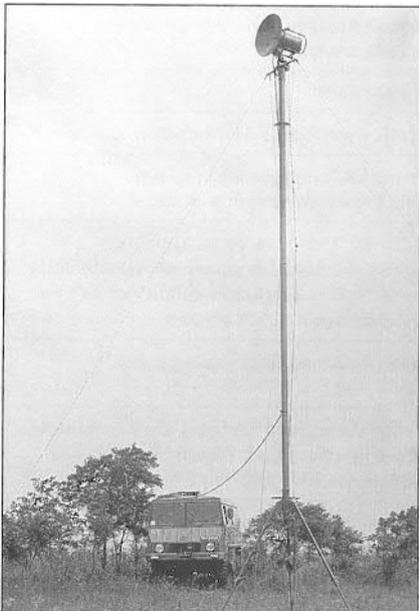
Für jedes *Korpskommando* ist ein Fernmeldebataillon als Führungstruppe vorgesehen, hier wurde auch gleichzeitig eine Berichtigung der Namensgebung durchgeführt. Die Sicherstellung der Verbindungen erfolgt durch

- das Fernmeldebataillon 1 in Villach für das Korpskommando I in Graz,
- das Kommandofernmeldebataillon 2 in Salzburg für das Korpskommando II in Salzburg und
- das Fernmeldebataillon 4 (später Kommandofernmeldebataillon 3) in Wien für das Korpskommando III in Baden.

Im Bereich der *Fliegerdivision* sind als FM-Kräfte das Fliegerstabsbataillon (später Fliegerfernmeldebataillon) in Langenlebarn mit Teilen in Hörsching und das Kommando Luftraumüberwachung in Salzburg - beide österreichweit eingesetzt - zuständig.

In der *mittleren Führungsebene*, in der noch Kräfte der Fernmeldetruppe eingesetzt werden, stehen den Jäger- und Panzergrenadierbrigaden jeweils eine Fernmeldekompanie bzw. eine Panzerfernmeldekompanie zur Verfügung.

Ab der *Ebene kleiner Verband* (Regimenter, Bataillone) werden zur Herstellung der notwendigen FM-Verbindungen



Die Integrierte Fernmeldeinfrastruktur (IFMIN) besteht aus ortsfesten und mobilen Anteilen. Durch die Vermaschung mit Richtverbindungen (Bild) kann rasch ein österreichweites Netz errichtet werden. Wesentliche Systemleistungsmerkmale sind Selbstwählverkehr, automatische Teilnehmersuche, Verschlüsselung und hohe Ausfallsicherheit.

Der größte Nachholbedarf besteht am Ultrakurzwellensektor, weil die Standardgeräte im Bundesheer bereits stark überaltet sind. Das auf diesem Foto abgebildete PRC-77 ist wahrscheinlich älter als sein Benutzer.



Foto: HBF

Besser sieht es am Kurzwellensektor aus. Die Gerätefamilie PRC-2200 verfügt über hohe Übertragungszuverlässigkeit, Fähigkeit zur Datenübertragung, hohe Resistenz gegen Elektronische Kampfführung, automatische Verschlüsselung und Frequenzsprungverfahren.



Truppenfernmeldekräfte in Zugsstärke eingesetzt.

Eine Sonderstellung nimmt die *Fernmeldetruppendeinstellung* ein. Ihre Hauptaufgabe ist die Aus- und Fortbildung des Kaderpersonals der Fernmeldetruppe - von Offizieren, Unteroffizieren, Militärakademikern und Einjährig Freiwilligen. Das Erstellen von Merkblättern (in weiterer Folge von Vorschriften) für den Fernmeldedienst im Bundesheer sowie die Herausgabe und die nachfolgende Korrektur von waffengattungsspezifischen Fernbriefen als auch die Erprobung von neu einzuführendem FM-Gerät wird ebenfalls durch die Fernmeldetruppendeinstellung wahrgenommen. Zusätzlich führt sie die Ausbildung in der Elektronischen Kampfführung, die technische und betriebliche Betreuung der rechnergesteuerten Funksimulationsanlage und die EDV-Grundausbildung des FM-Kaderpersonals sowie der Angehörigen der Zentralstelle durch.

Seit 1991 werden auch Fernmeldeeinheiten immer wieder zum *Assistenzeinsatz* an die österreichische Staatsgrenze in das Burgenland verlegt und versehen dort in dieser ungewohnten Aufgabe ihren Dienst zur vollsten Zufriedenheit.

Seit das Bundesheer am *UN-Friedenseinsatz* teilnimmt, wirken an den Einsätzen besonders in Zypern und am Golan österreichische Fernmeldesoldaten mit -

von anderen Kontingenten oft um die ausgezeichnete Geräteausstattung beneidet. Sie stellen die Verbindungen im Einsatzgebiet und in die Heimat („Heimatkommunikation“) sicher.

Im Rahmen der *Öffentlichkeitsarbeit* konnte sich die Fernmeldetruppe immer vorteilhaft präsentieren, beginnend bei Ausstellungen, beim „Tag der Schulen“ und dem „Tag der offenen Tür“, bis zur feierlichen Angelobung ihrer Grundwehrdiener. Auf die vielen vorbildlich gelebten Partnerschaften mit österreichischen Unternehmen sei ebenfalls verwiesen.

Ausblick

Moderne taktische *Führungssysteme* müssen die zunehmende Beweglichkeit der Truppen, schnellere und weitreichendere Gefechtsabläufe und die größeren Reichweiten sowie die höhere Treffgenauigkeit der modernen Waffensysteme vermehrt berücksichtigen. Dies erfordert neben einem schnelleren Führungsverfahren auch raschere Nachrichtenübertragung und eine Verkürzung der damit verbundenen Administration. Die Bedarfsträger müssen daher über entsprechend leistungsfähige Systeme verfügen. Im Rahmen der modernen *Fernmeldenetze*, die sich von den zivilen Netzen im wesentlichen durch ihre hohe Mobilität,

Die Fernmeldetruppe stellt FM-Netze und Verbindungen zur Verfügung - Durchgabe und Inhalt der Nachrichten sowie deren Auswertung sind Angelegenheit des Benützers!

Geländeunabhängigkeit und automatische Verschlüsselung unterscheiden, steht dem Bundesheer mit der Integrierten Fernmeldeinfrastruktur (IFMIN) ein ahierarchisches System zur Nachrichtenübertragung - einschließlich Datenübertragung - zur Verfügung. Es deckt die FM-Bedürfnisse der obersten militärischen Führung bis zur Ebene der Brigade (fallweise sogar bis zum kleinen Verband) ab, wobei, wie bereits ausgeführt, kein Unterschied zwischen mobilen und ortsfesten Teilen des Netzes besteht.

Unbedingt notwendig ist die *Einbindung automatisch verschlüsselnder Funkgeräte* in dieses System. Ebenso sind die Komponenten Lichtwellenleiter, Richtverbindungen und Endgeräte auf den technisch neuesten Stand zu bringen.

Am *Ultrakurzwellensektor* besteht der größte Nachholbedarf, weil die Standardgeräte im Bundesheer bereits überaltet sind. Besonders wichtig bei einer Neubeschaffung ist die Forderung nach einer einzigen Gerätefamilie, nach automatischer Verschlüsselung, nach dem Frequenzsprungverfahren sowie nach leichter und sicherer Handhabung und Kompatibilität untereinander - also auch zwischen Hand- und Tornisterfunkgeräten. Die Industrie bietet viele ausgereifte und bereits in anderen Armeen eingeführte Gerätefamilien an, eine konkrete Entscheidung und Beschaffung ist raschest erforderlich.



Das Personal der Fernmeldetruppe errichtet die Verbindungen - der Beitrag des Benützers ist die richtige Bedienung der Endgeräte, egal ob Fernsprecher, Telekopierer oder Funkgerät.

Auf dem Funksektor hat auch das Bundesheer die Renaissance der *Kurzwelle* miterlebt.

Eine hohe Übertragungszuverlässigkeit (durch automatische Verbindungsaufbau), die Fähigkeit zur Datenübertragung mit Fehlerkorrektur, eine hohe Resistenz (durch automatische Verschlüsselung und Frequenzsprungverfahren) gegen Maßnahmen der Elektronischen Kampfführung sowie eine einfache und sichere Handhabung mit automatisierten Bedienungsabläufen wurde durch die neu eingeführte Kurzwellengerätefamilie im Bundesheer verwirklicht.

Zusätzlich steht noch die bisherige *Funkfernschreibausrüstung* zur Verfügung, bei der allerdings ein dringender Bedarf an modernen Endgeräten besteht.

In den Regimentern und Bataillonen aller anderen Waffengattungen werden Truppenfernmeldekräfte in Zugsstärke eingesetzt. Sie verfügen u. a. über Funk- und Feldkabelteile (Bild) und haben oft einen hohen Anteil an Milizsoldaten.



Foto: Archiv

Für beide Funksysteme stehen bereits moderne *Zeichenübertragungsgeräte* mit automatischer Verschlüsselung zur Verfügung.

Der nächste Schwerpunkt ist die Beschaffung eines *Führungs-Informationssystemes*, das dem militärischen Führer

am Gefechtsstand oder im Gefecht möglichst viele gesicherte Informationen und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stellt. Hierzu ist auch auf seiten der Fernmeldetruppe besonders qualifiziertes Personal, das in der notwendigen Stärke vorhanden sein muß, erforderlich.

Die Bedienung der FM-Endgeräte wird in Zukunft keine generelle Aufgabe des FM-Personals sein können, sondern wird durch den Bedarfsträger durchzuführen sein. Die Fernmeldetruppe stellt also FM-Netze und Verbindungen zur Verfügung - *Durchgabe* und *Inhalt* der Nachrichten sowie deren Auswertung sind Angelegenheit des Benützers!

Folgende Aufgaben und Trends fordern und leiten unsere moderne Fernmeldetruppe auf dem Weg ins 21. Jahrhundert:

- Abgehen vom klassischen Verbindungsaufbau, weiterer Ausbau ahierarchischer und vermaschter FM-Netze;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen - auch zivilen - FM-Netzen, einschließlich der Funkintegration;
- Sicherstellung der Übertragungswege für alle Führungsinformations- und Führungsunterstützungssysteme;
- Nutzung der modernsten Entwicklungen und Technologien;
- neue Organisationsstrukturen und entsprechende Geräteausstattung der FM-Kräfte;
- Zusammenführung der Stabs- und Führungstruppen in die FM-Struktur;
- Vergrößerung des Anteils der Fernmeldetruppe in der Friedensgliederung und bei den präsenten Kräften;
- Schaffung einer zeitgemäßen FM-Doktrin (mit Berücksichtigung der immensen Bedeutung der Elektronischen Kampfführung) für das neue österreichische Bundesheer;
- Zusammenarbeit mit FM-Kräften anderer Armeen im Rahmen der UNO, der „Partnership for Peace“, der OSZE und bei verschiedenen internationalen Einsätzen.

Foto: Archiv

Die Jagdkommandotruppe

„Numquam retro!“ - Niemals zurück!

Jagdkommando-Einsätze werden oft mit „Rambo-Kult“ und „Schlangenfressen“ gleichgesetzt - weit entfernt von üblichen militärischen Tätigkeiten. Doch dieser Schein trügt. Gerade das „biedere Soldatenhandwerk“ ist eine der Stärken der Jagdkommandotruppe. Das Bewegen auf dem Gefechtsfeld, das schnellere Schießen und bessere Treffen, der Nahkampf, das Beherrschen von Waffen und Kampfmitteln usw. stehen in Geschichte und Gegenwart der österreichischen Jagdkommandotruppe vor anderen Fertigkeiten, wie Fallschirmspringen, Kampfschwimmen oder der Luftlandeausbildung.

Jagdkommando - wozu?

Will man die Jagdkommandotruppe darstellen und verstehen, muß man sich unweigerlich mit der Frage auseinandersetzen, wozu es diese Sondereinheit gibt. An erster Stelle der Gründe, weshalb Staaten Sondereinheiten aufstellen, stehen natürlich die spezifischen Einsatzaufgaben, die von konventionellen Einheiten nicht abgedeckt werden können. Der zweite Grund liegt im Elite-Denken. Es war für Soldaten immer schon etwas Erstrebenswertes, einem Eliteverband anzugehören. Diese Verbände haben oft auch Vorbildfunktion für den gesamten Kader einer Armee. Weiters dient diese Sonderausbildung natürlich auch als Kaderfortbildung. In vielen Armeen wird sie für ein Weiterkommen des Kadets, sei es hinsichtlich Entlohnung oder Aufstieg, sogar zwingend gefordert.

Die nunmehr 33jährige Geschichte des österreichischen Jagdkommandos weist extreme Höhen und Tiefen - vom größten Erfolg bei Übungen und internationalen Vergleichskämpfen bis zur „Fastauflösung“ - auf. Diese Entwicklung ist aber nicht österreichspezifisch, ähnlich erging es auch anderen Sondereinheiten. So wurden die US Special Forces nach Vietnam schwer dezimiert, um dann unter Präsident Ronald Reagan wieder zu erstarken und in Kuwait wesentlich zum

Oberst Franz Foidl, Jahrgang 1939, nach der Offiziersausbildung Kommandant eines Panzergrenadierzuges und Lehroffizier an der Heeresunteroffiziersschule in Enns; danach Kompaniekommandant der Lehrkompanie „Kleinkrieg“ und Hauptlehroffizier „Kleinkrieg“ der Heeresport- und Nahkampfschule; Kommandant des Jägerbataillons 10 und stellvertretender Kommandant des LWSR 14; von 1972 bis 1974 Dienst bei den Vereinten Nationen im Rahmen der UNTSO; 1980 stellvertretender Kommandant des AUSBATT/UNDOF; derzeit Kommandant des Ausbildungszentrums Jagdkampf.

Erfolg der multinationalen Streitkräfte beizutragen. Die „Namensvettern“ des Jagdkommandos, die US „Ranger“, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg sogar vorübergehend aufgelöst.

Diese Problematik von Sondereinheiten ist relativ einfach zu analysieren:



Die Problematik von Sondereinheiten: Einem enormen Einsatzspektrum (es reicht von Fernspäheinsätzen über Kampf im und aus dem Wasser oder Kommandounternehmen bis zur Gegenjagd) stehen wenige, aber äußerst schwierige Aufträge von weittragender Wirkung gegenüber.

Foto: HBF

Einem enormen Einsatzspektrum (etwa von Fernspäheinsätzen über Kommandounternehmen bis zur Gegenjagd) stehen wenige, aber äußerst schwierige Aufträge von weittragender Wirkung gegenüber. Zwischen der Auftragsbefreiung und dem Scheitern solcher Einsätze liegt meist nur ein sehr schmaler Grat. Kommt es infolge schlechter Rahmenbedingungen (z. B. aufgrund von fehlenden politischen Voraussetzungen, des Zeitdrucks, einer mangelnden Vorbereitung, einer fehlenden Unterstützung und Ausrüstung) zu einem Scheitern (wie beim Geiselfreisetzungsvorhaben der US Special Forces im Iran 1980), zieht dies unweigerlich politische und militärische Konsequenzen nach sich.

Der überwiegende Teil von Kommandounternehmen wird aber mit Erfolg abgeschlossen (wie unter anderem die Fernspäheinsätze in Kuwait), nur werden diese Erfolge aus militärischen Gründen - wenn möglich - geheimgehalten. In die-

ser Schere agieren weltweit alle Sonderverbände - auch das österreichische Jagdkommando.

Ohne Zweifel hat sich das Jagdkommando aber immer durch eine besondere Leistungsbereitschaft sowie durch einen besonderen Leistungswillen ausgezeichnet und damit versucht, fehlende Ausrüstung, Infrastruktur und Unterstützung auszugleichen.

Entwicklung des Jagdkommandos

Heimat der Infanterie des Bundesheeres der Zweiten Republik war in den ersten Jahren nach seiner Aufstellung die Infanteriekampfschule (IKSch) in Großenzersdorf. In der Stabskompanie existierte damals (wie in allen Infanteriebataillonen auch) ein „Kampfzug“. Diese Kampfzüge dienten eigentlich zur Sicherung der Gefechtsstände, wurden aber auch bevorzugt für Späh- und Stoßtrupp-aufgaben sowie für kleinkriegsähnliche

Aktionen verwendet. Es wäre nur logisch gewesen, wenn das spätere Jagdkommando aus dieser Teileinheit hervorgegangen wäre. Die „österreichische Situation“ bestimmte es anders, und damit starb dieser Zweig des Jagdkommando-Stammbaumes ab.

Im Jahr 1961 entschloß man sich im Bundesministerium für Landesverteidigung, zwei Offiziere an die Infanterieschule der US Army zum „Ranger“-Kurs zu schicken. Andere sollten ihnen später folgen. Vorerst noch wenig konsequent und unkonturiert erwog man immerhin bereits das Konzept des Kleinkrieges zur Unterstützung der konventionell kämpfenden Truppe. 1963 fand ein „Kurs für Sonderausbildung“ an der Heeresport- und Nahkampfschule statt, der erste Jagdkommandokurs in der Dauer von zwei Monaten. Die Kursinhalte wie Spreng-, Fernmelde-, Schwimmausbildung und Gefechtsübungen glichen stark dem „Ranger“-Kurs der US Army

(daher auch der Name „Ranger“). Höhepunkt des Kurses war eine Abschlußübung, in der die Kursteilnehmer annähernd 200 km gefechtsmäßig marschierten. Bei den folgenden Kursen kamen Ausbildungsinhalte wie Alpin- und Körperausbildung, Nahkampf, Sanitätsausbildung sowie Überlebenstraining dazu, andere Ausbildungsinhalte wurden modifiziert. Die erworbenen Kenntnisse der Nahkampf Ausbildung wurden (zum Leidwesen der Kommandanten) von den Kursteilnehmern des öfteren praktisch erprobt und umgesetzt.

Die Länge des Kurses stieg von zwei auf drei und später auf fünf Monate. Der Ausbildungsort wechselte mehrmals; eine Ausbildungsreform zur „Kleinkriegsausbildung“ fand ebenfalls statt.

Mit der Umstellung auf die „Heeresgliederung 71“ sowie der Änderung der Dienstzeit änderte sich auch die Ausbildung des Jagdkommandosoldaten grundlegend.

War bis 1978 der Jagdkommandokurs vorwiegend Kaderausbildung, so stand danach eine zwölfmonatige Jagdkommandoausbildung (mit Einrückungstermin Jänner) im Intervall von zwei Jahren auch Grundwehrdienern offen. In den Jahren 1978/79 führte eine Sprengstoff-Affäre fast zur Zerschlagung des Jagdkommandos.



Die Nahkampfausbildung hat bei der Jagdkommandotruppe eine lange Tradition. Sie hebt die Kampf-motivation und das Selbstbewußtsein der Jagdkommandosoldaten.



Einsatzsprünge mit Waffen und Gerät werden bei Tag und Nacht durchgeführt. Sie stellen besonders harte Anforderungen an die Jagdkommandosoldaten.

Aus der Chronik

1961	Offiziere des Bundesheeres (die Oberleutnante Flödl und Grabenweger) nehmen erstmals am „Ranger“-Kurs der US Army teil.
1963	Erster Jagdkommandokurs in der Dauer von zwei Monaten an der Heeressport- und Nahkampfschule in Wien (Fasangarten-Kaserne).
1967	Verlegung der Jagdkommandoausbildung nach Kaisersteinbruch (Uchatius-Kaserne); die Ausbildungsreform führt zur „Kleinkriegsausbildung“.
1968	Verlegung der Jagdkommandoausbildung nach Hainburg (Marc Aurel-Kaserne).
1978/ 1979	Verlegung nach Wr. Neustadt (Flugfeld-Kaserne); eine Sprengstoff-Affäre führt fast zur Zerschlagung des Jagdkommandos;
1986	Ausgliederung der Jagdkommandoausbildung aus dem Bereich der Heeressport- und Nahkampfschule; Aufstellung des Ausbildungszentrums Jagdkampf.
1987	Die Jagdkommandoausbildung findet wieder in Kursform statt.
1995	Terminliche Abstimmung auf Einjährig-Freiwilligen- und Unteroffiziersausbildung; der Kurs wird nun jährlich von Februar bis Juli durchgeführt.

1986 wurde die Jagdkommandoausbildung aus dem Bereich der Heeressport- und Nahkampfschule ausgegliedert und das Ausbildungszentrum Jagdkampf gegründet.

Seit 1987 haben alle Soldaten, vom Grundwehrdiener bis zum Offizier, die Möglichkeit, an der Jagdkommandoausbildung teilzunehmen. Heuer wurde der Jagdkommandokurs auf die Einjährig-Freiwilligen- und die Unteroffiziersausbildung abgestimmt und findet nun alljährlich von Februar bis Juli statt.

Der Jagdkommandokurs - heute

Derzeit gliedert sich der Jagdkommandokurs in:

- ein Auswahlverfahren von etwa 14 Tagen, bei dem die physische und psychische Leistungsfähigkeit der Aspiranten überprüft wird;
- die Einzelausbildung, bei der das grundlegende Handwerk des Jagdkommandosoldaten (Gefechtsdienst, Sonderschieß-, Spreng-, Nahkampf-, Überlebens-, amphibische und Fallschirmsprungausbildung) vermittelt wird;
- die Funktionsausbildung mit den für den Einsatzverband notwendigen spezifischen Ausbildungen (Fernmelde-, Sonderpionier-, Scharfschützen- oder Ausbildung mit schweren Waffen);
- die Verbandsausbildung als Höhepunkt, Zusammenführung und Anwendung der vorangegangenen Ausbildungsabschnitte (dabei werden Kommandounternehmen in Form von Hinterhalten, Überfällen, Störaktionen oder Fernspäheinsätze geübt).

Charakteristik der Jagdkommandotruppe

Nirgends läßt sich die Charakteristik der Jagdkommandotruppe so deutlich ablesen, wie in ihrem Wahlspruch „numquam retro“. Dieses „Niemals zurück“ steht für ein Vorwärtsdenken, Vorwärtstreben und Vorwärtshandeln. Der Ausspruch stammt von der Payer-Weyprecht Expedition (1872 bis 1874), bei der österreichische Soldaten enormen Mut, Kraft, Ausdauer und einen beispielhaft gefestigten Charakter bewiesen. Vom Packeis eingeschlossen, waren sie dazu

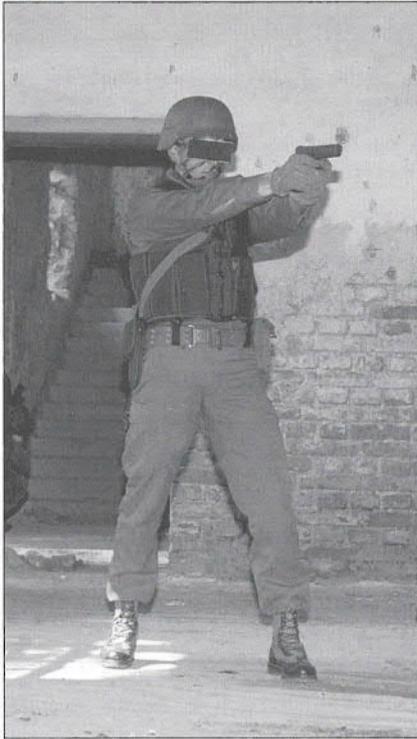


Foto: HfB

Tausende Trockenübungen stehen bei der Sonderschießausbildung der Jagdkommandotruppe vor dem ersten Schuß.

verdammt, zwei lange Polarwinter am 78. Breitengrad auszuhalten. Sie trotzten der ewigen Finsternis, der Kälte, der Beengtheit des Schiffes, den Eispresungen, dem Hunger und dem Skorbut. Unter größtem persönlichen Einsatz führten sie sogar noch vier Landexpeditionen durch, um das Franz-Josefs-Land zu erkunden und nicht „mit leeren Händen“ zurückzukommen.

Die Jagdkommandotruppe hat es sich zum Ziel gesetzt, diesem Beispiel zu folgen, und allen Schwierigkeiten zum Trotz, im Frieden und im Einsatz dieses „Niemals zurück“ zu praktizieren. Jagdkommandosoldaten haben durch ihre Ausbildung Strapazen, Härte und Entbehrungen erfahren. Sie wurden und werden gezielt an ihre psychischen und physischen Grenzen geführt. Dieses Kennenlernen der eigenen Leistungsfähigkeit fördert das Vertrauen zu sich selbst und zu den Jagdkommandokameraden.

Der Jagdkommandosoldat weiß aus Erfahrung, daß er Hitze, Kälte, Schmerzen, Müdigkeit, Hunger und Durst bewältigen kann, und er wird, weil es von ihm in der Ausbildung und bei Übungen immer wieder gefordert wird, auch unter widrigsten Bedingungen den Auftrag erfüllen. Dies ist ein Charakteristikum des Jagdkommandos. Ein anderes ist die konsequente Einsatzvorbereitung durch fundierte Einzelausbildung. Gerade das „biedere Soldatenhandwerk“ ist eine der Stärken der Jagdkommandotruppe. Das Bewegen auf dem Gefechtsfeld, das schnell-

lere Schießen und bessere Treffen, der Nahkampf, das Beherrschen von Waffen und Kampfmitteln usw. stehen weit vor allen anderen Fertigkeiten, wie Fallschirmspringen, Kampfschwimmen oder Luftlandeausbildung. Jagdkommandosoldaten sind also keine Rambos oder Zauberkünstler, sondern überdurchschnittlich belastbare Soldaten, die ihr infanteristisches Handwerk beherrschen und darüber hinaus noch über besondere Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

Die Leistungsfähigkeit des Jagdkommandos

Ausbildungsstand

Der Ausbildungsstand ist jener Parameter der Leistungsfähigkeit, den das Jagdkommando von sich aus am meisten beeinflussen kann, und in dem es auch beachtliche Erfolge erzielt hat. Ausbildungsstand, Einsatzmotivation und Kampfwille sind bei der Jagdkommandotruppe als absolut hoch einzustufen (siehe Kasten). Aufbauend auf traditionelle Stärken hat das Jagdkommando hier sicher einen Ausbildungsstand erreicht, der international keinen Vergleich zu scheuen braucht.

Ausrüstung, Waffen und Gerät

In diesem Bereich darf kein internationaler Maßstab angelegt werden. Im großen und ganzen ist dem Bedarf einer Sondereinheit an speziellen Waffen und Gerät bis heute nicht Rechnung getragen worden. Ausnahmen bilden hier nur das Fallschirmsprunngerät sowie das Kampfschwimmergerät.

Erschwerend kommt in diesem Bereich die Situation bei der Fliegertruppe hinzu. Die unerläßliche Luftunterstützung dieser Kommandoeinheit kann nur in Teilbereichen sichergestellt werden. Das Fehl an geeigneten Absetzmaschinen für Fernspähgleiteinsätze und an Kampfhub-

Jagdkommandosoldaten sind keine Rambos oder Zauberkünstler, sondern überdurchschnittlich belastbare Soldaten, die ihr infanteristisches Handwerk beherrschen und darüber hinaus noch über besondere Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

schaubern zur Durchführung von Luftlandungen schränkt den Aktionsradius und die Schlagkraft des Jagdkommandos ein.

Infrastruktur

Zur Zeit ist das Ausbildungszentrum Jagdkampf, das nicht nur die Jagdkommandoausbildung sowie die Funktionssoldatenausbildung durchführen muß, sondern auch laufend Fallschirmsprungkurse, Nahkampfkurse und Überlebenskurse abhält, auf die Infrastruktur einer Kompanie angewiesen.

Das dadurch erzwungene permanente Ausweichen auf andere Garnisonen behindert nicht nur die Weiterentwicklung des Jagdkommandos, sondern nagt natürlich auch an der Motivation und am Zusammenhalt dieser Truppe.

Ausblick

Mit der „Heeresgliederung-NEU“ ist zu den Aufträgen des Jagdkommandos, „Kommando- und Fernspäheinsätze“ durchzuführen, noch der Bereich „Gegenjagd“ hinzugekommen. Außerdem sollen auf Basis der bestehenden Jagdkommandokompanie zwei weitere, also insgesamt drei Kompanien, aufgestellt werden.

Für sich selbst hat das Jagdkommando als zukünftige Aufgaben die weitere Steigerung der Einsatzbereitschaft und die Weiterentwicklung der Ausbildung definiert. Durch den Beitritt Österreichs zur Euro-

Einige Beweise für den hohen Ausbildungsstand:

1988	Taktikparcours GEK-Wettkampf 1. Rang unter 30 Antiterrorereinheiten
1989	Raid Commando in Frankreich 1. Rang unter 54 internationalen Mannschaften
1992	ParaCross in Deutschland (Fallschirmabsprung - Orientierungslauf - Schießen - Schwimmen) 4. Rang unter 24 internationalen Fernspähmannschaften
1993	Wienerwald-Patrouille 1. Rang unter 60 internationalen Mannschaften
1995	VII. Internationale Österreich-Patrouille 1. Rang unter 45 internationalen Mannschaften

päischen Union könnte hier durch entsprechende Kontaktpflege zu anderen Sondereinheiten von deren Einsatzerfahrung profitiert, neue Einsatztaktiken erkannt und mitvollzogen werden.

Die Jagdkommandotruppe wird versuchen, alle zukünftigen Aufgaben mit der ihr eigenen Disziplin - getreu dem Wahlspruch „Niemals zurück“ - zu erfüllen. Ohne entsprechende Begleitmaßnahmen (wie die Lösung der Unterkunft- bzw. Ausrüstungsproblematik) wird dies aber auch bei größtem Einsatz nicht zu bewältigen sein.

Gerade das „biedere Soldatenhandwerk“ ist eine der Stärken der Jagdkommandotruppe. Das Bewegen am Gefechtsfeld, schnelleres Schießen, besseres Treffen, Nahkampf, das Beherrschen von Waffen usw. stehen vor allen anderen Fertigkeiten, wie Fallschirmspringen, Kampfschwimmen oder der Luftlandeausbildung.



Oberst Harald Joham

Die Fliegertruppe

Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind günstig (Seneca).

Der Auftrag an die Luftstreitkräfte wurde in der Anfangszeit des Bundesheeres der Zweiten Republik nie klar formuliert, weil das knappe Wehrbudget den Aufbau effektiver Luftstreitkräfte verhinderte. Doch der Luftraum ist Teil des Staatsgebietes, und auch Österreich kann es sich nicht leisten, seinen Luftraum der Disposition anderer Staaten zu überlassen.



Das erste Flugplatzkommando der Zweiten Republik wurde 1955 aufgestellt. Der erste Flug (in der Dauer von 52 Minuten) erfolgte mit einer von der Sowjetunion überlassenen Jak-18 am 9. Dezember 1955.

Die Anfänge

Am Anfang war die Abteilung III/L (Luft) im Amt für Landesverteidigung; diese sollte den Grundstock für die späteren österreichischen Luftstreitkräfte der Zweiten Republik bilden. Bei der Übernahme der ehemaligen Militärflugplätze gelang es nur, fünf der elf vorhandenen Plätze zu erhalten, und zwar Langenlebern, Zeltweg und Hörsching sowie Aigen im Ennstal und Wr. Neustadt/West. Aus Hörsching wurde ein Militärflugplatz mit ziviler Mitbenützung, aus dem Militärflugplatz Graz-Thalerhof wurde ein Zivilflugplatz mit militärischer Mitbenützung. Das erste Flugplatzkommando wurde 1955 aufgestellt.

Der erste Flug mit einer von der damaligen Sowjetunion überlassenen Jak-18 wurde am 9. Dezember 1955 durchgeführt. Der erste Hubschrauberflug mit einem Bell 47G-2 fand im Februar 1956 statt. Im selben Jahr erfolgte die Aufstellung der Fliegerschule Langenlebern, die unverzüglich Umschulungskurse für Fluglehrer durchführte und im Folgejahr mit der regulären Ausbildung der Fluggruppe 1 begann. Das Fliegerführerkommando wurde 1956 aufgestellt.

An Oberst Paul Lube erging der Auftrag zur Vorlage einer Luftwaffenorganisation. Die damals vorgeschlagenen Stärken und Verbände wurden allerdings in keiner Weise jemals realisiert. Die Luftstreitkräfte sollten aus Fliegertruppen, Flie-

gerabwehrwaffentruppen, Flieger-Teil-Truppen und Versorgungsdiensten bestehen und 10 000 Mann Personal sowie 1 000 Zivilangestellte bei den Fliegerbodentruppen umfassen.

An Fluggerät war *vorgesehen*:

- 174 Jagdbomber;
- 48 Aufklärer (Strahltriebwerk);
- 9 Aufklärer (Propeller);
- 12 Transportflugzeuge;
- 33 kleine Hubschrauber;
- 16 große Hubschrauber;
- 18 Verbindungsflugzeuge;
- 20 Schulflugzeuge (Propeller);
- 5 Schulflugzeuge (Strahltriebwerk).

Ab 1956 nahm die Luftabteilung die Aufgaben eines Kommandos der Luftstreitkräfte wahr und im Folgejahr wurde das Kommando der Luftstreitkräfte aufgestellt.

An Fluggerät war *vorhanden*:

- 4 Jak-18;
 - 4 Jak-11;
 - 1 Hubschrauber Bell 47G-2.
- Ab 1957 kamen dazu:
- 1 Cessna 172;
 - 1 Cessna 182;
 - 10 Piper PA 18;
 - 4 Zlin 126;
 - 2 Hubschrauber Bell 47 G2.

Mit der Überstellung der ersten drei „Vampire“ im März 1957 vollzogen die Luftstreitkräfte den Schritt ins Düsenzeitalter. An Hubschraubern kamen 1958 „Alouette“ II und Westland S55 dazu, an Flugzeugen folgten Cessna L-19, DHC-2 „Beaver“ L-20 und „Fouga Magister“.

Oberst Harald Joham, Jahrgang 1944. Nach der Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie 1966 Ausmusterung zur Düsensschulstaffel nach Graz-Thalerhof. Von 1968 bis 1978 Kommandant der Düsensschulstaffel bzw. der 1. Staffel des Überwachungsgeschwaders. 1978 bis 1991 Verwendung als Kommandant des Vorschriften- und Versuchsstabes bzw. als Kommandant des Lehrstabes bei der Fliegerschule; seit 1992 Kommandant der Fliegerschule.



Im Jahr 1960 kam es zum Ankauf von 30 gebrauchten Saab J 29F („Fliegende Tonne“) aus Schweden. Dies war der vorläufige Höhepunkt der österreichischen Luftstreitkräfte in der Zweiten Republik.

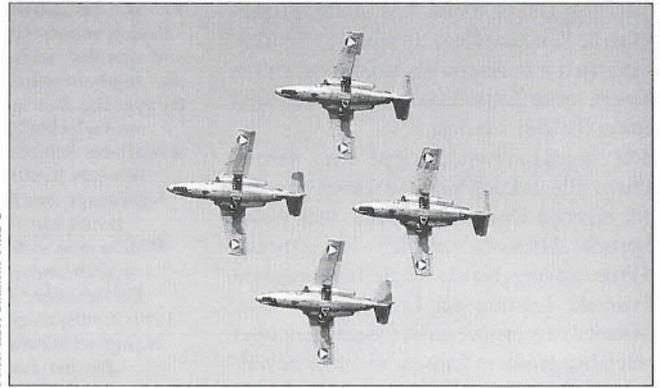


Foto: HBF, Bildstelle FHH 2

Der Saab J 29 sollten zwei Staffeln Saab J 35 „Draken“ folgen, tatsächlich bestellt wurden allerdings 40 Saab 105 (im Bild vier Maschinen der „Karo As“-Formation) und - kein Abfangjäger.

„Das Bundesheer hat überdies Vorsorge zu treffen, im Friedens- und im Krisenfall die Lufthoheit durch entsprechende Überwachung des österreichischen Luftraumes und durch sonstige Maßnahmen zu wahren, im Neutralitätsfall das Übergreifen von Luftkriegshandlungen auf den österreichischen Luftraum wirksam zu behindern und im Verteidigungsfall dem Bedarf der Erdstreitkräfte an Luftunterstützung weitestgehend zu entsprechen.“

Foto: Autor



Erst im Jahre 1985 kam es endgültig zur Bestellung von 24 gebrauchten Saab J 35 „Draken“. Nach weiteren jahrelangen Diskussionen war es 1994 endlich möglich, die „Draken“ mit Lenk Waffen auszustatten, so daß sie auch dahingehend ihren Aufgaben im Ernstfall gewachsen sind.



Foto: Autor

Große Bedeutung haben die in Aigen im Ennstal stationierten „Alouette“ III erreicht. Mit ihnen wurden in unzähligen Assistenzeinsätzen nicht nur wichtige Transportaufgaben im Hochgebirge, sondern auch zahlreiche Rettungseinsätze für Schwerverletzte im alpinen Gelände durchgeführt.

Der Auftrag der Luftstreitkräfte

Der Auftrag wurde seinerzeit nie klar formuliert, weil das knappe Wehrbudget die Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Aufgaben von Luftstreitkräften - Luftverteidigung, Luftunterstützung, Luftaufklärung und Lufttransport - nicht bieten konnte.

Man war sich nur darüber klar, daß es im Interesse des Neutralitätsschutzes zumindest zwei Staffeln, also 24 Kampfflugzeuge geben müßte, um den Luftraum wenigstens in bescheidenem Umfang zu überwachen und zu schützen.

Nachdem die als Kampfflugzeug ausgewählten Flugzeuge des Typs Fiat G.91 wegen politischer Spannungen um Südtirol nicht beschafft worden waren, kam es 1960 zum Ankauf von 30 gebrauchten Saab J 29F („Fliegende Tonne“) aus Schweden, die im Juli 1961 nach Österreich überflogen wurden. Dies war der vorläufige Höhepunkt der österreichischen Luftstreitkräfte der Zweiten Republik.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der Einsatz der Luftstreitkräfte bei der Ungarn-Krise im Herbst 1956 mit einigen Erkundungsflügen mit Jak-11 und Bell 47 sowie bei der Libanon-Krise 1958 mit Patrouillenflügen mit drei „Vampire“ und zwei Jak-11 ohne Radarführung eher symbolischer Natur.

Das Kommando der Luftstreitkräfte hatte zwar alle Kompetenzen, nur nicht die der Beschaffung von Fluggerät. In weiterer Folge gab es zunehmende Kritik von Heeresoffizieren gegenüber den Fliegerkräften, weil diese kaum über Kampfkraft verfügten, aber trotzdem große Geldmittel und Personalreserven banden.

Ab 1956 erfolgte gegen den Widerstand der Luftstreitkräfte die Abgabe von Kompetenzen an andere Abteilungen des Ressorts, und der Befehlshaber war formell allen Sektionsleitern, in rein militärischen Belangen vor allem dem Leiter der Sektion III, unterstellt. Materielle Forderungen wurden nur realisiert, wenn sie von allgemein militärischem Interesse waren, wie etwa der Kauf von Hubschraubern. Die Luftabteilung wurde aus den Luftstreitkräften herausgerissen, die Flugtechnik wanderte zum Amt für Wehrtechnik, die Fliegertechnische Schule zur Heeresversorgungsschule und die Belange des Luftzeugwesens zur Sektion IV. In weiterer Folge mußte die Fliegerabwehr größtenteils an die Gruppenkommanden abgegeben werden, das Kommando der Luftstreitkräfte wurde damit ziemlich entmachtet.

Die Studie für ein Nachfolgemuster für die Saab J 29 ergab eine Empfehlung der Luftraumverteidigungskommission für

den Ankauf von zwei Staffeln Saab J 35 „Draken“, die der Landesverteidigungsrat 1967 in eine Ankaufsempfehlung von 20 Saab 105 und 15 Saab J 35 „Draken“ umwandelte. Tatsächlich bestellt wurden vorerst 20 und in weiterer Folge weitere 20 Saab 105 und - *kein Abfangjäger*.

In diese Zeit fällt der Probebetrieb der Radarstation am Kolomannsberg, zwei weitere Radaranlagen zur Abdeckung des gesamten österreichischen Luftraumes wurden nicht beschafft.

Während der Krise in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 wurde Grenzüberwachung mit Verbindungsflugzeugen, Hubschraubern und Saab J 29 mit großem technischem Klarstand durchgeführt; die Radarüberwachung bestand ihre erste Bewährung.

Weitere Entwicklung

Den nächsten Schritt setzte die Bundesheer-Reformkommission 1970, von der über die Luftraumverteidigung in einem Dokument ausgeführt wird:

„Das Bundesheer hat überdies Vorsorge zu treffen, im Friedens- und im Krisenfall die Lufthoheit durch entsprechende Überwachung des österreichischen Luftraumes und durch sonstige Maßnahmen zu wahren, im Neutralitätsfall das Übergreifen von Luftkriegshandlungen auf den österreichischen Luftraum wirksam zu behindern und im Verteidigungsfall dem Bedarf der Erdstreitkräfte an Luftunterstützung weitestgehend zu entsprechen.“

Der Auftrag der Luftstreitkräfte bezog sich im Friedens- und Krisenfall auf die Luftraumüberwachung und Luftunterstützung, im Neutralitätsfall zusätzlich auf den Neutralitätsschutz in der Luft, und im Verteidigungsfall stand an erster Stelle die Luftverteidigung.

Diese Beschlüsse wurden allerdings nicht umgesetzt, die weitere Demontage der Luftstreitkräfte wurde gegen Beschlüsse der Bundesheer-Reformkommission fortgesetzt. 1973 gingen die Agenden des Kommandos der Luftstreitkräfte auf etwa 20 bis 25 Abteilungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung über, dazu auf mehrere Ämter und auf die Fliegerbrigade.

Dem Grundsatz „Einheit der Führung“ wurde damit in keiner Weise Rechnung getragen, des weiteren erfolgte die Festlegung des Begriffes „Heeresfliegerkräfte“ statt „Luftstreitkräfte“, obwohl diese Bezeichnung nur auf einen Teil der Fliegerkräfte zutraf.

Eigentlich ist es verwunderlich, daß die Motivation bei den Angehörigen der Fliegerkräfte trotzdem noch in einem

Aus der Chronik	
1955	(18. Oktober) Aufstellung des ersten Flugplatzkommandos unter Oberleutnant Daniel Falch; (23. November) Polizei-Oberstleutnant Gustav Hauck tritt ins Bundesheer ein, um sich mit der Pilotenausbildung zu befassen; (9. Dezember) erster Flug - Dauer 52 Minuten - mit einer von der Sowjetunion überlassenen Jak-18 (Pilot Oberstleutnant Hauck).
1956	(Februar) Erster Hubschrauberflug mit einer Bell 47G-2 (Pilot Oberstleutnant Hauck); (18. April) Gründung der Fliegerschule Langenlebarn, Beginn der Umschulungskurse für Fluglehrer; (1. Juli) Aufstellung des Fliegerführungskommandos; (1. August) Auftrag an Oberst Paul Lube zur Vorlage einer Luftwaffenorganisation, die in keiner Weise jemals realisiert wurde; (Herbst) Erkundungsflüge während der Ungarn-Krise; (1. Oktober) die Luftabteilung übernimmt die Aufgaben eines Kommandos der Luftstreitkräfte.
1957	(1. Jänner) Aufstellung des Kommandos der Luftstreitkräfte; (März) der Schritt ins Düsenzeitalter - die ersten drei „Vampire“ werden überstellt; Beginn der regulären Ausbildung mit der Fluggruppe 1.
1958	Patrouillenflüge während der Libanon-Krise.
1960	Ankauf von 30 gebrauchten Saab J 29F („Fliegende Tonne“).
1967	(20. Juli) Der Landesverteidigungsrat empfiehlt den Ankauf von 20 Saab 105-T und 15 Saab J 35 „Draken“-Abfangjägern - gekauft wurden 40 Saab 105-T und kein Abfangjäger; Probebetrieb der Radarstation am Kolomannsberg;
1968	Patrouillenflüge, Grenzüberwachung und Radarüberwachung während der Tschechoslowakei-Krise.
1970	Die Bundesheer-Reformkommission beschließt die Luftverteidigung - auch dieser Beschluß wird niemals realisiert.
1975	Appell von General Spannocchi an den Landesverteidigungsrat, Abfangjäger zu beschaffen; der damalige Verteidigungsminister Lütgendorf verschiebt die Auswahl um „ein Jahr“.
1976	Entscheidung, das italienische Radarsystem RAT 31 S/MRCS 403 zu beschaffen.
1982	Das Finanzministerium lehnt den Ankauf von Abfangjägern ab.
1985	Bestellung von 24 gebrauchten Saab J 35 „Draken“.
1986	Aufnahme des Vollbetriebes des Radarsystems RAT 31 S/MRCS 403; Beginn der Ausbildung am „Draken“ in Schweden.
1988	(6. Juni) Die ersten Saab J 35 „Draken“ werden nach Graz-Thalerhof überstellt.
1991	Einsatz der „Draken“ während der Jugoslawien-Krise.
1994	Ausstattung der „Draken“ mit den erforderlichen Lenkwaffen.
1995	(März) Inbetriebnahme der neuen Fliegerwerft 2 in Zeltweg; Intensivierung der Truppenkontakte zu Schweden und der Schweiz; Aufnahme von Truppenkontakten zur Slowakei und zu Ungarn.

Bereich gehalten werden konnte, der die bestmögliche Erledigung der erfüllbaren Aufgaben sichergestellt hat.

Bei weiteren Beschaffungen folgten die Typen Saab 91 D „Safir“, Shorts SH-7 „Skyvan“, Pilatus PC-6 „Turbo Porter“ und Pilatus PC-7 „Turbo Trainer“ sowie die Hubschrauber Agusta Bell 206 „JetRanger“, Agusta Bell 204, „Alouette“ III, Sikorsky S-65, Agusta Bell 212 und Bell OH-58 „Kiowa“.

Die größte Bedeutung davon haben wohl die in Aigen im Ennstal stationierten „Alouette“ III erreicht. Mit ihnen wurden in unzähligen Assistenzeinsätzen nicht nur wichtige Transportaufgaben im

Hochgebirge, sondern auch zahlreiche Rettungseinsätze für Schwerverletzte im alpinen Gelände durchgeführt.

Das Dach über Österreich

Die Pläne zur Luftraumüberwachung wurden in weiterer Folge durch die Projekte „Goldhaube“ und „Luftraumüberwachungsflugzeug“ geprägt.

Von 1968 bis 1979 hat die Radaranlage der Großraumradarstation Kolomannsberg mit einer ausgezeichneten technischen Verfügbarkeit wertvolle Dienste in der Luftraumüberwachung geleistet, auch

wenn bei der Überwachung geringerer Flughöhen größere Lücken vorhanden waren.

1976 fiel die Entscheidung, das italienische Radarsystem RAT 31 S/MRCS 403 zu beschaffen, mit dem, in Zusammenarbeit mit den zivilen Radarstationen, mehrere Teilbereiche Österreichs abgedeckt und mit einer neuen Datenverarbeitung Multiradar-Tracking durchgeführt werden sollte.

Nach ersten Einweisungskursen wurde 1986 der Vollbetrieb durch das inzwischen zum Kommando Luftraumüberwachung umgegliederte Flugmelderegiment aufgenommen. Die teilweise noch immer vorhandenen Lücken können durch den Einsatz mobiler Radarstationen nach Bedarf abgedeckt werden.

Was nun noch fehlte, war die aktive Komponente, nämlich die Luftraumüberwachungsflugzeuge. Nach dem mißglückten Versuch des Jahres 1967, Saab J 35 „Draken“ zu beschaffen, waren dabei noch viele Rückschläge zu überwinden.

Von 1973 bis 1983 arbeiteten eine „Studiengruppe Waffensysteme“, eine „Studiengruppe Abfangjäger“ bzw. eine „Projektgruppe Abfangjäger“ und eine



Foto: Autor

Ein Luftraumüberwachungsflugzeug J 35 „Draken“ vor der neuen Fliegerwerft 2 in Zeltweg. Die Fliegerwerft wird den Anforderungen des „Draken“ gerecht und ist für zukünftige Flugzeugmuster gerüstet.

„Projektgruppe Luftraumverteidigungsflugzeug“ an diesem Problem. Im Frühjahr 1975 gab es einerseits den dringenden Appell des Armeekommandanten General Spannocchi an den Landesverteidigungsrat, die Beschaffung moderner Abfangjäger voranzutreiben, andererseits die Erklärung des Verteidigungsministers Lütgendorf zur Verschiebung der Auswahl um „ein Jahr“, um mehr Zeit für die Verbesserung der Radarkomponente der Luftraumüberwachung zu erhalten. In ähnlicher Form sollte diese Planung noch einige Jahre weitergehen. Man diskutierte das Leasing von 18 gebrauchten Saab J 35 „Draken“ zur Überbrückung der Zeit bis zur Verfügbarkeit des Saab „Viggen“. Auch der Kauf von israelischen „Kfir“ C2 wurde erwogen, allerdings wegen Bedenken der sowjeti-

Im Bewußtsein um die geänderte Situation in Mitteleuropa wurde auch die Isolation nach außenhin stark vermindert. Das Bild zeigt eine schweizerische F-5 und einen österreichischen „Draken“ bei einer gemeinsamen Flugübung.



Foto: Autor

schen Regierung und der möglichen Trübung der Handelsbeziehungen zu arabischen Ländern bald wieder verworfen.

Nachdem der „Draken“ als veraltet bezeichnet und der „Viggen“ als zu teuer bewertet worden waren, blieben nicht mehr viele Muster übrig. Als neues Wunschflugzeug präsentierte sich der damals beste Leichtbaujäger, die General Dynamics F-16 „Fighting Falcon“.

Es gab aber auch bei diesem Typ Probleme mit österreichischen Bedenken und mit dem Technologietransfer auf amerikanischer Seite.

tion wechseln zu können. Die Schulung der österreichischen Piloten und Techniker in Schweden begann 1986, die ersten „Draken“ wurden am 6. Juni 1988 von Schweden nach Graz-Thalerhof überstellt.

Damit war *erstmal*s in Österreich durch das Zusammenwirken von Radarüberwachung und echten Luftraumüberwachungsflugzeugen die Möglichkeit gegeben, von einem „Dach über Österreich“ zu sprechen. Dennoch wurden die „Draken“ zumindest bis zur Jugoslawien-Krise 1991 von der Öffentlichkeit nicht geliebt und eher als Schrottvögel betrachtet, was die Arbeit des damit befaßten Personals sicherlich zusätzlich erschwert hat.

Nach jahrelangen Diskussionen um die Lenkwaffenfrage war es - ausgelöst durch diese Krise - 1994 endlich möglich, die „Draken“ mit den erforderlichen Lenkwaffen auszustatten, so daß sie auch dahingehend ihren Luftraumüberwachungsaufgaben im Ernstfall gewachsen sind. Tatsächlich wird es trotz vieler Unkenrufe möglich sein, die „Draken“ bis etwa zum Jahr 2000 weiter zu betreiben - damit ist wieder genügend Spielraum für notwendige und unnötige Diskussionen um das Nachfolgemuster geschaffen.

Trotzdem sollten wir beachten, daß für eine geordnete Vorbereitung der Einführung eines Nachfolgemusters und für die rechtzeitige Ausbildung des fliegenden und technischen Personals eine entsprechende Vorlaufphase erforderlich ist, die sich - auch nach dem Kaufentscheid - noch um die Lieferfristen von mindestens zwei Jahren verlängert.

Es wäre gut, wenn sich alle mit diesem Projekt befaßten Stellen, angefangen von der Rüstungsplanung bis zum Finanzministerium und der Bundesregierung, darüber im klaren wären, daß zur optimalen Realisierung keine Zeit vergeudet werden darf und das Auswahlverfahren daher bis zum Jahre 1996 abgeschlossen werden sollte.

Vorbereitung auf künftige Aufgaben

Als erste der Maßnahmen zur Vorbereitung auf künftige Aufgaben wurde der Neubau der Fliegerwerft 2 in Zeltweg in Angriff genommen, um einerseits den gestiegenen Anforderungen des Luftraumüberwachungsflugzeuges „Draken“ gerecht zu werden, aber auch um für zukünftige Flugzeugmuster gerüstet zu sein. Die Fertigstellung erfolgte planmäßig, und die Übersiedlung in die neuen Bereiche hat bereits begonnen. Dieses Projekt ist keine Billigvariante, sondern ein modernes Zentrum zur Bewältigung der verantwortungsvollen Aufgaben der Luftfahrttechnik.

Im Bewußtsein um die geänderte Situation in Mitteleuropa mußte auch die Isolation nach außen hin stark vermindert werden. Erste Ansätze gab es durch intensive Truppenkontakte zu den neutralen Ländern Schweden und Schweiz, neuerdings werden diese Truppenkontakte mit der Slowakei und Ungarn fortgesetzt, andere Nachbarländer werden in

Kürze folgen. Im Rahmen dieser Kontakte wird es auch den Austausch von Teileinheiten der Fliegerkräfte und gemeinsame Übungen geben, ansatzweise haben solche Unternehmen bereits stattgefunden. Österreich soll in den nächsten Jahren die erforderlichen Geräte zur Schließung der Lücken der Radarüberdeckung bekommen. Weitere Projekte wie Lufttransportsystem und bewaffnete Hubschrauber wären demnächst zu bearbeiten, hier hat es allerdings Rückschläge durch unschöne Rahmenbedingungen gegeben, die *nicht* von den Fliegerkräften verursacht wurden.

Ein wichtiger Schritt zur Bewältigung künftiger Aufgaben ist die Rückführung des demontierten Kommandos der Luftstreitkräfte im Rahmen der „Heeresgliederung-NEU“ zu einer Organisationsform, die ein effizienteres Arbeiten ermöglichen soll. In diesem Zusammenhang steht auch die Übernahme der Fliegerabwehrbataillone von den Korps und der Zusammenschluß mit den Fliegerabwehrbataillonen der Fliegerdivision zu den neuen Fliegerabwehrregimentern

sowie die Aufnahme des Materialstabes Luftfahrttechnik aus dem Amt für Wehrtechnik in die „Fliegerdivision-NEU“. Es werden noch weitere Schritte erforderlich sein, um die Luftstreitkräfte leistungsfähiger und reaktionsfähiger zu machen. Lassen wir uns dabei durch Reibereien des Alltagsbetriebes nicht zu sehr ablenken und steuern wir gemeinsam auf unseren Zielhafen zu!

Ausblick

Der Luftraum ist Teil des Staatsgebietes und kein Staat kann es sich leisten, seinen Luftraum der Disposition anderer Staaten zu überlassen. Selbst bei einer derzeit noch umstrittenen Teilnahme Österreichs an der WEU wird sich niemand finden, der uns die Kosten für Maßnahmen der Luftraumüberwachung abnehmen wird.

Warten wir daher nicht auf Ergebnisse der Regierungskonferenz der EU, sondern nehmen wir die Belange unserer Lufthoheit ernst, damit auch wir entsprechend ernst genommen werden können!

Oberst Josef Randolf

Die Fliegerabwehrtruppe

Ziel: Der Bedrohung aus der Luft gerecht werden

Nach 40 Jahren verfügt das österreichische Bundesheer endlich über Fliegerabwehrkräfte, die imstande sind, einer Bedrohung aus der Luft in niederen Flughöhen und in einer Entfernung bis zu sechs Kilometern wirksam zu begegnen. Um anderen vorhandenen Bedrohungen wirklich gerecht werden zu können, sind aber auch Fliegerabwehrwaffenkurzer und mittlerer Reichweite erforderlich.

Die ersten Einheiten

Schon ab dem Jahr 1952 kam es innerhalb der Gendarmerie zur Aufstellung von Bereitschaftseinheiten, inoffiziell „B-Gendarmerie“ genannt. Aus ihr entstanden später die ersten Kader bei der Aufstellung des Bundesheeres.

Im Jahr der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde im Bundeskanzleramt das Amt für Landesverteidigung errichtet. Die erforderliche Bearbeitung aller Angelegenheiten des Luftkriegswesens, somit auch der Fliegerabwehr, führte bald zur Bildung der Abteilung III/L (Luft).

Nach der Aufstellung des Bundesheeres entstand das Kommando der Luftstreitkräfte (KoLu) und später die Luftabteilung mit dem Referat Fliegerabwehr im BMLV. Die Aufstellung einer Fliegerabwehrwaffen-Schulbatterie in Langenlebarn

erfolgte 1956; zwei Jahre später wurde sie in Fliegerabwehrschulbatterie 1 umbenannt. Sie verfügte an Waffen über die aus dem Weltkrieg stammende 2,5-cm-Fliegerabwehrkanone „Hotchkiss“ französischer Herkunft und das amerikanische 12,7-mm-Fliegerabwehrmaschinengewehr M-2 aus dem Jahr 1933. Dieses war entweder mobil auf einem „Jeep“ aufgebaut oder konnte von der Fliegerabwehrlafette M-63 aus einer Stellung eingesetzt werden.

Oberst Josef Randolf, Jahrgang 1937. Im Jahr 1956 zur (ehemaligen) 6. Gebirgsbrigade eingerückt, dort Unteroffiziersausbildung; 1963 Matura; nach der Offiziersausbildung 1966 an die Fliegerabwehrwaffen-truppenschule (jetzt Fliegerabwehrschule) ausgemustert; dort Verwendung als Zug- und Batteriekommandant, Lehroffizier und Hauptlehroffizier; später Kommandant des Fliegerabwehrbataillons 11; seit 1990 Kommandant der Fliegerabwehrschule.

1956 bildete man, ebenfalls in Langenlebarn, einen Arbeitsstab der Fliegerabwehrwaffe. Dieser Stab hatte gegenüber der Fliegerabwehrschulbatterie 1 in truppendienstlicher und ausbildungsmäßiger Hinsicht die Stellung eines Abteilungskommandos und war die Keimzelle der späteren Fliegerabwehrwaffen-truppenschule und ihres Lehrstabes.

Der 1957 aufgestellten Fliegerabwehrabteilung I unterstanden der Arbeitsstab der Fliegerabwehrwaffe und später die Fliegerabwehrbatterie 1 in Zeltweg sowie die Fliegerabwehrschulbatterie 2 in Langenlebarn.

Die Abteilung verwendete als Fliegerabwehrwaffe die 4-cm-FlAK 55/57 Bofors in Feureinheiten zu zwei Geschützen. Diese waren elektrisch mit einem optisch-mechanischen Richtgerät, der Feldrichtsäule, verbunden. Mit letzterer wurde das Flugziel anvisiert, die Geschütze folgten bei zugeschaltetem Betrieb selbsttätig.

Die Abfeuerung erfolgte durch den Richtschützen am Geschütz. Dieses Richtgerät blieb bis 1960 in Dienst und wurde durch die ersten Feuerleitgeräte, das Radargerät TP J 58 der Firma Thomson und das Feuerleitgerät 60 „Superfledermaus“ der Firma Contraves, abgelöst.

Aus Teilen der Fliegerabwehrabteilung I wurde 1958 die Fliegerabwehrwaffen-truppenschule (FlAWTS) aufgestellt. Ihr wurden die Lehrgangsabteilung und die



Das amerikanische, 12,7-mm-FIAMG M-2 war entweder mobil auf einem „Jeep“ (siehe rechtes Fahrzeug) aufgebaut oder wurde von der Fliegerabwehrlafette M-63 aus einer Stellung eingesetzt. Es war bei seiner Einführung im Bundesheer als Fliegerabwehrwaffe bereits veraltet.

Fliegerabwehrwaffenwerkstätte (mot) unterstellt; das Kommando der Fliegerabwehrabteilung I verlegte nach Hörsching. 1958 wurde auch die 2-cm-Fliegerabwehrkanone 58 eingeführt, von der 1965 eine verbesserte Version, vor allem für die Bekämpfung von Erdzielen, nachbeschafft wurde. Dem Kommando der Fliegerabwehrabteilung I unterstanden zu diesem Zeitpunkt die Fliegerabwehrschulbatterien 1 und 2 in Langenlebar, die Fliegerabwehrbatterie 1 in Zeltweg und die Fliegerabwehrbatterie 2 in Hörsching. Im Zuge einer weiteren Umgliederung wurden 1960 die Fliegerabwehrschulbatterien 1 und 2 der Fliegerabwehrwaffentruppschule unterstellt.

Die Fliegerabwehrabteilung I bestand damals aus Abteilungskommando und Stabsbatterie in Hörsching, der Fliegerabwehrbatterie 1 (Zeltweg), der Fliegerabwehrbatterie 2 (Hörsching) und der neu aufgestellten Fliegerabwehrbatterie 3 (Salzburg-Siezenheim). Sowohl die Fliegerabwehrwaffentruppschule als auch die Fliegerabwehrabteilung I unterstanden dem Kommando der Luftstreitkräfte, in Ausbildungsfragen unterstand die Schule der Ausbildungsabteilung im BMLV.

„Heeresreform 1963“

Die erste große „Zellteilung“ und Vergrößerung der Fliegerabwehrtruppe erfolgte im Zuge der „Heeresreform 1963“. Diese Reform hatte die Trennung der Verbände des Bundesheeres in Einsatz- und Ausbildungsverbände zum Ziel.

Aus der Lehrgangsabteilung und der Fliegerabwehrwaffenwerkstätte (mot) wurde eine Fliegerabwehrausbildungsabteilung (Abteilungskommando, Stabsbatterie und zwei Ausbildungsbatterien) gebildet.

Die Fliegerabwehrwaffentruppschule gliederte sich in Schulkommando, Lehrbatterie und Maturantenbatterie (ab 1964 Einjährig-Freiwilligen-Batterie).

Die Fliegerabwehrabteilung I wurde im Zuge der „Heeresreform 1963“ aufgelöst.

Um in jedem Gruppenbereich eine Fliegerabwehrabteilung zu dislozieren, wurde



Die 4-cm-FIAMG 55/57 Bofors in Feuereinheiten zu zwei Geschützen war lange Zeit die Hauptbewaffnung der Fliegerabwehrabteilung I. Mit einer Feldrichtsäule wurde das Flugziel anvisiert, die Geschütze folgten selbsttätig.

- die Fliegerabwehrabteilung 2 mit Stabsbatterie und 1. Batterie in Zeltweg sowie
- die Fliegerabwehrabteilung 3 mit Abteilungskommando, Stabsbatterie (der vormaligen Fliegerabwehrabteilung I)



Die IFIAMG 65, die verbesserte Version der 2-cm-Fliegerabwehrkanone 58, war zur Zeit der Einführung vor allem für die Bekämpfung von Erdzielen gut geeignet.

und 2. Batterie in Hörsching und der 1. Batterie in Salzburg-Siezenheim aufgestellt.

Die in Großenzersdorf neu aufgestellte 1. Batterie/Fliegerabwehrabteilung 1 (nicht ident mit der ehemaligen Fliegerabwehrabteilung I) wurde vorläufig der Fliegerabwehrabteilung 2 unterstellt. Die Fliegerabwehrtruppschule unterstand nunmehr direkt der Ausbildungsabteilung im BMLV.

Bereits 1962 entstanden drei Panzerfliegerabwehrbatterien für die mechanisierten Brigaden der Gruppenkommanden, ausgerüstet mit amerikanischen Selbstfahrlafetten M-42 (ZwSfL M-42), die 4-cm-Zwillingswaffen von Bofors trugen. Die Batterie war in drei Züge zu je vier Geschützen gegliedert. Schwächen des Systems waren - trotz einiger Verbesserungen - vor allem seine geringe Richtgeschwindigkeit und das unzureichende Visier. Die 4-cm-ZwSfL M-42 wurden bis 1988 in den Panzerfliegerabwehrbatterien verwendet, waren aber häufig aus technischen Gründen gesperrt und wurden 1993 endgültig außer Dienst gestellt.

Die schweren Kompanien der Jägerbataillone erhielten ab 1965 als Truppenfliegerabwehr Infanteriefliegerabwehrkanonenzüge mit der 2-cm-Infanteriefliegerabwehrkanone 65.

Die Fliegerabwehrausbildungsabteilung verlor ihren Ausbildungsauftrag für alle Fliegerabwehrverbände; Teile davon wurden zur Fliegerabwehrabteilung 1. Dieser wurde die ehemalige 1. Batterie/Fliegerabwehrabteilung 1 als 3. Batterie unterstellt.

Bei der neuerlichen Umgliederung von 1966 wurden die Fliegerabwehrabteilungen aus dem Befehlsbereich der Luftstreitkräfte herausgelöst und den jeweiligen Gruppenkommanden direkt unterstellt. Die Gruppenkommanden verfügten in den Brigadeartillerieabteilungen 1, 5, 6 und 7 nun über je eine bereits im Frieden bestehende Fliegerabwehrbatterie; in den Brigadeartillerie-

abteilungen 2, 8 und 10 standen diese nur für den Mobfall zur Verfügung. Diese Batterien waren aus den bereits 1957 aufgestellten Brigadefliegerabwehrzügen entstanden. Vorerst mit dem 12,7-mm-Fliegerabwehrmaschinengewehr M-2 auf „Jeep“ ausgerüstet, erhielten sie später die 2-cm-Fliegerabwehrkanone 58.

Die drei Fliegerabwehrabteilungen waren 1966 gleich gegliedert - Stabsbatterie, zwei schießende Batterien und eine Ausbildungsbatterie. Die schießenden Batterien bestanden aus drei Feuerinheiten 3,5-cm-Z/FlAK mit je zwei Geschützen und einem Feuerleitgerät 65 „Superfledermaus“. Als Zugfahrzeuge wurden die französischen geländegängigen LKW 4 bis 6 t Berliet eingeführt.

Nach der Herauslösung der Fliegerabwehrabteilungen 1 bis 3 aus dem Befehlsbereich des Kommandos der Luftstreitkräfte begann in der Folge die Fliegertruppe mit der Aufstellung von eigenen Fliegerabwehrverbänden. Die in Großenzersdorf bestehende Fliegerabwehr- ausbildungsabteilung wurde als Luftabwehrabteilung der bereits 1966 aufgestellten Luftabwehrbrigade unterstellt und übersiedelte 1968 nach Langenlebern.

Die „Heeresgliederung 1972“ und die Umgliederung 1975 führten zur Auflösung der Luftabwehrbrigade, aus der Fliegerbrigade entstand die Fliegerdivision. In den drei Fliegerregimentern (Langenlebern, Zeltweg und Hörsching) sollte je ein Luftabwehrbataillon aufgestellt werden. Zunächst entstand in Langenlebern das Luftabwehrbataillon 1 aus der Luftabwehrabteilung, danach in Hörsching das Luftabwehrbataillon 3 aus dem Kader des Fliegerausbildungsbataillons.

Beide Bataillone verfügten über ein Kommando mit Stabszug, über eine Fliegerabwehrbatterie mit 2-cm- und eine Fliegerabwehrbatterie mit 3,5-cm-Fliegerabwehrkanonen.

Die bisherigen Fliegerabwehrabteilungen hießen ab 1980 Fliegerabwehrbataillone, die Luftabwehrbataillone 1 und 3 wurden in Fliegerabwehrbataillone 11 und 13 umbenannt. Zwei Jahre später folgte in Aigen im Ennstal die endgültige Aufstellung des Fliegerabwehrbataillons 12. Damit war die bis 1994 gültige Gliederung und Dislokation der Fliegerabwehrtruppe erreicht.

Die Fliegerabwehrwaffentruppschule war schon 1978 umgegliedert worden; dabei wurde die Lehrbatterie zur Stabsbatterie und die Einjährig-Freiwilligen-Batterie zur Lehrbatterie. Die Schule wurde 1983 in Fliegerabwehrschule (FIAS) umbenannt, in ihrer Gliederung trat keine Änderung ein.

Aus der Chronik	
1952	Aufstellung der „B-Gendarmerie“.
1955	(September) Das Kommando der Luftstreitkräfte (KoLu) wird errichtet, später innerhalb des BMLV die Luftabteilung mit dem Referat Fliegerabwehr; im Amt für Landesverteidigung wird die Abteilung III/L (Luft) gebildet, verantwortlich u. a. auch für die Fliegerabwehr.
1956	(1. Juni) Die Abteilung III/L verfügt die Aufstellung einer Fliegerabwehrwaffen-Schulbatterie (FIAWSB) in Langenlebern; (16. Juli) der Arbeitsstab der Fliegerabwehrwaffe wird in Langenlebern geschaffen, er ist die Keimzelle der späteren Fliegerabwehrwaffentruppschule (FIAWTS).
1957	Die Fliegerabwehrabteilung I (FIAA I) wird aufgestellt; die Brigadefliegerabwehrzüge werden aufgestellt.
1958	Die 2-cm-Fliegerabwehrkanone und die ersten Feuerleitgeräte werden eingeführt; (1. März) die Fliegerabwehrwaffen-Schulbatterie wird Fliegerabwehrschulbatterie 1; (1. September) aus Teilen der FIAA I wird die Fliegerabwehrwaffentruppschule (FIAWTS) aufgestellt.
1960	(Mai) Die Fliegerabwehrschulbatterien 1 und 2 werden der Fliegerabwehrwaffentruppschule unterstellt.
1961	Erste Maturantenkompanie an der Fliegerabwehrwaffentruppschule.
1962	Drei Panzerfliegerabwehrbatterien für die mechanisierten Brigaden der Gruppenkommanden werden aufgestellt.
1963	Aus Lehrgangsabteilung und Fliegerabwehrwaffenwerkstätte (mot) wird die Fliegerabwehrausbildungsabteilung, vorerst in Langenlebern, ab September in Großenzersdorf; die Fliegerabwehrwaffentruppschule gliedert sich in Schulkommando, Lehrbatterie und Maturantenbatterie und untersteht direkt der Ausbildungsabteilung im BMLV; die Fliegerabwehrabteilung I wird aufgelöst; jeder Gruppenbereich soll eine Fliegerabwehrabteilung bekommen;
1964	Die Maturantenbatterie wird Einjährig-Freiwilligen-Batterie.
1965	Eine verbesserte Version der 2-cm-Fliegerabwehrkanone wird eingeführt; Infanteriefliegerabwehrkanonenzüge mit der 2-cm-Infanteriefliegerabwehrkanone 65 werden in den schweren Kompanien der Jägerbataillone aufgestellt.
1966	Die Fliegerabwehrabteilungen werden aus dem Befehlsbereich der Luftstreitkräfte herausgelöst und den jeweiligen Gruppenkommanden direkt unterstellt; die Luftabwehrbrigade wird aufgestellt; als Zugfahrzeuge werden französische gLKW 4 bis 6 t Berliet eingeführt.
1968	Die Fliegerabwehrausbildungsabteilung übersiedelt von Großenzersdorf nach Langenlebern.
1975	Auflösung der Luftabwehrbrigade, in den drei Fliegerregimentern in Langenlebern, Zeltweg und Hörsching soll je ein Luftabwehrbataillon aufgestellt werden; in den Fliegerabwehrabteilungen werden die Feuerleitgeräte 65 durch die modernen Feuerleitgeräte 75 „Skyguard“ ersetzt.
1978	Die Fliegerabwehrwaffentruppschule wird umgegliedert, die Lehrbatterie wird Stabsbatterie, die Einjährig-Freiwilligen-Batterie wird Lehrbatterie.
1979	Beginn der Nachrüstung der bei den Luftabwehrbataillonen noch in Verwendung stehenden Feuerleitgeräte 65, Ersatz durch das Feuerleitgerät 79.
1980	(1. Juni) Die Fliegerabwehrabteilungen werden zu Fliegerabwehrbataillonen; (1. Oktober) die Luftabwehrbataillone 1 und 3 werden in Fliegerabwehrbataillone 11 und 13 umbenannt.
1982	Das Fliegerabwehrbataillon 12 wird endgültig aufgestellt.
1983	Auch das Fliegerabwehrbataillon 1 erhält das Feuerleitgerät 79; (1. Juni) die Fliegerabwehrwaffentruppschule wird Fliegerabwehrschule (FIAS).
1985	Beginn der Modifizierung der 3,5-cm-Fliegerabwehrkanonen/Zwilling.
1986	Ein Fliegerabwehrsimulator und ein Radarsimulator werden beschafft.
1988	Die 4-cm-ZwSfl M-42 werden endgültig außer Dienst gestellt.
1989	Entscheidung zur Beschaffung von Fliegerabwehrlenk Waffen; ein neues schwedisches Trefferauswertesystem wird eingeführt.
1990	Erprobung von Fliegerabwehr lenk Waffen.



Die 3,5-cm-Z/FIAK; die schießenden Batterien bestanden aus je drei Feuerinheiten mit je zwei Geschützen und einem Feuerleitgerät.

Neue Feuerleitgeräte und Kampfwertsteigerung

Das Jahr 1975 brachte einen wichtigen Fortschritt bei der Verbesserung der Waffen und Geräte der Fliegerabwehrtruppe. In den Fliegerabwehrabteilungen 1 bis 3 wurden die Feuerleitgeräte 65 ausgetauscht und durch die modernen Feuerleitgeräte 75 „Skyguard“ ersetzt.

Die Einführung des Feuerleitgerätes 75 bedingte auch die Modifizierung der 3,5-cm-Fliegerabwehrkanonen/Zwilling; ein Modifikationsprogramm zur Kampfwertsteigerung wurde 1985 gekauft. Als wesentliche Vorteile ergaben sich

- die Erhöhung der Munitionsdotation auf 280 Granaten am Geschütz, die nunmehr automatisch nachgeladen werden konnten,
- ein rechnerunterstütztes Visier mit Laserentfernungsmesser für den autonomen Betrieb und
- die Integrierung des Feldkraftwerkes am Geschütz.

Die gesamte Umrüstung war 1991 abgeschlossen.

Ab 1979 beschäftigte man sich bei den Luftabwehrbataillonen mit einer Nachrüstung der inzwischen heillos veralteten und sehr wartungsintensiven Feuerleitgeräte 65. Sie wurden durch eine neuere Version des Feuerleitgerätes 75, nämlich durch das Feuerleitgerät 79, ersetzt. Auch das Fliegerabwehrbataillon 1 wurde ab 1983 mit dem Feuerleitgerät 79 ausgestattet.

Ende der siebziger Jahre ersetzte der geländegängige LKW 10 t ÖAF bei den Fliegerabwehrbataillonen die älteren Berliet als Zugfahrzeug; diese fanden in den Fliegerabwehrbataillonen (als Ersatz für noch ältere Steyr Diesel) Verwendung. Eine Projektgruppe beschäftigte sich ab 1983 mit der Einführung eines Flieger-

abwehrpanzers als Ersatz für den überalterten M-42. Verschiedene Systeme wurden erprobt und bewertet. Nachdem mit den Veränderungen in Europa die Waffenbeschränkungen des österreichischen Staatsvertrages obsolet geworden waren, gab man dieses Projekt auf und beauftragte die Projektgruppe, ihr Augenmerk auf Fliegerabwehrkanonen zu richten.

Neue Geräte für die Ausbildung

Trotz der vielen Verbesserungen bei den Waffen und Ausbildungsmitteln blieb ein gravierendes Problem: Man hatte in der Ausbildung keine Möglichkeit, unter Einsatzbedingungen die Bekämpfung schnellfliegender Flugzeuge üben zu können. Hatten auch die Übungen mit Zieldarstellung durch Düsenflugzeuge sehr positive Auswirkungen auf die Ein-

satzbezogenheit der Ausbildung, so war ein realer Beschuss dieser Flugzeuge verständlicherweise nicht möglich. Man versuchte daher, dieses Manko mit Simulatoren auszugleichen.

1986 wurde ein Fliegerabwehrsimulator der Firma Invertron und ein Radarsimulator der Firma Oerlikon-Contraves beschafft. Der hohe Bedarf an Ausbildungsplätzen erforderte allerdings bald einen zweiten Radarsimulator. Beide Simulatoren weisen eine beinahe permanente Auslastung bei nur geringen Unterbrechungen für Materialerhaltungsaufgaben auf und sind somit sehr effiziente Ausbildungsgeräte.

Auch das veraltete Trefferauswertesystem für das Luftzielschießen wurde 1989 durch ein moderneres schwedisches System ersetzt.

Neue Waffen und Geräte

Mit den politischen Veränderungen in Europa hat sich die militärische Bedrohung auch für Österreich wesentlich verändert. Jetzt liegt die Bedrohung eher in den Auswirkungen von militärischen Auseinandersetzungen in bzw. zwischen Nachbarstaaten. Dabei ist, wie die Krise im ehemaligen Jugoslawien zeigte, mit Verletzungen der Souveränität Österreichs zu rechnen. In dieser Situation liegt die Hauptaufgabe der militärischen Landesverteidigung in der Sicherung der Staatsgrenzen. Die Verletzung der Souveränität droht aber nicht nur von Bodentruppen, sondern auch durch fremde Militärluftfahrzeuge! Daraus ergab sich unabdingbar der Bedarf einer Verstärkung der Luftraumüberwachung und der Beschaffung von Mitteln zur Bekämpfung eines potentiellen Luftfeindes.



Beim Vorbeimarsch anlässlich der Ausmusterung 1993 an der Militärakademie wurde die leichte Fliegerabwehrkanone (IFAL) „Mistral“ erstmals der Öffentlichkeit präsentiert (Bild).

Dem österreichischen Bundesheer standen für die Fliegerabwehr bis zu diesem Zeitpunkt nur Fliegerabwehrkanonen zur Verfügung, die jedoch weder für einen quantitativ noch für einen qualitativ wirksamen Schutz ausreichten. Sie sind aufgrund ihrer begrenzten Einsatzschußweiten oft nicht in der Lage, feindliche Luftfahrzeuge vor deren Waffenauslösung wirksam zu bekämpfen.

Der *Schutz größerer Objekte* und vor allem der *Raumschutz* erfordern zusätzlich zu den Rohrwaffen den Einsatz von *Fliegerabwehrlenk Waffen* (FAL). Neben einer höheren Reichweite besitzen diese auch größere Erfolgsaussichten bei der Bekämpfung vorbei- oder abfliegender Luftfahrzeuge.

Doch die Beschaffung von Fliegerabwehrlenk Waffen allein reicht nicht aus, eine entscheidende Verbesserung der Fliegerabwehr herbeizuführen. Zur Nutzung der vollen Kapazität von Fliegerabwehrlenk Waffen müssen diese in ein übergeordnetes System der Frühwarnung und Zielzuweisung eingebunden werden. Die Entscheidung zugunsten der leichten Fliegerabwehrlenk Waffe (IFAL) „Mistral“ fiel 1993. Diese wurde anlässlich der Ausmusterung 1993 in Wr. Neustadt erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Nach der Ein- bzw. Umschulung des Kaderpersonals der IFAL-Batterien erfolgte die Übergabe der IFAL „Mistral“ und des erforderlichen Ausbildungsgerätes an die Batterien.

Die Beschaffung der IFAL „Mistral“ stellt aber nur einen ersten Schritt für einen wirksamen Schutz der Erdstreitkräfte dar. Ein komplettes System der Gefechtsfeldfliegerabwehr verlangt zusätzlich die Beschaffung begleiterschütz-fähiger Fliegerabwehrlenk Waffen mit kurzer Reichweite (FALkR) von etwa 6 000 bis 8 000 m bzw. mittlerer Reichweite (FALmR) von 15 000 bis 20 000 m Horizontalentfernung.

Wie schon erwähnt, können Fliegerabwehrlenk Waffen nur wirksam zum Einsatz gebracht werden, wenn entsprechende Frühwarn- und Zielzuweisungsgeräte verfügbar sind. Man war daher sofort nach der Beschaffung der „Mistral“ bestrebt, ein geeignetes System für die Zielzuweisung zu finden. Nach einem Auswahlverfahren beschloß der Ministerrat 1994 die Beschaffung von Zielzuweisungsgeräten RAC 3D der Firma Thomson.

Zu den Aufgaben des Zielzuweisungsgerätes gehört das Orten und Identifizieren eines Luftzieles. Dabei ist eine zuverlässige Freund-Feind-Kennung besonders wichtig. Das Zielzuweisungsgerät wird auch als Führungs- und Feuerleitzentrale einer IFAL-Batterie einge-

setzt. Im wesentlichen sind dabei die Bedrohungsanalyse der Luftziele und die Auswahl der Feuereinheit mit Zielzuweisung und Bekämpfungsauftrag durchzuführen.

Für eine möglichst praxisbezogene Ausbildung wurden „Mistral“-Simulatoren beschafft, die es ermöglichen, Luftziele unter realistischen Bedingungen zu „bekämpfen“. Verschiedene Arten von Luftzielen (Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber, bis zu vier Ziele gleichzeitig) und Landschaftsbildern werden dabei simuliert, für die Darstellung des Gefechtsablaufes stehen 20 Szenarien zur Verfügung. Für das Üben der einzelnen Organisations-elemente der IFAL-Batterie (Zielzuweisungsradar, Zieldatenempfänger und IFAL-Schütze) im Verbund wird die Beschaffung eines weiteren Simulationssystems angestrebt.

Mit den politischen Veränderungen in Europa änderte sich auch die militärische Bedrohung für Österreich. Jetzt liegt diese eher in den Auswirkungen militärischer Auseinandersetzungen in bzw. zwischen Nachbarstaaten. Dabei ist mit Verletzungen der Souveränität Österreichs zu rechnen - nicht nur durch Bodentruppen, sondern auch durch fremde Militärluftfahrzeuge!

Nach der „Heeresgliederung-NEU“

Mit Inkrafttreten der „Heeresgliederung-NEU“ traten für die Fliegerabwehrtruppe einschneidende Änderungen in Kraft. Als Vorgriff auf die Heeresgliederung wurden bereits 1993 die Fliegerabwehrbataillone 1 bis 3 aus den Korpsbereichen entlassen und der Fliegerdivision unterstellt. Diese erhielt den Auftrag, aus den ihr unterstellten sechs Fliegerabwehrbataillonen drei Fliegerabwehrrégimenter - mit Stabsbatterie, drei gemischten Fliegerabwehrbatterien mit 3,5- und 2-cm-Fliegerabwehrzügen und einer leichten Fliegerabwehrlenk Waffenbatterie zu formieren.

Den Fliegerabwehrrégimentern 2 und 3 sind im Frieden außerdem je eine 2-cm-Fliegerabwehrbatterie als Ausbildungszentrum unterstellt. Im Mobfall werden aus diesen Ausbildungszentren je vier 2-cm-Fliegerabwehrbatterien gebildet.

Die IFAL-Batterien der Panzergrenadierbrigaden befinden sich an den Standorten der ehemaligen Panzerfliegerabwehrbatterien in Mautern, Hörsching und Götzendorf.

Die Ausbildung

In der Waffeneigenen Ausbildung werden die Einzelrichtungen an den Waffen und Geräten vermittelt und die späteren Richtschützen (am Richtausbildungssimulator) ausgewählt. Nach der Ausbildung an der Waffe lernen die Richtschützen am Richtausbildungssimulator ihre Waffe wirksam gegen Luftziele zum Einsatz zu bringen. Das Zusammenwirken innerhalb der Feuereinheit wird im Rahmen von Übungen erworben. Im Schießen gegen Luftziele, dem krönenden Abschluß der Ausbildung, können die Soldaten ihr erlerntes Wissen in die Praxis umsetzen. Die Anzahl der erfolgreich absolvierten Übungen stellt einen Gradmesser für den Ausbildungsstand der Feuereinheit dar.

Die weiterführende Ausbildung der Kadersoldaten der Fliegerabwehrtruppe erfolgt an der Fliegerabwehrschule. Hier werden die Geschütz- und Geräteführer für die einzelnen Waffensysteme sowie Zugs-, Einheits- und Truppenkommandanten waffenspezifisch ausgebildet. Die Schule verfügt - neben dem Lehrpersonal - auch über Ausbildungsgeräte wie Richtausbildungssimulator, Radarsimulator, Schießsimulator für IFAL für die einsatzbezogene, wirklichkeitsnahe Ausbildung.

Ausblick

Die Kampfwertsteigerung der 3,5-cm-Z/FIAK und die Beschaffung der IFAL „Mistral“ waren wesentliche Schritte zu einer effizienten Fliegerabwehr. Durch die neue Gliederung verfügt das österreichische Bundesheer über Fliegerabwehrkräfte auf einem technisch höchst modernen Stand, die einer Bedrohung aus der Luft im *Objektschutz* in *niederen Flughöhen* und in einer Entfernung bis zu sechs Kilometern wirksam begegnen können. Um aber auch anderen Bedrohungen wirksam begegnen zu können, ist eine Beschaffung von *Fliegerabwehrlenk Waffen kurzer und mittlerer Reichweite* und ein für einen möglichen Begleitschutz geeignetes System erforderlich.

Um bei der Ausbildung Kosten für Munition und Betriebsmittel einzusparen und gleichzeitig eine Herabsetzung der Umweltbelastung zu erreichen, sollte für eine wirklichkeitsnahe, von Außenbedingungen unabhängige, effiziente Ausbildung die *Beschaffung weiterer Simulatoren* angestrebt werden. Dadurch würde nicht nur das Originalgerät geschont und bliebe länger einsatzbereit, es würden auch die Kosten für eine reale Ziel-darstellung erheblich reduziert.

Die ABC-Abwehrtruppe

Vom Luftschutz zur ABC-Abwehr

Hervorgegangen aus den Erfahrungen mit dem Bombenterror im Zweiten Weltkrieg sowie der neuen, furchtbaren Bedrohung durch die Atomwaffen kann die Entwicklung der ABC-Abwehrtruppe seit ihrer Gründung als Erfolgsmodell bezeichnet werden. Ihre Professionalität und ihr hoher Ausbildungsstand läßt sie auch derzeitigen nationalen und internationalen Anforderungen im Interesse unserer Sicherheit gerecht werden.

Anfänge und Entwicklung

Die Geschichte dieser kleinen Waffengattung ist auf das engste mit der sicherheitspolitischen Entwicklung in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts verbunden. An der Wiege der Waffengattung standen freilich die Erfahrungswerte der Anwendung chemischer Waffen im Ersten Weltkrieg. Im österreichischen Bundesheer der Ersten Republik wurde die Gasschutzausbildung sehr ernst genommen; die vorübergehende Annexion Österreichs und die Überführung des österreichischen Bundesheeres in die Deutsche Wehrmacht führte aber zu einem jähen Ende dieser Bemühungen.

Der Neubeginn des passiven Luftschutzes im Heer stand in besonderem Maß unter dem Eindruck der Erfahrungen des Bombenterrors im Zweiten Weltkrieg sowie der neuen, furchtbaren Bedrohung durch Atomwaffen. Mit der Wiedererrichtung des Bundesministeriums für Landesverteidigung wurde auch eine Luftschutzabteilung geschaffen und 1957 eine Luftschutzpionierkompanie (LSPiKp) in Zwölfaxing aufgestellt. 1959 wurde die Luftschutztruppenschule (LSTS) in der Vega-Payer-Weyprecht-Kaserne in Wien errichtet. Sie unterstand unmittel-

bar dem BMLV und hatte als Aufgabe die Ausbildung von Bundesheerangehörigen im Fachdienst, die Verfassung von Vorschriften sowie die Erprobung von neuen Einsatzverfahren und neuem Gerät.

„Ich brauche keine Feuerwehr für das Bundesheer, sondern eine leistungsfähige ABC-Abwehr!“

General Emil Spannocchi

Nach notdürftiger Instandsetzung bezog die Luftschutztruppenschule 1962 die Wilhelm-Kaserne. Im Folgejahr wurde dort zusätzlich die Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres errichtet und durch ein interministerielles Abkommen eng mit der Luftschutztruppenschule verbunden. Diese keinesfalls zufällige Entwicklung dokumentierte bereits damals die Erkenntnisse der politischen Führung, daß den Auswirkungen von Massenvernichtungswaffen auf ziviler und militärischer Ebene mit ähnlichen Einsatzmitteln, Einsatzverfahren und Abwehrstrategien begegnet werden muß. Ebenfalls in diese Zeit fällt der Beginn der Zusammenarbeit mit dem damaligen Reaktorzentrum Seibersdorf. Diese Zu-

sammenarbeit leitete die starke Wissenschaftsorientierung der Ausbildung der heutigen ABC-Abwehrtruppe ein.

Die Ausbildung an der Luftschutztruppenschule hatte einen hohen Standard. So wurden in der ABC-Abwehr die Bereiche Spür-, Auswerte- und Dekontaminationsdienst gelehrt. Im Luftschutzdienst wurde die Rettung und Bergung von Menschen und Sachgütern aus Vertrümmerungen, der Brandschutz und Pionieraufgaben, wie z. B. Brückenbau und Sprengdienst, unterrichtet. Die Ausbildung der Einjährig Freiwilligen im nunmehrigen Forschungszentrum Seibersdorf schuf die Basis für hervorragend qualifizierte Milizoffiziere und war darüber hinaus für so manche erfolgreiche Karriere in Wissenschaft, Lehre oder Industrie bestimmend. Ausgebildet wurden die bei den Militär-, Brigade- und Gruppenkommanden tätigen ABC/LS-Offiziere, die bei den Versorgungsregimentern 1 bis 3 angegliederten ABC/LS-Züge sowie das durch die Luftschutztruppenschule aufzustellende Luftschutzpionierbataillon (mob). Besondere Anerkennung fand die Luftschutzpionierausbildung bei den Feuerwehren, die diese Lehrgänge voll anerkannten und als wertvolle Bereicherung ihrer eigenen Ausbildungstätigkeit sahen. Einen Schwachpunkt dieses Systems bildete die gerin-

Oberst Norbert Fürstenhofer, Jahrgang 1945; nach der Offiziersausbildung als Offizier der Luftschutztruppe zum Versorgungsregiment 3 in Salzburg ausgemustert. Verwendung als Zugskommandant; ab 1970 Ausbildungsoffizier in der Luftschutzpionierkompanie; ab 1972 Kommandant der Lehrkompanie der Luftschutztruppenschule; 1976/77 Kompaniekommandant bei AUSBATT/UNDOF; ab 1978 Referent für Bau und Liegenschaften im Armeekommando; ab 1984 ABC-Abwehroffizier im Armeekommando; seit 1988 Kommandant der ABC-Abwehrschule und seit 1990 Kommandant der Austrian Forces Disaster Relief Unit (AFDRU).



Die Ausbildung an der Luftschutztruppenschule umfaßte in der ABC-Abwehr die Bereiche Spür-, Auswerte- und Dekontaminationsdienst. Das Bild zeigt einen Spürtrupp auf LKW 0,4 t (4 x 4) Puch „Haflinger“.



Der Luftschutzdienst (im Bild Luftschutzgerät aus den sechziger und siebziger Jahren) diente zur Rettung und Bergung von Menschen und Gütern aus Vertrümmerungen sowie für Brandschutz- und Pionieraufgaben.

Aus der Chronik	
1957	Aufstellung einer Luftschutzpionierkompanie in Zwölfaxing.
1959	Aufstellung der Luftschutztruppenschule in Wien (Vega-Payer-Weyprecht-Kaserne).
1962	(3. November) Die Luftschutztruppenschule verlegt in die Wilhelm-Kaserne; (Dezember) die Luftschutzpionierkompanie übersiedelt von Zwölfaxing nach Wien (Albrecht-Kaserne).
1963	Errichtung der Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres in der Wilhelm-Kaserne; Soldaten der Luftschutztruppenschule unterstützen das Rote Kreuz bei Bergungsaufgaben nach einem Erdbeben in Skopje.
1972	Hochwassereinsatz mit kompaniestarken Kräften im Raum Knittelfeld, Judenburg.
1973	Umgliederung der Luftschutztruppenschule (Stabskompanie, Luftschutzpionierkompanie wird Lehrkompanie, Einjährig-Freiwilligen-Kompanie wird Einjährig-Freiwilligen-Zug innerhalb der Lehrkompanie), durch Angliederung der Verfügungskompanie übernimmt die Schule zusätzlich die Versorgung der Zentralstelle; Dekontaminationstrupps unterstützen niederösterreichische Feuerwehren bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
1979	Der Bereichsplan 14 „ABC-Abwehr“ führt zu folgenden Ergebnissen: Die ABC-Abwehr wird in die Bereiche ABC-Selbstschutz, Truppen-ABC-Abwehr, ABC-Abwehrtruppe sowie ABC-Abwehrdienste gegliedert und die ABC-Abwehrtruppe wird in ABC-Abwehrzügen organisiert.
1982	Beginn des Systems der computergestützten Melde- und Auswertezentrale (MAZIS).
1986	(ab Mai) Einsatz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl.
1988	(Dezember) Erdbebeneinsatz der ABC-Abwehrtruppe in Armenien.
1991	(und danach) Abstellung von Spezialisten für die Vereinten Nationen zur Chemiewaffenabrüstung.
1992	Divisionär Dipl.-Ing. Günter Greindl übernimmt das UN/DHA-Projekt 213/3 über den Gebrauch militärischer Mittel zur internationalen Katastrophenhilfe.
1993	Organisation der und Teilnahme an „EXERCISE 93“ (Niederösterreich, Annahme Erdbeben).
1994	Teilnahme an „EXERCISE 94“ (Astrachan, Annahme Störfall in einer Raffinerie).
1995	Teilnahme an „EXERCISE 95“ (Murmansk, Annahme Störfall in einem Kernkraftwerk).

ge Zusammenarbeit mit anderen Waffengattungen. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, daß der damalige Stand der Technik vor allem im Bereich der Dekontamination kaum Lösungen anbot, die den raschen Gefechtsabläufen der Kampftruppen entsprochen hätten.

Dieser Umstand sowie die ausgeprägte Orientierung der Waffengattung hin zu Schutzaufgaben im zivilen Bereich führten - aus militärischer Sicht gesehen - mehr und mehr in eine Sackgasse der Entwicklung. Dennoch erbrachten die Luftschutzpioniere in jenen Jahren beachtliche Beweise ihrer Leistungsfähigkeit.

So unterstützten Soldaten der Luftschutztruppenschule 1963 das Rote Kreuz bei Bergungsaufgaben nach einem Erdbeben in Skopje. 1972 wurde ein Hochwassereinsatz mit kompaniestarken Kräften im Raum Knittelfeld, Judenburg durchgeführt. 1973 unterstützten Dekontaminationstrupps die niederösterreichischen Feuerwehren bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Zahlreiche

weitere Hochwasser- und Brandschutzeinsätze ergänzten dieses Bild in den Folgejahren.

Von den Luftschutzpionieren zur ABC-Abwehrtruppe

Die „Heeresreform 1970“, die Entwicklung der ersten Vorstellungen zur künftigen Raumverteidigung und die dynamische Entwicklung des neuen Verteidigungskonzeptes durch das 1973 geschaffene Armeekommando hatten auch Konsequenzen für die Luftschutztruppe. In Österreich wurden nie die Rahmenbedingungen geschaffen, die das unverzichtbare Umfeld der schweizerischen Luftschutztruppe bildeten.

So fehlte eine effiziente Truppen-ABC-Abwehr sowie ein Konzept der militärisch-zivilen Gesamtverteidigung, in der die Luftschutztruppe zweifellos wichtige Aufgaben zu erfüllen gehabt hätte. Das

Konzept der Umfassenden Landesverteidigung sah eher klare Kompetenzabgrenzungen vor und bildete keine geeignete Basis für eine bereichsüberschreitende Einsatzorganisation. Somit wird der immer lauter geäußerte Wunsch des damaligen Armeekommandanten, General Emil Spannocchi, verständlich: „Ich brauche keine Feuerwehr für das Bundesheer, sondern eine leistungsfähige ABC-Abwehr!“

Erste Strukturen einer neuen ABC-Abwehrorganisation des Bundesheeres wurden ab 1976 an der Luftschutztruppenschule entwickelt und ab 1978 in der Arbeitsgruppe „ABC-Abwehr-Konzept“ weiterbearbeitet. Nach dem Pionierkonzept war dieser Bereichsplan das zweite Grundlagenpapier, das für eine Waffengattung erstellt wurde. Er ging vom Bedrohungsszenario der Pakt-Auseinandersetzung aus und hatte vor allem die ABC-Abwehr aller Truppen in der Raumverteidigung sicherzustellen. Die frühere Schwergewichtsaufgabe des Schutzes ziviler Einrichtungen wurde auf die allgemeine Assistenzverpflichtung der Armee reduziert.

Der 1979 genehmigte Bereichsplan 14 „ABC-Abwehr“ erbrachte im wesentlichen folgende Ergebnisse: Die ABC-Abwehr des Bundesheeres wurde in die Bereiche ABC-Selbstschutz, Truppen-ABC-Abwehr, ABC-Abwehrtruppe und ABC-Abwehrdienste gegliedert. Letztere umfaßten die Melde- und Auswertezentralen, das ABC-Feldlabor und die ABC-Abweherschule (die ehemalige Luftschutztruppenschule). Die ABC-Abwehrtruppe wurde in ABC-Abwehrzügen organisiert, die ihrerseits die Bereiche Spürdienst, Dekontaminationsdienst, Rette- und Bergedienst (RuB) sowie Brandschutzdienst (BS) umfaßten. Diese Züge wurden allen Militärkommanden, allen Brigadekommanden und den Einsatzflugplätzen der Fliegerkräfte zugeordnet. Das ehemalige Luftschutzpionierbataillon wurde in eine ABC-Abwehrkompanie mit drei Zügen (wie bei den Militärkommanden) umgewandelt. Während die Züge bei den Militärkommanden nahezu idealtypisch den Forderungen der ABC-Fachleute entsprachen, wurden bei den ABC-Abwehrzügen der Brigaden und der Fliegerhorstbataillone aus Kostengründen Reduktionen vorgenommen, die durch das Zusammenwirken mit anderen Kräften (Pionier- und Brandschutzteilen) im Einsatz abgedeckt werden sollten. Dieser Sparversuch erwies sich logischerweise in der Folge als wenig zielführend. Eine Angleichung an die Struktur der ABC-Abwehrzüge der Militärkommanden wird bei der Realisierung des neuen ABC-Abwehrkonzeptes

unvermeidlich sein. Ein weiteres Zugeständnis an Sparerfordernisse stellte die Bezeichnung „Zug“ an und für sich dar. Im internationalen Vergleich entspricht die Leistungsfähigkeit eines österreichischen ABC-Abwehrzuges der einer ABC-Abwehrkompanie anderer Streitkräfte. Lediglich der Verzicht auf eigene Versorgungsteile und die Abdeckung der diesbezüglichen Erfordernisse durch das jeweils verantwortliche Stabsbataillon „rechtfertigen“ die Sparvariante „Zug“, was immer wieder zu Diskussionen führt, vor allem im Bereich der Arbeitsplatzwertigkeiten.

Insgesamt kam es zu einer völligen Erneuerung der Dekontaminationsausrüstung, die ihre Feuertaufe unmittelbar in der Geräteauslieferungsphase nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl im Mai 1986 erlebte. Die österreichischen Erfahrungen bei der Behandlung kampfstoffverletzter iranischer Soldaten in Wien führten ab 1985 zu einer Forcierung des ABC-Selbstschutzprogrammes für die Truppe. Die Ausrüstung aller Waffengattungen mit dem C-Alarmgerät M-43 fällt ebenfalls in diesen Zeitraum. Dieses Gerät stellte erstmals die rechtzeitige Warnung der Soldaten beim Einsatz von Nervengiften auf dem Gefechtsfeld sicher. Die unbefriedigenden Meßergebnisse mit dem bereits 20 Jahre in Verwendung stehenden A-Spürgerät EMB-3 nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ließen die Forderungen nach einer neuen Spürgerätefamilie laut werden. Diesen Forderungen wurde durch die Entwicklung des Seibersdorfer Gamma-Meßgerätes SSM-1 Rechnung getragen. Aus den Erfahrungen des Krieges zwischen Iran und Irak wurde die Modifizierung der zweiteiligen schweren Schutzbekleidung in ein abdichtbares Modell mit eigener Schutzbelüftung abgeleitet. Das bereits 1982 modellartig entwickelte System einer computergestützten Melde- und Auswertezentrale führte erst Ende der achtziger Jahre (und als Spätfolge der Tschernobyl-Erfahrungen) in Zusammenarbeit von ABC-Abwehrschule, dem Heeres-Datenverarbeitungsamt und dem Joanneum in Graz zu dem heutigen MAZ-InfoSystem. Der angesichts der drohenden ABC-Gefahr bei einer Pakt-Auseinandersetzung etwas ins Hintertreffen geratene Rette- und Bergedienst erlebte 1988 beim Erdbebeneinsatz in Armenien eine glänzende Rechtfertigung. Insgesamt waren die ersten zehn Entwicklungsjahre der ABC-Abwehrtruppe durch

- eine völlige Erneuerung der technischen Ausrüstung,
- eine damit verbundene Intensivierung der Ausbildung und

- eine zunehmende *Integration in den Kampf der verbundenen Waffen* gekennzeichnet.

Nach 1989 - auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Europa seit 1989 führten zu entscheidend geänderten Bedrohungsszenarien und Bewältigungsstrategien. Euphorische Betrachtungsweisen einer bis dato für nahezu unmöglich gehaltenen politischen Entwicklung ließen für den oberflächlichen Betrachter Reduzierungen in Art und Umfang von Streitkräften fast zwingend erforderlich scheinen. Unmittelbar erzielte Durchbrüche bei Abrüstungsverhandlungen und die Zerstörung ganzer Waffensysteme (Mittelstreckenraketen) führten auch zur Hinterfragung der bisherigen ABC-Abwehrmaßnahmen. Die allgemeine Jubelstimmung erfaßte jedoch kaum die Fachleute. Diese erkannten bald, daß zwar der Umsturz im Bereich der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten militärische Organisationen beeinträchtigt oder zerstört hat, daß jedoch die technischen Potentiale der ABC-Kampfmittel im wesentlichen unverändert erhalten geblieben sind. Überdies scheinen manche „neue“ Nuklearstaaten ihre A-Waffenbestände als teuer abzugeltendes Faustpfand bei politischen Verhandlungen zu nützen. Die in den letzten Jahren auch im militärischen Bereich der ehemaligen Sowjetunion zunehmende Destabilisierung führte überdies zu ernstesten Befürchtungen hinsichtlich der Proliferation von ABC-

Anlagen der chemischen und der Nuklearindustrie als Mittel der Kriegführung angedroht. Kurz - das bisher klassische ABC-Gefechtsbild in Europa gehört bis auf weiteres der Vergangenheit an. Neue, nicht minder gefährliche und viel schwerer einschätzbare ABC-Bedrohungsszenarien sind an dessen Stelle getreten. Parallel zur militärischen Entwicklung ist die Katastrophenanfälligkeit moderner Gesellschaften deutlich im Steigen begriffen. Während im Bereich der Ersten Welt gesetzliche Vorschriften, Normen und Sicherheitstechniken bestehen, um ABC-Bedrohungen aus dem Industrie- und Forschungsbereich hintanzuhalten - ganz ausgeschlossen werden können sie jedoch nie - ist die Dritte Welt für diese Gefahren besonders anfällig.

Das in Österreich historisch gewachsene Katastrophenhilfesystem stützt sich, neben den Hauptkomponenten Feuerwehr und Rettungsorganisationen, stärker als andere Länder auf das Militär als Element der Katastrophenhilfe. Diese Aufgabenstellung wurde erstmals im Wehrgesetz 1920 festgelegt und in der heute gültigen Wehrgesetzgebung um die Komponente der internationalen Hilfeleistung erweitert. Die ABC-Abwehrtruppe ist seit dem Erdbebeneinsatz in Armenien 1988 als Wegbereiter des VOREIN- (Vorbereitete Einheiten-)Gedankens im nationalen und internationalen Bereich tätig. Ihre Vertreter sind in mehreren Projekten und zahlreichen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen („Department of Humanitarian Affairs“ - DHA), der Europäischen Union (ECHO) und des „Partnership for Peace“- (PfP-)Programmes der NATO geschätzte Mitarbeiter.



Die neue Dekontaminationsausrüstung (Bild) erlebte ihre Feuertaufe im Mai 1986 nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Auch der Rette- und Bergedienst bewährte sich 1988 beim Erdbebeneinsatz in Armenien glänzend.

Kampfmitteln in andere Länder bzw. in den Bereich der Terrorszene. Derartige Entwicklungen können Auswirkungen auf das Geschehen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben, wie die immer wieder geäußerten Vermutungen über den Einsatz von C-Waffen im Balkan-Konflikt zeigen. Hier wurde auch erstmals die bewußte Zerstörung von

Das UN/DHA-Projekt 213/3 über den Gebrauch militärischer Mittel zur internationalen Katastrophenhilfe (MCDA) wird von Divisionär Dipl.-Ing. Günter Greindl geleitet. Ein damit verbundenes, an der ABC-Abwehrschule entwickeltes Modell für die Ausbildung im internationalen Katastrophenhilfe-Management liegt einem weltweiten Trainingspro-



Foto: ABC-Abweh

Der ABC-Abwehrtruppe steht im internationalen Vergleich ein Spitzenplatz zu. Dies zeigte u. a. ihre Teilnahme an den internationalen Übungen „EXERCISE“ in den Jahren 1993, 1994 und 1995. Die Rette- und Bergereinheit AFDRU (Bild) ist innerhalb von zwölf Stunden - auch in das Ausland - abmarschbereit. Auch sie verfügt über einsatzbereites, hochqualifiziertes Personal.

gramm (unter der Schirmherrschaft von DHA und ECHO) zugrunde.

Eine weitere Herausforderung für die ABC-Abwehrtruppe ist seit 1991 die Abstellung von Spezialisten für die Vereinten Nationen zur Chemiewaffenabrüstung. Österreicher waren und sind dabei hochgeschätzte Experten. Sie haben z. B. im Auftrag der United Nations Special Commission (UNSCOM) irakische Chemiewaffenbestände zu überprüfen und deren Zerstörung zu überwachen. Dabei wurden bereits unschätzbare Erfahrungen über die Wirksamkeit eigener Spür- und Schutzmaßnahmen bzw. Einsatzverfahren gewonnen.

Diesen Entwicklungen steht das ABC-Konzept des Jahres 1979 gegenüber. Es ergibt sich somit zwangsläufig die Frage, inwiefern dieses Konzept künftigen Anforderungen gerecht wird bzw. in welchem Ausmaß es einer Veränderung bedarf. Eine Reihe von Arbeitsgruppen hat dieses Problem bereits untersucht. Das Ergebnis ist der Entwurf eines neuen ABC-Abwehrkonzeptes. Ausgehend vom Einsatzkonzept für das Bundesheer - unter Berücksichtigung der Vorgaben der „Heeresgliederung-NEU“ - beschreibt es die Rolle der ABC-Abwehrkräfte in allen militärisch und/oder zivil bedingten Einsatzfällen und weist die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Strukturen nach.

Der Bogen spannt sich dabei von der Assistenz im Frieden über den Sicherungseinsatz bis hin zum Verteidigungsfall. Die z. B. in der Bundeswehr derzeit laufende strukturelle Zusammenführung von ABC-Kräften und Bergkräften (aus der Pioniertruppe) ist in den österreichischen ABC-Abwehrtzügen ein bereits längst in Übung und Einsatz erprobtes System. Ebenso ist im Bereich der Truppen-ABC-Abwehr und des ABC-Selbst-

schutzes dank intensiver Ausbildung und deutlich verbesserter materieller Ausstattung eine gesteigerte Effizienz und Akzeptanz feststellbar. Das bei Einsätzen im nationalen und internationalen Bereich festgestellte Defizit an wissenschaftlichem Grundlagenwissen bei ABC-Führungskräften wird mittlerweile durch einen zweisemestrigen Hochschullehrgang abgedeckt, veranstaltet durch das Forschungszentrum Seibersdorf mit der ABC-Abweherschule. Dieser Lehrgang umfaßt für alle ABC-Abwehr-offiziere wissenschaftliche Grundlagen, Verfahrenstechniken und Katastrophenhilfe-Management und geht mit einem gleichartigen Studium an verschiedenen europäischen Universitäten konform.

Insgesamt hält durch die Organisation, den Ausbildungsstand und die technische Ausrüstung die ABC-Abwehrtruppe im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz - unbeschadet einzelner Nachrüstungserfordernisse in Teilbereichen. Dies beweisen die überaus positiven Kritiken der von und in Österreich veranstalteten Übung „EXERCISE 93“ (Übungsannahme Erdbeben) sowie die Teilnahme von AFDRU an den von Rußland veranstalteten Übungen „EXERCISE 94“ (Astrachan, Störfall in einer Raffinerie) und „EXERCISE 95“ (Murmansk, Störfall in einem Kernkraftwerk). Dieser Bericht über die ABC-Abwehr im österreichischen Bundesheer begann mit der Aufstellung der Luftschutztruppenschule. Doch welche Rolle hat die ABC-Abweherschule im Hinblick auf die neuen Herausforderungen heute?

Sie ist zweifellos geistiges Zentrum und Motor der ABC-Abwehrtruppe. Ihr Ausbildungsauftrag umfaßt mittlerweile bereits nationale und internationale Komponenten; Gasthörer aus anderen Ländern sind keine Seltenheit, Lehrauftritte

vor internationalem Publikum (im In- und Ausland) gehören für das Lehrpersonal mittlerweile zum Alltag. Die Schule ist auch Anlaufstelle für viele Fragen aus dem Bereich von Wissenschaft und Behörden hinsichtlich militärischer und ziviler Bedrohungen geworden. Auch in Zukunft wird der Lehrbereich Taktik und internationale Assistenzen besondere Anstrengungen erfordern, ebenso die Anpassung bisher standardisierter Einsatzverfahren an neue Szenarien. Weitere Herausforderungen sind die Einbindung der ABC-Abweherschule in das System der präsenten Kräfte hinsichtlich Alarmierungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft allgemein sowie die Sicherstellung der Abmarschbereitschaft der Rettungs- und Bergereinheit AFDRU innerhalb von zwölf Stunden. Aufgaben im Bereich der ABC-Waffen- und Rüstungskontrolle erfordern ebenfalls jederzeit einsatzbereites, hochqualifiziertes Personal, das im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Wie können alle diese Leistungen erbracht werden? Der bisher gültige Organisationsplan der ABC-Abweherschule entspricht in seinen Grundzügen dem Konzept der alten Luftschutztruppenschule und damit nicht mehr den gegenwärtigen Herausforderungen. Die Konsequenz bestand daher seit 1990 darin, ein auf den Bedarf hin optimiertes Organisationsmodell zu entwickeln. Dieses Modell wurde nach fünfjähriger Erprobung bereits in die derzeit laufenden Verhandlungen zur Neuorganisation der Waffen- und Fachschulen des Heeres eingebracht. Die neue Struktur umfaßt die Bereiche

- Einsatzplanung und -durchführung,
- Ausbildungsplanung und -durchführung,
- Grundlagenforschung und -lehre,
- angewandte Lehre,
- eine Einsatzkomponente sowie
- die (unumgänglich nötige) Verwaltung.

Dabei wurden sowohl die nationale als auch die internationale Aufgabenstellung entsprechend berücksichtigt.

Insgesamt ist die Entwicklung der ABC-Abwehrtruppe seit ihrer Gründung eine Erfolgsgeschichte, getragen vom Engagement und von der Motivation der Angehörigen dieser Waffengattung, gepaart mit der Erkenntnis, daß nur Professionalität und ein hoher Ausbildungsstand zum Ziel führen. So konnte die ABC-Abwehrtruppe über die Jahrzehnte hinweg ihre Position im Bundesheer behaupten und ausbauen und wird - letztendlich auch im Interesse unserer Sicherheit - allen nationalen und internationalen Herausforderungen auf dem ABC-Sektor gerecht. ▼

Assistenzeinsatz zur Grenzüberwachung

Vorbereitung der Grundwehrdiener auf den Assistenzeinsatz

Die Befehle und sonstigen Unterlagen zur Vorbereitung und Durchführung des Assistenzeinsatzes haben im Lauf der Jahre einen beträchtlichen Umfang angenommen. Es ist für die Assistenzkommandanten und Korpskommandanten deshalb besonders in der Vorbereitung vermutlich nicht immer ganz einfach, das Wichtige vom weniger Wichtigen und das Dringliche vom weniger Dringlichen zu unterscheiden.

Einer detaillierten Einweisung der jeweils übergebenden bzw. übernehmenden Kommandanten kommt daher trotz aller persönlichen Erfahrungen, die sich viele Offiziere und Unteroffiziere im Lauf der Jahre durch den Assistenzeinsatz aneignen konnten, besondere Bedeutung zu. Gerade weil der Assistenzeinsatz für die Masse der Offiziere und Unteroffiziere zur Routine geworden ist, liegt die „Gefahr“ im Routinebetrieb.

Alle Kommandanten sind daher aufgefordert, gerade weil der Assistenzeinsatz zwangsläufig auch im positiven Sinn routiniert ablaufen muß, schon bei der Vorbereitung, vor allem aber bei der Kommandoübernahme, alles zu unternehmen, um Fehlerquellen während der Durchführung zu minimieren.

Ganz anders liegt die Situation bei den Grundwehrdienern. Bis auf wenige Ausnahmen hat der Beginn des Assistenzeinsatzes auf viele Grundwehrdiener vermutlich fast dieselbe Wirkung wie der Beginn des Grundwehrdienstes. Das auch deshalb, weil durch jene Grundwehrdiener, die vom Assistenzeinsatz in ihre Garnison zurückkehren, oft die wildesten Gerüchte verbreitet werden. Diese Fakten und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das Verhalten und die Einstellung der Grundwehrdiener sollten von den unmittelbaren Kommandanten nicht unterschätzt werden.

Bei vielen Befragungen von Grundwehrdienern wurde immer wieder bestätigt, daß die oft großen Unsicherheiten am Beginn des Assistenzeinsatzes zwar „heruntergespielt“ werden, aber gerade deswegen im Verhalten vielfach sehr deutlich erkennbar sind.

Ein Schweizer Divisionär hat nach einer Besichtigung des Assistenzeinsatzes und nach Gesprächen mit Grundwehrdienern festgestellt, daß es vermutlich in der Schweiz undenkbar wäre, Grundwehrdiener ohne psychologische Vorbereitung in so einen Assistenzeinsatz (mit scharfer Munition) zu stellen.

Bei uns erfolgt natürlich nichts dergleichen, und trotzdem kommt die Masse der Grundwehrdiener gut vorbereitet zum Assistenzeinsatz an die ungarische Grenze.

Das spricht ganz eindeutig für die Qualität der Kommandanten und Ausbilder, die ihre Grundwehrdiener immer wieder sowohl in organisatorischer Hinsicht, aber vor allem in Hinsicht auf die menschliche und politische Dimension dieses Einsatzes gut vorbereiten.

Eine qualitätsvolle Vorbereitung der Grundwehrdiener auf den Assistenzeinsatz ist vor allem auch deswegen so wichtig, weil die Masse der Grundwehrdiener den Dienst an der Grenze ja selbständig und eigenverantwortlich zu versehen hat und darüber hinaus der Dienst physisch und für viele natürlich auch psychisch sehr belastend ist.

Wenn es nun im Zuge dieser Vorbereitungen auf den Assistenzeinsatz, aber selbstverständlich auch während des Dienstes an der Grenze, Vorgesetzte verstehen, den Grundwehrdienern auch Befehle und Anordnungen, die diese als unnötig und zum Teil sogar als schikanös betrachten, plausibel zu erklären und damit einsichtig und verständlich zu machen, ist dies ganz sicherlich als besondere Qualität dieser Kommandanten zu beurteilen. Nur wenn sich Kommandanten und Vorgesetzte nicht mit ihrer Führungsaufgabe und Verantwortung identifizieren und persönliche Motive das Handeln bestimmen, ist natürlich auch vom Grundwehrdiener keine Einsicht und kein Verständnis für vier Wochen Dienst an der Grenze zu erwarten.

Es kommt daher der Vorbereitung der Grundwehrdiener auf den Assistenzeinsatz eine ganz besondere Bedeutung zu. Je genauer sie informiert werden und je zielgerichteter sie in ihre Aufgabe im Assistenzeinsatz eingewiesen werden, umso weniger Raum bleibt für Spekulationen und umso sicherer werden sie an ihre Aufgaben herangehen.

Dienstaufsicht des Gruppenkommandanten

Durch die Besonderheit dieses Einsatzes (vor allem Posten- und Streifendienst in überdehnten Räumen) ist es nicht möglich, daß der Gruppenkommandant ständig und unmittelbar Dienstaufsicht über

seine Gruppe führen kann, weil er entweder als Posten an einen Platz gebunden ist oder als Streife nur in bestimmten zeitlichen Abständen bei den Posten seiner Gruppe „vorkommt“. Es hat daher der Zugskommandant bzw. der Stellvertreter die Dienstaufsicht über die eingesetzte(n) Gruppe(n) zu führen.

Von Gruppenkommandanten wird häufig bemängelt, daß sie sich, wenn sie Dienst haben, nicht am Zuggefechtsstand aufhalten dürfen. Natürlich gibt es auch Situationen, in denen die Anwesenheit des Gruppenkommandanten am Gefechtsstand gerechtfertigt ist, auch im Hinblick auf eine flexible und situationsgerechte Auftragsbefreiung. Wenn aber der Gruppenkommandant als Begründung angibt, daß er, weil der Dienst ja zwölf Stunden dauert, nur auf einen Kaffee hereingekommen ist, dann wird dadurch natürlich die Auftragsbefreiung im Assistenzeinsatz grundsätzlich nicht in Frage gestellt, aber es werden doch einige wesentliche Belange der Führung, Einstellung, Dienstauffassung, Arbeitsmoral usw. berührt.

Jeder Kommandant sollte sich aber über die Beispielsfolge seines Handelns bewußt sein, weil Grundwehrdiener im Assistenzeinsatz ihre Kommandanten besonders kritisch und aufmerksam beobachten und sehr wohl unterscheiden können, ob bei bestimmten Handlungen von Vorgesetzten die Auftragsbefreiung oder das Herausnehmen von „Vorrechten“ oder überhaupt nur persönliche Bequemlichkeit dahinterstecken.

Disziplinarangelegenheiten

Bestrafungen im Assistenzeinsatz werden von den Grundwehrdienern oft deswegen als ungerecht empfunden, weil sie, auch wenn sie die jeweilige Verfehlung einsehen, andererseits die erbrachten Leistungen (besonders anstrengender Dienst) in Rechnung stellen.

Für den Kompaniekommandanten erfordert eine Bestrafung im Einsatz sicherlich ein ganz genaues Verfahren hinsichtlich Erhebung, Klärung der Zusammenhänge, Hintergründe usw. Den Grundwehrdienern sollte aber während ihres Dienstes an der ungarischen Grenze in allen Belangen ihrer Dienstleistung das Gefühl vermittelt werden, daß sie während des Assistenzeinsatzes eine besondere Leistung für den Staat erbringen.

Oberst Josef Bauer
Kommandant Stabsregiment 1



My Opinion

40 years after the raising of the Austrian Armed Forces, their status reflects the will of the governing parties, and this is not encouraging at all. Opponents to the armed forces have always influenced the actions of the government in a decisive way.

Self-esteem of the Austrian Soldier - Past and Present

The development of the Austrian Armed Forces in the Second Republic is reflected in the self-esteem of the individual soldiers.

Topical Events

No peaceful means has worked to resolve the Bosnian conflict. Perhaps the surgical application of military power will make it clear that the international community is serious in its peace efforts.

A Question of Time

Despite seven reforms of varying magnitude, the Austrian Armed Forces continue to rank unjustifiably low.

On the Reorganization of the Austrian Armed Forces

When analysing past developments one is led to think the Armed Forces would have to be a low cost enterprise in the first place. Reorganization alone, however, is not enough.

The Austrian Armed Forces on their 40th Anniversary

The new organization of the Armed Forces provides the platform for an Austrian defence and security policy for which we carry the sole responsibility and this is the starting position for future contributions towards the preservation of security and stability in Europe.

Clear Goals of Security Policy

There can be one goal only, and that is to have credible Austrian Armed Forces, which are accepted by their partners.

Is There a Threat to Democracy?

Apparently, democracy is only cherished by those who never achieved it or have lost it again.

A Show of Incompetence

A brief and polemic contribution about the discussion if a parade should be held or not.

From the Forces

A parade is more than an expensive show. Particularly in connection with the present situation, it is a way of supporting freedom and sovereignty, and also increased self-esteem of those individuals, who, after all, are to put their lives at risk in a crisis of this state.

Man is in the Centre

A review of the leadership standards in the Austrian Armed Forces, culminating in the present situation in which the individual becomes more and more important.

Four Decades of Austrian Armed Forces and Society

The discrepancy between defence task and available means, the individual and quite often deceptive feeling of security in the population easily could lead to neglecting defence preparedness.

The Present and Future Armaments of Austria as a Small State

Whilst in 1955 Austria's Armed Forces were able to fall back on equipment left behind by the Allied Forces, Austria nowadays is solely responsible for its defence capability. Austria simply cannot afford any further cuts of its defence budget.

Mon avis

40 ans après sa mise sur pied, l'état de l'Armée fédérale autrichienne est tel que l'ont voulu les partis gouvernementaux: peu satisfaisant. Les adversaires de l'Armée ont toujours fortement influencé l'action du gouvernement.

L'autocompréhension du soldat autrichien, aujourd'hui et hier

L'évolution de l'Armée fédérale de la Seconde République est un indicateur essentiel de l'autocompréhension de ses soldats.

Actualités mondiales

En Bosnie tous les moyens pacifiques de règlement de conflit ont échoué. Peut-être comprendra-t-on après l'emploi ponctuel de moyens militaires que les efforts entrepris par la communauté mondiale pour rétablir la paix doivent être pris au sérieux.

Une question de temps

Bien que l'Armée fédérale ait connu sept réformes plus ou moins importantes son état se situe à la limite inférieure de ce qui est encore justifiable.

Au sujet de l'évolution de l'organisation de l'Armée fédérale autrichienne

Considérant son évolution, on est amené à penser que l'Armée doit en premier lieu ne pas coûter cher. Mais de nouveaux organigrammes seuls ne suffisent guère.

L'Armée fédérale après 40 ans

"L'Organisation-Nouveau Modèle" sert de fondement à une politique de sécurité et de défense propre à l'Autriche et constitue la base, susceptible de développement, d'une future contribution aux fins de la préservation de la sécurité et de la stabilité en Europe.

Des objectifs clairs dans le domaine de la politique de sécurité

Il ne peut y avoir qu'un objectif: une Armée fédérale autrichienne crédible et reconnue par ses partenaires.

La Démocratie est-elle en danger?

Ne savent, de toute évidence, reconnaître et apprécier les valeurs de la Démocratie que ceux qui n'y ont encore jamais pu accéder ou ceux qui y ont déjà dû renoncer.

Une preuve d'indigence

Une brève polémique incitant à réfléchir sur les événements lors de la "dispute portant sur la parade".

De la troupe

Une parade est plus qu'un spectacle coûteux. Dans le contexte des circonstances données elle est non seulement une démonstration de liberté et de souveraineté mais aussi un moyen pour renforcer l'estime de soi-même des hommes qui en cas d'urgence et en temps de crise sont appelés à risquer leur vie pour cet état.

Au centre d'intérêt: l'Homme

Un examen rétrospectif de l'évolution du standard de conduite et de commandement au sein de l'Armée fédérale jusqu'au niveau actuel, où l'Homme est placé en vedette.

Quatre décennies de relations Armée et Société en Autriche

La divergence entre la mission de défense et les moyens disponibles - l'impression de sécurité subjective et souvent trompeuse de la population engendrent par trop facile un certain relâchement en ce qui concerne l'esprit de défense.

L'Armement du petit Etat autrichien, aujourd'hui et demain

Tandis qu'en 1955 l'Armée pouvait encore s'appuyer sur les matériels que les alliés lui avaient cédés, il incombe aujourd'hui à nous seuls d'entretenir notre capacité de défense. L'Autriche ne peut absolument plus se permettre de diminuer de nouveau le budget de défense.

General (rtd) Wilhelm Kuntner is 80

An officer with political skills and personal courage.

Assisting Civilian Authorities in Border Surveillance

Preparing draftees for their duties in this respect is highly important, because what has become routine for the cadres in the course of their rotations is as new for the draftees as their first day in the forces.

The Mechanized Forces

Troops serving with mechanized forces in Austria have preserved their elitist "esprit de corps" right up to now; even if the majority of their armoured vehicles has reached the end of its service life.

The Infantry

A comparison of actual and authorized strengths of infantry forces in the new Armed Forces organization.

The Artillery

The transformation from the WW II type Austrian towed artillery into a modern standardized weapons system.

The Engineer Corps

The new Armed Forces organization and the development of international security policy have worked for the benefit of the Engineer Corps. Secondary tasks, such as disaster relief operations, have also become more important.

The Signal Corps

The transformation of the Ready-Gendarmerie's (precursor organization of the AAF of the Second Republic) signal platoons into highly sophisticated force multipliers.

The Guerrilla-type Warfare Units

The development of the Austrian guerrilla-type warfare units since their raising 33 years ago.

The Air Force

For four decades the lack of funds has prevented the building of an efficient Air Force.

The Air Defence Forces

Austria's air defence units are capable of responding to low-level air attacks. There is a requirement for short and medium range guided AD missiles to meet other threats, too.

The NBC Defence Forces

From passive protection to a professional NBC defence force which can handle both domestic and international tasks.

Le général (E.R.) Wilhelm Kuntner, 80 ans

Un officier possédant un sens politique développé et du courage civique.

Assistance publique sous forme d'opération de surveillance et de sûreté le long de la frontière

Il est de première importance de bien préparer les appelés à leur mission d'assistance. Car ce qui est devenu, au long des missions, de la routine pour les cadres, a souvent sur l'appelé un même impact que le début de son service militaire.

L'Arme Blindée Cavalerie (A.B.C.)

Les soldats des unités mécanisées autrichiennes ont su garder leur esprit de corps d'élite jusqu'à nos jours, mais le gros de leurs blindés ont atteint la limite de la durée de service justifiable économiquement et du point de vue utilité et opérationnalité.

L'Infanterie

Une comparaison entre les "effectifs réels" et les "effectifs théoriques" sur la base de l'"Organisation -Nouveau Modèle".

L'Artillerie Sol-Sol

L'évolution de l'Artillerie sol-sol autrichienne de l'obusier tracté de la Seconde Guerre Mondiale jusqu'au système d'armes moderne sous forme de pièce "complète".

Le Génie

L'"Organisation -Nouveau Modèle" et l'évolution de la politique de sécurité internationale valorise le rôle de l'arme NBC. Et la mission secondaire d'assistance en cas de catastrophes y gagne aussi en importance.

Les Transmissions

Des sections de télécommunication de la "B-Gendarmerie" au moyen de commandement performant.

Les unités de commando

Le développement des unités de commando depuis leurs débuts - il y a 33 ans - jusqu'à nos jours.

Les forces aériennes

Depuis quatre décennies des moyens budgétaires insuffisants entravent la mise sur pied de forces aériennes efficaces.

L'Artillerie Sol-Air

L'Armée fédérale autrichienne dispose d'unités d'artillerie sol-air pouvant combattre des aéronefs volant à basse et très basse altitude. Mais pour être effectivement en mesure de faire face à la menace aérienne il faut acquérir des missiles sol-air de courte et de moyenne portée.

Les unités de défense - NBC

De la protection antiaérienne passive aux unités de défense - NBC professionnelles appelées à assumer des missions aussi bien au plan national qu'au plan international.

Besitzen Sie schon alle

TRUPPENDIENST-Taschenbücher?

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der vorletzten Umschlagseite!

TRUPPENDIENST - TASCHENBÜCHER

Lieferbare Bände:

- Band 1: **Humanitäts-, Kriegs- und Neutralitätsrecht sowie Kulturgüterschutz**
Ein Leitfaden durch das Völkerrecht für die Truppe
ISBN 3-901183-00-0, S 75,-, DM 11,80, sfr 9,90
- Band 2A: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten**
- Organisation, Militärdoktrin, Führungs- und Einsatzgrundsätze
ISBN 3-901183-01-9 (3-7008-0381-8),
Reduzierter Preis: S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 2B: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten**
- Waffen, Gerät, Uniformen
ISBN 3-901183-02-7 (3-7008-0382-8),
S 115,-, DM 17,20, sfr 15,20
- Band 3: **The Armies of the NATO Nations**
ISBN 3-901183-03-5
Reduzierter Preis: S 75,-, DM 11,80, sfr 9,90
- Band 5: **Geländekunde**
ISBN 3-901183-22-1, S 75,-, DM 11,80, sfr 9,90
- Band 7: **Der Erste Weltkrieg**
ISBN 3-901183-04-3, S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 9: **Kartenkunde I**
ISBN 3-901183-23-X, S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50
- Band 10: **Fremde Heere – Die Armeen der neutralen und blockfreien Staaten Europas**
ISBN 3-901183-05-1, S 145,-, DM 23,-, sfr 18,80
- Band 16: **Gefechtsbeispiele aus dem Zweiten Weltkrieg**
ISBN 3-901183-06-X, S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 18: **Ausbildungspraxis**
ISBN 3-901183-07-8 (3-9500-004-1-0),
S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 19: **Geschichte des europäischen Kriegswesens (I)**
ISBN 3-901183-08-6, S 68,-, DM 12,-, sfr 9,90
- Band 20: **Granatwerfer – Einsatz und Ausbildung**
ISBN 3-901183-09-4, S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 22: **Die Nachkriegszeit 1918 - 1922**
ISBN 3-901183-10-8, S 90,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 23: **Taktische Übungen für Kompanie und Zug**
ISBN 3-901183-11-6, S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30
- Band 24: **Geschichte des europäischen Kriegswesens (II)**
ISBN 3-901183-12-4, S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50
- Band 26: **Partisanenkampf am Balkan**
ISBN 3-901183-13-2, S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50
- Band 28: **Stabsdienst im kleinen Verband Stabsarbeit im Einsatz**
ISBN 3-901183-14-0, S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20
- Band 29: **Handbuch für Soldaten im Dienst der Vereinten Nationen**
ISBN 3-901183-15-9, S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30
- Band 30: **Kommandantenhandbuch**
ISBN 3-901183-16-7, S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30
- Band 31: **Waffentechnik I**
ISBN 3-901183-17-5, S 148,-, DM 23,50, sfr 18,90
- Band 33: **Allgemeiner Stabsdienst Ein Beitrag zur Organisationskultur**
ISBN 3-901183-19-1, S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30
- Band 34A: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas - Staaten und Streitkräfte**
ISBN 3-901183-20-5, S 240,-, DM 34,80, sfr 29,90
- Band 34B: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas - Regionale Organisationen, Konflikte und deren Ursachen**
ISBN 3-901183-21-3 - Erscheint in Kürze
- Band 34C: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas - Waffen und Gerät I**
ISBN 3-901183-28-0, S 165,-, DM 23,90, sfr 20,60
- Band 34D: **Fremde Heere – Die Streitkräfte der Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas - Waffen und Gerät II**
ISBN 3-901183-29-9, S 98,-, DM 16,-, sfr 13,50

In Vorbereitung:

Band 32: Waffentechnik II

Vergriffene Bände – bitte nicht bestellen:

2/englische Ausgabe, 3/deutsche Ausgabe, 4, 6, 8, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 21, 25 und 27

Zu beziehen über jede Buchhandlung

Verlag Herold, Wien

P. b. b.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1070 Wien

